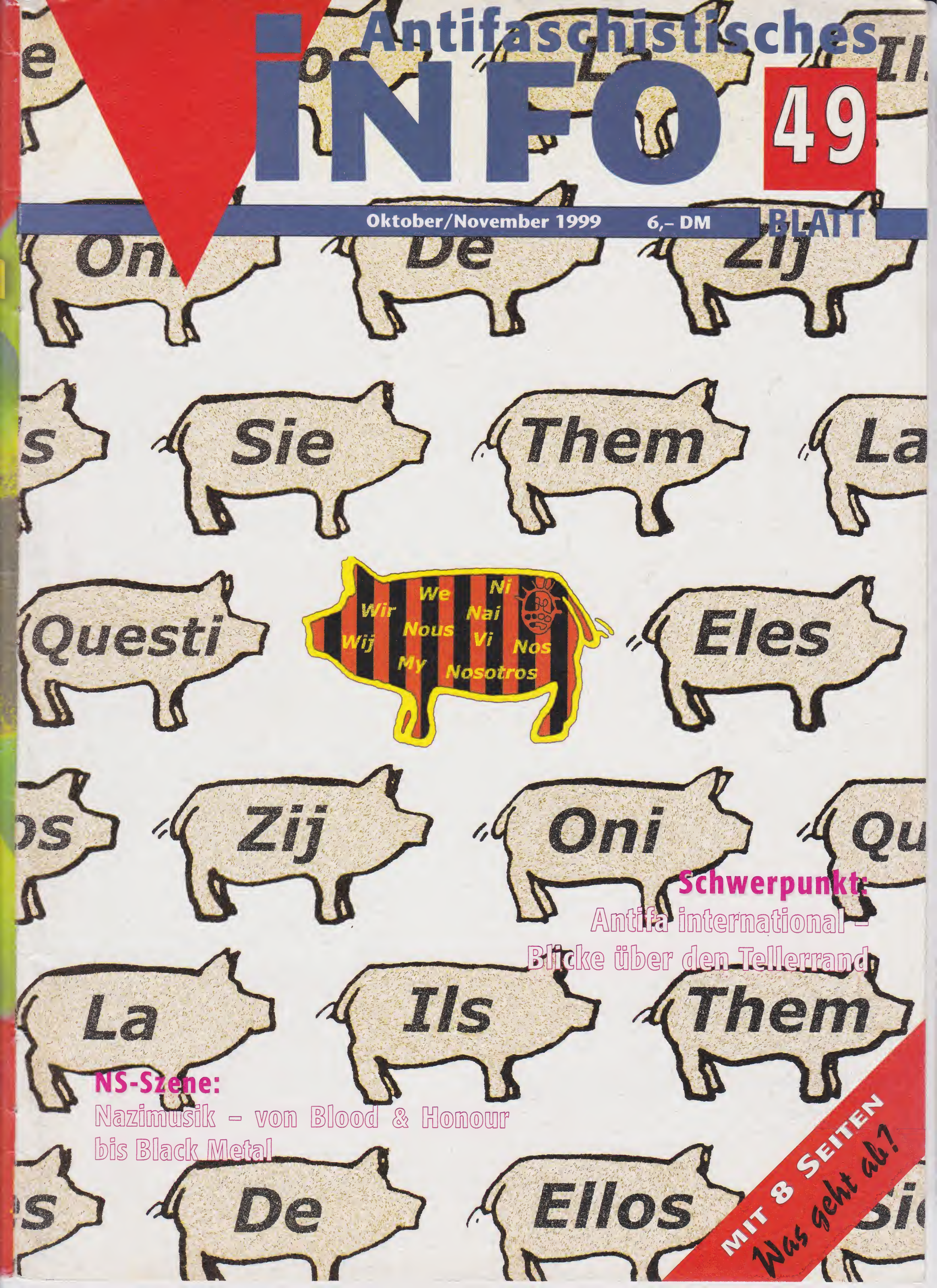
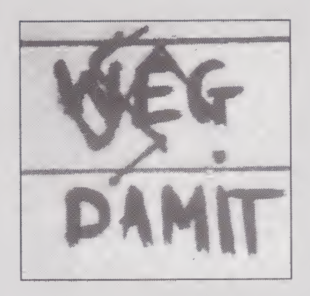


Antifaschistisches
INFO
49
BLATT
Oktober/November 1999
6,– DM
Sie
Them
Questi
We
Ni
Wir
Nai
Nous
Wij
Vi
Nos
My
Nosotros
Eles
Zij
Oni
Schwerpunkt:
Antifa international –
Blicke über den Tellerrand
La
Ils
Them
NS-Szene:
Nazimusik – von Blood & Honour
bis Black Metal
De
Ellos
MIT 8 SEITEN
Was geht ab?



Antifaschistisches Info-Blatt
13. Jahrgang
Nr. 49, Oktober/November 1999

Redaktion:
AIB, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Fax: 030/694 67 95
e-mail: aib@mail.nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

Internet:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib

e-mail & pgp:
Mails bitte nur als ascii-, MS-DOS-Text oder per pgp verschlüsselt und mit einer Postanschrift anbei. Den pgp-key gibt es auf unserer WWW-Seite oder auf Anfrage, der Fingerabdruck des keys lautet »07 E8 99 62 CE 2E BD 4D BA AE BA 99 62 7A 1B 2E«.

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Konto:
J. Lehmann, 411 960 - 105,
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

Erscheinungsweise: Fünf mal im Jahr

Preis: 6,- DM

Abo: 30,- DM/Jahr (s. vorletzte Seite)

Inhalt

Antifaschismus mit Biß!

Österreich hat gewählt und das Wahlvolk hat die rechtsextreme Partei Jörg Haiders zur zweitstärksten Partei des Landes gemacht. Kaum ein Ereignis der letzten Jahre war so vorhersehbar wie dieses: Seit Jahren treiben die »Blauen« die bürgerlichen Parteien vor sich her, bestimmen die Themen der Innenpolitik und gewinnen pro Nationalratswahl mindestens 5% der abgegebenen Stimmen hinzu. Dabei hat Österrreich nach Luxemburg die geringste Arbeitslosigkeit in Europa und ausgezeichnete Wirtschaftsprognosen. In diesem Heft findet ihr Berichte über die Situation verschiedener europäischer Länder: Gerade ein Vergleich Österreichs mit der Situation in Großbritannien macht deutlich, wie wenig die Gleichung Arbeitslosigkeit und soziale Krise gleich Rechtsextremismus/ Faschismus stimmig ist.

Die Bekämpfung des Faschismus bzw. des Rechtsextremismus ist eine internationale Angelegenheit. Erfolge wie in Österreich haben ihre Ausstrahlungskraft auf andere Länder. Würde eine eventuelle Regierungsbeteilung Haiders nicht zu anhaltenden internationalen Protesten und zu einer Isolierung der Alpenrepublik führen, könnten auch in anderen Ländern, wie in unserem eigenen, Dämme brechen - wissen wir doch sehr genau, über die prinzipielle Übereinstimmung eines relativ großen Bevölkerungsteils mit Parolen der extremen Rechten und über den weitverbreiteten Rassismus.

Wir haben uns für diesen Schwerpunkt aus mehreren Gründen entschieden: Zum einen halten wir eine internationalistische Ausrichtung der Antifabewegung für essentiell, um als Bewegung nicht im Reflex auf die ringsum stattfindende nationalistische Renaissance selber in einen »deutschen Tunnelblick« zu verfallen. Zum anderen hat die internationale Solidarität mit AntifaschistInnen und MigrantInnen in Deutschland mehrfach – zuletzt während der Pogromwelle Anfang der 90er Jahre und des Kaindl-Verfahrens gegen türkische MigrantInnen Mitte der 90er in Berlin eine wichtige Rolle gespielt, um Druck auf staatliche Instanzen auszuüben – einen Druck, den wir alleine nicht hätten aufbauen können und der auch einen Schutz für die Antifabewegung hier darstellt. Darüber hinaus vernetzt sich die extreme Rechte immer mehr auch international – es wäre kurzsichtig, wenn wir dem nicht Rechnung tragen würden und uns darauf beschränken, uns nur innerhalb der begrenzten eigenen Kreise zu bewegen. Internationalismus heißt immer auch, voneinander zu lernen, Erfahrungen auszutauschen, Fehler der anderen durch das Wissen um sie vielleicht selber vermeiden zu können und das eigene Blickfeld zu erweitern. In diesem Sinne wollen wir mit dem vorliegenden Schwerpunkt an die besseren Traditionen der internationalistischen Bewegungen der 70er und 80er Jahre anknüpfen.

Das Sommerloch ist definitiv vorbei, und demnächst setzt dann erstmal das langersehnte Wahlkampfloch ein – jedenfalls bis zum nächsten Frühjahr. In

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, Liebe LeserInnen!

drei ostdeutschen Bundesländern sind die Landtagswahlen gelaufen, Berlin steht noch aus. Die Ergebnisse: Angesichts eines dezidiert rechten bis rechtsextremen WählerInnenpotentials, das Umfragen zufolge u.a. in Brandenburg 12 bis 15 Prozent der WählerInnen umfaßt, hätte es noch schlimmer kommen können. Die Ergebnisse der rechtsextremen Parteien DVU, Reps und NPD sind – auch wenn sie bis auf die DVU in Brandenburg alle an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert sind – keineswegs ein Grund zur Entwarnung. Offenbar ist es der CDU mit ihrer massiven rassistischen Mobilisierung vom Frühjahr und ihrem populistisch-nationalistischen Law-and-Order-Kurs gelungen, viele RechtswählerInnen an sich zu binden – sofern diese nicht ganz zuhause blieben.

Der Rechtsruck der CDU, der am deutlichsten von Jörg Schönbohm repräsentiert wird, zeigt deutlich auf, daß der Partei alle demagogischen Mittel recht sind, um Erfolge von rechten Parteien neben sich zu verhindern und den rechten und rechtsextremen Rand mit ihrer Umarmungstaktik noch weiter zu integrieren. Schönbohm hatte es sich nicht nehmen lassen, vor der Wahl der rechtsextremen Jungen Freiheit ein Interview zu geben. Seine Begründung: Er wollte den Rechten zeigen, daß Teile ihrer Inhalte auch von der CDU vertreten werden. In die gleiche Kerbe schlug Schönbohm dann auch bei einem Besuch in einem ausschließlich von rechten und rechtsextremen Jugendlichen besuchten Jugendclub in Cottbus. Es habe durchaus Anküpfungspunkte gegeben, so sei man sich in der Forderung nach der Abschiebung von kriminellen AusländerInnen einig. Beim Wahlvolk in Brandenburg kam die kaum verhüllte rassistische Hetze durchaus an: So klebten Schönbohms Wahlkampfspuckis mit der Aufschrift »Hier fehlt Schönbohm«, die die WählerInnen an Orten mit vermeintlichen Mißständen anbringen sollten, in mehreren Städten und Dörfern neben Wohnungen und Heimen von MigrantInnen und AussiedlerInnen.

Die DVU, die in Brandenburg mit dem aus Sachsen-Anhalt bewährten Slogan »Protest wählen« angetreten war, wurde angesichts der rechten Konkurrenz durch Schönbohm dann noch von genau 58.225 WählerInnen gewählt. Damit gelang der Frey-Partei, die offensichtlich den harten Kern der rechtsextremen WählerInnen für sich einnehmen konnte, der Sprung über die 5%-Hürde. Sie landete bei 5,28 Prozent der Stimmen und wird mit fünf Abgeordneten in den brandenburgischen Landtag einziehen.

Wie schon in Sachsen-Anhalt ging es dem rechtsextremen Multimillionär Gerhard Frey vor allem darum, durch die Wahlkampfkostenrückerstattung und die monatlichen Fraktionszuschüsse seine Einnahmen zu steigern und sein eigenes Medienprofil zu erhöhen. Und das ließ sich Frey auch in Brandenburg einiges kosten: Rund zwei Millionen Mark hatte die DVU in den Wahlkampf investiert. 50.000 Plakate wurden geklebt und rund 500.000 Parteiprogramme verschickt. Auf öffentliche Veranstaltungen verzichtete die DVU aus Angst vor antifaschistischen Störaktionen fast vollständig. Statt dessen wurden die etwa 200 brandenburgischen DVU-Mitglieder mit Einladungen zu konspirativen Veranstaltungen bombardiert.

Die brandenburgische Landtagswahl hat sich für die DVU jedenfalls gelohnt: Neben Bremen, wo die rechtsextreme Partei mit einem Abgeordneten in der Bürgerschaft vertreten ist und Sachsen-Anhalt sitzt sie jetzt in einem dritten deutschen Landtag. Und die Parteikasse bzw. Parteichef Frey sind erst einmal wieder saniert: Rund 291.125 Mark erhält die DVU an Wahlkampfkostenrückerstattung, für jede der 58.225 Zweitstimmen wird pro Jahr über fünf Jahre hinweg eine Mark aus dem Landeshaushalt gezahlt. Die DVU-Fraktion kann darüber hinaus bis zum Ablauf der Legislaturperiode mit DM 584.131 an Fraktionsgeldern rechnen.

Gemeinsam mit der DVU buhlten auch der Bund freier Bürger (BfB) und die Neonazipartei NPD um das rechte Wähle-



Jahren verfügte die NPD landesweit über die jüngste Kandidatenstruktur – darunter insbesondere auch mehrere junge Anti-Antifa-Kader des Thüringer Heimatschutzes. In Sachsen, wo die NPD in den letzten Jahren immer stärker auf einen Wahlkurs gesetzt und seit den Kommunalwahlen im Frühsommer in mehreren Städten und Orten in den Kommunalparlamenten vertreten ist, verfehlte die Neonazipartei ihr selbstgestecktes Ziel mit nur 1,5 % der Stimmen völlig. Lediglich der NPD-Direktkandidat Johannes Müller im Wahlkreis Sächsische Schweiz erhielt 5,5 Prozent der Stimmen. In der niedersächsischen Oberlausitz kam der NPD-Direktkandidat Ulrich Becker immerhin noch auf 4,1% und Mirko Liebscher (auch aus dem Wahlkreis Sächsische Schweiz) erhielt 3,9 % der Stimmen (siehe Artikel S.38). Es bleibt abzuwarten, ob sich der schon vor den Wahlen eskalierte Streit zwischen den »Freien Kameradschaften«, Teilen der JN und der NPD-Parteiführung in Sachsen nach diesem Mißerfolg weiter zuspitzen wird. Auch auf der Bundesebene wird das Scheitern der braunen Biedermänner-Strategie Auswirkungen haben: Schon einmal, Anfang der 70er Jahre, führte das Scheitern der NPD auf parlamentarischer Ebene dazu, daß das rechtsextreme Spektrum zersplitterte und gezielter rechtsextremer außerparlamentarischer Terror zunahm. Heute warten die »Freien Kameradschaften« um die GdNF-Kader Christian Worch, Thomas Wulff und Thorsten Heise nur darauf, das junge Sympathisantenspektrum der NPD vollständig in ihre Reihen zu integrieren. Sie setzen dabei auf die militante, antistaatliche Karte, und Teile ihrer Anhängerschaft bereiten sich schon länger auf eine neue Terrorwelle vor.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Euch, die AIB Redaktion

rInnenpotential in Brandenburg. Während der BfB gerade einmal auf 0,33% der Stimmen kam, schaffte auch die NPD nicht den Sprung über 1%. Insgesamt wurde sie von 8.137 Menschen in Brandenburg gewählt, das sind 0,74 Prozent der Stimmen für die Neonazipartei, die im Wahlkampf ihre gesamte Führungsriege aufgeboten hatte, darunter auch Parteichef Udo Voigt, der extra für seine Kandidatur bei den Landtagswahlen seinen Wohnsitz aus Süddeutschland nach Brandenburg verlegte. Auf dem zweiten Listenplatz kandidierte der Frankfurter Nazibarde und das JN-Bundesvorstandsmitglied Jörg Hähnel. Auf Listenplatz sieben fand sich dann ein altbewährter Kader der ersten Stunde der brandenburgischen Neonaziszene wieder: Der 28jährige Maik Hampel war seit 1992 Mitglied der verbotenen Nationalistischen Front und Mitte der 90er Jahre »Gebietsbeauftragter Mitteldeutschland« der neonazistischen Sammlungsorganisation Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener (HNG). Ähnlich wie die DVU versuchte auch die NPD die rechte WählerInnenklientel mit rassistischen und nationalistischen Parolen zu überzeugen. Daneben setzte sie auf Aufmärsche, mit denen das jugendliche Skinheadumfeld der Partei für die Wahlen mobilisiert und gleichzeitig die rechte Hegemonie auf Brandenburgs Straßen weiter ausgebaut werden sollte.

Auch in Thüringen entschieden sich dann in der Woche darauf die meisten RechtswählerInnen für die CDU und ließen die DVU mit 3,1% und 24.306 WählerInnenstimmen an der 5%-Hürde scheitern. Damit schnitt die DVU sogar noch schlechter ab als in den Umfragen vor der Wahl. Der Parteichef Frey war gar nicht erst nach Erfurt gekommen. Vor der Wahl hatte sich die DVU siegesgewiss gegeben, und Frey träumte von bis zu acht Prozent WählerInnenstimmen. Der Spitzenkandidat der DVU, Otto Reißig, war bei der Kommunalwahl in Thüringen im vorigen Jahr angetreten und hatte bei der Bürgermeisterwahl in der kleinen Gemeinde Frauenwald mehr als 49 Prozent der Stimmen erhalten. Der Bauunternehmer wäre damit um ein Haar der erste Bürgermeister der DVU in Deutschland geworden. Die DVU brüstet sich nun damit, die viertstärkste Partei in Thüringen zu sein, da die Grünen dort nur 1,7% der Stimmen erhalten haben.



Die Republikaner, die 1994 noch 1,3% der Stimmen erhalten hatten, kamen gerade noch auf 0,8%. Ihr beabsichtigtes »Bündnis für Thüringen« gemeinsam mit der Pro DM Partei und dem BfB endete in einer Huckepackliste. Für die Partei hatten neben Reps auch BFB´ler und der wegen des Bündnisses von seiner Partei gefeuerte Thüringer Pro DM Vorsitzende kandidiert.

Die NPD, die weit abgeschlagen bei 0,2% der Stimmen bzw. 2757 WählerInnen landete, zeigte sich jedoch nicht enttäuscht über ihr mageres Ergebnis. Sie hatte ihre Erwartungen weniger an den direkten Wahlerfolg geknüpft, sondern stärker auf eine langfristige Wirkung ihres rassistischen Wahlkampfes gesetzt. Ziel war es, öffentliche Beachtung und neue Mitglieder zu gewinnen. Mit einem Altersdurchschnitt ihrer Mitglieder von 32

Berichtigung:

Im AIB Nr. 49 ist uns auf S. 33 bei der Bildunterschrift ein Fehler unterlaufen. Bei den NPD-Kadern auf dem Foto handelt es sich um Lars Macht (und nicht um Lars Hellmich) und Uwe Brunke.

Rechtsentwicklung und Antifa-Bewegung in Frankreich

In Frankreich wird die rechtsextreme Parteienlandschaft von dem FRONT NATIONAL (FN) dominiert. Wenn man vom französischen Rechtsextremismus spricht, denkt man fast automatisch an JEAN-MARIE LE PEN.

Die Spaltung des FN...

Seit dem 21. Januar 1999 hat sich das Bild des französischen Rechtsextremismus geändert, da BRUNO MÉGRET, der Parteivize, seine eigene Partei, den MOUVEMENT NATIONAL (MN), gegründet hat.[1] Schon im Dezember 1998 hatte der Streit der beiden «Chefs» des FN angefangen, als Le Pen versuchte Anhänger von Mégret daran zu hindern an innenpolitischen Entscheidungen teilzunehmen. Unter diesem Vorwand hatte Mégret einen außerordentlichen FN-Kongreß einberufen, womit er Le Pen zeigen wollte, daß er eine legitime Position in der Partei hatte. Bei so unterschiedlichen Persönlichkeiten wie bei Le Pen und Mégret ist dieser Streit nicht überraschend Die Beziehung zwischen den beiden Männern war seit langem angespannt. Obwohl sie immer noch dieselben Ideen hatten, waren ihr Stil, ihre Persönlichkeit und auch ihre Strategie den bürgerlichen Rechten gegenüber völlig verschieden. Was überraschender scheint, ist eher die lange Zeit von Le Pens absoluter Herrschaft über die Partei – 27 Jahre seit der Gründung des FN.



Heute konkurrieren also zwei rechtsextremistische Parteien in Frankreich. Der FN von Jean-Marie Le Pen und der MN von Bruno Mégret. Diese Spaltung ist jetzt unumkehrbar; im großen und ganzen sind die FN-Aktivisten der Spaltung gefolgt und haben sich in zwei Lager geteilt, was am 1. Mai 1999 auch auf der Straße zu sehen war. Die Ergebnisse der Europawahlen zeigen jedoch, daß zwei Drittel der FN-Wähler Le Pen gefolgt sind – nämlich 5,7 Prozent der WählerInnen –, während Mégret nur ein Drittel mit sich gezogen hat – 3,2 Prozent der WählerInnen. Mégrets MN konnte die Fünfprozenthürde nicht überspringen, deshalb erhielt der MN keine Wahlkampfkostenrückerstattung und mußte nun zusehen, die für den Wahlkampf ausgegebenen sieben Millionen Francs anderweitig einzutreiben. Nach einem Spendenappell Mégrets an alle, die in seiner Partei aktiv waren, kamen immerhin schon vier Millionen Francs zusammen, was Mégret den Bankrott ersparte. Obwohl er die FN-WählerInnen offenbar nicht überzeugt hat, ist es ihm trotzdem gelungen, viele der reichsten FN-Kader und den größten Teil der FN-Jugend für sich zu gewinnen. Trotzdem hat die Spaltung des FN den beiden Teilen der Partei sehr geschadet: Das sieht man besonders an der rechtsextremen Presse, sowohl in den Redaktionen als auch bei den LeserInnen, die sich nicht für das eine oder das andere Lager entscheiden konnten.



... und ihre Konsequenzen

Die wichtigsten Konsequenzen der Spaltung sind auch außerhalb der Partei zu finden. Nicht betroffen von der Spaltung ist die Neonaziszene, da sie nicht mehr als 100 Mitglieder zählt und seit dem Mord an Brahim Bouarram am 1.Mai 1995 einerseits politisch isoliert ist und andererseits von der Polizei eng überwacht wird. Aber die sogenannte NATIONALREVOLUTIONÄRE JUGEND mit ca. 500 Mitgliedern, die sich schon 1996 in die Gruppe UNITÉ RADICALE umstrukturiert hatte und seitdem sehr aggressiv war, versuchte, von der Spaltung des FN zu profitieren. Der FN und seine Jugendorganisation, der FNJ[2], hatten sie immer verachtet, während Mégret Interesse an ihnen und an ihrer Musik, dem RIF[3], gezeigt hat. Deshalb sind sie Mégret gefolgt.

Die andere Konsequenz, die für die französische politische Landschaft bedeutend ist, besteht in der Gründung des RASSEMBLEMENT POUR LA FRANCE (RPF), einer neuen Partei der bürgerlichen Rechten. Seit den Europawahlen ist diese Partei, die die Hauptthemen des FN bezüglich der Betonung von nationalistischen Forderungen in der Familien-, Sicherheits- und Immigrationspolitik übernommen hat, mit mehr als 13 Prozent der Stimmen die

führende französische konservative Partei. Was überraschend ist, ist die Tatsache, daß der Erfolg des RFP keine Proteste oder nennenswerten Reaktionen hervorgerufen hat und daß diese Partei als völlig respektabel empfunden wird. Dies kann man vielleicht mit den Charakteren ihrer beiden Chefs erklären:

• CHARLES PASQUA hat schon eine lange politische Karriere hinter sich. Zweimal war er Innenminister, in der französischen Öffentlichkeit steht er für eine Law-and-Order Politik und für eine äußerst repressive Politik gegen MigrantInnen.

• PHILIPPE DE VILLIERS, der großen Erfolg in seiner Region (Vendée) hat, repräsentiert die »traditionellen Werte«, und seine ehemalige Partei, COMBAT POUR LES VALEURS[4], spricht sich für den Erhalt der Familie, der moralischen Werte usw. aus. Noch ist unklar, was in Zukunft aus dem RFP werden wird. Zunächst schien es so, als sei er ausschließlich für die Europawahlen gegründet worden – zumal er von einem seltsamen Bündnis angeführt wird. Aber sowohl Pasqua als auch Villiers haben in der Vergangenheit mehrmals gezeigt, daß sie politische Erfolge erzielen können.

Für uns in SCALP/REFLEX sind die beiden oben genannten Konsequenzen der FN-Spaltung die wichtigsten, weil der FN und der MN sich im Augenblick in schwierigen Situationen befinden, wobei sie nach unserer Meinung immer noch genau beobachtet werden müssen. In den anderen französischen antifaschistischen Organisationen führte aber die FN-Spaltung zu einer gewissen Krise.

Die Antifa-Bewegung in Frankreich: Ein breiter «antifaschistischer» Konsens

Seit Anfang der neunziger Jahre herrscht in Frankreich ein politischer Konsens, den man als einen antifaschistischen, bzw. einen anti-FN Konsens beschreiben kann. Neben den französischen politischen Parteien und Gewerkschaften gibt es eine Reiher von Vereinen und Bürgerinitiativen, die sich durch ihren «antilepénisme» definieren. LICRA[5], SOS Racisme, Le Manifeste contre le FN, MRAP, die Comités contre Le Pen... all diese Organisationen sprechen sich gegen Rassismus und Faschismus aus; sie wurden meistens von politischen Parteien gegründet (RPR für LICRA, PS für SOS Racisme und Le Manifeste, PC für MRAP und Lutte Ouvrière (LO) für die Comités contre Le Pen), die den Antifaschismus mehr oder weniger instrumentalisieren. Die Strategie dieser Organisationen könnte man so zusammenfassen: Nur bei und durch Wahlen kann man wirksam gegen den FN kämpfen. Man muß aber die richtige Partei, sprich eine der «anti-FN» Parteien, wählen. Bei der Organisation Ras l'Front sieht die politische Linie ein wenig anders aus, da einige ihrer Komitees ziemlich unabhängig sind, während die anderen entweder mit der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR), hauptsächlich in Paris, oder mit dem PS oder mit dem PC sehr eng verbunden sind. So konnte man bei jeder Demonstration gegen den FN Transparente und VertreterInnen von allen diesen Organisationen sehen[6], wobei ihre Parolen Le Pen und seine Partei verteufelten ohne wirklich zu versuchen, sich mit der Ideologie der rechtsextremistischen Partei auseinanderzusetzen. Deshalb befinden sich heute die meisten dieser anti-FN Organisationen in einer Krise, da es ihnen nun unmöglich ist, den FN weiter so zu verteufeln, wie sie es bisher gemacht haben. Zum Beispiel hat Le Manifeste contre le FN sogar öffentlich gesagt, daß man an keiner weiteren Demo gegen den FN teilnehmen wolle.

Der radikale Antifaschismus

Für uns in SCALP/REFLEX in Paris und im ganzen Netzwerk No Pasaran! war der antifaschistische Konsens von großer Bedeutung: Dadurch gab es nie irgendwelche Verharmlosung des FN, seit dieser mit seiner Gründung im Jahre 1972 die politische Parteienlandschaft verändert hat. Als einige führende Politiker des konservativen Lagers wie CHARLES MILLON in Lyon oder JACQUES BLANC in Montpellier nämlich versuchten, nach den Regionalwahlen von 1998 Bündnisse mit dem FN zu schließen, führten diese Bestrebungen in allen politischen Parteien zu heftigen Reaktionen, die zeigen wollten, daß solche Bündnisse überhaupt nicht in Frage kämen. Auch wurden wir als radikale antifaschistische Organisation nie wirklich kriminalisiert, wobei es für uns manchmal schwer war, unseren Platz innerhalb dieses «antifaschistischen Konsens», d.h. neben dem sogenannten, «antifascisme républicain», dem »republikanischen Antifaschismus« zu finden. Man könnte unseren radikalen Antifaschismus wie folgt beschreiben: Zuerst machen wir mit der antifaschistischen Recherchearbeit weiter, weil wir so auf die Faschisten einen gewissen Druck ausüben können. Dann versuchen wir, die Ideen des FN (und heute des FN und des MN) gründlich zu untersuchen, weil viele ihrer Forderungen und Ideologeme von den konservativen sowie sozialistischen Politikern leider zu oft übernommen werden. Eine unserer Parolen war *«Le Pen regiert heute zwar noch nicht, seine Ideen sind aber schon an der Macht»*. Diese Aussage ergibt sich aus der Tatsache, daß inzwischen mehrere Konzepte des FN in der politischen Arena und im Sprachgebrauch anderer politischer Parteien wie selbstverständlich Einzug erhalten haben – insbesondere in Bezug auf die Sicherheitspolitik, Ordnungsvorstellungen, autoritäre Ansätze und die Politik gegenüber ImmigrantInnen[7], ohne daß diese Entwicklung einen Sturm der Entrüstung hervorrief. In diesem Zusammenhang versuchen wir, sowohl bei Demonstrationen, als auch auf der Straße anders als die politischen Parteien aufzutreten. D.h., daß wir den FN und den MN jedesmal stören und ärgern, wenn sie irgendwo auftreten wollen, unabhängig von der politischen Aktualität – d.h., auch wenn die nächsten Wahlen noch weit entfernt sind... ■

1) Siehe Antifa-Infoblatt Nr. 47, S. 63.
2) Der Front National de la Jeunesse (Nationale Front der Jugend) zählt heute ungefähr 100 aktive Mitglieder (letztes Jahr waren sie mehr als 1000).
3) Rock Identitaire Français, siehe darüber RÉFLEXES Nr. 52, S. 7-10.
4) »Kampf für die Werte.«
5) Ligue Contre le Racisme et l'Antisémitisme (Liga gegen Rassismus und Antisemitismus).
6) Das beste Beispiel dafür wäre natürlich die Demonstration von 1997, die in Straßburg stattgefunden hat.
7) Obwohl viele Politiker nicht von der berüchtigten «préférence nationale», sondern von der Kontrolle der Grenzen sprechen.

Dieser Artikel wurde uns von der französischen Antifazeitung RÉFLEXes zur Verfügung gestellt.

Anschrift: 21ter rue Voltaire
F - 75011 Paris
reflex@ecn.org
Fax: 33-143721577

Österreichische »Vorreiter«

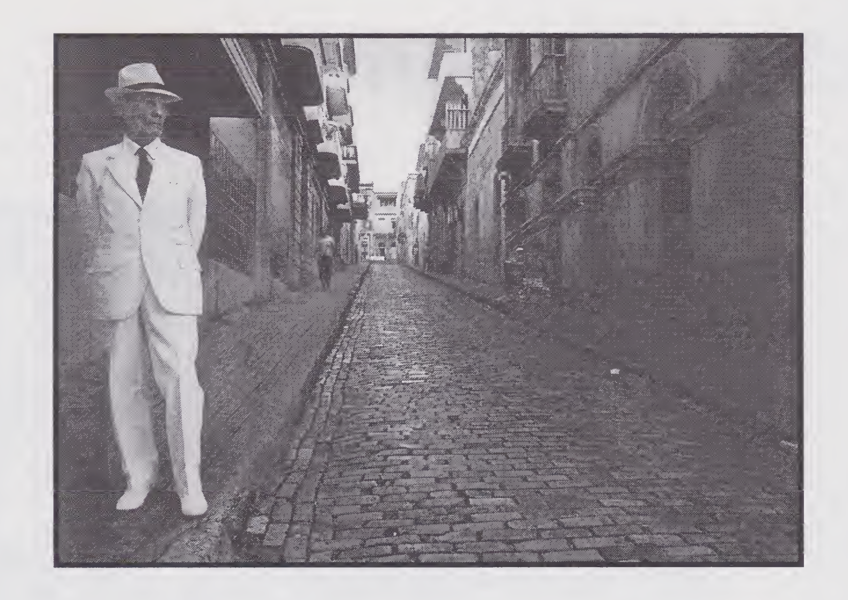
Schon nach dem Sieg der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – 42 Prozent bei den Landtagswahlen in Kärnten – machte sich unter Neonazis Euphorie breit. So heißt es im Skinheads Deutschland WebRing: »*Aber auf jeden Fall zeigt die Wahl in der Ostmark, daß es eine nationale konservative Partei schaffen kann, ein Volk zu gewinnen. (...) Wir hoffen mal, daß die Ostmark nur der Vorreiter einer nationalen Revolution aller weißen Menschen in Europa ist.*« Und der Erfolg setzte sich fort: Vor Auszählung der Briefwahlstimmen der Nationalratswahlen vom 3.Oktober liegt die FPÖ auf dem zweiten Platz. Heute kann niemand vorhersagen, ob die Partei, die mit dem Slogan »Stop die Überfremdung« warb, in die neuzubildende Regierung eintreten wird oder als starke Oppositionspartei die beiden großen bürgerlichen Parteien weiter vor sich hertreiben wird. Fest steht eines: Der große Gewinner der Wahlen heißt Jörg Haider, er bestimmt die Auseinandersetzung und die Themen der Politik.



Wo sind die Ursachen für die Stärke des parteiförmigen Rechtsextremismus in Österreich zu suchen? Die Parteipostille der DVU, die Deutsche Nationalzeitung, liegt mit ihrer Antwort gar nicht so weit daneben: »*Zu bedenken ist freilich auch, daß die Österreicher weit weniger umerzogen worden sind als die Bundesdeutschen. Die Freiheitlichen saßen schon, bevor Haider die Führung übernahm, auch durch die Proporzbestimmungen, in einer ganzen Reihe von Länderregierungen und unter Dr. Steger als FPÖ-Obmann (Vorsitzender) auch in der Bundesregierung. Dr. Haider erhält täglich Gelegenheit, im Fernsehen aufzutreten. Die 'Neue Kronen-Zeitung', Wien, das größte und einflußreichste Presseorgan der Alpenrepublik, fördert ihn und die FPÖ nach Kräften.*« (DNZ Nr. 13/99) Tatsächlich kann der Erfolg Haiders nur erklärt werden unter Berücksichtigung einiger österreichischer Besonderheiten. Hier ist an erster Stelle die von der DNZ positiv hervorgehobene Kontinuität rassistischer, antisemitischer und autoritärer Einstellungen zu nennen. Es gab nicht nur keine «Umerziehung«, vielmehr wurde der Nationalsozialismus personell wie ideologisch integriert ins postfaschistische Österreich. Damit einher ging die Bereitschaft von SPÖ und ÖVP, die aus einer Sammelpartei ehemaliger Nazis 1956 hervorgegangene FPÖ als Mehrheitsbeschafferin und Koalitionspartnerin zu hätscheln. Die mit der Obmannkür Haiders 1986 einsetzende Emanzipation des parteiförmigen Rechtsextremismus führte zwar zu dessen »Ausgrenzung«, jedoch blieb diese oberflächlich und auf die Person des polternden, permanenten Wahlkämpfers beschränkt. Die personelle Ausgrenzung, die der ideologischen Selbstdarstellung Haiders entgegenkam, wird durch die Einverleibung rechtsextremer Inhalte konterkariert. Das ermöglicht es Haider, sich als Opfer, als verfolgter Oppositioneller darzustellen. Der FPÖ-Führer, politischer Funktionär seit frühester Jugend, kann sich so als Anti-Politiker außerhalb des Establishments auf die Seite der »kleinen Leute« schlagen. Andererseits kann sich Haider der »Themenführerschaft« rühmen: Insbesondere die SPÖ läßt kaum eine Gelegenheit aus darauf hinzuweisen, daß fast sämtliche FPÖ-Forderungen (insbesondere jene zum »Ausländerproblem«) bereits verwirklicht worden seien. Diese fehlende inhaltliche Abgrenzung erleichterte das massenhafte Überlaufen der WählerInnen ins FPÖ-Lager. Gerade das Agieren von mit antifaschistischem Bekenntnis ausgestatteten SozialdemokratInnen mußte mit kollektiven Erwartungshaltungen kollidieren. Der Widerspruch zwischen antifaschistischem Programm und von Kollaboration geprägter Tagespolitik wurde gesellschaftlich als Legitimierung des Rechtsextremismus verarbeitet. Der so diskreditierte Rechtsextremismusvorwurf an die Adresse der FPÖ wurde dann von der Öffentlichkeit zu Recht als Mittel zum Zweck wahrgenommen, um die FPÖ-Konkurrenz im Zaum zu halten. Doch seit den Wahlen in Kärnten »*ist die Ausgrenzung zu Ende*« (Haider): Jetzt, da Haider neuerlich[1] zum Landeshauptmann gekürt wurde, scheinen tatsächlich die letzten Dämme zu brechen. Dabei hat sich weniger die FPÖ oder Haider gewandelt, sondern die politische Szenerie insgesamt hat sich verändert. Entsprechend dem formalistischen Demokratieverständnis, daß jede Position akzeptiert, allein weil sie mehrheitsfähig ist, wird aus dem Erfolg der FPÖ ihre Bündnisfähigkeit. Hier interessieren nicht mehr Rassismus, Nationalismus und NS-Anklänge in der Agitation und Programmatik der FPÖ, sondern bloß deren Akzeptanz unter den WählerInnen. Während die SPÖ (noch) an ihrer Ablehnung einer Koalition mit der FPÖ unter Haider festhält, hält sich die ÖVP diese Option offen.

Daß die Kronen Zeitung die FPÖ und deren Führer »nach Kräften« fördert, stimmt ebenfalls. Das Boulevardblatt mit einer Reichweite von mehr als 40% der Bevölkerung schürt daneben offen fremdenfeindliche und antisemitische Ressentiments, was es zum beliebten Zitatenspender auch für Neonazis macht. Mit dem Haider-Berater Andreas Mölzer zählt daneben der wohl bekannteste österreichische Publizist der extremen Rechten zu den regelmäßigen Kolumnisten dieses Blattes. Daß Mölzer aber mittlerweile auch in zahlreichen anderen Medien vertreten ist, markiert den Erfolg rechtsextremer Durchdringungsstrategien. Umgekehrt läßt sich daran die immer rasantere Hegemonieverschiebung nach Rechts ablesen.

Nach der Landtagswahl in Kärnten begannen auch vormals FPÖ-kritische Medien, ihre Positionen zu überdenken. Man müsse nun, so hallte es aus dem Blätterwald, die vorangegangene »Dämonisierung« Haiders und der FPÖ aufge-



ben. Anstatt die Art und Weise der Berichterstattung, die in ihrer skandalisierenden Oberflächlichkeit und auflagefördernden Fixierung auf Äußerliches tatsächlich oft kontraproduktiv wirkte, zu hinterfragen, wechselte man vielerorts mit dem Eifer der Bekehrten in das Lager der Normalisierer. Wieder nur unter dem Eindruck der massenhaften Zustimmung wurde in der medialen Inszenierung aus der FPÖ eine ganz normale Partei, die nun salon- und regierungsfähig sein soll. Wurde bis dato behauptet, die FPÖ werde in erster Linie als verbalradikale Oppositionspartei gewählt, so muß mittlerweile die Zustimmung zu unmittelbar vor der Realisierung stehenden »freiheitlichen« Ordnungsvorstellungen als Beweggrund akzeptiert werden. Nun wird diese Zustimmung ebenfalls mit einer breiten »Unzufriedenheit« erklärt, nach wie vor scheint fast niemand bereit, die Wahl der FPÖ mit rechtsextremen Einstellungen in Verbindung zu bringen. Die Umfragedaten sprechen jedoch eine deutliche Sprache: So stimmen heute 14 Prozent der ÖsterreicherInnen, aber 30% der FPÖ-SympathisantInnen der Aussage zu, *»es wäre für Österreich besser, keine Juden im Land zu haben.«*[2] Mit zahllosen weiteren Umfragen ließe sich der Nachweis erbringen, daß FPÖ-WählerInnen überdurchschnittlich anfällig für Rassismus, Antisemitismus und NS-Apologetik sind.[3] Umgekehrt läßt sich aus entsprechenden Umfragewerten ablesen, wie groß das WählerInnen-Potential für die FPÖ noch ist: Laut einer Ende 1997 veröffentlichten Studie im Auftrag der EU-Kommission bezeichnen sich 46 Prozent der ÖsterreicherInnen selbst als rassistisch. Die FPÖ wird auch in Zukunft diese Stimmungen mobilisieren, wobei von einer verstärkten Verknüpfung der fremdenfeindlichen mit sozialdemagogischer Agitation auszugehen ist.

Autoritärer Populismus

Nach diesen Einschränkungen können wir bei der Suche nach den Ursachen für die FPÖ-Erfolge über die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen hinausgehen, ohne dabei jedoch einen Gegensatz zu konstruieren. Zur Erklärung der Erfolge der FPÖ gerade unter FacharbeiterInnen in mittelständischen Betrieben (mehr als 30%) wird gerne der Populismus-Ansatz herangezogen. Tatsächlich besteht kein Widerspruch zwischen dem rechtsextremen und dem populistischen Charakter der FPÖ. Wird das »Protest«-Motiv geltend gemacht, so müßte zunächst gefragt werden, warum sich dieser »Protest« gerade im Wählen einer rechtsextremen Partei äußert. Neben der spezifischen politischen Kultur und dem Fehlen einer attraktiven Linken, die glaubwürdig gegen Sozialabbau auftritt, sind hier sozialpsychologische Aspekte zu berücksichtigen. Insbesondere sind die Inhalte des »Protestes« und dessen Funktion für die Stabilisierung des psychischen Wohlbefindens der WählerInnen zu betrachten.

Dabei fällt auf, daß diese subjektiv als »Protest« empfundenen Handlungen mit einer grundsätzlichen Affirmation der bestehenden Verhältnisse und einer engen emotionalen Verwobenheit mit Autoritäten verbunden sind. Der autoritär-populistische Diskurs, der diesen »Protest« der als solche angerufenen »kleinen Leute« organisiert, zielt notwendig auf die Oberfläche, auf sogenannte »Mißstände«. Die Angriffe autoritärer Populisten auf das »korrupte, verrottete System« fallen deswegen so heftig aus, weil sie nicht radikal im eigentlichen Wortsinn sind. Haiders scheinradikale Anti-Politik, die eben nicht auf die ökonomische Struktur abzielt, kann von daher als »symbolischer Sozialismus«[4] verstanden werden. Dieser richtet sich nicht gegen gesellschaftliche Macht, sondern schürt das konkretistische Ressentiment gegen vermeintlichen »Machtmißbrauch«. Dieser Vorwurf wird in erster Linie gegenüber den RepräsentantInnen des sozialpartnerschaftlich-institutionalisierten Konsens erhoben und – im Falle der Interessenvertretung der Lohnabhängigen – mit dem beliebten Verratsvorwurf gepaart. Die in Selbst- und medialer Inszenierung als neue »Arbeiterpartei« daherkommende FPÖ kämpft nicht für soziale Gleichheit, sondern behauptet (ethnische) Identität, welche als Grundkategorie dem Politischen vorgelagert sei.

Gleichzeitig geht es auch heute nicht ohne Antisemitismus ab, wenn Rechtsextreme die soziale Frage stellen. So findet sich in einer offiziellen FPÖ-Publikation die Darstellung der »arbeitende(n) Bevölkerung«, wie sie von »Sozialismus« und »Kapitalismus« in die Zange genommen werde. Ersterer betreibe die *»Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung mittels Steuern durch die Umverteilungspolitik der eigentlichen Machthaber der internationalen sozialistischen Parteien und Gewerkschaften«*, zweiterer *»mittels Zinsen durch die Profitgeldgeschäfte der die internationale Hochfinanz beherrschenden Banken und Spekulanten«*. In bewährter NS-Tradition heißt es weiter: *»Der Sozialismus und der Kapitalismus teilen sich in geheimer Komplizenschaft die Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung.«*[5] Und im neuen Parteiprogramm will die FPÖ ihr »Volk« davor geschützt wissen, *»zum Spielball internationaler Spekulanten«* zu werden.

Im Scheitern scheitern

Angesichts des bisher Gesagten läßt sich die Situation von AntifaschistInnen in Österreich wohl erahnen. Zur Stärke des parteiförmigen Rechtsextremismus und der breiten gesellschaftlichen Akzeptanz gegenüber vielen seiner Inhalte gesellt sich hierzulande das Wegfallen einer liberalen Öffentlichkeit. Dadurch befinden sich Linke und Linksradikale in der grotesken Lage, deren Themen und Kämpfe – etwa für demokratische Grund- und Freiheitsrechte – aufzunehmen. Wie im Fall des staatlichen Rassismus stehen sie dabei neben einem entfesselten Polizeiapparat vor allem der Sozialdemokratie gegenüber. Und es hat nichts mit »Sozialfaschismusthese« gemein, wenn sich AntifaschistInnen einem Bündnis mit Angehörigen jener Partei, die stolz von

sich behauptet, Haiders Forderungen zum »Stop der Überfremdung« ohnehin schon umgesetzt zu haben, verschließen. Angesichts ihrer vollständigen Isolation reagieren nicht wenige AntifaschistInnen und AntirassistInnen mit Resignation. Andere biegen sich die Realität zurecht, um das eigene Scheitern leichter ertragen zu können. Im Gleichklang mit der Selbstdarstellung der FPÖ und verharmlosenden Medienberichten wird auch von einigen Linken die Haider-Partei nicht länger als rechtsextrem wahrgenommen. So polemisiert etwa der linke Publizist Franz Schandl seit geraumer Zeit gegen jene »Gegner« der FPÖ, die dauernd auf deren rechtsextremen Charakter hinweisen. Dabei ignoriert er zunächst die definitorische Abgrenzung des Rechtsextremismus-Begriffes von dem des Faschismus. Tatsächlich hat niemand behauptet, mit der FPÖ käme erneut der Faschismus an die Macht. Dennoch meldet Schandl Widerspruch an: »*Die Freiheitlichen sind kein faschistisches Projekt, auch wenn unzweifelhaft faschistisches Potential dort Eingang findet. Doch das ist nicht ausschlaggebend, wäre es dominant, wäre die FPÖ bedeutungslos.*« (Die Presse, 25.10.1997)

Schandls Sicherheit basiert auf einem modernisierungstheoretischen Faschismusbegriff: Er interessiert sich nur für den Faschismus an der Macht und begreift ihn von seinem Ergebnis her als »*spezifische historische Form einer nachholenden Entwicklung kapitalistischer Gesellschaftsformationen.*« (ebd.) Von daher kommt Schandl zum Schluß, daß die Epoche des Faschismus eine abgeschlossene sei. In dieser Logik kann die Bevölkerung, von ein paar »Ewiggestrigen« abgesehen, mehrheitlich als immun gegenüber dem faschistischen Angebot gesehen werden. Denn wenn die materiellen Verhältnisse keinen Faschismus mehr erfordern, dann wollen ihn auch die Massen nicht. Aber der Faschismus war mehr als die Sicherung oder Modernisierung des Kapitalverhältnisses, nämlich auch eine tendenziell unberechenbare konformistische Revolte gegen die zur »Moderne« verdichteten abstrakten Seiten dieses Verhältnisses. Und genau dieser Aspekt des Bewegungs-Faschismus erlaubt Vergleiche (und nicht Analogiebildungen!) mit dem aktuellen Rechtsextremismus.

Aber Schandl geht in seiner Ablehnung der Kontinuitätsthese noch einen Schritt weiter und nimmt die Selbstdarstellung der FPÖ für ihren Charakter: »*Die Freiheitlichen sind das erste gelungene postfaschistische Projekt der Rechten in Europa. Und zwar weil der Ablösungsprozeß vom traditionellen Rechtsextremismus geglückt ist.*« (Weg und Ziel 4/98)

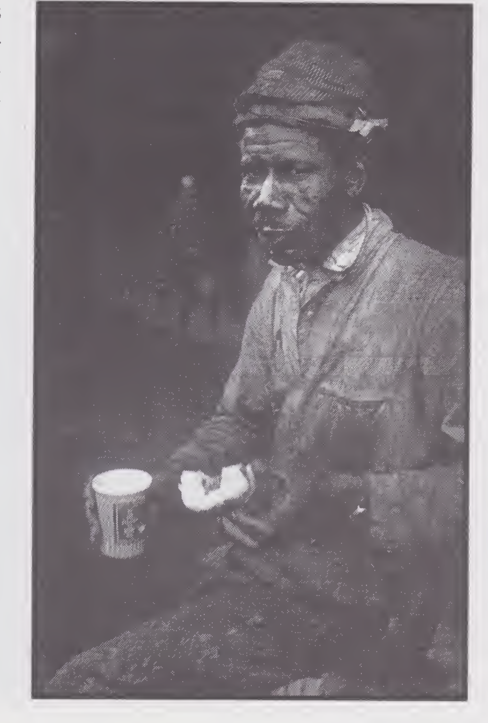
Worin dieser gelungene Ablöseprozeß besteht, darüber schweigt sich Schandl jedoch aus. Zwar setzte Haider gerade in jüngster Zeit und mit Blickrichtung einer Regierungsbeteiligung einige taktische Frontbegradigungen sowohl in ideologischer, als auch in personeller Hinsicht durch. Aber in kritischer Perspektive wäre alles in allem nicht von einer Ablösung vom, sondern einer Modernisierung des Rechtsextremismus zu sprechen.

Daneben wird Haider selbst von Schandl nicht als – in Elternhaus und völkischen Gruppen sozialisierter – originär rechtsextremer Populist begriffen. Wenn der FPÖ-Führer Konzentrationslager »Straflager« nennt oder die »ordentliche Beschäftigungspolitik« im »Dritten Reich« lobt, verleihe er nicht seiner innersten und aufrichtigen Überzeugung Ausdruck, sondern mache nur »*Rückgriffe in die braune Mottenkiste der Versatzstücke*« (Die Presse, 25.10.1997). Haiders Rechtsextremismus erscheint hier nur als eines der »*Elemente im postmodernen Potpurri seiner Beliebigkeiten*« (ebd.). Aber diese Beliebigkeit ist weder neu – oder »postmodern« –, noch untypisch für den Rechtsextremismus. Wenn Schandl von »Politischen Versatzstücke(n) der Freiheitlichen« schreibt, die »*nicht für sich* (stehen), *sondern (...) mobiles Gut (sind), das flexibel eingesetzt wird*« (Weg und Ziel 4/98), so sieht er nicht den grundsätzlich flexiblen Charakter des Rechtsextremismus.

In ihm verbinden sich Elemente unterschiedlicher Diskurse zu einem durch Führer und irrationale Kategorien – wie die Kategorie »Volk« – zusammengehaltenen Inter-Diskurs. Gerade der aktuelle Rechtsextremismus bedient unterschiedliche soziale Gruppen, was seinen unschöpferischen Charakter erklärt. Neben seiner Kritik am staatstragenden »Antifaschismus«, der an der FPÖ kritisiert, was er bei SPÖ und ÖVP schweigend hinnimmt, ist Schandl jedoch im folgenden zuzustimmen: »*Was Haider vorhat, ist die nationalistische Veranstaltung des Neoliberalismus, wobei immanente Konflikte dieser Ehe bewußt ausgeklammert werden müssen.*« (ebd.) Problematisch wird es aber, wenn die wirtschaftsliberalen Versatzstücke in der Programmatik der FPÖ zum Beleg ihres nicht-rechtsextremen Charakters genommen werden.

Denn gerade in Österreich und Deutschland gingen wirtschaftlicher Liberalismus und Rechtsextremismus schon oft zusammen. ■

Dieser Artikel wurde uns von einem Mitarbeiter des Dokumentationszentrum des österreichischen Widerstands in Wien zur Verfügung gestellt.



1) 1991 wurde Haider nach nur zweijähriger Amtszeit als Landeshauptmann abgesetzt, nachdem er in einer Landtagssitzung die »ordentliche Beschäftigungspolitik« der Nationalsozialisten gelobt hatte.
Obwohl Haider sich bis heute nicht von seiner Aussage distanziert hat, ermöglichten SPÖ und ÖVP im Frühjahr 1999 seine Wahl zum Landeshauptmann (vergleichbar dem Ministerpräsidenten).

2) Studie der OGM im Auftrag von Format, in: ebd. Nr. 14/99

3) 33% der ÖsterreicherInnen, 71% der FP-SympathisantInnen glauben, »daß man die meisten Juden an ihrem Aussehen erkennen kann.« (OGM im Auftrag von Format, ebd. 14/99.) 29% der ÖsterreicherInnen, 41% der FP-SympathisantInnen stimmen der Aussage zu, »daß Juden heute wie in der Vergangenheit zu viel Einfluß auf das Weltgeschehen haben«. 28% der ÖsterreicherInnen, 41% der FP-SympathisantInnen sind der Meinung, daß »die Juden den NS-Holocaust für ihre eigenen Zwecke ausnützen.« 7% der ÖsterreicherInnen, 17% der FP-SympathisantInnen können sich vorstellen, daß die Vernichtung der Juden und Jüdinnen überhaupt nicht stattgefunden hat. (Gallup-Studie im Auftrag von The American Jewish Commitee. Wien 1995)

4) Goldmann, Harald; Krall, Hannes; Ottomeyer, Klaus: Jörg Haider und sein Publikum. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Klagenfurt/Celovec 1992, S. 60

5) Steirischer Gemeindekurier, Jg. 1997, Nr. 29

Ein Interview über Antisemitismus, alte Faschisten und Neofaschisten in staatlichen Strukturen

Im Frühjahr diesen Jahres hatte das Antifaschistische Info-Blatt Gelegenheit ein Interview mit einem Vertreter der polnischen Antifa-Zetung »Nie Wieder« (»Nigdy Wiecej«) zu führen. Hinter der Zeitung steht ein gleichnamiger Verein, der Gruppen in ganz Polen vereint und »mit allen zusammen (arbeitet), die mit uns die Besorgnis über die jetzige Situation teilen.« Gegenüber den Aktivitäten der extremen Rechten herrscht eine weitgehende Gleichgültigkeit in der polnischen Bevölkerung. Die Nigdy Wiecej und die mit ihr eng verbundenen Organisationen der Anti-Nazistischen Gruppe (GAN) mobilisieren in Kampagnen gegen Nazi-Rock, gegen den Einfluß von Neofaschisten in Fußballstadien und mobilisieren z.B. für ein Eintreten des Staates gegen kriminelle menschenverachtende Parteien. Im letzten Jahr veröffentlichte Nigdy Wiecej eine Ausgabe in deutsch und polnisch, die viel zum Verständnis der Problematiken in beiden Ländern beiträgt, im Sommer diesen Jahres war der Verein maßgeblich an der Organisation einer deutsch-polnischen Antirassismus-Konferenz beteiligt.



mit der Zeitung »Nie Wieder« und der Anti-Nazistischen Gruppe aus Polen

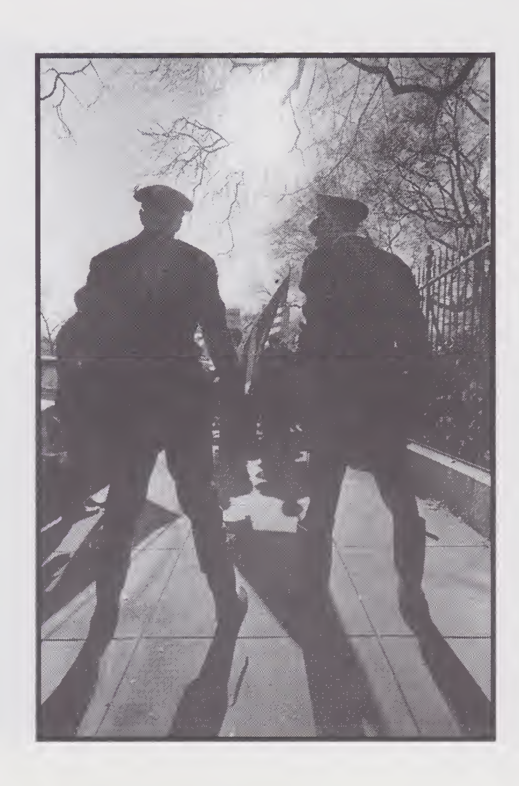
AIB: Bevor wir nach der Situation der extremen Rechten in Polen fragen, möchten wir eine allgemeinere Frage stellen. Wir hören viel von Antisemitismus in Polen. Wie ist eure Meinung zu diesem Thema?

Nigdy Wiecej: Ich sage es nicht gerne, aber Antisemitismus ist in Polen weit verbreitet, obwohl die jüdische Gemeinde heute zahlenmäßig sehr klein ist. Ich würde die Leute, die sich selber als jüdisch betrachten auf etwa 5.000 schätzen, obwohl es bedeutend mehr Menschen mit jüdischen Vorfahren gibt. Nichtsdestotrotz wächst das Interesse an jüdischer Kultur. Viele junge Leute wollen mehr darüber wissen und andere entdecken ihre jüdische Abstammung und die Kultur. An diesem Prozeß zeigen auch gebürtige Polen Interesse. Man kann sagen, daß eine Erneuerung jüdischer Kultur in Polen stattfindet.

Antisemitismus findet man in der Mitte der Gesellschaft und nicht nur unter den verrückten Rändern in der Politik. Offen vertreten wird er auch von sehr populären Personen. Leute von denen ihr vielleicht schon gehört habt, wie der Kaplan Jankowski, ein Danziger Pfarrer, der eine wichtige Rolle innerhalb der Solidarnosc gespielt hat. Er trat immer wiedermit antisemitischen Äußerungen auf, für die er von der Kirchenbehörde auch abgemahnt wurde. Da er nicht ernsthaft dafür bestraft wurde, hält ihn nicht davon ab, seine Statements zu wiederholen. Er ist bloß ein Beispiel einer relativ berühmten Person des polnischen öffentlichen Lebens.

AIB: Die geschichtlichen Wurzeln des Antisemitismus reichen ja auch in Polen lange zurück. Als die deutsche Wehrmacht Polen überfiel und zur Internierung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung überging, wurde das von nicht wenigen Polen befürwortet. Findet über diese Geschichte eine Auseinandersetzung statt?

Nigdy Wiecej: Es gibt gegenwärtig eine historische Debatte über den Holocaust und das Verhalten der polnischen Bevölkerung. Nach dem Krieg sorgte eine rigorose Zensur für ein Ausbleiben der Auseinandersetzung. Die offizielle Propaganda hatte ihre eigene Version. So wurde absolut verneint, daß Polen mit der deutschen Besatzung kollaborierten. In dieser Darstellung waren alle gleichermaßen Opfer der Deutschen. Die Rolle der antisemitischen Ausrichtung der Nazis wurde systematisch heruntergespielt. Auch wenn es zweifellos richtig ist zu sagen, daß die Polen Opfer des deutschen Nationalsozialismus waren, ist es natürlich nicht richtig, die Rolle des Antisemitismus an den Rand zu drängen. In der Erinnerung an das Vernichtungslager Auschwitz wurde betont, daß dort Leute aus 30 Nationalitäten umgebracht wurden, aber verschwiegen wurde, daß 90 Prozent von ihnen jüdisch waren.



AIB: Spielt in dieser heute stattfindenden Diskussion auch die antisemitische

Kampagne der sechziger Jahre in Polen eine Rolle. Ein weithin bekanntes Opfer war der antifaschistische Kämpfer Leopold Trepper, der im II.Weltkrieg eine der effektivsten antinazistischen (Spionage-) Organisationen mit dem Namen »Rote Kapelle« leitete. Nur eine internationale Kampagne erzwang damals seine Ausreise nach Israel.

Nigdy Wiecej: Die ganze Geschichte des Antisemitismus in Polen unter sowjetkommunistischer Herrschaft in Polen ist ziemlich komplex. Es gibt unterschiedliche Stadien zu benennen. Ursprünglich begrüßte ein großer Teil der jüdischen Gemeinde das (sowjetische) Regime, was nur allzu verständlich ist, weil es die Leute waren, die sie von den Nazis befreit haben. Also ursprünglich haben sich einige Leute jüdischer Herkunft den Kommunisten in den 40er und 50er Jahren angeschlossen. Was wiederum Antisemiten einen Vorwand geliefert hat, das Stereotyp vom jüdischen Kommunisten zu strapazieren. Jedoch war es das kommunistische System selbst, das in den darauffolgenden Jahren den Antisemitismus als politisches Werkzeug eingesetzt hatte. 1968 erreichte diese Kampagne den Höhepunkt. Ich weiß nicht in wie weit das bei Euch bekannt ist, aber eine Reihe von Leuten der wichtigsten faschistischen Partei der 30er Jahre, der Onr Falanga, spielten eine relativ wichtige Rolle im öffentlichen Leben Polens. Ihre Ideologie bestand aus einer Mischung von Nationalismus und Katholizismus und sie waren im kommunistischen Parlament vertreten. Ihr Anführer Boleslaw Piasecki war nicht nur der wichtigste faschistische Anführer der 30er Jahre, sondern auch 1968 Mitglied des polnischen Staatsrates, des höchsten Gremiums Polens. Er spielte zu der Zeit eine Rolle in der antisemitischen Kampagne.

AIB: Wo siehst du die Wurzeln des heutigen (Neo-)Faschismus in Polen?

Nigdy Wiecej: Der historische Bezugspunkt ist die radikale Nationalistische Bewegung im Polen der 30er Jahre, die von dem oben erwähnten Boleslaw Piasecki geleitet wurde, die Onr Falanga. Sie war antisemitisch, trat für ein »Groß-Polen« ein, war sehr katholisch und relativ radikal in sozialen Fragen. Der heutige Bezugspunkt ist eher im westlichen Einfluß zu suchen, wie z.B. von Jean Marie Le Pen aus Frankreich oder der Internationalen 3.Position aus England. Die Verbindungen zu Gruppen im Westen nehmen zu. Mit deutschen Gruppen sind diese nicht sehr intensiv, was historische Gründe hat. Doch die Verbindungen mit Frankreich, Groß Britannien und den Vereinigten Staaten werden zunehmend wichtiger.



AIB: Wie verlief die Entwicklung der extrem rechten Gruppen nach dem Zusammenbruch des »Realen Sozialismus«?

Nigdy Wiecej: Ich würde die Entwicklung in drei Phasen unterteilen: Die extrem marginalisierte Bewegung entwickelte sich in den späten achtziger und frühen neunziger Jahren. Damals bestand die neofaschistische Szene aus einigen alten Fanatikern von Gruppen aus der Vorkriegszeit und in der Mehrheit aus sehr jungen Skinheads, die zwar auf der Straße gefährlich waren, aber nicht in politischer Hinsicht, weil sie eigentlich von keinem ernst genommen wurden.

In der Folgezeit fand eine Entwicklung zu einer politisch auftretenden Bewegung statt. Das Schlüsselereignis dieser zweiten Phase war die Bildung einer sehr breit angelegten Koalition zur Unterstützung der Wahlplattform der Solidarnosc. Die Gründung dieses Rechtsblocks war eine Reaktion auf die Rückkehr der postkommunistischen Partei zur Macht. Hier vereinten sich Liberale, christliche Demokraten, Konservative auf der einen Seite und alle Sorten extrem rechter Aktivisten und Nationalisten auf der anderen Seite. Da die Koalition eine Mitarbeit Aller akzeptierte, solange sie Antikommunisten waren und mit ihnen die Kommunisten bekämpften, fanden auch viele Neofaschisten den Zugang zum mainstream der Politik.

Nachdem wir heute eine konservative und liberale Regierung haben, ist die dritte Phase eingeläutet, denn der oben beschriebene Block ist in der Gestalt der Christdemokraten und Liberalen an der Macht. Damit ergeben sich auch für die extreme Rechte und die Neofaschisten Möglichkeiten wichtige Positionen im Staatsapparat zu besetzen. In einigen Fällen sind sie Schlüsselpositionen im Staat gefährlich nahe gekommen. Ich kann einige Bespiele geben:

Krzysztof Kawecki ist der Anführer der Schwesterorganisation von Jean Marie Le Pens Partei in Polen. Er ist heute der wichtigste Berater des Ministers für Erziehung.

Artur Gorski Ist der Herausgeber von Nasz Dziennik, einer extrem rechten, antisemitischen Tageszeitung. Er wurde nominiert für einen wichtigen Posten im Ministerium, das für europäische Integration zuständig ist.

Im Zuge der kürzlich erfolgten Umstrukturierung des Gesundheitsdienstes gelang es etlichen Mitgliedern von Mlodziez Wszechpolska, einer neofaschistischen Jugendorganisation, in leitende Funktionen des Gesundheitsdienstes zu gelangen. Es ist ziemlich deutlich, daß den Neofaschisten der Sinn nach Eintritt in staatliche Strukturen steht. Und es ist eine gefährliche Entwicklung.

AIB: Auf wie groß schätzt ihr die Zahl der NeofaschistInnen in Polen?

Nigdy Wiecej: Es ist schwierig genaue Zahlen anzugeben. Unsere Schätzungen belaufen sich auf ca. 20.000 Menschen innerhalb der Szene der extremen Rechten. Die sind nicht alle Mitglied in einer der Organisationen, stehen aber mit ihnen in Verbindung.

AIB: Wie sieht ihr Einfluß in der Jugendkultur der großen Städte oder auf dem Land aus?

Nigdy Wiecej: Mein Eindruck ist, daß sie ihre Aktivitäten von den großen Städten in die kleineren Städte verlagert haben. Mittlerweile wird es häufiger, daß die Jugendkultur in kleineren Städten von den extrem Rechten dominiert wird. Nicht so in den großen Städten, wo als Reaktion auf rechte Gewalt antifaschistischer Widerstand stärker geworden ist. So gibt es heute wesentlich weniger Probleme mit Neofaschisten in den Großstädten als vor vier Jahren.

Der antifaschistische Widerstand im Polen der neunziger Jahre entstand hauptsächlich als Selbstverteidigung gegen rechte Gewalt. Die Anti Nazistische Gruppe (GAN) wurde 1992 in Bydgosz als Reaktion auf einen Angriff gegen Wohnungen von ausländischen StudentInnen gegründet. Die Gefahr vom Faschismus existiert nicht nur in der Form der Gewalt, den Skinheads, es ist genauso ein politisches Problem. Einiges davon thematisieren wir in der Zeitung Nigdy Wiecej. Sie entstand 1994 und erscheint vierteljährlich. ■



Bei den letzten Wahlen in Schweden im Jahr 1998 erhielten rechtsextreme Parteien insgesamt knapp 53.000 WählerInnenstimmen. Diese Zahl beinhaltet die 20.000 Stimmen für die SCHWEDISCHEN DEMOKRATEN, 25.000 Stimmen für die NEUE PARTEI und 8.000 Stimmen für die NEUE DEMOKRATIE. Wenn man die kleinen, lokalen Parteien mit einer populistischen oder gegen MigrantInnen gerichtete Propaganda dazu zählt, erhielt die extreme Rechte annähernd 100.000 Stimmen.

Volksheim: Schweden

Die parlamentarische Rechte

Nach den Wahlen von 1998 blieben die SCHWEDISCHEN DEMOKRATEN (SD) als einzige fremdenfeindliche Partei mit einer landesweiten Organisation und einem Potential für den Ausbau ihrer WählerInnenbasis übrig. Auch wenn die SD weniger Stimmen als erwartet gewannen, gelangen der Partei in einigen Orten substantielle Stimmengewinne, so daß sie zur drittgrößten Partei unter den Parteien geworden sind, die nicht im Landesparlament vertreten sind. In den Kommunalparlamenten sind die SD mit acht Sitzen vertreten. Im Wahlkampf haben sie sehr darauf geachtet, antisemitische Propaganda zu vermeiden, aber gleichzeitig wurde die Partei 1998 Mitglied in JEAN MARIE LE PENS internationaler Organisation, der sogenannten EURO-NAT.

Parteivorsitzender ist MIKAEL JANSSON, ein erfahrener Politiker mit einer Geschichte in der bürgerlichen ZENTRUMSPARTEI. Jansson hat viel Zeit drauf verwandt, das öffentliche Profil der Partei zu verändern. Eine seiner ersten Amtshandlungen war ein Verbot von politischen Uniformen bei öffentlichen Veranstaltungen. Dieses Verbot hat dazu geführt, daß die bekanntesten Neonaziaktivisten keine führenden Rollen innerhalb der Partei mehr spielen.

Die Partei Neue Demokratie (NyD), die ursprünglich von dem adeligen Millionär IAN WACHTMEISTER und dem Plattenproduzenten BERT KARLSSON angeführt wurde, ist seit ihrem ersten Erfolg bei den Wahlen 1991 vor allem durch interne Auseinandersetzungen auseinandergefallen. Seitdem hat die Partei eine ganze Reihe von Vorsitzenden gehabt, während ihre Mitgliederzahl ständig gesunken ist, so daß sie mittlerweile kaum noch handlungsfähig ist.

Ian Wachtmeister, der sich 1994 von der NyD abgesetzt hatte, versuchte mit der Gründung der Neuen Partei (DNP) ein politisches Comeback. Die DNP ist offen rassistisch und zwei ihrer Kandidaten kamen aus der am liebsten im Verborgenen agierenden Anti-ImmigrantInnen-Lobby, der GESELLSCHAFT FÜR NATIONALE UND INTERNATIONALE ENTWICKLUNG, die hauptsächlich aus AkademikerInnen besteht. Trotz einer landesweiten Kampagne, hatte die DNP keinen Erfolg.

1997 gründete sich dann noch die Partei für das WOHLERGEHEN SKANDINAVIENS (SV), eine Allianz aus dreizehn Kommunalparteien und Gruppen aus der südlichsten Region von Schweden. Einige der Parteien innerhalb dieser Allianz haben sehr erfolgreich die Unzufriedenheit der WählerInnen mit den etablierten Parteien ausnutzen können, die sie als korrupt und unglaubwürdig bezeichnen. Dadurch konnten sie bei den jüngsten Kommunalwahlen eine ganze Reihe von Sitzen in Kommunalparlamenten gewinnen. Die Hetze gegen EinwanderInnen spielt in ihrer populistischen Politik eine immer wichtigere Rolle. 1998 gewann die SV-Allianz 47 Mandate in Kommunalparlamenten.

Die Neonaziszene

In den letzten Jahren hat sich viel Aufmerksamkeit auf den anhaltenden Streit innerhalb der White Power Musikindustrie konzentriert. Die sich gegenseitig bekämpfenden Gruppen sind einerseits das Musikimperium von NORDLAND, das sich strategisch und ideologisch an dem inhaftierten us-amerikanischen Neonazi und Mörder DAVID LANE und der inzwischen aufgelösten Terrorgruppe THE ORDER orientiert. Auf der anderen Seite stehen RAGNAROCK RECORDS, die mit der britischen Terrorgruppe COMBAT 18 (C18) zusammenarbeiten. Bei dem Streit geht es weniger um politische Inhalte, als um die politische Kontrolle über die Profite, die die Nazimusikindustrie abwirft. Seit 1998 sind die Streitigkeiten jedoch erheblich zurückgegangen, und Nordland verliert zunehmend an Bedeutung und Einfluß.

Nordland, das von PETER MELANDER angeführt wird, entwickelte sich aus der Naziskinheadszene rund um das militante Storm Netzwerk der späten 80er und frühen 90er Jahre. Im Nordland-Hauptquartier in der südlich von Stockholm gelegenen Stadt Linköping wird auch das professionelle und teure gleichnamige Hochglanzmagazin hergestellt.

Das Plattenlabel Ragnarock Records hat sein Hauptquartier in Helsingborg und wird von dem ehemaligen norwegischen Neonazianführer ERIC BLÜCHER alias ERIK NIELSEN kontrolliert. Blücher arbeitet eng mit der dänischen Neonazivideoproduktionsfirma NS 88 zusammen, die von dem deutschstämmigen Neonazi MARCEL SCHILF betrieben wird. Blücher und Schilf gehören zu den wichtigsten Kadern der skandinavischen BLOOD & HONOUR/C18 Sektion, die zur Zeit der wichtigste ideologische Motor der Neonazibewegung ist.

Die am schnellsten wachsende Neonaziorganisation ist allerdings momentan die NATIONALSOZIALISTISCHE FRONT (NSF), die 1994 gegründet wurde (s. AIB

Nr. 48). Ihr Vorsitzender ist Anders Högström, und ihr Hauptquartier befindet sich in Karlskrona in Südschweden, aber die NSF hat mittlerweile in mehreren Städten Ortsgruppen. Ideologisch hat sich NSF von der nationalrevolutionären Romantik der Neonazibewegung der letzten Jahrzehnte verabschiedet und setzt statt dessen auf eine Rückbesinnung auf einen traditionellen Nationalsozialismus. Dem entsprechend hat die NSF auch viel von dem Stil und den Traditionen der ursprünglichen Braunhemdideologie der 30er Jahre übernommen. Durch das Blood & Honour Netzwerk hat die NSF eine politische Allianz mit dem NNSB in Norwegen und dem DNSB in Dänemark aufgebaut.

Die Gruppe NS-Stockholm wird von dem ehemaligen Aktivisten der Schwedischen Demokraten Robert Westerlund angeführt und wurde 1997 als Dachorganisation für verschiedene Aktivitäten gegründet. NS-Stockholm, das seine Mitglieder vor allem aus den Resten der schwedischen Naziskinbewegung rekrutiert, steht im engen organisatorischen Zusammenhang mit der NSF, ohne jedoch bisher die volle Mitgliedschaft in der NSF zu haben.

1997 wurde auch die Gruppe Schwedischer Widerstand/Nationale Jugend (NU) gegründet, die eine »breitere nationalistische Bewegun« ohne eine offensichtliche Verbindung zur Neonazibewegung aufbauen wollte. Dieser Versuch schlug allerdings fehl, und NU wurde als eine militante Neonazigruppe geoutet. Das Propagandaorgan der Gruppe, die Volksstimme, wird von dem ehemaligen VAM-Kader Klas Lund herausgegeben. Die Organisation hat ihr Hauptquartier im Norden von Stockholm. In einer vor kurzem veröffentlichten Reportage der JournalistInnen Katarina Larsson und Peter Karlsson (s. Artikel auf S. 64) über die Naziunterwanderung in der schwedischen Armee wurde deutlich, daß viele dieser Neonazis in der NU organisiert sind.

Die Konservative Partei (KP) ist die jüngste Wiedergeburt der notorischen Neonaziorganisation Reichs Front. Die KP entstand 1995 aus einer Abspaltung von den Schwedischen Demokraten und wird von dem langjährigen Neonazikader Leif Larsson kontrolliert. Trotz ihres moderat klingenden Parteinamens ist die KP eine Neonazigruppe nach traditionellemMuster. Nachdem sie 1998 für einige Schlagzeilen gesorgt hat, ist die Partei im letzten Jahr kaum aktiv gewesen.

Auch in den schwedischen Knästen gibt es eine Neonaziorganisation, die sogenannte Arische Bruderschaft (AB), die von Niklas Löfdahl aufgebaut wurde. In ihr haben sich rund dreißig sogenannte »arische Kriegsgefangene« organisiert, die in verschiedenen Knästen inhaftiert sind. Die Arische Bruderschaft besteht aus notorischen Kriminellen und hat weitreichende Kontakte mit anderen Gruppen aus der organisierten Kriminalität, wie beispielsweise den Hells Angels und der Bruderschaft, einer Bikergang innerhalb der Knäste.

Eine der größten schwedischen Neonaziorganisationen, die Nordische Reichspartei (NRP), des langjährigen Nazikaders Göran Assar Oredsson befindet sich dagegen im Niedergang. Die Partei existiert zwar noch, aber ihre Aktivitäten beschränken sich auf die Veröffentlichung der Parteizeitung und sporadischer Pressemitteilungen.

Darüber hinaus versuchen ein rundes Dutzend kleinerer Gruppen, sich innerhalb der Neonaziszene zu etablieren. Dazu gehören u.a. der schwedische Ableger der US-amerikanischen Organisation Aryan Nations/The Christian Identity, ein Relaunch von Per Engdahl's brachliegender Nazigruppierung Neue Schwedische Bewegung. Die Naziveteranen sammeln sich in der Narva Assoziation, und als regional bedeutende Gruppen wären noch Östgöta NS und Smaland SA zu nennen.

Der antifaschistische Widerstand

Die antirassistische Bewegung in Schweden befindet sich heute in einer komplett anderen Situation als noch vor zehn Jahren. Während man Ende der achtziger Jahre noch von einer relativ breiten und geschlossenen Bewegung reden konnte, fällt es heutzutage schwer, überhaupt noch von einer Bewegung zu sprechen. Das antirassistische Spektrum ist von Mitgliederschwund und Müdigkeit gekennzeichnet. Die meisten Aktiven sind doppelt und dreifach organisiert, viele gute Ideen und Aktionen lassen sich wegen des geringen Engagements gar nicht erst verwirklichen. Organisationen wie Stoppa Rasismen und Ungdom mot Rasism hatten noch vor wenigen Jahren Ortsgruppen in allen größeren Städten. Heute bestehen sie aus einigen wenigen Leuten in ganz Schweden.

Die Suche nach den Ursachen für diese Entwicklung hat in den letzten Jahren Anlaß zu vielen Diskussionen innerhalb des antirassistischen Spektrums gegeben. Manche sehen in der zunehmenden Militanz bei Demonstrationen den Grund, warum »normale Leute« nichts mehr mit Antirassismus zu tun haben wollen. Andere meinen eher, daß viele dieser Fragen einfach nicht mehr als aktuell wahrgenommen werden und sich viele ehemalige AktivistInnen aus der Politik zurückziehen um privaten Interessen nachzugehen.

Ein Großteil des politischen Engagements ist in Schweden in den politischen Parteien gebündelt. Insgesamt herrscht ein großes Vertrauen in den Staat und in die parlamentarische Demokratie, was für Gruppen innerhalb und außerhalb des parlamentarischen Spektrums sehr unterschiedliche Ausgangspositionen schafft. Um eine Übersicht über das antirassistische Spektrum zu bekommen, muß man deshalb eine grobe Einteilung in parlamentarische und außerparlamentarische Gruppen vornehmen.

Vorher ist allerdings noch anzumerken, daß die folgende Beschreibung auf Stockholm begrenzt ist. In vielen anderen Städten gibt es aber ebenso antirassistische Initiativen, die erfolgreich vor Ort aktiv sind, aber selten über die Stadt-



grenzen hinaus wahrgenommen werden.

Außerparlamentarische Gruppen

Eine der aktivsten außerparlamentarischen Gruppen ist die Stockholmer Organisation Hasans Vänner mot våld och rasism (Hasans Freunde gegen Gewalt und Rassismus). Hasans Vänner wurde 1992 nach einer rassistischen Mordwelle gegründet, der der Migrant Hasan Zatan zum Opfer fiel.

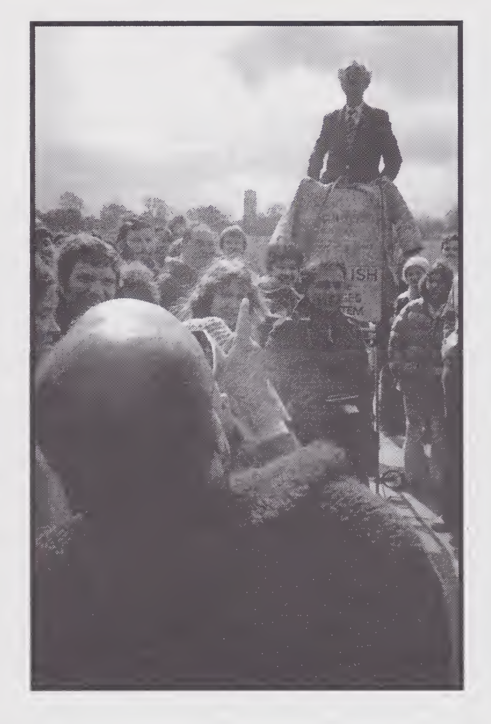
Anfangs beschränkte sich Hasans Vänners Arbeit hauptsächlich auf den Stockholmer Vorort Hägersten. Mehrere Jahre lang organisierte Hasans Vänner dort das antirassistische Festival Gränslösa, welches zur größten antirassistischen Veranstaltung in Schweden überhaupt heranwuchs. Hasans Vänner war eine der Gruppen, die 1995 die Initiave zu einem landesweiten Netzwerk gegen Rassismus ergriff. Zu diesem Netzwerk gehören mittlerweile über 70 Gruppen aus allen Bereichen des antirassistischen Spektrums, vom Jugendverbund einer liberalen Partei bis zur Antifaschistischen Aktion.

Das Netzwerk gegen Rassismus baut auf dem Gedanken auf, das dessen Mitgliedsorganisationen in bestimmten Punkten zusammenarbeiten können, auch wenn sie in ideologischen Fragen völlig uneins sind. In jährlichen Konferenzen werden Strategien diskutiert und neue Kampagnen beschlossen. Das Netzwerk hat in den letzten Jahren zahlreiche Demonstrationen organisiert, wobei vor allem das Gedenken an die Reichspogromnacht letztes Jahr in Stockholm und Göteborg also erfolgreiche Beispiele gelten können. Während des Auftakts zur Europawahl 1999 organisierte das Netzwerk eine erfolgreiche Kampagne gegen die rassistische Partei Sverigedemokraterna (Schwedendemokraten), wobei mehrere Tausend Flugblätter und Aufkleber verteilt wurden. Das Wahlresultat war dementsprechend schlecht für die Sverigedemokraterna.

AFA

Weiter außerhalb des bürgerlichen Spektrums steht die Antifaschistische Aktion (AFA). AFA besteht aus einem eigenen Netzwerk autonomer Gruppen in ganz Schweden und sieht im militanten Vorgehen gegen faschistische Strukturen das effektivste Mittel im antifaschistischen Kampf. AFA war oft erfolgreich in der Bekämpfung von nazistischer Demonstrationen, Treffpunkten, Geschäften usw.

In der sehr parlamentarisch und gewaltfrei orientierten schwedischen Gesellschaft werden AFAs Methoden jedoch oft in Frage gestellt und viele der etablierten Organisationen distanzieren sich stark von AFA.



SUF

Anarchosyndikalismus hat in Schweden eine vergleichsweise starke Tradition, und noch immer sind syndikalistische Gewerkschaften eine Alternative zu den normalen Gewerkschaften. Die syndikalistischen Jugendverbände (Syndikalistiska Ungdomsförbund, SUF), die es in allen größeren Kommunen gibt, beteiligen sich oft aktiv an antirassistischen Demonstrationen, organisieren Vorträge, Konzerte gegen Rassismus usw.

Parlamentarische Gruppen und Parteien

Viele Jugendverbände der etablierten Parteien engagieren sich antirassistisch, besonders bei Demonstrationen. Ung Vänster (Junge Linke) ist einer der aktivsten Jugendverbände in diesem Zusammenhang. Ung Vänster ist der Jugendverbund der reformsozialistischen Vänsterpartiet (Linkspartei) und unterstützt antirassistische Demonstrationen und Projekte oft finanziell, durch die Bereitstellung von Ausrüstung oder durch aktive Teilnahme. Andere aktive Jugendverbände sind die anderer sozialistischer Parteien (z.B. Rättvisepartiet/Socialisterna), aber auch die der liberalen Folkpartiet und die der Centerpartiet (Zentrumspartei).

Die Regierung

Nach einer Untersuchung 1997, die zeigte, wie weitverbreitet nazistische Musik bei schwedischen Jugendlichen ist, ergriff Staatsminister Göran Persson die Initiative zu einer Informationskampagne unter dem Motto: »Levande Historia« (Lebendige Geschichte). Einer der Hauptbestandteile der Kampagne war das Buch »Davon müßt ihr erzählen«, das sehr deutlich die Greuel des Terrors in Nazideutschland beschreibt. Das Buch wurde an allen Schulen verteilt und kann kostenlos bestellt werden. Es wurde in einer Auflage von mehreren Millionen Exemplaren gedruckt und mittlerweile in viele andere Sprachen übersetzt. Teil der Levande Historia-Kampagne sind außerdem Vorlesungen über Neofaschismus und dessen Bekämpfung.

Zeitschriften

Neben den verschieden antirassistischen Organisationen, die Antirassismus oft als Teil einer übergreifenden Ideologie betrachten, hat sich in den letzten Jahren die Zeitschrift Expo als Teil des antirassistischen Spektrums etabliert. Expo legt Wert darauf, mit keiner bestimmten politischen Richtung identifiziert zu werden, sondern will Informationen über die faschistische Szene an alle vermitteln, die daran interessiert sind. Expo wurde 1995 gegründet, befand sich jedoch bald in einer größeren finanziellen und personellen Krise. Seit Anfang des Jahres erscheint Expo jetzt wieder zusammen mit der Zeitschrift SvartVitt. Neben der Herausgabe der Zeitschrift spezialisiert sich Expo hauptsächlich auf Recherche und die Weitergabe von Informationen an JournalistInnen und andere Interessierte.

Was im Vergleich zu anderen europäischen Ländern seltsam anmuten mag, ist das völlige Fehlen von Studentenorganisationen und Gewerkschaften in antirassistischen Zusammenhängen. Eine Ursache dafür ist vielleicht in der Engstirnigkeit dieser Organisationen zu finden. Sowohl Studentkåren (vgl. dem deutschen AStA) als auch die Gewerkschaften befassen sich hauptsächlich mit der Vertretung ihrer Mitglieder und engagieren sich kaum in Fragen, die darüber hinaus gehen. ■

Ein Artikel der schwedischen Antifazeitung Expo aus Stockholm

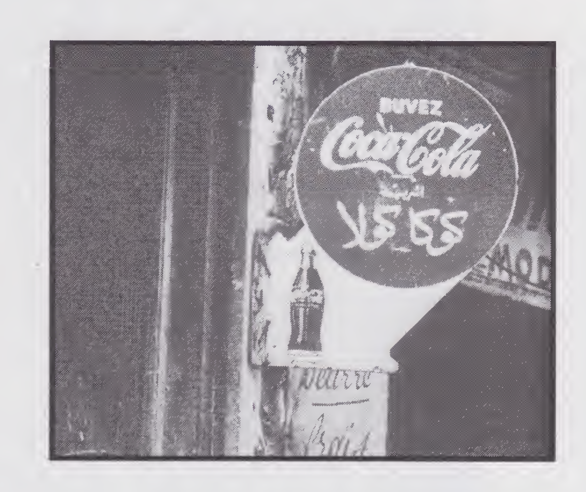
Mehr Information über die genannten Gruppen gibt es im Internet (auch auf Englisch). Hier sind einige Adressen:

Hasans Vännen Netzwerk gegen Rassismus:
http://hem 1 passagen .selhasans/
AFA
http://www.motkraft.netlafa/
Levande Historia:
http://www.levandehistoria.org
Expo:
http://www.hill.se

Neonazi-Szene und antifaschitischer Widerstand in Großbritannien

Zwischen Niedergang und Krise

Im Vergleich zu ihren glorreicheren Tagen in den siebziger Jahren, ist die extreme Rechte heute in Großbritannien zahlenmäßig sehr geschrumpft. Damals hatte alleine die National Front (NF) 17.500 Mitglieder, organisierte und provozierte gewaltsame Demonstrationen in Gegenden, in denen MigrantInnen und Jüdinnen und Juden leben, und konnte Hunderte von Kandidaten zu Parlamentswahlen aufstellen. Der Niedergang der NF, dem Markenzeichen für den Nachkriegsfaschismus in Großbritannien, war teilweise das Ergebnis ihres erfolgreichen Einfluß auf Mainstream-Politiker der Konservativen und der Labour Partei, eine rassistische Einwanderungspolitik und später eine rassistische Asylpolitik zu übernehmen. Teilweise ist ihr Niedergang das Ergebnis massenhafter Demonstrationen, die hauptsächlich durch die Anti-Nazi-League (Anti-Nazi-Liga) in den Jahren 1977 bis 1981 organisiert wurden.

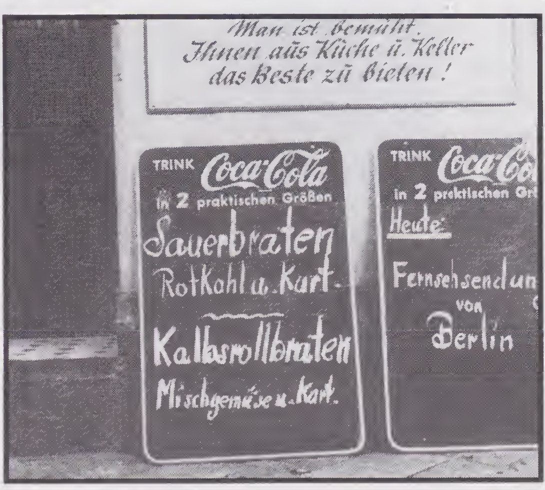


Nachdem ihre politischen Inhalte teilweise von den anderen Parteien übernommen worden waren und nachdem sie einige ernsthafte Schläge auf den Straßen und in der öffentlichen Diskussion einstecken mußten, erlebten die Neonazis eine Serie von bitteren Spaltungen, die zu der heutigen Situation führten. 2.300 organisierte Nazis, davon viele, die nicht aktiv sind, bei einer Gesamtbevölkerung von rund 55 Millionen Menschen, lassen nicht mehr viel Raum für ihre Träume von einer Machtübernahme. Alle ihre Organisationen propagieren Rassismus und Antisemitismus, aber sie unterscheiden sich in Stil und Taktik. Die größte Organisation ist die British National Party (BNP). Sie wird immer noch von dem altbekannten Nazikader John Tyndall angeführt und verfolgt hauptsächlich eine parlamentarische Strategie. Sie stellte bei den Europa-Wahlen im Juni in zehn von zwölf Regionen Kandidaten auf. Im Wahlkampf hat die rassistische Propaganda der BNP schätzungsweise 25 Millionen Menschen erreicht. Die BNP sammelte umgerechnet 360.000 Mark, um ihre Wahlkampagne zu finanzieren und gewann schließlich 102.647 Wählerstimmen – weniger als ein Prozent der Stimmen. Vor kurzem erhielt die BNP allerdings bei Lokalwahlen in den West Midlands einmal 17 und einmal 18 Prozent der Stimmen in zwei Wahlbezirken, und in East London gewinnt sie regelmäßig mehr als 10 Prozent. Die Hauptthemen der Europawahlkampagne der BNP im Juni waren die Situation der Bauern, Anti-EU-Propaganda, Hetze gegen Flüchtlinge, gegen Pädophile und Propaganda für Law and Order. Die Partei hatte gehofft, daß sie ein Nutzen aus dem ersten Probelauf Großbritanniens mit dem Verhältniswahlrecht ziehen könnte, doch sie scheiterte. Die BNP hat versucht, ihren Stil zu modernisieren, indem sie Internet-Seiten eingerichtet und CD´s mit einer Mischung aus rechtsextremer Musik und Reden verteilte. Das »Neonazi«-Etikett haftet der BNP weiterhin fest an. Ihr Anführer, John Tyndall, steht in engem Kontakt mit dem deutschen Naziterroristen Manfred Roeder und dem Autor der US-amerikanischen »Turner Diaries«, William Pierce. Die meisten der BNP-Anführer, Tyndall eingeschlossen, haben eine lange Liste von Verurteilungen u.a. wegen Waffenbesitzes und Bombenanschlägen. Außerdem sind sie dafür bekannt, daß sie Holocaust leugnende Propaganda verbreiten. Großen Schaden erlitt









das Image der BNP vor den Europa-Wahlen durch die Searchligt-Veröffentlichung, daß der mutmaßliche Attentäter der Londoner Bombenserie, David Copeland, Mitglied der BNP war. Momentan findet in der Führungsspitze der Partei ein heftiger Machtkampf statt. Bei den anstehenden Vorstandswahlen tritt Nick Griffin, bisheriger stellvertretender Vorsitzender und verantwortlich für die Modernisierung der BNP, gegen Tyndall an. Sollte Griffin gewinnen, könnte sich die BNP möglicherweise zu einem viel größeren Problem als in den letzten Jahren entwickeln.

Der Rivale der BNP ist die stark geschrumpfte National Front, die in London, Birmingham und in der südöstlichen Küstenregion aktiv ist, wo sie versucht mit Propaganda gegen Flüchtlinge Unterstützung zu gewinnen. Die NF hat außerdem erfolgreich unter anti-IRA Fußballhooligans rekrutiert.

Das British Movement (BM) war früher eng mit der GdNF verbunden und hatte in den 70er und frühen 80er Jahren einige tausend AnhängerInnen. Es ist inzwischen zu einem höchst geheimnisvollen Schatten seiner früheren Organisation geworden. Damals konnte es gewaltsame Straßenaktionen organisieren, Banküberfälle durchführen und Gewalt in Fußballstadien anzetteln. Heute ist der Einfluß hauptsächlich auf die Nazi Bonehead-Musikszene beschränkt, wo es mit der Gruppe Combat 18 konkurriert.

Combat 18 (C18) entstand 1992 als Security-Gruppe der BNP. Seitdem ist C18 für eine Welle von Gewalt verantwortlich, darunter mehrere Brandanschläge und Einschüchterungsaktionen gegen AntifaschistInnen, Afro-BritInnen und Jüdinnen und Juden. Der Höhepunkt dieser Welle war eine fehlgeschlagene Briefbombenkampagne im Jahr 1997. Die Briefbombenkampagne wurde mit Hilfe des dänischen Neonazis Marcel Schilf und Thomas Nakaba organisiert. Im gleichen Jahr spaltete sich die Gruppe durch einen Streit über Gelder, die C18 durch seine Aktivitäten in der Nazimusikszene eingenommen hatte. Die internen Auseinandersetzungen führten zu der Inhaftierung von Charlie Sargent, dem Anführer der einen Fraktion. Er wurde wegen Mordes an einem engen Unterstützer des neuen Anführers von C18, Will Browning, verurteilt. Bis dahin hatte C18 durch seine Kontrolle über das Musik-Label ISD Records innerhalb der Blood&Honour-Szene großen Einfluß. Doch die Streitigkeiten über die Profite, die das Geschäft mit der Nazi-Musik abgeworfen hatte, führten zur Isolation von C18. C18 lehnt jegliche parlamentarische Strategie ab und tritt offen für Terroraktionen gegen den Staat ein. Die Organisation hat gute Verbindungen zu gewalttätigen Rechtsextremisten in Schweden, Deutschland (u.a. zu Thorsten Heise), in den USA und in der Slowakei aufgebaut.

Blood & Honour (Blut und Ehre) wurde 1987 von der inzwischen verstorbenen Nazilegende Ian Stuart Donaldson gegründet und leidet momentan ebenfalls unter den internen Auseinandersetzungen zwischen C18, dem British Movement und unorganisierten Nazis. Blood & Honour (B&H) unterhält ebenfalls gute Kontakte nach Deutschland, Schweden und in die USA.

Die League of St. George war in den 70ern eine der Schlüsselorganisationen der britischen Rechtsextremen, die u.a. italienischen Nazi-Terroristen und dem deutschen Neonazi-Bombenleger Ottfried Hepp sichere Unterkünfte zur Verfügung stellte. Außerdem hatte die Liga enge Verbindungen zu Michael Kühnen. Heute ist sie klein und hat keinen nennenswerten Einfluß. Ihre alternden Mitglieder waren allerdings an der Verschwörung von rechten Söldnern zur Destabilisierung Südafrikas im Jahr 1994 beteiligt.

Dann gibt es noch die International Third Position (ITP), eine Abspaltung von der NF aus dem Jahr 1981, die stark von einer Gruppe italienischer Nazi-Terroristen beeinflußt wird, darunter Roberto Fiore, der nach dem Bombenattentat auf den Hauptbahnhof von Bologna 1981 nach Großbritannien kam. Auch wenn die extreme Rechte in Großbritannien sehr schwach ist, existieren rassistische Gewalt und institutioneller Rassismus in der Gesellschaft. Exemplarisch deutlich gemacht, wurde dies an dem brutalen rassistischen Mord an Stephen Lawrence im Jahr 1993 und den nachfolgenden schlampigen Ermittlungen der Polizei.

Der extremen Rechten ist es nicht gelungen, aus der anhaltenden gesellschaftlichen und ökonomischen Krise, die seit Ende der 70er Jahre in Großbritannien existiert, Kapital zu schlagen. Womit die vereinfachende Erklärungsansatz, daß wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme alleine zu Faschismus führen können, nicht zutreffend zu sein scheint.

AntirassistInnen und AntifaschistInnen in der Krise

Die antifaschistische Bewegung in Großbritannien heute, ist nicht mehr so sichtbar und präsent wie zu Zeiten der Anti Nazi League in den 70ern und frühen 80ern. Damals war sie eine Massenorganisation, die in der Lage war, mehr als 80.000 Leute bei Demonstrationen des »Karnevals gegen Nazis« auf die Straße zu bringen. Der Massencharakter der ANL drückte sich auch darin aus, daß neben dem Aufbau von Ortsgruppen in fast allen Städten, viele spe-

zifische Gruppen entstanden: Lehrer-, Hafenarbeiter- und Bergarbeitergruppen gegen Nazis sowie Gruppen der SchülerInnen und Skateboarder. Parallel dazu entwickelte sich »Rock gegen Rassismus«, dessen Konzerte von zahlreichen bekannten Rockmusikern unterstützt wurden und so viele Jugendliche Zugang zu einer antifaschistischen Einstellung fanden.

1982 entschied die dominierende politische Gruppe innerhalb der Anti Nazi League, die Socialist Workers Party (SWP), daß die National Front besiegt sei und begann die ANL aufzulösen. Besiegt war zwar die NF, aber nicht der Neofaschismus. Nicht alle AktivistInnen waren von der Analyse der SWP überzeugt und informelle Gruppen von ehemaligen Parteimitgliedern der SWP, von denen sich ein Teil zur Gruppe Red Action zusammenschloß, widersetzten sich weiterhin den Neonazis, wo immer diese auftraten. Mitte der 80er Jahre vereinten sich die Gruppen, die weiterhin gegen Neonazis mobilisierten, zur Antifascist Action (AFA). Einige Jahre spielte AFA eine positive Rolle und führte erfolgreiche Kampagnen und Aktionen durch. Doch bald wurde sie mehr von internen Auseinandersetzungen geplagt, was schließlich zur Spaltung der Organisation in drei verschiedene Regionalgruppen führte, die heute nur wenig Kontakt zueinander haben. Mittlerweile wurde die Anti Nazi League wiederbelebt. Sie existiert zwar nicht als landesweite Struktur, aber dafür als übergeordnetes Label für lokale Kampagnen (ähnlich wie »Antifaschistische Aktion« in Deutschland), wenn es darum geht mit einem Neonaziproblem fertig zu werden.

Weil die Neonazis keine wirkliche landesweite Formation darstellen, tendieren antifaschistische Kampagnen dazu, spontane Reaktionen auf unmittelbare Situationen zu sein. Sie sind sehr ortsgebunden und verschwinden, sobald das Problem gelöst ist. Ohne einen unmittelbaren Gegner ist es schwierig, andauernde Kampagnen aufrecht zu erhalten, auch wenn es nach wie vor einige Gruppen wie die Tyne and Wear Antifascist Association oder die Aktion »Oldham gegen Rassismus und Faschismus« gibt, die kontinuierlich arbeiten.

Seit 25 Jahren ist die Zeitung Searchlight ein konstanter Faktor in der antifaschistischen Bewegung. Das liegt daran, daß das Beobachten und Recherchieren gegen Nazis eine permanente, alltägliche Notwendigkeit darstellt. Die Zeitung hat – inspiriert durch den »Rundbrief antirassistischer und antifaschistischer GewerkschafterInnen« aus Berlin – außerdem eine antifaschistische Arbeit innerhalb der Gewerkschaften wiederbelebt, indem sie die Vereinigung »Trade Union Friends of Searchlight« gründete, die von mehr als 150 Gewerkschaftsgruppen und -organisationen unterstützt wird. Searchlight betreibt darüber hinaus eine ernsthafte internationale Arbeit und reagiert mit konkreter Unterstützung auf Hilfeersuchen von GenossInnen außerhalb Großbritanniens. Während der rassistischen Terrorwelle in Deutschland von 1991 bis 1993 organisierte Searchlight internationale Solidaritätsorganisationen und finanzielle Unterstützung für deutsche AntifaschistInnen. Diese Unterstützung wurde u.a. während des Kaindl-Verfahrens und dem Prozeß gegen Safwan Eid in Lübeck fortgesetzt.

Eine weitere Gruppe, die seit Jahren, auch international aktiv ist und eine Zeitung herausgibt ist die Campaign against Rasism and Fascism (CARF). Seit den 70er Jahren führen sie erfolgreiche Kampagnen durch und wichtige Recherchen, die für AntirassistInnen eine wichtige Quelle des Verständnisses sind. Einige der besten und effektivsten antirassistischen und antifaschistischen Aktivitäten finden außerhalb der traditionellen Antifa-Szene und -strukturen statt. Youth against Racism in Europe (Jugend gegen Rassismus in Europa) beispielsweise startete eine sehr erfolgreiche und breite Kampagne unter Fußballfans und -clubs unter dem Motto »Show Racism The Red Card« (»Zeig Rassismus die rote Karte«). Die Kampagne mobilisiert u.a. mit einem professionell gemachten Video, in dem sich führende Fußballspieler und Trainer gegen Rassismus aussprechen. Erfolge stellten sich ein, so wurde z.B. die Fußballindustrie dazu gezwungen, dem Kampf gegen Rassismus im Sport viel mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Gleichzeitig hat die Stephen Lawrence Campaign, als Antwort auf einen brutalen rassistischen Mord 1993 entstanden, hervorragende Arbeit gemacht, um die Zusammenhänge des Rassismus in der Gesellschaft zu thematisieren, eine Gefahr, die viel größer und tiefgehender ist, als die Bedrohung durch die Neonazis. Wie in Deutschland bleibt eine unglückliche und künstliche Trennung zwischen der antirassistischen und antifaschistischen Bewegung. Es gibt zahlreiche Organisationen wie die National Assembly against Rasism, die energische antirassistische Lobbyarbeit betreibt und viele Flüchtlingsorganisationen, die sehr gute Arbeit machen, bei der Verteidigung von Asylbewerbern, sowohl gegen den Staat als auch gegen Neonazis.

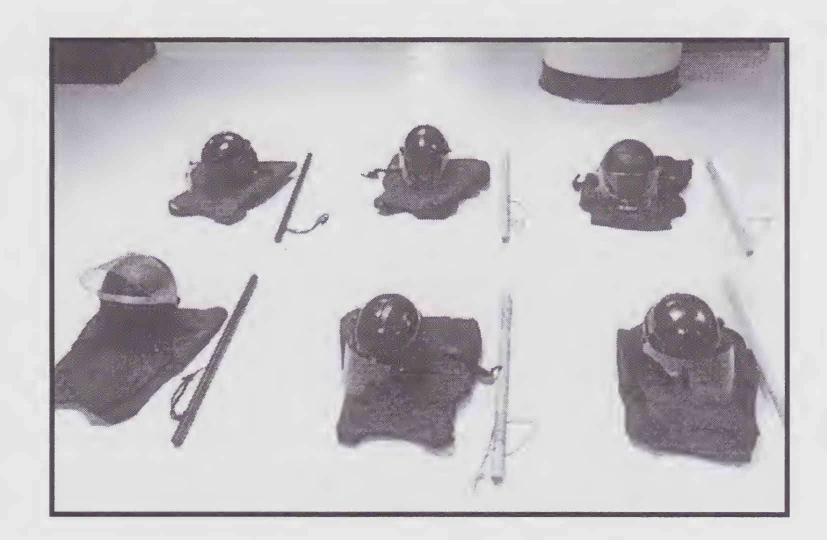
Ein großes Problem der antifaschistischen Bewegung, ja der ganzen Linken in Großbritannien, ist ein verbreitetes Sektierertum und damit die Schwierigkeit Einheit zu erzielen. Die Erfolge der ersten Generation der Anti Nazi League von 1977 bis 1982 stammten aus dem Umstand, daß die Neonazis eine wirkliche Bedrohung waren, was die verschiedenen linken Sektierer dazu zwang, ihre Unterschiedlichkeiten bei Seite zu lassen. Die Bewegung war gezwungen weit außerhalb der eigenen engen Strukturen zu mobilisieren. ■

Von Graeme Atkinson, European Editor, Searchlight Magazine



Lichtblicke aus Holland

In Holland haben wir es mit vier faschistischen Parteien und zwei Gruppen zu tun, die alle zur Zeit recht klein sind. Für die rechtsextremen Parteien war 1998 katastrophal. Sie verloren 86 von ihren 88 Sitzen in den Kommunalparlamenten und ihre drei Sitze im Landesparlament. Keine der faschistischen Parteien hat zur Zeit eine funktionsfähige landesweite Struktur. Die verschiedenen Gruppen sind unfähig zur Zusammenarbeit.



Centrumdemocraten (CD)

Die CD sind die wichtigste faschistische Partei. Sie wurde 1984 als Abspaltung von der Zentrumspartei gegründet. Der frühere Zentrumsabgeordnete Hans Janmaat ist ihr absoluter Führer. Nach schwachen Anfangsjahren kam Janmaat 1989 wieder ins Parlament. 1994 waren die CD sehr erfolgreich bei den Kommunalwahlen (78 Sitze in 38 Städten) und erreichten drei Sitze im Landesparlament. Aber kurz nach diesen Erfolgen begann die Partei wieder zu zerfallen. Nach zwei Jahren hatte die Hälfte der Stadträte die Partei schon wieder verlassen oder erschien nicht mehr zu den Ratssitzungen. Kritische Mitglieder wurden ausgeschlossen. 1998 gewannen die CD nur noch einen einzigen Gemeinderatssitz (in Schiedam bei Rotterdam) und flogen ganz aus dem Parlament. Janmaat sprach von Wahlbetrug und wollte die Partei auflösen. Ende 1998 wollte er dann aber doch weiter machen. Bei den Europawahlen im Juni 1999 erhielten die CD nur noch 0,5 Prozent der Stimmen.

Heute haben die CD die meisten ihrer Mitglieder verloren. Sie haben keine sichtbaren Strukturen mehr und ihre Zeitschrift ist 1999 nicht mehr erschienen. Wegen ihres bekannten Namens und durch ihren prominenten Führer Janmaat könnten sie jedoch in Zukunft auch wieder mehr Stimmen bekommen. Zur Zeit erreichen sie in Umfragen 1-1,5 Prozent. Das Programm der CD ist eine Mischung aus extremem Konservativismus (mehr Polizei, schärfere Gesetze, Todesstrafe, gegen Drogen), billigen Tricks (Halbierung der Benzinpreise, keine Steuern) und Rassismus (gegen Einwanderung und Multikulturalismus, »Eigen Volk Eerst!«).

Nieuwe Nationale Partij (NNP)

Die NNP ist aus der Spaltung (1996) der früheren faschistischen Partei CP'86 hervorgegangen. Ihr Hauptziel ist die Verteidigung der holländischen Kultur und die Vereinigung mit Flandern (Nord-Belgien). Die starken Männer sind die früheren CP'86-Stadträte Marcel Hoogstra und Marc de Bör. Die NNP wächst zwar, bekommt aber nicht viel öffentlichen Zuspruch. Die Partei will auch erst eine feste Struktur aufbauen. Das Programm ist sehr konservativ. Die NNP befürwortet die Homogenität der verschiedenen europäischen Kulturen und fordert eine holländisch-flämische Union gegen die deutsch-französische Dominanz in Europa. Die NNP wird unterstützt von der flämischen Aktionsgruppe Voorpost (siehe unten). Vor kurzem kandidierte die NNP für den Stadtrat der süd-holländischen Stadt Breda, erhielt aber nur 1,2 Prozent der Stimmen.

Nederlandse Volksunie (NVU)

Die NVU wurde 1971 gegründet und war in den 70er Jahren die einzige offen rassistische Partei. Seit 1974 ist Joop Glimmerveen ihr Führer. Aber als Glimmerveen seine Sympathie für Adolf Hitler erkennen liess und die Partei immer NS-ähnlicher wurde, verlor sie ihre Unterstützung und wurde schließlich verboten. Zwar konnte sie wegen juristischer Fehler zunächst dennoch weiter machen, brach Mitte der 80er Jahre aber ganz zusammen. 1996 baten einige junge Neonazis den mittlerweile 68-jährigen Glimmerveen, die Partei neu zu gründen. 1998 scheiterte die NVU bei den Kommunalwahlen in Den Haag und Arnhem. Zur Zeit ist die NVU eine sehr kleine Partei mit einigen Dutzend Mitgliedern und erhält Unterstützung von der Aktiefront Nationale Socialisten (ANS). Einige Male im Jahr versuchen sie durch Nazi-Treffen oder Drohungen gegen Politiker und Journalisten Aufmerksamkeit zu erregen. Ihr Programm ist reiner Nationalsozialismus und sie streben ein grossdeutsches Reich als europäische Einheit an.

Nederlands Blok (NB)

Der NB wurde 1992 als Einigungsversuch der zersplitterten Rechten gegründet, scheiterte jedoch, da CD-Führer Janmaat seine Popularität nicht teilen wollte. 1993 schloss Janmaat seinen Vize Wim Vreeswijk aus den CD aus. Der übernahm dann den NB und verwandelte ihn in ein Familienunternehmen, indem er seine Ehefrau zur Generalsekretärin ernannte. 1994 wurde Vreeswijk in den Stadtrat von Utrecht gewählt. Er überredete einige andere CD-Räte, zum NB überzutreten. 1998 verloren diese jedoch ihre Sitze (ausser Vreeswijk). Die Partei ist sehr klein (einige Dutzend Mitglieder) und bringt ausserhalb von Utrecht praktisch gar nichts zustande. Das Programm betont einen angeblichen Zusammenhang zwischen Kriminalität/Drogen und Flüchtlingen/ImmigrantInnen. Der NB erhält Unterstützung vom Vlaams Blok. Vreeswijk nimmt regelmässig an Vlaams-Blok-Treffen teil.

Voorpost

Nach der Spaltung der CP'86 im Jahre 1996 verabschiedeten sich einige der klügeren Rechtsextremen aus der Parteipolitik und begannen, als hollän-

dische Sektion der flämischen Gross-Holland-Gruppe die neu-rechte Organisation Voorpost aufzubauen. Obwohl Voorpost recht aktiv ist, scheint die Mitgliederzahl (rund 150) nicht zu wachsen. Die Gruppe hat eine fähige Führung, ein gutes Netzwerk und schafft es vor allem, traditionelle rechtsextreme Themen zu vermeiden. Der Vorsitzende Marcel Rueter versucht die Isolierung der extremen Rechten aufzubrechen, indem er Themen wie regionaler Nationalismus (Kurdistan), ethnischer Nationalismus (nordamerikanische Indianer) und Tierbefreiuung aufgreift.

Zur Zeit wird Voorpost durch die radikale Antifa-Bewegung aufs Korn genommen. Dadurch bekommen sie ernste Probleme und können keine öffentlichen Veranstaltungen durchführen. Im vergangenen Mai wurde ein Voorpost-Camp durch eine Antifa-Demonstraton gestört. Ausserdem wurden Aktionen vor den Häusern von Voorpost-Führungsmitgliedern angekündigt. Dies führte zu Chaos in der Organisation.

Aktiefront Nationale Socialisten (ANS)

Der Rest der echten Nationalsozialisten in Holland ist in der ANS organisiert, dem niederländischen Zweig von Kühnens Bewegung. Seit Ende der 80er Jahre ist Eite Homan der Vorsitzende. Er ist ein wichtiger Kader der europäischen Nazi-Bewegung und einer der Führer der NSDAP/AO. Die ANS ist sehr klein (einige Dutzend Mitglieder, die meisten davon sehr junge Skinheads) und ist eng verbunden mit der NVU von Glimmerveen und Kusters. Die ANS hat mehrere Tarnorganisationen (FAP-Arbeiderspartij, Germaanse Jeugd in Nederland JFN'94, Anti-zionistische Aktie). Die meisten ANS-Aktionen finden heutzutage in Belgien stattt.

Türkischer Nationalismus

Grund zur Sorge gibt auch die Entwicklung des türkischen Nationalismus. Die MHP mit ihren Grauen Wölfen wächst. Sie sind in der Türkischen Föderation der Niederlande organisiert. Diese Föderation bringt mehrere tausend Anhänger zu ihren nationalen Treffen. Wenn ihre Aktitivitäten veröffentlicht werden, führt dies oft zu ernsthafen Todesdrohungen und Angriffen.

Die antifaschistische Bewegung

Die antifaschistische Bewegung in Holland ist ziemlich zersplittert, aber es gibt nicht allzu viele interne Konflikte. Die verschiedenen Organisationen haben verschiedene Aufgaben und Strukturen. Die legalen Organisationen konzentrieren sich auf Rechtshilfe für die Opfer von Rassismus. In allen grossen Städten gibt es Anti-discriminatie Bureaus (ADBs), die von einer landesweiten Organisationunterstützt werden, dem Landelijk Bureau Racismebestrijding (LBR). Das LBR berät alle möglichen antirassistischen Gruppen. Ausserdem fordert es von der Regierung die Gesetze zu verändern und faschistische Parteien zu verbieten. Dies führte zum Verbot der CP'86, einer der radikalsten Naziparteien in Holland.

Ausserdem gibt es verschiedene Organisationen, die für eine multikulturelle Gesellschaft eintreten. Diese Gruppen entwickeln auch einige antifaschistische Aktivitäten. Zum Beispiel organisierte Magenta mehrere grosse antifaschistische Demonstrationen und gründete den Meldpunt Discriminatie Internet (MDI), der Rassismus und Faschismus im holländischen Teil des Internets bekämpft.

Radikale Gruppen

Die radikale Antifa-Bewegung besteht aus zwei Teilen, den Archiven und den Aktionsgruppen. Die Archive Fascisme Onderzöks Kollektief (FOK) und Kafka veröffentlichen Artikel und informieren Aktionsgruppen, JournalistInnen und WissenschaftlerInnen über die extreme Rechte. Die Aktionsgruppen sind in der landesweiten AFA-Struktur zusammengeschlossen. Zur Zeit sind viele örtliche radikale Antifa-Gruppen wenig aktiv, weil die Rechtsextremen so zersplittert sind. Die landesweite AFA konzentriert sich zur Zeit auf Voorpost. In den vergangenen zwei Jahren gelang es, durch Antifa-Demonstrationen zwei der wichtigsten Voorpost-Treffen zu verhindern.

Zur Zeit gibt es ein paar erfolgreiche Strategien gegen die faschistischen Strukturen in Holland. Erstens gibt es starken juristischen Druck. Wenn jemand rassistische Propaganda macht, dann muss er damit rechnen, vor Gericht zu kommen. Vor kurzem wurden drei prominente Faschisten verurteilt, weil sie auf einer faschistischen Demonstration »Eigen Volk Eerst!« und »Vol is Vol!« (»Voll ist Voll!«) gerufen hatten. Zwei andere Faschisten wurden zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil sie rassistische Karikaturen ins Internet gestellt hatten. Ausserdem sind die faschistischen Parteien in Holland von einem möglichen Verbot bedroht, seit die CP'86 verboten wurde.

Andererseits ist es recht erfolgreich, die Treffen von Gruppen wie Voorpost zu stören. Auf diese Weise wird Voorpost in den Medien und in der Offentlichkeit mit faschistischen Aktivitäten in Verbindung gebracht. Ausserdem stört es deren Aufbauarbeit. Wenn wir diese Strategie in der Zukunft fortsetzen können, wird es sehr schwierig sein, in Holland ernsthafte faschistische Aktivitäten zu organisieren. ■

Ein Artikel von:
Antifaschistische Onderzoeksgroep Kafka
PF 14710
1001 LE Amsterdam





Gegen weiße Rassisten und christlichen Nationalismus

Die Hauptströmungen der antifaschistischen und antirassistischen Bewegung in den USA entsprechen zwei Hauptströmungen der radikalen Rechten. Die erste ist die sogenannte Christliche Rechte, die mit ihrem christlichen Nationalismus ein theokratisches Regime anstrebt. Die zweite ist die weiße rassistische (white supremacist) Bewegung, die wiederum zwei Flügel hat: einer zielt auf die »Mitte der Gesellschaft« und will wieder ein vollständiges Monopol von wirtschaftlicher, sozialer und politischer Macht erlangen, der andere versteht sich als »Avantgarde« und kämpft für ein rein-weißes Territorium, das ethnisch gesäubert ist von JüdInnen und »Farbigen«.

Man darf dabei nicht vergessen, daß Nordamerika – im Unterschied zu den meisten europäischen Ländern – seit dem Beginn der Kolonisierung immer multi-ethnisch war.

Die USA wurden auf vier Säulen gegründet: Genozid an den Native Americans, Versklavung von AfrikanerInnen, Eroberung des Mestizo-Südwesten und ethnische Privilegien (white skin priviledges) für alle europäischen ImmigrantInnen, unabhängig von ihrer Religion oder ethnischen Herkunft. Dagegen gab es von Anfang an eine von »Farbigen« geführte, antirassistische Opposition – mal im Aufschwung, mal im Abschwung. Obwohl es auch gegenwärtig vor allem unter schwarzen und Latino-Jugendlichen eine »Kultur des Widerstands« gibt, ist die Bewegung selbst nur schwach: ohne klare Ziele und starke Organisationen.

Seit 1980 wurden die gesellschaftlichen Errungenschaften der 60er Jahre stetig ausgehöhlt. Deswegen führen antirassistische Gruppen vor allem Rückzugsgefechte, um Bürgerrechte für Schwarze, Gleichstellungsgesetze im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt, Sozialleistungen und Kindergeld für Arme sowie Rechte von ImmigrantInnen zu verteidigen.

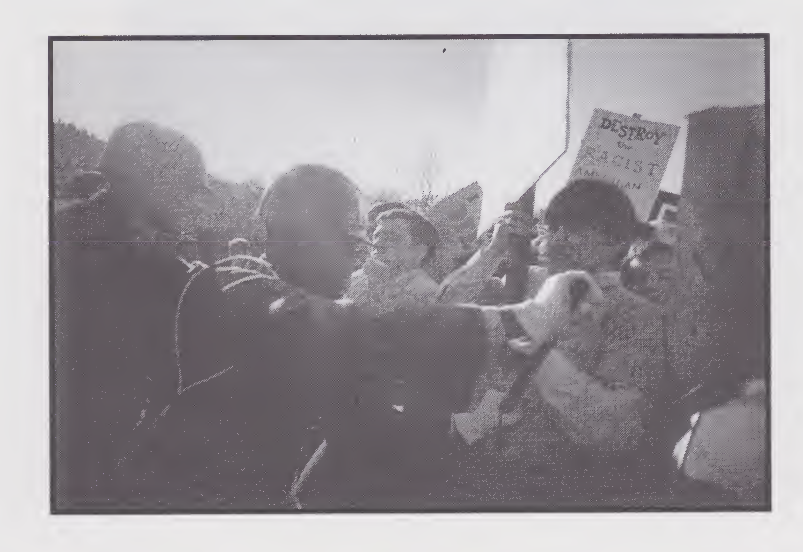
Eine wichtige Ausnahme ist die Nation of Islam (NOI). Die NOI ignoriert die Angriffe auf frühere Errungenschaften. Sie konzentriert sich auf den Rassismus der Polizei und der Justiz, wie viele andere schwarze und Latino-Organisationen auch. Die NOI zielt auf wirtschaftliche Unabhängigkeit der schwarzen Community. Zugleich ist sie durchzogen von Verschwörungstheorien, Antisemitismus und anderen reaktionären Phobien.

Kampf gegen den christlichen Nationalismus

Angeführt von der Christian Coalition des Fernsehpredigers Pat Robertson haben christliche Nationalisten in den 90er Jahren in vielen Bundesstaaten die Republikanische Partei übernommen. Sie dominieren Schulbehörden und Landesparlamente, stellen Kongress-Abgeordnete und US-Senatoren. Aber den christlichen Nationalisten ist es bisher nicht gelungen, die Republikaner auch auf Bundesebene zu kontrollieren und ihre eigenen Präsidentschaftskandidaten durchzusetzen. Die Folge davon ist, dass sich manche jetzt wieder von parlamentarischer Politik abwenden und sich lieber um den Aufbau von eigenen Schulen und Kirchen kümmern.

Anfang der 1980er Jahre gründete die liberale Organisation People for the American Way Büros in Washington, DC, um den christlich-nationalistischen Kreuzzug zu bekämpfen. Die Organisation wird von prominenten Liberalen und durch regelmässige Spendenkampagnen finanziert und konzentriert sich auf Medien- und Lobby-Arbeit. Obwohl sie später auch dezentrale Büros aufmachte, hat sie nie eine Verbindung zu Aktiven an der Basis aufbauen können.

Mehrere kleinere Gruppen haben gute Recherchearbeit geleistet, vor Gericht gegen reaktionäre Gesetze geklagt und die Auswüchse der christlichen Rechten öffentlich gemacht. Aber es ist bisher nicht gelungen, landesweite Basis-Organisationen aufzubauen. Und weiße Liberale, die religiösen Pluralismus und das Recht auf Abtreibung ver-



teidigen, haben meistens nichts zu tun mit schwarzen oder Latino-Organisation, die gegen Rassismus kämpfen. Auch die gemässigten protestantischen und katholischen Kirchen haben sich oberflächlich gegen die Fundamentalisten verteidigt. Aber sie beschränken sich meistens auf Medienarbeit, anstatt dass sie ihre Basis gegen die Rechten mobilisieren.

Den weißen Rassisten auf der Spur

Die beiden größten Organisationen gegen weiße Rassisten sind die jüdische Anti-Defamation League (ADL) und das Southern Poverty Law Center (SPLC). Beide machen Recherche und werden oft in den Massenmedien zitiert. Und beide haben Bildungsmaterialien für Schulen entwickelt. Zudem hat SPLC mehrere Gerichtsverfahren gegen weisse Rassisten gewonnen und mehrere Ku-Klux-Klan-Gruppen in den Ruin getrieben. In den vergangenen Jahren hat SPLC auch mit verschiedenen Basisgruppen gearbeitet, aber die besten Verbindungen hat es zu örtlichen Polizeibehörden. Auf der linksradikalen Seite gibt es Anti-Racist Action (ARA), eine Vereinigung von 75 örtlichen Gruppen vor allem aus der weißen Jugend-Subkultur. Die Stärke von ARA ist ihre Basis unter jungen kämpferischen Weißen, die bereit sind, dem Klan und den White-Power-Skins auf der Strasse entgegenzutreten. Mehrere ARA-Gruppen arbeiten auch gegen den Rassismus der Polizei (»Copwatch«). Manchmal ergibt dies Bündnisse mit schwarzen und Latino-Jugendlichen. ARA bleibt aber organisatorisch schwach, politisch eher schlicht und unfähig zu dauerhafter Bündnisarbeit mit anderen Antifa-Gruppen. Zwischen diesen beiden Polen kämpfen verschiedene örtliche, regionale und landesweite Organisationen gegen rechte Gewalt. Sie gehen Bündnisse mit gemässigten jüdischen, schwarzen, Latino-, asiatischen und schwulen/lesbischen Organisationen ein. Gemeinsam fordern sie schärfere Gesetze gegen rechte Gewalt und eine bessere Ausbildung der Polizei. Aber aus diesen kurzfristigen Bündnissen sind bisher keine dauerhaften Basisbewegungen entstanden. Dennoch gibt es einige brauchbare Modelle für solche dauerhaften Organisierungen:

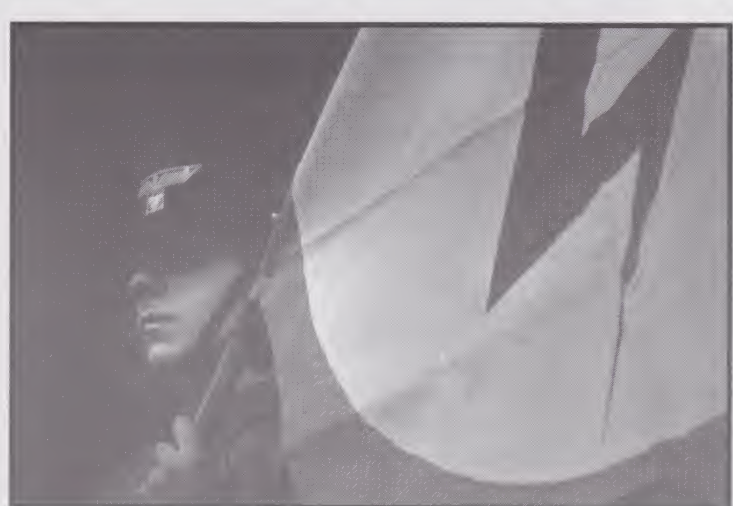
1. Im Südosten der USA gab es in den vergangenen Jahren eine gemeinsame Kampagne gegen Brandstiftungen in schwarzen Kirchen, an der Antifa-Gruppen, schwarze Geistliche, Bürgerrechts-Bewegte und einige weisse Geistliche beteiligt waren. Die Kampagne verlangte von den Bundesbehörden bessere Ermittlungen gegen die Brandstifter und sammelte Geld für den Wiederaufbau der zerstörten Kirchen. Aber die Kampagne konnte ihre Behauptung nicht beweisen, dass hinter den Brandstiftungen eine organisierte rechtsradikale Verschwörung stand.

2. Im Bundesstaat Louisiana gab es einen dreijährigen Kampf gegen den Nazi David Duke. Die Kampagne recherchierte Dukes Aktivitäten und ermittelte durch Wählerbefragungen, wo Duke erfolgreich war und wo er Schwächen hatte. Dann schaltete die Kampagne Anti-Duke-Werbung in den Massenmedien. Obwohl Duke 1989, 1990 und 1991 eine Mehrheit der weißen WählerInnen (aber nicht in der Gesamtbevölkerung) in Louisiana bekam, konnte die Kampagne verhindern, dass er in den folgenden Jahren wieder auftauchte.

3. Im Farmgürtel des Mittleren Westens versuchten Rechtsradikale in den 80er Jahren, unter den krisengeschüttelten Landwirten zu rekrutieren. Sie behaupteten, das »jüdische Kapital« sei für die massive Farm-Krise verantwortlich. Dagegen wurden Antifa-Gruppen aktiv. In Zusammenarbeit mit Kirchen und Farm-Organisationen in der Region veranstalteten Antifas zweitägige Seminare, in denen es um die Strategie der Rechtsextremen und um Agrar-Ökonomie ging. Insgesamt nahmen mehr als 2000 Leute an diesen Seminaren teil. Diese Leute wurden selbst zu Antifa-Aktivisten in ihren Dörfern und Kleinstädten. Dadurch wurde schliesslich die rechtsradikale Kampagne gestoppt.

4. In den 1990er Jahren haben die Northwest Coalition, die Coalition for Human Dignity (Koalition für die menschliche Würde) und das Montana Human Rights Network dutzende von kleinen Gruppen in den Kleinstädten und Städten des US-Nordwestens geschaffen. Dies sind vor allem (aber nicht ausschliesslich) weiße Communities mitten im »Arischen Heimatland«. Die Stärke dieser Gruppen ist die beständige Bildungsarbeit unter weissen ChristInnen, unter anderem zur Verteidigung der Rechte der Native Americans. Aber ihre Schwäche ist ihre Unfähigkeit, WählerInnen gegen die Rechten zu mobilisieren und gegen die neueste Masche der weissen Rassisten vorzugehen. Seit dem Ende des Kalten Krieges hat der weiße Nationalismus zwei Feindbilder: ethnische Minderheiten und »Freihandel«. So gewannen die Rechten 1986 einen Volksentscheid in Kalifornien, mit dem die Rechte von ImmigrantInnen eingeschränkt wurden. Und 1998 gewannen sie ein Referendum gegen Gleichstellungsgesetze im Bundesstaat Washington. Um die künftigen Auseinandersetzungen zu gewinnen, müssen Antifas das Thema Faschismus mit allgemeineren ökonomischen und politischen Themen verknüpfen – so wie es in Louisiana und im Farmgürtel geschehen ist. ■





Ein Artikel des US-amerikanischen Korrespondenten des AIB

Das Blood & Honour-Netzwerk

Entstehung, Entwicklung und Bedeutung des Nazi-Skin-Netzwerkes



Die Musik neonazistischer Skinheads ist in Deutschland in den vergangenen 10 Jahren zu einem Millionengeschäft geworden. Über 100 deutsche Bands produzierten seit 1991 knapp 500 verschiedene CDs in einer Stückzahl von wenigen Hundert bis etwa 15.000. Wenn man von einer realistisch erscheinenden durchschnittlichen Auflagenhöhe von 3.000 ausgeht, würde dies bedeuten, daß in den vergangenen acht Jahren ca. eineinhalb Millionen Neonazi-Rock-CDs hergestellt wurden. Zuständig für deren Produktion und flächendeckende Verteilung sind mehr als 50 Versände und Labels sowie bundesweit mehr als 20 der neonazistischen Szene zuzurechnende Läden.
Alleine im Jahre 1998 fanden laut Polizeiangaben in Deutschland um die 120 neonazistische Konzerte statt. Rechnet man diesen die in dieser Zählung unberücksichtigten kleineren Zusammenkünfte (wie etwa Jugendzentrumsfeten mit Bandauftritten) hinzu, so geht statistisch gesehen an mindestens jedem zweiten Tag irgendwo in Deutschland ein Nazikonzert über die Bühne.
Das infrastrukturelle Rückgrat der Szene bilden gewachsene und eingespielte Zusammenhänge, die eine Vielzahl von Aktivitäten, v. a. in der Organisierung von Konzerten und legalen wie illegalen Vertriebswegen, dominieren und die in der internen Hierarchie ganz oben angesiedelt sind. Sie sorgen für die beständige Fütterung der Szene mit politischer Ideologie, sie gestalten den internationalen Austausch und sie bieten einem harten Kern die Möglichkeit, sich von der Masse und den Modeerscheinungen abzugrenzen und sich in einer elitären Gemeinschaft wiederzufinden. Die wohl bedeutendste Struktur dieser Art in Deutschland ist das Netzwerk von BLOOD & HONOUR, welches in den vergangenen Monaten mit Macht in die Öffentlichkeit drängt.

Rückschläge in der NPD, Blood & Honour auf dem Vormarsch

Sichtbare Zeichen einer Umorientierung der Szene sind die derzeitigen Bilder, die sich BeobachterInnen neonazistischer Aufmärsche bieten. Marschierten die Naziskins in den letzten Jahren überwiegend hinter Transparenten der NPD/JN und unter schwarzen Fahnen der Freien Nationalisten, so sind heute auch vermehrt Fahnen der Blood & Honour-Sektionen zu sehen.

Damit folgen Blood & Honour-AktivistInnen einem Beschluß, der auf ihrem Deutschland-Treffen am 3. Oktober 1998 gefaßt wurde und besagt, daß Blood & Honour mehr zu sein habe *»als eine Musikbewegung«* und daß es Aufgabe sei, *»Patrioten verschiedener Stilrichtungen zu sammeln und zu einen, nicht nur in der Musik, sondern im Kampf«*. Um diesen *»Standpunkt zu demonstrieren«*, so schreibt es der *»offizielle Newsletter«* der Blood & Honour-Division Deutschland, sollten sich die AktivistInnen *»in Zukunft vermehrt geschlossen an politischen Aktionen beteiligen.«*

Im schwedischen Neonazi-Magazin Route 88 von Anfang 1999 bilanziert der deutsche Blood & Honour-Chef, der Berliner Stefan Lange (»Pinocchio«), stolz, daß in den letzten Jahren die Zahl der Sektionen auf 17 angewachsen sei und *»everywhere people want to create new sections«*. Die *»Blood & Honour-Familie«* umfasse inzwischen mehr als 200 Mitglieder, wobei diese Zahl mittlerweile nach oben korrigiert werden muß.

Die Entwicklung von Blood & Honour überrascht kaum, war doch der harte Kern der Naziskins in den letzten Jahren ständig auf der Suche nach einer auf ihn zugeschnittenen Organisierungsform.

Dies kam in den vergangenen Jahren vor allem der NPD und den JN zugute. Die Partei und ihre Jugendorganisation verfolgten die Strategie, sich der neonazistischen Jugendkultur als politischer Arm anzudienen. Mit Erfolg – im Februar 1998 hielt die NPD im bayerischen Passau einen *»Tag des na-*

tionalen Widerstandes« ab, mehr als 90 Prozent der 5.000 TeilnehmerInnen waren Skinheads, die mit kaum für möglich gehaltener Disziplin den Reden der Parteioberen lauschten. Durch den massenhaften Zulauf von Naziskins wuchs der Landesverband Sachsen bis Ende 1998 auf 1.400 Mitglieder und wurde zum bundesweiten Vorzeigeobjekt.

Als Schwierigkeit erweist sich jedoch, daß das von der NPD proklamierte »*Abenteuer Nationalismus*« in letzter Zeit vermehrt an seine Grenzen stößt. Viele Großaufmärsche, als verbindende und sinngebende Momente aus der neonazistischen Erlebniswelt nicht wegzudenken, wurden in den letzten zwei Jahren entweder verboten oder durch antifaschistischen Widerstand zu einem Mummenschanz degradiert, bei dem die Glatzenkolonnen oft nur wenige hundert Meter weit marschieren konnten, bevor sie von der Polizei eilig in Busse verfrachtet und nach Hause geschickt wurden. Die NPD, die sich über die Gestaltung jener Erlebniswelt Akzeptanz und Glaubwürdigkeit in der Jugendkultur schafft, muß dieses Feld zusehends dem Netzwerk von Blood & Honour und Freien Nationalisten überlassen, die sich in der Durchführung derartiger Veranstaltungen weitaus flexibler zeigen, über konspirative Mobilisierungssysteme verfügen und sich gesetzlichen Bestimmungen noch weniger verpflichtet fühlen als der NPD-Parteiapparat.

Desweiteren belasten hausgemachte Probleme das Verhältnis der NPD- und JN-Landesverbände untereinander und auch ihre Akzeptanz in der rechten Jugendkultur. Verschiedene Landes- und Ortsverbände, allen voran der mächtige Landesverband Sachsen, versprechen sich durch einen Ausschluß von Skinheads einen Imagegewinn in bürgerlichen Kreisen, was so weit geht, daß beispielsweise der Ortsverband der hessischen NPD-Hochburg Wölfersheim Skinheads und anderen »*Kostümierten*« den Zutritt zu seinen Veranstaltungen verweigert.

In dem Maße, wie heute das Verhältnis zu NPD und JN abkühlt, bieten sich die Freien Nationalisten und Blood & Honour an, das nun entstehende strukturelle Vakuum auszufüllen und sie präsentieren sich als radikale, aktionistische und identitätsstiftende Organisierungsmodelle mit einer – was besonders Blood & Honour betrifft – starken kulturellen Authentizität. Parallel hierzu engagieren sich einzelne Blood & Honour-AktivistInnen weiter im NPD-Spektrum, wie beispielsweise der Ludwigshafener Christian Hehl, der im April dieses Jahres in den Bundesvorstand der JN gewählt wurde.

Die sich verändernden politischen Konstellationen wurden bei verschiedenen Aufmärschen und Aufmarschversuchen der letzten Monate deutlich.

Als am 1. Mai eine NPD-Großdemonstration in Bremen in letzter Instanz gerichtlich verboten wurde, gelang es der NPD nicht, eine adäquate und wenigstens symbolische Ersatzveranstaltung zu organisieren. Die Freien Nationalisten schafften es hingegen, trotz polizeilicher Heerschau in ganz Norddeutschland mit 350 Personen einen kurzen Aufmarsch im schleswig-holsteinischen Ahrensburg durchzuführen. Auch nach dem Verbot der Demonstration gegen die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« am 5. Juni 1999 in Hamburg gelang es Freien Kameradschaften und Blood & Honour mit nur geringer Einbindung der NPD, sich mit 500 Personen im mecklenburgischen Ludwigslust zu versammeln.

Im badischen Bruchsal demonstrierten am 22. Mai 130 Neonazis, darunter regionale Blood & Honour-Gruppen, für die Freilassung des inhaftierten ehemaligen NPD-Vorsitzenden Günter Deckert. Die NPD »durfte« dies zwar anmelden, ihre Redner jedoch wurden von den Glatzen, die 90 Prozent der TeilnehmerInnen stellten, mit demonstrativem Desinteresse bedacht. Der Redner der Freien Nationalisten wurde um so frenetischer bejubelt.

In der letzten Zeit wird eine immer größere strukturelle Übereinstimmung zwischen dem Spektrum Blood & Honours und den Zusammenhängen der Freien Kameradschaften sichtbar. Doch anders als noch bis Mitte der Neunziger Jahre, als Naziskins meist nur pöbelndes und randalierendes Fußvolk von selbsternannten »Führern« waren, zeigt sich mit Blood & Honour heute eine Organisationsstruktur, die in der rechten Jugendkultur verwurzelt ist, sich politisch eigenständig artikuliert und – ausgestattet mit dem entsprechenden Selbstbewußtsein – den alteingessenen Neonazi-Strukturen gegenüber zumindest einen gleichberechtigten Status hat.

Die Anfänge von Blood & Honour in Deutschland

Die ersten spürbaren Akzente von Blood & Honour in Deutschland wurden 1991 gesetzt. Die Stuttgarter Naziskinheadbande Kreuzritter für Deutschland knüpfte direkte Kontakte

Die Gründung und Entstehung von Blood & Honour in England

Die Ursprünge des Blood & Honour-Netzes gehen bis in das Jahr 1979 zurück, als die englische Neonazipartei National Front (NF) als Reaktion auf die steigenden Aktivitäten der antifaschistischen Rock Against Racism-Bewegung zur Gründung von Rock Against Communism (RAC) aufrief und hierfür die zu dieser Zeit führende Neonaziband Englands, die Gruppe Skrewdriver um Ian Stuart Donaldson, gewinnen konnte. Die Zusammenarbeit zwischen der NF und Aktivisten der englischen Naziskinheadszene führte 1984 zur Gründung des White Noise Clubs, ein Netzwerk von Bands, Konzertveranstaltern und Politfunktionären, welches den neonazistischen Musikgruppen die Möglichkeit eröffnete, professioneller als zuvor Platten zu produzieren und Konzerte zu veranstalten. Nachdem sich ein Teil der dort aktiven Naziskinheads von der NF finanziell betrogen fühlte, spalteten sie diese vom WNC ab und gründeten Blood & Honour. Uneingeschränkter Führer war Ian Stuart Donalson. Blood & Honour war der entfesselte WNC und wuchs zu einer politischen Organisation, wenn auch (zunächst noch) ohne feste Mitgliedschaften. »Musik ist das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näherzubringen« umschrieb Ian Stuart Donaldson das politische Credo »seiner« Organisation und Blood & Honour wurde zu einem bedeutenden Umschlagplatz neonazistischer Ideologie und Propaganda. Stilmittel war die Skinheadkultur, Transportmittel die Musik. Ab Ende der Achtziger, Anfang der Neunziger Jahre wurde Blood & Honour schließlich auch in anderen europäischen Ländern sowie in Nordamerika populär. Als Ian Stuart Donaldson 1993 bei einem Autounfall ums Leben kam, entbrannte ein Machtkampf in Blood & Honour, ausgelöst von der britischen Neonazitruppe Combat 18 (C 18), der es mit Gewalt und mit Intrigen gelang, die Führung von Blood & Honour an sich zu reißen. Unter dem Einfluß von C 18 wurde Blood & Honour mehr und mehr zum kulturellen Ableger, zum Deckmantel und zur Finanzierungsquelle einer terroristischen Neonazigruppe, die in der Folgezeit nicht einmal davor zurückschreckte, Kritiker sowie Konkurrenten auf dem lukrativen Markt der Neonazi-Rockmusik zu ermorden oder durch Briefbomben einzuschüchtern.

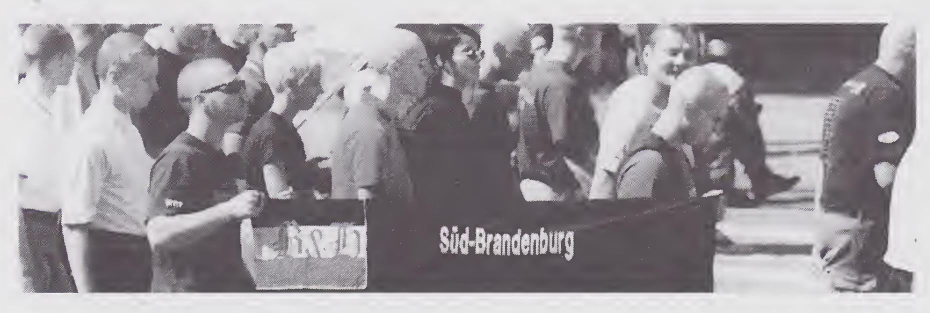
(vgl.: White Noise, inside the international nazi skinhead scene; edited by n. Lowless and S. Silver, London 1998







Von oben nach unten: B&H-Sektion Brandenburg, B&H-Sektion Brandenburg, B&H Sektion Sachsen/Anhalt, B&H-Sektion Süd-Brandenburg.



zur britischen Blood & Honour-»Kultband« Skrewdriver, baute unter dem Namen Skrewdriver-Service den Vertrieb derer Bandprodukte im deutschsprachigen Raum auf und organisierte mehrere Konzerte und Tourneen britischer Blood & Honour-Bands. Die Liaison mündete im Projekt German-British-Friendship (GBF), welches den Austausch zwischen den Bands beider Länder organisierte und auch gemeinsame Tonträger produzierte. GBF-Records, geleitet von Steffen Hammer, dem Sänger der Band Noie Werte, besteht heute als eines der führenden Labels und Versandunternehmen im süddeutschen Raum. Zum Geldverdienen sahen sich die britischen Ikonen zu dieser Zeit jedoch anderweitig um. Führende Blood & Honour-Bands wie bspw. Skrewdriver unterzeichneten lukrative Verträge mit dem deutschen Label Rock-O-Rama, dem zu dieser Zeit weltweiten Hauptproduzenten von Rechtsrock, wodurch ihre Platten und CDs in große Vertriebssysteme gelangten.

Über die Organisierung der Konzerte mit britischen Bands entstanden weitere Kontakte, vor allem auch in die neuen Bundesländer. Am Rande eines Skrewdriver- und Noie Werte-Konzertes 1991 in Brandenburg fand auf Initiative eines Journalisten ein Treffen zwischen Ian Stuart Donaldson und Denis Mahon, einem früheren Leiter der White Knights of the Ku-Klux-Klan aus den USA statt, welches zur Initialzündung zur Schaffung einer deutschen Klan-Sektion werden sollte. Die Naziskinheadbande um den Herausgeber des Heftes United Skins, Carsten Szczepanski, zeigte reges Interesse an der Idee, die deutsche Klan-Sektion blieb jedoch eine mediale Inszenierung.[1] Szczepanski indes arbeitete nun verstärkt mit GBF zusammen und produzierte 1993 gemeinsam mit Noie Werte eine Solidaritätsplatte für die unter staatlichen Druck geratene deutsche Nazimusik-Szene. Als in der Folgezeit der Streit um den britischen Combat 18 (C18) auch nach Deutschland getragen wurde, war er eifrigster Fürsprecher der britischen Neonazi-Terrorgruppe. Obgleich 1995 wegen Anstiftung zum Mord an einem Angolaner zu einer achtjährigen Haftstrafe verurteilt, gelingt es Szczepanski mit Hilfe seiner Kameraden bis zum heutigen Tag, United Skins weiterzuführen. Als Anschrift dient ihm die langjährige Postanschrift von C18 in London.

Seit 1990 unterhielten Neonazis der Berliner GdNF-Organisation Nationale Alternative (NA) enge Verbindungen nach Skandinavien. Sie nahmen an Wehrsportübungen in Schweden und Dänemark teil und luden ihre GastgeberInnen zum paramilitärischen Training nach Deutschland ein. Ihre Kontaktorganisationen waren der schwedische Vitt Arisk Motstand (VAM) und die dänische Danmarks National Socialistiske Bevaegelse (DNSB), die in ihren Ländern die Vernetzung innerhalb der militanten Naziskinheadszene bereits erfolgreich praktizierten. Vor allem die DNSB und der mit ihr assoziierte Versand NS 88 entwickelte sich in den Folgejahren immer mehr zum Ableger der dänischen Blood & Honour-Division.

1993 richtete dann Blood & Honour Deutschland ein »Hauptquartier« in Dänemark ein und firmierte unter der Anschrift der Nationalen Liste (NL) in Hamburg. Als GdNF-Kerngruppe war die NL eine der tragenden Säulen im internationalen Netzwerk der NSDAP/AO und diente hier als Verbindung zu NS-Auslandsgruppen in Skandinavien, vor allem zur DNSB. Parallel hierzu baute der damalige FAP-Funktionär Torsten Heise Verbindungen zu C18 auf, die zu der Zeit bemüht waren, die Kontrolle über Blood & Honour in England zu erlangen. Heise profilierte sich nachfolgend in der Organisation mehrerer Blood & Honour -Konzerte in Norddeutschland.

Zu dieser Zeit existierte Blood & Honour als ein eher informeller Zusammenschluß von bewährten Szene-Aktivisten, die damals schon in dem Ruf standen, zu den »Härtesten« zu zählen und die vor allem durch die professionelle Organisierung von Konzerten ein Gütesiegel in der Szene plazierten. Ab 1994 wurde dem ein festerer Rahmen gegeben und in Berlin die deutsche Muttersektion gegründet. Diese stand und steht unter der Leitung »ostdeutscher« Skins, wodurch sich Blood & Honour die Türen in die neuen Bundesländer weiter öffneten.

Der Tod des britischen Blood & Honour-Anführers Ian Stuart Donaldson 1993 und nachfolgende Streitereien um dessen Erbe lähmten für einige Zeit auch in Deutschland die weitere Entwicklung, ab 1995/96 jedoch gelang es Blood & Honour, sich zu konsolidieren und nachfolgend zu expandieren.

Der Geschäftsbetrieb Blood & Honour

Während sich das kulturelle Engagement bspw. des Hochglanz-Rechtsrockmagazines Rock Nord eher daran orientiert, einen legalistischen, leicht konsumierbaren Mainstream-Rechtsrock zu etablieren und zu vermarkten, ist es Aufgabe von Blood & Honour, radikale politische Akzente zu setzen sowie den »grauen« und illegalen Markt zu bedienen. Aufgrund der (gerade bezüglich der Paragraphen der Volksverhetzung und der Verbreitung von verfassungsfeindlicher Propaganda) im europäischen Vergleich rigiden deutschen Gesetzgebung muß ständig an Systemen gefeilt werden, Produktionen und Vertriebe ins Ausland zu verlagern sowie die Einfuhr und den Handel über sogenannte »Ameisenstraßen« zu organisieren.

Blood & Honour kam von Anfang an zugute, über einen gewachsenen Kreis von erfahrenen Leuten im In- und Ausland zurückgreifen zu können. Vor allem die enge Anbindung an die GdNF-Strukturen, dem deutschen Knotenpunkt der NSDAP/AO-Gruppen, verschaffte ihnen einen wesentlichen Vorteil – sie konnten sich eines bereits bestehenden Netzwerkes bedienen, welches bislang die Einfuhr und die Verbreitung von illegaler NS-Propaganda von den USA, Schweden und Dänemark nach Deutschland organisierte. Über diese ständig weiterentwickelte »Versorgungslinie Nord«[2], als dessen heutige Schnittstellen u. a. Blood & Honour Scandinavia (unter deren Namen der NS 88-Versand seit 31. März 1999 fungiert) und Jens-Uwe Arpe (der zeitweise in Schweden wohnhafte Sänger der Neonaziband Kraftschlag), genannt werden müssen, lief zum Beispiel 1998 die Herstellung und Verbreitung der CD »*Rock gegen oben*« der Berliner Band Landser. Aufgenommen in einem Berliner Tonstudio, wurde die CD in den USA gepreßt, über Skandinavien nach Deutschland geschafft und vom Hamburger Raum aus verteilt, wobei feste Kontingente in die verschiedenen Regionen gingen. Organisiert wurde die Verteilung von Torben Klebe, als Führungsperson von Blood & Honour und bei den Hamburger Freien Nationalisten gleichermaßen aktiv. Welchen Umfang die illegalen CD-Geschäfte annehmen, läßt eine Razzia im Oktober 1997 erahnen, als in den Räumen des Ladengeschäftes No Mercy Records in Kiel, welche offensichtlich als Zwischenlager dienten, 31.000 CDs mit neonazistischem Inhalt aus dem Versandhandel von NS 88 beschlagnahmt wurden. Inwieweit NS 88 bzw. dessen Betreiber, Marcel Schilf, ein in Brandenburg geborener dänischer Staatsbürger, in das Geschäft mit über 200.000 dort ebenfalls sichergestellten Raubpressungen involviert war, blieb unklar. Hergestellt wurden die CDs, so die Polizei, vor allem in Skandinavien und Osteuropa.

Gerade die östlichen Nachbarländer Polen, Tschechien, Slowakei und vermutlich auch Ungarn, – wo eine starke Blood & Honour-Szene mit guten Verbindungen nach Deutschland existiert – sind Bestandteile einer bedeutenden »Versorgungslinie Ost«. Dies meint die kostengünstige und von den jeweiligen Staaten kaum verfolgte Fertigung von CDs, die – teilweise in Reservereifen versteckt – eingeschmuggelt, in den angrenzenden deutschen Bundesländern zwischengelagert und dann über die »Ameisenstraßen« gehandelt werden. Im Rahmen einer Razzia gegen den wichtigsten deutschen Blood & Honour-Vertrieb Nibelungen-Versand in Lingen (Emsland), der eine einjährige Observation vorausging, hob die Polizei im November 1998 ein Erddepot bei Stralsund aus und fand ca. 5000 überwiegend indizierte CDs. Dem zur Zeit inhaftierten Betreiber des Versandes, Jens Hessler, wird eine illegale Gewinnabschöpfung in Höhe von mindestens 180.000 DM vorgeworfen, ein Haus und zwei PKW wurden vorübergehend eingezogen.

Eine weitere Methode des illegalen Vertriebs besteht darin, in Tschechien gebrannte CDs per Luftfracht nach Skandinavien zu transportieren und von dort aus weiter zu versenden. Ein beim NS 88-Versand aufgefundener Frachtbrief vom 30.03.1998 verweist auf eine Lieferung von über 2000 CDs, die vom Prager Flughafen an eine Adresse in Schweden geschickt wurden und von dort aus ganz offensichtlich an NS 88 weitergeleitet wurden. Kostenpunkt: Knapp 1000 DM, nicht einmal 50 Pfennige pro CD.

Bei diesen Geschäften wie auch bei der Durchführung von Konzerten, für die um die 30 DM Eintritt gezahlt werden muß, bleiben auf dem Papier satte Gewinne. Die dafür benötigte Logistik jedoch kostet Geld – in den Ameisenstraßen gibt es eine Reihe von MitverdienerInnen, Beschlagnahmungen, Geldstrafen, Anwaltskosten etc. müssen ebenso abgerechnet werden, zudem lebt ein Teil der Blood & Honour-AktivistInnen hauptsächlich von diesen Geschäften und pflegt einen nicht gerade bescheidenen Lebensstil. Für getätigte oder geplante Geldanlagen in Immobilien, wie zum Beispiel beim schwedischen Blood & Honour-Netzwerk erkennbar, gibt es erste Anzeichen.

Das Netzwerk von Blood & Honour

Die Durchführung von Großkonzerten ist nach wie vor eines der Standbeine von Blood & Honour und besonders darin zeigt sich der oft hohe Grad der Organisierung. Den VeranstalterInnen gelingt es häufig, Räume unter der

7. August Nazi-Demo in Bad Berka: Blood & Honour-Mitglieder aus Thüringen (links und rechts vom Kreuz) marschieren in erster Reihe mit.



Vorspiegelung falscher Tatsachen (so beispielsweise als Geburtstagsfeier) anzumieten und über ein ausgeklügeltes Mobilisierungs- und Schleusungssystem bis zu 2.000 Personen an polizeilichen Verboten vorbei zu den Konzertorten zu manövrieren. Mobiltelefone, das Internet sowie die Bereitschaft, zu einem 100 Kilometer entfernten Ausweichort weiterzureisen, machen dies möglich. Als Beispiel hierfür sei ein Blood & Honour-Konzert mit den schwedischen Bands Midgards Söner und Ultima Thule 1996 im oberfränkischen Raum genannt. Nachdem AntifaschistInnen den Konzertort ausfindig gemacht hatten, wurde die Veranstaltung polizeilich verboten. Auch ein Ersatzort im ca. 80 Kilometer entfernten Nürnberg konnte aufgedeckt werden und wurde nachfolgend ebenso untersagt. Dennoch reisten über 1.500 Naziskins an, wurden über Telefon-Ketten und Schleusungspunkte in die Provinz umgeleitet, wo das Konzert an einem weiteren Ersatzort unbehelligt stattfinden konnte.

Ein Konzert im Juli 1999 im Hunsrück, bei dem ein großer Teil der ca. 800 ZuhörerInnen aus den Nachbarländern Belgien und Frankreich anreiste, um der Band Brutal Attack zuzuhören, zeigt die mittlerweile auch länderübergreifende Vernetzung.

Diese Struktur fließt mehr und mehr in die Organisierung neonazistischer Aufmärsche ein, was für Neonazigruppen ein weiterer Grund für die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Blood & Honour sein dürfte.

Das Geflecht der 100 Bands, der Merchandising-Vertriebe, der kleineren und größeren Versände und Dutzender von Skinzines zu entwirren und die einzelnen Unternehmen bestimmten Strukturen zuzuordnen, scheint ein aussichtsloses Unterfangen. Die Bands, Labels, Versände und Skinzines benennen sich um, fusionieren, lösen sich auf, GeschäftspartnerInnen zerstreiten sich, neue Verbindungen entstehen. Gerade im Versand- und Vertriebswesen sowie unter den Labels gibt es eine stattliche Zahl von Unternehmen, in die Blood & Honour eingebunden ist, wobei es nicht als entscheidend erachtet werden kann, ob deren Exponenten nun eine »feste Mitgliedschaft« aufweisen können, oder über enge wirtschaftliche und soziale Beziehungen mit Blood & Honour assoziiert sind. Augenscheinlich sind jedoch die regional großen Unterschiede der Blood & Honour-Gruppen bezüglich ihrer personellen Stärke, ihres Auftretens und ihrer Aktivitäten. Während in den nördlichen und östlichen Bundesländern dynamische und um Selbstdarstellung bemühte Gruppen agieren, scheinen bspw. die alteingesessenen Strukturen in Hessen und Baden-Württemberg eher daran interessiert, in Ruhe ihre Geschäfte zu machen.

Vom Organisationsaufbau her ist eine Affinität zum Rocker-Milieu unverkennbar – ein zum Kult erhobener Name, eine Muttersektion, der gegenüber die »Chapter« weisungsgebunden sind und dennoch weitgehend in Eigenregie handeln sowie eine Reihe von regional bedeutenden Gruppen und Banden, die mehr oder weniger in das Netz integriert sind. Laut Statut muß eine halb- bis ganzjährige Probezeit durchlaufen werden, bevor ein Anwärter sich als Mitglied rühmen kann. Bei den häufigen Streitereien versuchen anerkannte »Respektspersonen« zu vermitteln und regionale wie überregionale Gremien sind bemüht, die Aktivitäten zu koordinieren. Wer es denn an Ehrerbietung mangeln läßt, wie jener »Goof«, der bei einem Brutal-Attack-Konzert im Jahre 1998 Blood & Honour als »eine Gang – weiter nichts« bezeichnet haben soll, dem wird offen mit einem »Nachspiel« gedroht.[3]

Der nachfolgende kurze und unvollständige, Einblick in die Aktivitäten von Blood & Honour läßt Rückschlüsse auf die Vielseitigkeit, die Reproduktionsfähigkeit aber auch auf die Probleme der Blood & Honour-AktivistInnen zu.

Zu den größten Neonazi-Versänden in Deutschland zählt der Ultima-Tonträgervertrieb aus Halle (Saale), der Anfang 1999 aufgrund polizeilicher Repression vorübergehend eingestellt wurde. Sein Betreiber Sven Liebich eröffnete unlängst zusammen mit Kameraden das Ladengeschäft Midgard in Leipzig, die 1998 von ihm herausgegebene Zeitschrift New Dawn als *»Rundbrief der Blood & Honour Sektion S.A.«* brachte es bisher jedoch nur auf eine Ausgabe.

Als einer der Hauptversände im südwestdeutschen Raum besteht der Sturm Versand des bereits genannten Christian Hehl. Im Oktober 1997 eröffnete der bundesweit bekannte Blood & Honour-Aktivist in Ludwigshafen das Ladengeschäft Hehl's World, welches aber nach wenigen Monaten aufgrund des antifaschistischen Widerstandes und des damit verbundenen Handlungszwanges der Behörden geschlossen wurde.

Weniger erfolgreich war eine antifaschistische Kampagne gegen das im Offenbacher Stadtteil Bieber (Hessen) ansässige Ladengeschäft Cd-Room, welches als Knotenpunkt mehrerer örtlicher Vertriebe und Skinzines dient. Sein Inhaber, Lars Schultz, hatte 1996 aus Stuttgart den Skrewdriver-Service Deutschland übernommen und Schultz-Spezi Michael Hansen organisiert über den Brutal-Attack-Service den Deutschlandvertrieb der Blood & Honour-Gründerband Brutal Attack. Ein gleichnamiges Magazin und das Blood & Honour-Fanzine Äbbelwoi-Express runden die Neonazi-Aktivitäten in dem kleinen Stadtteil ab, welche von den örtlichen Medien und der Polizei systematisch heruntergespielt werden. Die beiden Versände jedoch brachten offensichtlich nicht die geschäftliche Etablierung, die sich ihre Betreiber erhofft hatten. Das Ladengeschäft CD-Room wurde Ende 1998 in Wayjard umbenannt, die neonazisti-



Blood & Honour-Block auf der Hess-Demo 1998 in Dänemark.



sche Musik, laut Ian Stuart Donaldson doch der wesentliche Träger von Ideologie, ist zugunsten einschlägiger Markenkleidung (Troublemaker-Steetwear, Wallhall u. a.) weitgehend aus dem Sortiment verschwunden.

Besonders dynamisch zeigt sich die Entwicklung in einigen Regionen Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns. Auch in Thüringen dient die aus Gera agierende und (nach Eigenangaben) knapp 100 Personen starke Neonazitruppe White Youth Germany – nach Beobachtungen des Verfassungsschutzes – dazu, *»junge Skinheads an Blood & Honour heranzuführen«.*[4]

In den westlichen Bundesländern sind es die schon genannten Gruppen der Freien Nationalisten, die in enger struktureller Verbindung und teilweise gar in Personalunion mit Blood & Honour stehen. Deren Knotenpunkte sind u.a.im Hamburger Raum die Kameradschaft um Christian Worch und Thomas Wulff, die die Szeneblätter Zentralorgan und Hamburger Sturm herausgibt und kürzlich erst den Zentralversand gegründet hat, der sich – ganz unbescheiden – zum Ziel gesetzt hat, *»zu dem zentralen Versand des Nationalen Widerstandes zu werden«*[5] (Schreibweise im Original). Als Dreh- und Angelpunkt der organisierten Naziskinheadsszene im Großraum Hamburg dient das Neumünsteraner Lokal Club 88. In Ostwestfalen-Lippe der Kreis um den alten GdNF-Kader Bernd Stehmann, der schon 1993 in der Tagespresse eine Traueranzeige (*»see you in Valhalla«*) für seinen tödlich verunglückten »Freund« Ian Stuart Donaldson schaltete.[6] Heute gibt er mit dem Blatt Unsere Welt ein bundesweit bedeutendes Rechtsrock-Magazin heraus und errichtet darum einen Versandhandel. In der Region Südniedersachsen die Kameradschaft Northeim um Torsten Heise, zu dessen Kreis auch das Hildesheimer Blood & Honour-Blatt Axtschlag von Hannes Franke zählt. Besonderes Augenmerk verdient die Entwicklung im ober- und mittelfränkischen Raum, wo sich in den letzten Jahren eine ausgeprägte Infrastruktur aufgebaut hat. Die Schnittstellen der starken regionalen Szenen stehen größtenteils Blood & Honour nahe bzw. sind ihr angeschlossen – so im Nürnberger Raum das Label Di-Al-Records und die alteingessene Band Radikahl, in der Amberger Region das Skinzine United White & Proud oder in Coburg der Versand und das Label Dim-Records, dessen Inhaber Ulrich Großmann sich in der Vergangenheit im Aufbau weiterer Projekte und in der Durchführung von Konzerten recht umtriebig zeigte. Die Blood & Honour-Gruppe im Bamberger Umland, formiert um die Band Hate Society und deren Label, war erst am 27. Juni 1999 Gastgeber eines Organisationstreffens, an dem auch eine 14-köpfige Delegation des britischen Combat 18, darunter deren Führer Will Browning, teilnahm. Der Bamberger Bernd Peruch (»Pernod«), Sänger von Hate Society, zählt zu den bundesweit führenden Aktivisten von Blood & Honour. Zusammen mit Bernd Stehmann aus Bielefeld plant er derzeit die Neustrukturierung und Weiterführung des Nibelungen-Versandes.

Blood & Honour underground

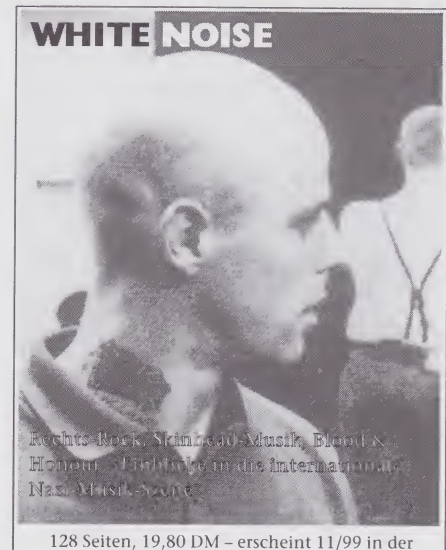
Gerade das Zusammenwirken von Blood & Honour-Strukturen mit Kreisen der sogenannten Halbwelt ist in manchen Regionen – die noch Ausnahmefälle sein mögen – recht augenscheinlich. Dies ist jedoch weder neu noch überraschend. Wesentliche Berührungspunkte sind die in diesen Kreisen zum »Geschäft« gehörende Notwendigkeiten, wie das Waschen von Geldern und der Handel mit Waffen. Ein weiteres verbindendes Element ist das Bedürfnis nach Macht und Kontrolle. Vornehmlich in der Provinz und in Kleinstädten gelingt es Skinhead-Schlägerbanden bisweilen, sich als örtliche Machtfaktoren zu etablieren, woraus oft zwangsläufig eine Anbindung ans Spektrum der sogenannten »organisierten Kriminalität« erwächst. Zugute kommt den Neonazis auch, daß meist persönliche Kontakte zu den harten Kernen von Hooligangruppen bestehen, die in einigen Städten und Regionen dem Milieu angebunden und in kriminelle Aktivitäten verwickelt sind. Auch wenn in diesem Umfeld politische Ideen allzu leicht in den Hintergrund treten – in einigen Regionen sind Blood & Honour und andere Naziskinheadbanden nicht ohne Erfolg darum bemüht, eine ausgewiesen politische Struktur im Kriminellen Milieu zu etablieren. Daß dies zuweilen ein gefährliches Terrain ist, bekam am 25.03. 1999 der Neumünsteraner Sascha Meseberg zu spüren. Dem Naziskinhead aus dem Umfeld des Club 88 wurde aus nächster Nähe mit einer Pumpgun der Schädel zerschossen. Die Ermittler gehen von einer Abrechnung im kriminellen Milieu aus.

Blood & Honour ist – dies darf beim Blick auf deren geschäftliche Aktivitäten nicht in den Hintergrund geraten – auch in Deutschland ein Netzwerk mit einem hochgradig militanten und terroristisch ambitionierten Potential. Bombenbau-Kurse und Mordaufrufe gegen Linke (*»a bullet in the head«*) in »ihren«, von Dänemark aus vertriebenen Kriegsberichter-Videos, Waffen- und Sprengstoffunde bei ihren Aktiven, die Teilnahme an paramilitärischen Übungen, die Anbindung an Terrorgruppen sowie die einschlägigen kriminellen Lebensläufe ihrer ExponentInnen belegen dies deutlich.

In einem vom Hamburger Sturm (Ausgabe August 1999) geführten »Interview aus dem Untergrund« plädieren martialisch aufgemachte *»Nationalrevolutionäre Zellen«* aus dem Kreis der Freien Nationalisten unverhohlen für die Bildung von terroristischen Kleingruppen und erklären dabei den britischen C 18 zum Vorbild. Blood & Honour und Hammerskins werden dazu angehalten, sich dabei mehr »einzubringen« und sich nicht auf die Organisierung von Konzerten zu konzentrieren. Der Skinheadszene empfehlen sie einen *»Selbstreinigungsprozeß«* gegen die *»Fun-Glatzen und Schnulzen-Bands mit Wischi-waschi-Texten«*. Erstellt wird der Hamburger Sturm von einer Gruppe Naziskins um den Hamburger Thorsten Bärthel und den Blood & Honour-Mann Torben Klebe.

Hinter den Fassaden von Blood & Honour

So bedeutend die Entwicklung von Blood & Honour in Deutschland in den letzten Jahren auch erscheint, so vorschnell erscheint es dennoch, von einer Erfolgsstory zu sprechen. Hinter dem Mythos verbergen sich häufig Profilierungssucht und Profitgier, Eitelkeiten und Eigennutz ihrer AktivistInnen und damit verbundene anhaltende Reibereien vor allem um die Aufteilung der Gewinne.



128 Seiten, 19,80 DM – erscheint 11/99 in der Reihe antifaschistischer Texte (rat)

Nach neueren Quellen trat 1999 ein Großteil der sächsischen Blood & Honour Mitglieder aus und nahm einen nicht unwesentlichen Teil der Infrastruktur mit. Vorausgegangen waren Querelen um MOVEMENT RECORDS (MR) aus Wilsdruff, zeitweise eines der Blood & Honour-Vorzeigelabels, welchem die Berechtigung entzogen wurde, *»sich weiterhin als Label dieser Bewegung zu bezeichnen«*. Der Grund: *»Der BH-Bewegung (ist größer als die Sektion Sachsen) sind noch keine Beträge aus dem Geschäft der Firma MR zugegangen.«*[7] Christian Hehl, Betreiber des Sturm-Versandes klagt indes bitterlich die *»nationale Solidarität«* ein. Nachdem Hehl's World dichtgemacht wurde und er daraufhin in finanzielle Schwierigkeiten kam, hatten selbst die *»nationalen Verlage«* offenbar nichts Eiligeres zu tun, als auf die Zahlung ausstehender Rechnungen zu drängen.[8] Seit Juni 1999 sitzt Hehl eine einjährige Haftstrafe wegen eines Messerangriffs auf einen linken Skinhead ab. Der Ladung zum Haftantritt folgte er nicht und versteckte sich bei seinem langjährigen Weggefährten ANDREAS GÄNGEL (Betreiber des VISION-VERSANDES), wo ihn die Polizei nach einem Tip aus der Szene schon nach wenigen Tagen dingfest machen konnte.

Auch Blood & Honour Offenbach hat(te) mit verschiedenen Problemen zu kämpfen. Diese betreffen vor allem Michael Hansen, der Personen aus seinem »unpolitischen« Umfeld in seine Neonaziaktivitäten hineinzog, die nachfolgend um ihre Existenz fürchten mußten und ihm nahelegten, die Stadt zu verlassen. Hansen fand - eine Pikanterie am Rande – Unterkunft beim Sänger der vielfach als »Verräterband« beschimpften BÖHSEN ONKELZ in Frankfurt am Main. Die im Oktober 1998 festgenommenen Kuriere der Landser-CD erwiesen sich in der Mehrzahl völlig überfordert und plapperten bereits in der ersten polizeilichen Vernehmung munter drauflos. Nicht viel besser machte es auch Jens Hessler, als Betreiber des Nibelungen Versandes, dem Hauptversand von Blood & Honour, immerhin in gehobener Stellung tätig, der ebenfalls umfangreiche Aussagen machte, in denen er sich vor allem selbst belastete. Während sich Hessler des Verratsvorwurfes erwehren und sich dafür rechtfertigen mußte, daß sich auf seinem Computer und in dem Erddepot die beinahe kompletten Kundenlisten befanden, versuchte sein Kompagnon, kartonweise CDs beiseite zu schaffen, um diese auf eigene Rechnung zu verkaufen. Profilierungssüchtige Nazi-Kader werden für Blood & Honour in Zukunft ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellen und beim Stelldichein mit dem kriminellen Milieu wird der eine oder andere Aktivist wohl noch feststellen müssen, das ihm dieser Anzug zu groß ist. ■

Blood & Honour Konzert in Garitz/Sachsen-Anhalt

Am Samstag, den 4.09.99 fand in dem Restaurant AM WEINBERG in Garitz bei Zerbst in Sachsen-Anhalt ein Naziskinkonzert statt. Anlass war der Todestag des ehemaligen Skrewdriver-Sängers Ian Stuart Donaldson. Die von langer Hand vorbereitete, gut organisierte Veranstaltung zog über 1.500 Leute aus Deutschland, den USA, Großbritanien, Polen, Tschechien und Dänemark an. Wenige Wochen zuvor wurde das Konzert von einem Brandenburger Blood & Honour-Mitglied als Rockwettbewerb für Jugendliche der Region angemeldet. Bereits vier Jahre zuvor fand in der Region schon einmal eine Großveranstaltung mit dem selben Hintergrund statt.

Geplant und organisiert wurde das Konzert von der Köthener Kameradschaft, welche mit derartigen Veranstaltungen bisher noch nicht in Erscheinung getreten war. Gelegentlich haben sich einige Kameraden an Großveranstaltungen der NPD beteiligt, so z.B. in Passau und Rostock. Den Höhepunkt des Abends stellte die amerikanische Band BLUE EYED DEVIL dar, welche wegen ihrer rassistischen Äußerungen und Texte in einigen US-Bundesstaaten verboten ist. Desweiteren spielten noch CHAOS 88, ebenfalls aus den USA und KRAFTSCHLAG und ULTIMA RATIO aus Deutschland.

Zu Beginn des Konzertes, gegen 21.00 Uhr, hatten sich ca. 1.500 Personen eingefunden. Das Konzert lief ruhig und reibungslos bis 0.30 Uhr. Die letzten der Anwesenden verließen gegen 3.00 Uhr das Gelände. Die Landesbereitschaftspolizei in Magdeburg bekam um 13.30 Uhr einen Einsatzbefehl. Die ca. 150 Beamten waren mit der Situation vor Ort völlig überfordert. Die bei Straßenkontrollen beschlagnahmten Baseballschläger, Knüppel und anderen Waffen wurden im Anschluß den Besitzern wieder ausgehändigt. Die Polizei führte im Anschluß an das Konzert in der gesamten Region Kontrollen durch, bei denen Fahrzeuge aus dem gesamten Bundesgebiet festgestellt wurden. Etliche der Autos hatten eindeutige Aufkleber mit dem Schriftzug *Blood & Honour*.



1.500 Neonazis waren für das »Ian Stuart Memorial« Konzert nach Garitz angereist

1) vgl. Antifaschistisches Autorenkolektiv: Drahtzieher im braunen Netz, Hamburg, 1996, S. 178
2) vgl. Versorgungslinie Nord, Hg. von Demos, Kopenhagen und Atze, Antifaschistische Zeitung Kiel, Broschüre 68 S. 7,- DM
3) United, White & Proud, Nr. 2, Amberg, ohne Jahresangabe
4) Ministerium des Innern des Landes Brandenburg: Verfassungsschutzbericht 1998, S. 25
5) Zentralorgan Nr. 6/99, Hamburg
6) Neue Westfälische Zeitung, 2.10.1993
7) Erstes offizielles Newsletter der BH-Bewegung (Schreibweise im Original), o.J.
8) Sturm Verlag, Katalog Nr. 2, November 1998

Dieser Artikel erscheint im November in:
White Noise; Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood & Honour – Einblicke in die international Nazi-Musik-Szene. Das Buch erschien letztes Jahr in England; die deutsche Übersetzung ist umfangreich aktualisiert. Herausgeber: RAT, Searchlight, Enough is Enough und AIB. Broschur 128 S., 19,80 DM
RAT, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg – ISBN: 3-89771-803-0

Wir danken für die Genehmigung des Vorabdrucks.

Alles was des Nazis Platten-Samlung begehrt

Versorgungslinie Ost

»Machen Sie sich nicht strafbar bei der Einfuhr von gewaltverherrlichenden CD's, Tonträgern, Druckwerken oder Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen«, rät die Grenzpolizei an der Deutsch-Tschechischen Grenze. Mitte des Jahres reagierten die Behörden der Region mit einem Flugblatt auf einen Trend im kleinen Grenzverkehr. Fast täglich werden hier Personen aufgegriffen die indizierte Nazi-CD's über die Grenze schaffen. *»Junge Leute mit Springerstiefeln und Glatzen werden generell kontrolliert – und wir werden sehr oft fündig«* kommentiert ein Beamter. Beschlagnahmt werden eine Vielzahl von CD's wie etwa das extrem rassistische Machwerk der Zillertaler Türkenjäger, aus der Produktion des inzwischen in Dänemark eingestellten NS-88 Versands. Zum Verkauf angeboten werden die CD's in Massen auf sogenannten »Vietnamesenmärkten« wenige hundert Meter hinter der Grenze in Tschechien.

Shopping á la NS-Butterfahrt

Der rege Verkauf von NS-Material in Ländern des ehemaligen Ostblocks ist nichts Neues. Schon seit einigen Jahren versorgen sich dort deutsche Nazi-Skins mit Materialien. Umschlagbörse waren in der Regel Konzerte. Ein Bericht über das »1.White Unity Fest« 1995 im tschechischen Maidalena verdeutlicht dies. So schrieb der Hammerskin Mirko Hesse in seiner Postille Hass Attacke: *»Drinnen stürzte man sich ersteinmal auf die Verkaufsstände und konnte so einige Schnäppchen machen (Reb. Europ., usw.)[1] es gab auch ganz gute Sachen. Dazu kam ein T-Shirt 10,- DM (...). Ich ergatterte auch noch einen Sampler LP für 5,- DM. Von dieser Billigkeit war man fasziniert.«*

Vom Kauf in dieser Form ist die jüngste Entwicklung in Tschechien bereits um Dimensionen fortgeschritten. So zeigt sich auf allen Grenz-Märkten unseres Nachbarlandes das gleiche Bild. Sämtliche CD-Stände verfügen über eine identische Angebotspalette von mehr als 50 verschiedenen Nazi-CD's. Dabei finden sich die Titel von indizierten Tonträgern der Böhsen Onkelz, wie »Der nette Mann«, oder die CD's »Republik der Strolche« von Landser und »Trotz Verbot nicht tot« von Kraftschlag einträchtig und gut sortiert nebeneinander. Die Kosten von etwa 8,- DM pro Exemplar fallen enorm niedrig aus und ziehen eine große Käuferschar an. Kein Wunder, wenn bereits an einem kleinen Grenzübergang wie im fränkischen Selb täglich »Nazi-Shopper« erwischt werden. Über tatsächliche Käuferzahlen sagt dies wegen der hohen Dunkelziffer zwar wenig aus, hochgerechnet auf die Gesamtheit ist aber von mehreren tausend auszugehen.

Legal, illegal – Nazis organisieren Kriminalität

Das einträgliche Geschäft an der tschechischen Grenze ist bei weitem nicht unter der Rubrik »Nazi-Skins machen ein Schnäppchen« zu betrachten. Auf dem boomenden Nazi-Musik-Markt hat sich längst eine braune Musikindustrie etabliert, die jenseits des Begriffs »subkulturelle Erscheinung« steht. Umsatzzahlen in Millionenhöhe lassen nur die Bewertung als florierende Unternehmen, die nach marktwirtschaftlichen Prinzipien organisiert sind und dementsprechend handeln, zu. Auf der Ebene der Vermarktung sind im wesentlichen zwei Absatzstränge zu nennen. So wird der NS-Musikmarkt einerseits von Unternehmen wie Rock-O-Rama, das Firmennetz um die Publikation Rocknord oder das NPD-eigene Label und Versandhaus Pühses Liste, die auf ein strikt legalistisches Erscheinungsbild achten, bedient. Andererseits besteht eine Struktur, die den illegalen Markt mit strafbaren, also eindeutig volksverhetzenden und NS-glorifizierenden CD's versorgt. Beispiele wie die Razzia bei dem Kieler Label No Mercy Records, wo 1997 mehr als 30.000 CD's sichergestellt wurden oder die Beschlagnahmung Ende 1998 von mehreren hundert Landser CD's mit dem Titel »Rock gegen Oben« während einer Kurierfahrt von Hamburg nach Berlin, werfen ein Schlaglicht auf den Grad der organisierten Nazi-Kriminalität mit Musik.

Gerade für den illegalen Geschäftszweig sind Länder, in denen die Produktion und der Verkauf von NS-Material nicht strafbar sind, wichtig – bieten sie doch einen sicheren Rahmen. Im Fall Tschechien kommt noch eine finanzielle Komponente hinzu, so werden hier Nazi-CD's zu Spottpreisen hergestellt. So vermutet auch die bayrische Grenzpolizei, wie ein Beamter kundtut, daß *»die rechte Szene das Zeug rüberschafft, um es dort vervielfältigen zu lassen.«* Was liegt also näher, als die Nazi-CD's auch gleich vor Ort verkaufen zu lassen? Fällt doch die Gefahr für die Hersteller bei der Einfuhr nach Deutschland erwischt zu werden, gering aus. Stattdessen wird dieses Risiko auf die Nazi-Kundschaft abgewälzt. ■



Der Markt mit Nazi-CD´s wie diesen boomt und ein großer Teil der Gewinne fließt wieder in die politische Arbeit der Neonazis.

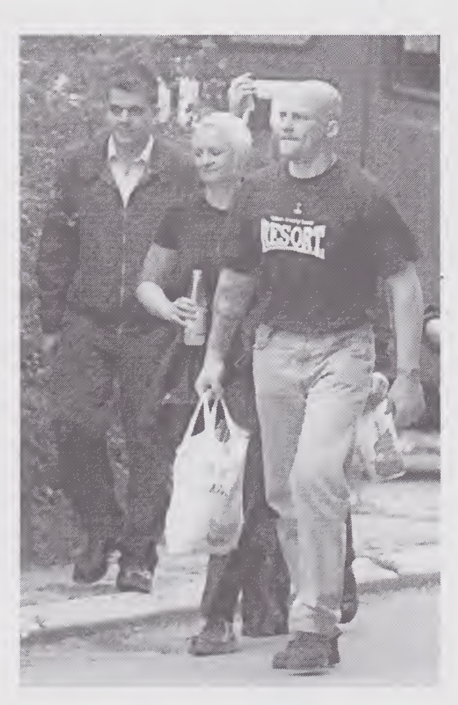
Anm. der Red.: Alle Zitate sind Originalton

1) Hinter dem Begriff Reb. Europ. steht das inzwischen eingestellte Blood & Honour Label Rebell European aus Brest in Frankreich. Bis Anfang der neunziger Jahre hatte es die Aufgabe Platten von Blood & Honour Bands zu veröffentlichen, deren Inhalte in Deutschland strafbar waren und nicht von dem Label Rock-O-Rama aus Brühl bei Köln produziert wurden. Bis etwa 1993 war Rock-O-Rama das einzige von B&H autorisierte Label.

Im Gegensatz zu den vor allem durch antifaschistischen Widerstand überregional bekannt gewordenen und mittlerweile geschlossenen neofaschistischen Kneipen Comico in Horb (Baden-Württemberg) oder dem Cafe Germania in Berlin hat sich im schleswig-holsteinischen Neumünster mit dem Club 88 seit drei Jahren relativ unbeachtet ein regional und zunehmend auch überregional bedeutender Treffpunkt für Nazi-Skins etabliert. Entstanden ist der Club 88 vor ca. drei Jahren in der Segeberger Str. 67a, in dem Neumünsteraner Stadtteil Gadeland, der schon seit den 80er Jahren eine örtliche Nazi-Hochburg darstellt. Stellte bis 1992 noch die Itzehoer Kneipe Zum Kelten den überregionalen Treffpunkt der Schleswig-Holsteiner Nazi-Szene dar, so hat seit 1996 der Club 88 diese Funktion übernommen. Allabendlich treffen sich dort die Neonazis der Region. Bei besonderen Anlässen sind es bis zu 200.

Bei kühlem Bier und deutscher Musik

Der Club 88 – the very last Resort in Neumünster



Beim »Rudolf Heß-Gedenkmarsch« 1998 im dänischen Greve (v.l.n.r.): Rene Rodriguez-Teufer, Christiane Dolscheid und Tim Bartling (mit dem »The very last Resort« T-Shirt des Club 88

Christiane Dolscheid – nicht nur die Konzessionsinhaberin

Die Konzessionsinhaberin, Christiane Dolscheid kann auf eine einschlägige Geschichte in der Neonaziszene verweisen. Sie ist seit Jahren im Skingirl Freundeskreis Deutschland (SFD), Bezirk I, Ortsgruppe Neumünster organisiert. Seit einiger Zeit schreibt sie im Skingirl-Fanzine des SFD, Walküre aus Lüneburg sowie in einschlägigen Neonazipublikationen wie dem Hamburger Sturm über völkisch-nationalistische Themen wie »Das Heldenmädchen Eleonore«, über neofaschistische Aktivitäten wie die Gedenkfeier an den verstorbenen Auschwitzleugner Thies Christophersen in Flensburg oder antisemitische Texte über Persönlichkeiten wie Albert Einstein, Ignatz Bubis oder jüngst über Ilja Ehrenburg.

Am 30. August 1997 fand unter der maßgeblichen Beteiligung von Christiane Dolscheid eine »große Grillparty mit Tombola« des SFD im Club 88 statt, an der ca. 130 Nazis teilnahmen. Nebenbei betätigt sich Dolscheid auch als Anti-Antifa-Fotografin, so ist sie bei der NPD-Demonstration am 19. September 1998 in Rostock mit Fotoapparat auf dem Lautsprecherwagen zu sehen. Gemeinsam mit ihrem Lebensgefährten Tim Bartling nimmt sie regelmäßig an zahlreichen Neonazi-Aufmärschen (z.B. in Cloppenburg, Lübeck, Rostock) und -Treffen teil.

Während des Bundestagswahlkampfes im Herbst 1998 wurde aus dem Dolscheid'schen Kleinbus NPD-Wahlkampfschilder aufgehängt, das Zwischenlager befand sich seinerzeit in einem Militariageschäft in Neumünster-Ehndorf.

Tim Bartling – Kneipenwirt und Neonazi

Der Mann im Hintergrund des Club 88 ist Tim Bartling. Er ist zweifellos einer der führenden Neonazis in Neumünster, der über die Jahre der Organisierung vielfältige Kontakte in die bundesdeutsche Skin-Szene, aber auch in die Neonazi-Szene der »freien Nationalisten« um Thomas Wulff und Christian Worch aufgebaut hat.

Bartling, wie auch sein Freund Henry Markwirt, der ebenfalls im Umfeld des Club 88 kommt, sind altbekannt. Bereits 1990 tauchte Bartling als Kunde des Klartextverlages und als NF-Sympathisant auf einschlägigen Vertriebslisten auf. Markwirt saß 1995 eine mehrmonatige Haftstrafe wegen div. Körperverletzungen ab. Seit Jahren sind Bartling und Markwirt in Neumünster aktiv, die ersten Jahre fielen sie überwiegend durch Gewalttaten auf. So zuletzt am 7. Oktober 1997 als Bartling und Markwirt, zusammen mit anderen Neumünsteraner Neonazis, einen Kurden zusammenschlugen. Dafür sind beide vor kurzem zu hohen Bewährungsstrafen verurteilt worden. In den letzten Jahren sind Bartling und Markwirt kaum noch durch Gewalttaten sondern überwiegend bei Aufmärschen und Kundgebungen, so z.B. am 1. Mai 97 in Hann. Münden oder als Teilnehmer beim Bundeswahlkongreß der NPD in Passau auffällig geworden. Am 21. April 1998 haben Bartling und Markwirt zusammen mit 15 weiteren Neonazis den ehemaligen FAP-Landesvorsitzenden Thorsten Heise im sog. Mackenrode-Prozeß zu seiner Zeugenvorladung vor dem Göttinger Landgericht begleitet. In der letzten Zeit taucht Bartling häufiger in führenden Funktionen bei den Ordnerdiensten auf, so hat er zuletzt am 19. Sept. 1998 den Ordnerdienst in Rostock geleitet und war bei dem Neonaziaufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung am 30. Januar 1999 in Kiel an der Leitung der Nazidemostration beteiligt. Trotz der Unterstützung des NPD-Bundestagswahlkampfes 1998 stehen die Nazi-Skins um Bartling ideologisch den »freien Nationalisten« um Worch und Wulff nahe. Bartling ist gebürtiger Däne war und auch beim letztjährigen Heß-Gedenkmarsch am 15. August 1998 im dänischen Köge beim organisatorischen Gespräch mit der dänischen Polizei anwesend.

Strukturbildung durch Fußballtuniere

Bartling hat gute Kontakte zu der Tostedter Neonazi-Clique um Sascha Bothe, die jetzt als Blood&Honour Sektion-Nordmark auftreten. An den regelmäßig stattfindenden Fußballtunieren der Skinheads Tostedt nehmen auch bis zu zwei Mannschaften aus Neumünster teil. Der Neumünsteraner FC, die Mannschaft um Bartling, ist zweimaliger Pokalsieger dieser Tuniere. Die Skinhead-Fußballtuniere dienen als strukturbildene Veranstaltungen. Hamburger, Schleswig-Holsteiner und niedersächische Nazis kommen hier zusammen und bilden über den Fußball hinaus eine Vernetzung, die sich auch auf anderen Ebenen auswirkt. Am 21. August 1999 hat nun das erste Fußballtunier in

Neumünster stattgefunden. Wie die Male zuvor im Raum Tostedt nahmen ca. einhundert Neonazis daran teil. Da es die Vermutung gab, daß das Tunier als Veranstaltung anläßlich des 12. Todestages des Kriegsverbrechers Rudolf Heß genutzt werden könnte waren Polizeikräfte vor Ort, und sorgten dafür, daß auf dem Fußballplatz des örtlichen Vereins Gut-Heil Neumünster »nur« Fußball gespielt wurde.

Der Club 88 – ein Knotenpuntkt

Auch wenn am 20. Juni 1998 im Club 88 ein größeres Ausweichtreffen der Hammerskins aus Norddeutschland und den Niederlanden stattfand, kann jedoch nicht von einem Treffpunkt der Hammerskins gesprochen werden. Dieses Treffen zeigt eher, daß sich der Club 88 »fraktionsübergreifend« in der Nazi-Szene etabliert hat. Hammerskins, Mitglieder von Blood & Honour, »unpolitische Skinheads« und »freie Nationalisten« nutzen den Club 88 als strukturellen Knoten- und als Treffpunkt. So läßt sich feststellen, daß der Club 88 auch einen fester Bestandteil in der norddeutschen Blood&Honour-Struktur darstellt. Himmelfahrt 1998 wurden etliche Kartons, Aktenordner und Zeitschriften aus einem Kieler PKW in den Club 88 gebracht. Dasselbe Auto, ein weißer Porsche, wurde ebenfalls bei einem der Fußballtuniere, Pfingsten 1998 in Tostedt, gesehen. Es ist davon auszugehen, daß hier Fanzines, Propagandamaterial bzw. Platten aus der Faschoszene verteilt und weiter vertrieben wurden.

In der neuesten Ausgabe des Hamburger Sturms treten die Neumünsteraner Nazi-Skins erstmalig als Sturm Neumünster auf und binden sich damit ganz offen in die Norddeutsche Struktur der »Freien Nationalisten« ein. Im Hamburger Sturm berichten sie weiter von ihrem »Sturmlokal« Club 88. Diese SA-Diktion kommt nicht von ungefähr, bereits in den frühen 80er Jahren firmierte die Neumünsteraner Neonazi-Clique unter dem Namen Hitlerjugend Gadeland. Die Wortwahl paßt konsequent in das NS-apologetische Gehabe der »Freien Nationalisten«.

Antifaschistischer Widerstand – derzeit nicht notwendig?

Bei der NPD-Demonstration am 30. Januar 1999 in Kiel, diente der Club 88 als Treffpunkt der Schleswig-Holsteiner Neonazis. Von hier aus fuhr der regionale Konvoi, bestehend aus 15 PKW nach Kiel. Während der Abfahrt und während des abendlichen Treffens beobachtete die örtliche Polizei *»aus Vorsicht vor Ausschreitungen im Zusammenhang mit den Demonstrationen in Kiel«* den Club. Wie bereits in den Jahren zuvor blieb es aber ruhig. Antifaschistischer Widerstand gegen den Club 88 ist kaum sichtbar.

Im Gegenteil, obwohl mittlerweile selbst der Direktor der dem Club 88 gegenüberliegenden Grundschule aktiv geworden ist und einen Brief an das Ordnungsamt und die Neumünsteraner Fraktionen geschrieben hat, in dem er den Club 88 thematisiert, findet dieses Engagement kaum Niederschlag in den antifaschistischen Aktivitäten.

Provokant läßt sich dazu anmerken, daß die Neonazis auch keinen Anlaß dazu bieten, sie verhalten sich in Neumünster und besonders im Umfeld des Club 88 auffällig ruhig. In dem schon erwähnten Hamburger Sturm Nr. 20 beschreiben die Neumünsteraner Neonazis dieses Vorgehen am Beispiel eines Antifaschistischen Büchertisches der nicht gestört wurde, da neben *»den strafrechtlichen Folgen«* auch vermieden werden sollte, die Antifa *»in eine Opferrolle zu drängen oder ihnen Argumentationshilfe für rechte Gewalt in Neumünster zu geben«*. Der Club 88 hat als überregionaler Treffpunkt der Skinhead- und Neonaziszene eine gewisse Bedeutung erlangt. Für Norddeutschland stellt er einen der wenigen öffentlichen Treffpunkte dar.

Ob der Club 88 bereits als ein Bestandteil eines Infrastrukturnetzes »nationaler Gastronomie- und Freizeitobjekte« gewertet werden kann ist fraglich. Bei einer Realisierung wird der Club 88 aber mit Sicherheit eine feste Größe sein, zumal es um den Club 88 bis dato sehr ruhig geblieben ist.

Trotz aller Notwendigkeit, daß sich der gerade neu entstehende zaghafte antifaschistsiche Widerstand gegen den Club 88 und die Neumünsteraner Neonaziszene entwickelt, darf der Club 88 aber auch nicht überbewertet werden: zwar sind Bartling und Markwirt, wie sicherlich auch andere Nazis aus Neumünster, aktiver und innerhalb der Neonazi-Szene wichtiger geworden, vorrangig bleibt die Szene in Neumünster aber eine Nazi-Skin- und Hooliganszene. Deutlich ist jedoch, daß es den Kadern immer wieder gelingt über den Fußballhooliganismus und durch Einflußnahme auf die subkulturelle Skinheads-Szene neue Jugendliche zu agitieren. ■


Torben Klebe

Hamburger Sturm wirbt für »Braune Zellen«

Nationaler Widerstand in Waffen

»*Wir sind im Krieg mit diesem System und da gehen nun mal Bullen oder sonstige Feinde drauf*« erklären die National-revolutionären Zellen in der aktuellen Ausgabe des Hamburger Sturm (HS). Offen bekennt sich die Neonazigruppe in der Zeitschrift der »Freien Nationalisten« zum »bewaffneten Kampf«.

Im Gespräch mit der Redaktion um die Hamburger Thorsten Bärthel und Torben Klebe, beide ehemalige Mitglieder der verbotenen Nationalen Liste (NL), legen die »braunen Zellen« dar: »*Wir sind eine Gruppe von mehreren Personen, die in der NPD tätig sind, aber mit dem NPD-Führungsstil unzufrieden geworden sind*«, weshalb »*wir den neuen Weg als handelnde Aktivisten aus dem Untergrund eingeschlagen haben*«. Mitmachen bei dem »*Untergrundkampf für die Freiheit der Weißen Völker*« können ausschließlich Männer, die Kampfsport betreiben und mit Waffen umgehen können sowie Computerkenntnisse haben. Frauen sind »*meistens zu labil*«. Wer nicht bei der Bundeswehr gelernt hat, mit der Waffe umzugehen, dem empfehlen sie, dieses in Gotcha-Vereinen oder im Ausland nachzuholen. Als einzig ernstzunehmende politische Gruppe und Vorbild nennen die »braunen Zellen« die britische Naziterrorgruppe Combat 18. Aus dem Umfeld von C18 wurden im Frühsommer diesen Jahres in London drei Bombenanschläge verübt, bei denen drei Menschen getötet und mehrere hundert verletzt wurden. Wie C18, die bei internen Konkurrenzkämpfen nicht vor Morden und Briefbomben zurückschrecken, betonen die »braunen Zellen« die Notwendigkeit eines Selbstreinigungsprozesses von den »*ganzen Fun-Glatzen und Schnulzen Bands*«. Grundsätzlich schätzen sie ein, daß »*der Staat die restlichen nationalen Parteien verbieten wird*« und sie »*dann schon bereit sein werden*«. Allerdings warnen die »braunen Zellen«: »*Wir dürfen nicht die Fehler begehen, wie es die Linke in der RAF getan hat, das Volk ist nicht bereit und lehnt Gewalt ab*«, aber »*noch ist politisch alles offen*« und »*der Staat darf nicht zur Ruhe kommen*«. Der Anschlag des in einer ähnlich aufgebauten Neonazigruppe organisierten Kay Diesners auf einen PDS-Buchhändlers und Erschießung eines Polizeibeamten war dann auch kein Fehler, sondern laut den neuen Untergrundkämpfern: »*ein ganz persönlicher Akt der Befreiung*«.

In dem Interview gibt der HS, den »braunen Zellen« die Gelegenheit, der Leserschaft Tips für den konspirativen Kampf aus dem Untergrund nahezubringen. Die Aussagen der »braunen Zellen« passen zu dem Selbstverständnis des seit 1994 regelmäßig erscheinenden HS der sich bis 1997 Bramfelder Sturm nannte. Nach dem Verbot der NL und deren Zeitung Index bauten unter anderem ehemalige NL-Mitglieder die Zeitschrift zwischen Skin-Fanzine und NS-Propagandablatt auf. Anfangs eher für die Hamburger Skinhead-Szene bestimmt, entwickelte sich die Zeitschrift spätestens nach der Umbenennung in Hamburger Sturm in ein Blatt für »Freie Nationalisten« aus ganz Norddeutschland. Neben Konzertberichten, Platten- und Fanzineempfehlungen und Berichten über die Aktionen des »Nationalen Widerstands« finden sich im HS Anregungen zu militanten Aktionen.

Auf der Anti-Antifa-Seite geben sie Daten von linken Zentren und Personen wie linken Jugendzentren oder dem Leiter des St.-Pauli-Fanladens bekannt, die »*besucht werden können*«. Auf den Sportseiten berichten sie über Hooligan-Auseinandersetzungen, hetzen über »*Multi-Kulti-Fußballer*« und propagieren Gotcha als »*Wehrertüchtigung*«. In einer mehrteiligen Rechtshilfereihe geben sie Tips zum Verhalten gegenüber Polizei und Justiz. Auf den »*Seiten für die politischen Gefangenen*« berichteten Christian Worch und Garry Lauck über ihre Haftzeit in »Santa Fu« und Kay Diesner bedankt sich in einem Leserbrief für die Unterstützung durch den Hamburger Sturm. Im HS haben Artikel über heidnisches Brauchtum ebenso ihren Platz wie Aufsätze über die Bedeutung des 1. Mai für die nationalsozialistische Bewegung. Beste Beziehungen unterhält die Redaktion des HS zum Blood & Honour-Netzwerk (B&H), über deren Konzerte ausgiebig berichtet wird. Vor allem Torben Klebe, der im Herbst 1998 wegen Verbreitung einer indizierten CD der Berliner Nazi-Band Landser verurteilt wurde, ist der Kontaktmann der Redaktion zu B&H-Sektionen in Berlin und nach Skandinavien.

Fest eingebunden in das norddeutsche Netz der »Freien Nationalisten« beteiligt sich der Hamburger Sturm inzwischen mit einem eigenen Block von bis zu 80 Anhängern unter der Leitung von Klebe an Neonazi-Demonstrationen. Uniformiert in SA-Manier marschierten sie am 1. Mai bei dem verbotenen Aufmarsch in Ahrensburg mit, organisierten eine eigene Demo gegen ein »Rock gegen Rechts« in Elmshorn und beteiligten sich an der Demonstration der Neonazis gegen die »Wehrmachtsausstellung« am 10.7.99 in Hamburg-Bergedorf. In Bergedorf marschierten ca. 600 Neonazis, die größtenteils dem Spektrum der unabhängigen Kameradschaften angehörten unter dem massiven Schutz von über 5.000 Polizisten – die wie mittlerweile üblich geworden – ausschließlich gegen AntifaschistInnen vorgingen.

Parallel zur Struktur der »Freien Nationalisten« ist auch im HS eine zunehmende Radikalisierung zu beobachten. Das Interview mit der »braunen Zelle« ist hier ein neuer qualitativer Sprung in Richtung offener Propagierung von Naziterrorismus. Der Verfassungsschutz (VS) verharmlost diese neue Offensive: »*Von einer terroristischen Gruppe kann nicht die Rede sein*«, beschwichtigt der Hamburger Verfassungsschutzpräsident Reinhard Wagner und möchte deshalb auch nicht von »*Werbung oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung*« sprechen. »*Ein terroristisches Netzwerk besteht nicht*«. »*Viel beunruhigender*«, so Wagner, »*sind die ganzen Waffenfunde und die vielen Einzeltaten*«.

Einen Zusammenhang zwischen den Strukturen der verbotenen Parteien und Organisationen und den »Freien Kameradschaften« leugnet der VS ebenso. Dabei ist offensichtlich, daß der Hamburger Sturm ein Nachfolgeprojekt der NL-Postille Index ist, und, daß die Strukturen der »Freien Nationalisten« in fast völliger Übereinstimmung mit der NL und der GdNF sind. ■

Der Aufmarsch in Hamburg-Bergedorf:

Heimspiel für Worch, Wulff und Co.

Gelang es den neonazistischen Gegnern der Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1940-44« am 6. Juni nicht, ihren geplanten Aufmarsch in Hamburg durchzuführen – damals mußten sie wegen eines generellen Demonstrationsverbotes nach Ludwigslust ausweichen (s. AIB Nr.48) – so wollten sie erneut am 10.07. ihren Protest und ihren unbedingten Bezug auf die »Ehre der Wafffen-SS« in Hamburg auf die Straße bringen. Schon frühzeitig machte die Hamburger Innenbehörde klar, daß sie in der Hamburger Innenstadt den erneuten Versuch eines neonazistischen Aufmarsches oder antifaschistische Gegenaktivitäten auf gar keinen Fall zulassen würde.



»Freie Kameraden« in Bergedorf – für ihr Lieblingsfanzine auf Werbetour (4.v.l. Thorben Klebe)

Sie bot Alexander von Webenau, dem Anmelder des Aufmarsches und Vorstandsmitglied der NPD an, alternativ in Hamburg-Bergedorf laufen zu können. Webenaus Rechtsbeistand, der Nazi-Anwalt Hans-Günther Eisenecker, riet zur sofortigen Zustimmung der Ersatzroute in Bergedorf, da *»ansonsten wir gar nicht marschieren werden.«*

Die NPD rief daraufhin nach Bergedorf auf, nicht jedoch die »Freien Nationalisten«. Thomas Wulff, Hamburger Demonstrationskoordinator für Aufmärsche, hatte in der Vergangenheit zu oft vollmundig angkündigt, *»in Hamburg die Straße zurückzuerobern«*. So mobilisierte er seine Zusammenhänge bis in die Nacht des 09.07.1999 noch Richtung Hamburger Innenstadt. Erst kurz vor dem Aufmarsch machte er hier einen Rückzieher und mobilisierte ebenfalls nach Bergedorf. Die Demonstration sorgte schon im Vorfeld in Bergedorf für Empörung: Gerade in Hamburg-Bergedorf/Lohbrügge waren in den letzten Jahren mehrere Tausend Mark in Jugendeinrichtungen geflossen, um die dort immer schon starke rechte Szene einzudämmen und Jugendlichen Alternativen zu den organisierten rechten Straßengangs zu bieten. *»Über unsere Köpfe hinweg«* kritisierte die Bezirksamtsleiterin, *»wurde die Demo nach Bergedorf verlegt.«*

Eiligst vom DGB und der Regenbogen-Fraktion, einer GAL-Abspaltung im Hamburger Senat, angemeldete Gegendemonstrationen wurden letztinstanzlich verboten, was vor allem den DGB erboste: *»Zum ersten mal seit 1945 ist in Bergedorf eine Gewerkschaftsdemonstration verboten worden.«* Doch die Hamburger Innenbehörde zeigte sich hart und von einem Polizeistaatsaufgebot von über 5.000 Polizisten geschützt, konnten die Neonazis ihren Marsch beginnen, während antifaschistische Gegendemonstranten schon auf der S-Bahnfahrt nach Bergedorf mit Platzverweisen bedacht wurden.

»Meine Fahne für den Führer« – bei Blood & Honour übt man noch den Gleichschritt



Der Neonaziaufmarsch glich allen vorangegangenen gegen die »Wehrmachtsausstellung«. Die Angabe von 600 erwarteten TeilnehmerInnen war wohl eher taktischer Natur als realistische Einschätzung. Nur etwa 80 NPD-Mitglieder unter der Leitung des Vorsitzenden Voigt beteiligten sich an dem Aufmarsch, der Rest bestand aus »Freien Kameradschaften«, vor allem aus Norddeutschland. Während des dreistündigen Marsches durch die Bergedorfer Innenstadt, von einem vielköpfigen Polizeikordon geschützt, konnten nur vereinzelt AntifaschistInnen die Neonazis durch kleinere Barrikaden und Angriffe behindern, was jedoch über 80 Festnahmen nach sich zog. Zu sehr wurde deutlich, daß die Polizeiführung unter Anwesenheit des Innensenators permanente Ehrbietungen der Waffen-SS durch die Neonazis duldete, rigeros jedoch gegen Protestierende vorging. Selbst die BewohnerInnen eines Hauses an der Naziroute, aus deren Fenster antifaschistische Transparente hingen, wurden zu einer erkennungsdienstlichen Behandlung verschleppt.

So konnte Thomas Wulff denn auf der Abschlußkundgebung der Neonazis stolz über seine fast zwanzigjährige Laufbahn in der Neonazi-Szene berichten, die *»nun von einer machtvollen Demonstration der sauberen, nationalen und ordentlichen Jugend in meiner Heimat Bergedorf gekrönt«* wurde. ■

Neonazis sammeln Daten über vermeintliche politische GegnerInnen

»Volksfeinde« im Visier

Trotz seines jugendlichen Alters von 16 Jahren versucht sich Ronnie Reimer aus Schifferstadt, bereits als Datensammler der Anti-Antifa. Das Sammeln von Informationen über vermeintliche oder tatsächliche AntifaschistInnen gehört mittlerweile zum Standartrepertoire von Neonazis. Sie werden zumeist intern weitergegeben um die Betroffenen zu bedrohen und einzuschüchtern. Selten gelangen diese Informationen nach außen. Anders in diesem Fall.

Bereits 1998 rief Reimer in einem Flugblatt unter dem Titel »*Staatsfeind – Stimme der Anti-Antifa Kurpfalz*« seine Gesinnungsgenossen dazu auf, ihm Namen und Adressen von AntifaschistInnen zu schicken. In der ersten Ausgabe des von Reimer herausgegebenen Nazi-Fanzines Pfalzfront, erschien dann Anfang dieses Jahres eine Anzeige mit dem Angebot:



Ronnie Reimer (3.v.l.) im Kreise seiner Kameraden

»*Wer von Antifaschistien aus seiner Umgebung Adressen haben möchte, der kann gegen 1,10 DM welche haben.*« Als Kontaktadresse fungiert ein Postfach in Waldsee bei Schifferstadt. Darüber verschickte Reimer unter anderem eine schwarze Liste mit 40 Beliner Adressen. Darunter finden sich Bezirksbürgermeister und Bezirksverordnete der PDS und SPD, mutmaßliche Mitglieder von Antifagruppen, sowie verschiedene Einzelpersonen. Benannt werden mehrere JournalistInnen die sich mit dem Thema Rechtsextremismus beschäftigen oder LeserbriefschreiberInnen in diversen Zeitungen. Neben Adressen und Telefonnummern katalogisierten die Neonazis auch Angaben zu »Gesinnung/Partei«, Treffpunkten, Hobbies und Familienverhältnisse. Obwohl die aufgeführten Informationen auf eine rege Recherchetätigkeit schließen lassen, geht den Verfassern bei der Einschätzung der jeweiligen Personen dann doch etwas die Phantasie durch. So finden sich auf der Liste Angaben wie: »*hat Erfahrung im Bombenbau*« oder »*kümmert sich um die Nachwuchswerbung*«. Andere Betroffene müssen sich Bezeichnungen wie »linker Schreiberling« oder »Multi-Kulti-Propagandist« gefallen lassen und auch die scheinbar obligatorische Bewertung »Drogendealer« darf natürlich nicht fehlen. Anhand dieser Liste zeigt sich also einmal mehr, wer von der Anti-Antifa als »Volksfeind« eingeschätzt wird. Die Neonazis stufen nicht nur Mitglieder von Antifagruppen, sondern auch vermehrt JournalistInnen, StaatsanwältInnen, RichterInnen und alle die sich entweder in irgendeiner Form gegen Rechtsextremismus engagieren, oder sich auch nur positiv gegenüber MigrantInnen verhalten, als ihren politischen Gegner ein. Häufig reicht bereits das Schreiben von Leserbriefen oder das Schalten von Anzeigen in linken Tageszeitungen, um in das Visier der Neonazis zu geraten. Dabei geht es ihnen nicht nur um Einschüchterung aller gegen sie gerichteten Stimmen, sondern auch um die Verschärfung des gesellschaftlichen Klimas. Daß dazu das Sammeln von Informationen allein nicht ausreicht, sondern diese Informationen auch praktisch genutzt werden sollen, liegt auf der Hand. Deshalb finden sich im Umfeld von Anti-Antifa-Gruppen auch Spuren in Richtung Rechtsterrorismus.

Die Nationale Volksfront

Am Beispiel der Nationalen Volksfront (NVF) und der Anti-Antifa Kurpfalz wird deutlich, wie nah Teile der neofaschistischen Szene, und mit ihnen auch einige Parteigänger der NPD, an einer rechtsterroristischen Praxis sind. Seit 1996 ist die NVF im Raum Neustadt/Schifferstadt aktiv. Ihr werden ca. 20 bis 30 Personen zugerechnet. Als Kontaktadresse für ihr Mitteilungsblatt, den Volkssturm, firmiert bezeichnenderweise ein Postfach in den Niederlanden, daß auch schon der Neuen Front von Michael Kühnen als Ausweichadresse diente. In der inzwischen eingestellten Publikation Reichsruf wurden ebenfalls Adressen von politischen GegnerInnen veröffentlicht.

Zwischen der NVF und der Anti-Antifa-Kurpfalz gibt es nicht nur inhaltliche sondern auch personelle Überschneidungen. Anfang August diesen Jahres verschickte Ronnie Reimer einen Brief in dem er Drohungen gegen ein linkes Jugendzentrum aussprach und die Umbenennung der Anti-Antifa Kurpfalz in Anti-Antifa Saar-Pfalz bekannt gab. Im Briefkopf sind als gemeinsame Absender die Adressen der NVF, Kameradschaft Neustadt/Weinstraße und der Anti–Antifa Saar–Pfalz, Kameradschaft Ludwigshafen, angegeben. Reimer kündigt in diesem Brief auch die Herausgabe eines 20seitigen Heftes mit dem Titel Werwolf an, indem Privatadressen von AntifaschistInnen veröffentlicht werden sollen.

Im März 1998 fanden u.a. in Neustadt 14 Hausdurchsuchungen, wegen der Schändung eines jüdischen Friedhofes statt. Die Polizei stieß dabei auf ein umfangreiches Waffenarsenal. Sieben Maschinenpistolen, elf Gewehre, sechs Faustfeuerwaffen, 8.000 Schuß Munition, mehrere Kilo Pulver und Zünder, Nachtsichtgeräte und drei Minen wurden beschlagnahmt. Mit einer der Maschinenpistolen war 1996 ein Anschlag auf einen Döner-Imbiß verübt worden. Die Tatverdächtigen in diesem Fall stammten ebenfalls aus dem Kreis der NVF.

Einem Prozeß u.a. wegen Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und der Herausgabe des Reichsruf sieht momentan auch das 23jährige NVF-Mitglied Peter Michael Bar entgegen. Bar, der im Moment eine 27-monatige Haftstrafe wegen Volksverhetzung, Landfriedensbruch und Androhung von Straftaten verbüßt, bezeichnete in einem Interview mit Reimers Pfalzfront, Kay Diesner, den Attentäter aus Berlin, als Mann der Tat und aufrechten Kameraden. Den rechtsterroristischen Weißen Arischen Widerstand, zu dem sich Diesner bekannte, bezeichnet Bar als autonome Vereinigung, die noch für viel Aufsehen sorgen wird.

Hier zeigt sich wie ungeeignet Versuche sind, die Anti-Antifa-Aktivitäten ausschließlich an ihrer zugegeben bescheidenen intelektuellen Qualität oder den zahllosen Fehlern und Fehleinschätzungen auf ihren »Feindeslisten« zu beurteilen. Wenn sich zum Sammeln von Informationen über die politischen Gegner noch Kontakte zu Kreisen der alten NSDAP/AO und ein scheinbar unbegrenzter Zugang zu den verschiedensten Waffen gesellen, ist eine solche Entwicklung nicht mehr zu unterschätzen. Denn das es nicht immer nur bei Drohungen bleibt, beweist ein versuchter Rohrbombenanschlag auf ein Mitglied der PDS in Berlin/Treptow, dessen Adresse auch durch die Anti-Antifa Liste aus der Kurpfalz bekanntgemacht wurde. ■

Antifa-Nachrichten-Doku

Nr. 29

Oktober / November '99



IMPRESSUM:
Was Geht Ab? Nr. 29
Oktober / November '99
Herausgeber und V.i.S.d.P.:
H. Müller
Gneisenaustr.2a
10961 Berlin
Die »Was geht ab?« erscheint seit der Nr. 19 als ständige Beilage im Antifaschistischen INFO-Blatt. Für Abo, Nachdruck und alles weitere gelten dessen Bedingungen.

Bundesweit

Hess-Kleinscheiß

Presse, NIT - Auch dieses Jahr bekam die Nazi-Szene nur kleinere Aktionen zum 12. Todestag des Hitler-Stellvertreters **Rudolf Hess** auf Reihe. Geplante Aufmärsche wie z.B. in Frankfurt/O. oder Hamburg-Bergedorf am 21. August wurden verboten. Auch der *DNSB*-Aufmarsch in Kopenhagen wurde dieses Jahr verboten. 400 Antifas setzten sicherheitshalber die 20 Nazis in ihrem Zentrum in Greve mit einer Blockade fest. So kam es nur zu kleineren Aktionen. Am 14. August versuchten ***»Freie Nationalisten«*** aus Hamburg und Pinneberg in Pinneberg mit Hess-Flugis und Hess-Transpis auf sich aufmerksam zu machen. Nachdem zwanzig Nazis von der Polizei kontrolliert wurden, wichen die Nazis nach Bad Segeberg aus. In der Nacht schlichen dann 30 »Freie Nationalisten« für Rudolf Hess eine halbe Stunde mit Fackeln um den Niedersachsenstein bei Worpswerde. Am 16. August errichteten »Freie Nationalisten« ein Gedenkkreuz an einer Straßenkreuzung in Brandenburg/Oberhavel. Am 17. August kam es zu kleineren Aufmärschen. In Barmstedt bei Hamburg wurden 53 Nazis nach 500 Metern von der Polizei gestoppt. Zehn Nazis wurden verhaftet. Flüchtende Nazis verursachten einen Verkehrsunfall und verletzten einen Polizisten. In Rostock-Warnemünde zogen 50 Nazis mit Fackeln die Strandpromenade entlang. In Groß Schwarzlosen (Sachsen-Anhalt) zogen Nazis mit Plakaten und Trommeln durch die Gegend. Auch in Elmshorn sollen 50 Nazis Hess geehrt haben. Am Abend versuchten sich dann 26 Nazis mit einer unangemeldeten Demonstration durch Berlin-Hellersdorf. Die Polizei verhaftete vier Rädelsführer und beschlagnahmte Stöcke, Fahnen, Plakate und Aufkleber. Am selben Tag wurde auch in Berlin-Prenzlauer Berg ein Hess-Transpi aufgehangen. In Hessen wurden sechs Hess-Aktivisten von der Polizei kontrolliert. Am Wochenende 21./22. August wurde eine Hess-Veranstaltung mit 40 Nazis auf einem Privatgelände zwischen Waldernbach und Merenberg (Kreis Limburg-Weilburg) von der Polizei aufgelöst. Am 24. August vermüllte der Berliner Nazi-Aktivist **Lutz Giesen** das Berliner »Lindencenter« mit Hess-Flyers.

Immer wieder Mechtersheimer

AN, REP - In letzter Zeit durften der ultrarechte »Friedensforscher« **Alfred Mechtersheimer** und seine nationalistische ***Deutschlandbewegung*** (***DB***) einige Niederlagen erleben. Laut ***REP***-Parteiorgan ***Der Republikaner*** wurde die DB in der Vergangenheit von dem Verleger **Herbert Fleissner** (***Langen Müller/Herbig Verlagsgruppe***) mitfinanziert. Fleissner, Mitglied des revanchistischen ***Witikobundes***, sei jedoch mittlerweile aus dem Projekt ausgestiegen. Ende Juni platzte ein im oberösterreichischen Schärding geplantes Treffen der Deutschland-Bewegung und der ***FPÖ***-Jugendorganisation ***Ring Freiheitlicher Jugend*** (***RFJ***). **Daniela Raschhofer**, FPÖ-Spitzenkandidatin zur Europawahl, sagte ihre geplante Teilnahme als Rednerin ab, weil im Wiener Nachrichtenmagazin Format ein Artikel über die geplante Zusammenkunft mit Mechtersheimers »Sammlungsbewegung« erschienen war. Mechtersheimer scheint sich nun stärker an den Kreis um die neofaschistische Postille ***Nation&Europa*** (***N&E***) ranzuschmeißen. In der Septemberausgabe des Blattes ist ein Artikel Mechtersheimers abgedruckt sowie ein Gruß zu seinem 60. Geburtstag. Am 18. September fand im Landgasthof Wischenkraug in Neustadt-Glewe, Ortsteil Hohenwisch eine Veranstaltung von DB und N&E unter der Überschrift *»Vor dem Aufbruch. Deutsche Patrioten sammeln sich«* statt. Auf dem Podium saßen **Harald Neubauer** (Ex-REP, nun ***Deutsche Liga für Volk und Heimat***), Ökofascho **Baldur Springmann** aus dem Umfeld der ***Unabhängigen Ökologen***, ***Christian Käs***, Landesvorsitzender der REPs in Baden-Württemberg und **Peter Dehoust** (Ex-*NPD*, N&E-Redakteur).

Chronologie

30. April

★ **Freiberg** - Am Rande eines Stadtfestes wurde ein Antifa von einem Nazi mit einer Schreckschußwaffe am Trommelfell verletzt. Zwei Frauen aus der Naziszene überfielen ein 14jähriges Mädchen, das »links aussah« und verletzten es mit einem Messer schwer. Die Polizei verhängte Nachrichtensperre über den Mordanschlag. Der Treff »Schloß Freiberg« wurde von etwa 30 Nazis aus Freiberg, Plauen und Annaberg-Buchholz überfallen, sie stießen dabei auf erbitterten Widerstand.

1. Mai

★ **Freiberg** - Wieder überfielen etwa 30 Nazis das »Schloß«, diesmal mußten mehrere Faschos ins Krankenhaus eingeliefert werden.

★ **Potsdam** - Nazis griffen eine Gruppe französischer Schüler mit Steinen an. Ein Schüler wurde am Kopf verletzt. Mehrere Nazis wurden festgenommen.

3. Mai

★ **Erfurt** - Vier Mädchen überfielen eine 16jährige türkische Schülerin aus Paderborn, die mit ihrer Klasse die Stadt besuchte, sie beschimpften sie mit rassistischen Sprüchen und verletzten sie. Die Polizei nahm die Nazis fest und leitete Ermittlungen wegen Körperverletzung und Volksverhetzung ein.

6. Mai

★ **Leipzig-Grünau** - Am Alleecenter in der Nähe des Kirschberghauses überfielen etwa 10 Nazis einen PDS-Infostand und zerstörten ihn. Ein Wahlhelfer wurde durch einen Stein am Kopf verletzt. Die Nazis entkamen.

7. Mai

★ **Leipzig** - Mehrere Nazis im Alter von 16 bis 42 Jahren überfielen einen 17jährigen Tunesier, schlugen ihn zusammen und verletzten ihn mit einem Messer schwer. Später wurden sechs Nazis festgenommen, die unter dringendem Tatverdacht stehen.

8. Mai

★ **Altenburg** - Etwa 200 Nazis nahmen an einer REP-Kundgebung teil. Sprecher waren Landeschef Schneider und Dr. Klaus Zeitler, Beisitzer im Bundesvorstand und Mitglied des bayerischen Landesverbandes. The-

→

men waren der Balkankrieg und die Kommunalwahlen in Thüringen.
★ **Ludwigsburg** - Ehemalige Angehörige der 23. Panzerdivision wollten an einem Kriegerdenkmal ihre »Helden« ehren. Etwa 50 Antifas besetzten das Denkmal und schmückten es mit Transparenten. Bereits in der Nacht zuvor wurde es mit antimilitaristischen Parolen verziert. An einer anschliessenden Kundgebung vor dem Versammlungsort »Kaiserbar« nahmen rund 100 Menschen teil.

9. Mai

★ **Magdeburg** - Nachts überfielen sechs Nazis einen Mosambikaner und dessen Freundin und schlugen dem Mann eine Schnapsflasche auf den Kopf. Er mußte mit Verletzungen behandelt werden. Zwei der Täter wurden festgenommen und nach einem Tag nach Prüfung der Haftgründe wieder auf freien Fuß gesetzt.

13. Mai

★ **Rathenow** - 10 Nazis überfielen am Himmelfahrtstag eine Gruppe Jugendlicher.
★ **Rostock** - Mehrere Faschos überfielen eine Gruppe von Asylbewerbern. Bei der darauffolgenden Messerstecherei wurden sieben Nazis verletzt, der Rest konnte vor Eintreffen der Polizei flüchten.
★ **Wurzen** - In der S-Bahn zwischen Wurzen und Bennewitz wurden zwei junge Argentinier von etwa 20 Nazis überfallen und verletzt. Fünf der Nazis schlugen auf sie ein. Die Täter verließen in Gerichshain die Bahn und entkamen.
★ **Leipzig** - In der Innenstadt griffen mehrere Faschos Skater an und verletzten einige von ihnen. Auch einige Nazis wurden verletzt, da sich die Angegriffenen zur Wehr setzten und Zivilpolizisten eingriffen. In der Gießerstraße versuchten zehn Nazis ein alternatives Projekt zu überfallen und wurden nach Hause geschickt. In Grünau kippten etwa 30 Nazis zwei Dönerstände um.
★ **Berlin** - Am Bahnhof Greifswalder Str. griff eine Nazi-Gruppe einen Dönerimbiß an. Daraufhin bekam ein Nazi von einem Kunden ein Stuhlbein auf den Kopf. Die Nazis entglasten den Imbiß. Zehn Nazis wurden verhaftet.
★ **Berlin** - Auf einem Ausflugsdampfer pöbelten 35 Nazis eine Mutter mit ihrem dunkelhäutigem Kind an. Mitglieder der Besatzung und der Kapitän wurden angegriffen, als sie helfen wollten. Drei Nazis wurden verhaftet.

14. Mai

★ **Beesenlaublingen bei Bernburg** - Ein dutzend Nazis überfielen einen Jugendklub und schlugen mit Baseballschlägern auf die Gäste ein. Ein Opfer mußte mit schweren Knochenbrüchen in ein Krankenhaus eingeliefert werden.
★ **Weimar** - In dem alternativen Projekt »Gerberstraße 3 e.V.« trat im Rahmen einer Technoveranstaltung der wegen seiner rechten Ansichten bekannte Erfurter DJ »Sven U.K.« auf und dementsprechendes Publikum kam zu dieser Veranstaltung. Auch auf der Eintrittskarte wurde für →

VR findet Freunde

Internet, Presse - Die Splittergruppe ***Vereinigte Rechte (VR)*** aus Stuttgart (siehe AIB 47) sucht und findet neue Freunde. In Lübeck beschlossen **Mario H. Meurer** (VR) und **Dieter Kern** vom ***Bündnis Rechts*** (***BR***) eine Vereinigung ihrer Gruppen. Es soll nun gemeinsame Veranstaltungen, Koordinationstreffen, Aktionen und gegenseitige Unterstützung geben. In Sachsen-Anhalt schlossen sich die *DVU*-Abgeordneten **Torsten Miksch** und **Horst Montag** der VR an. Am 25. Mai gab es ein Treffen zwischen der ***NPD***-Stuttgart (**Janus Nowak,** NPD-Landespressesprecher, stellv. NPD-Kreisvorsitzender von Stuttgart) und der VR (M. Meurer) in Stuttgart. Hier wurde ein gemeinsames Bündnis für die Gemeinderatswahlen in Stuttgart beschlossen. Die gemeinsame Liste wurde am 16. Juni in Stuttgart-Zuffenhausen gewählt. Spitzenkandidat ist Janus Nowak. Platz 2 bekam der VR-Chef Mario Meurer. Weitere Kandidaten wurden **Sven Schnee** und **Carl-Artur Bühring**. Am 23. Juni wurde eine gemeinsame NPD/VR-Liste für die Regionalwahl im Rems-Murr-Kreis aufgestellt. Spitzenkandidat wurde hier der NPD-Kreisvorsitzende **Julius Jaeger** aus Winnenden. Am selben Tag wurde auch eine gemeinsame Liste für die Regionalwahl im Landkreis Esslingen aufgestellt. Spitzenkandidat wurde **Olaf-Johannes Gutte** aus Esslingen. Auch im Kreis Ludwigsburg kam es zu einer gemeinsamen NPD/VR-Liste. Spitzenkandidat wurde hier der stellvertetende VR-Landesvorsitzende **Klaus-Dieter Hergesell** aus Besigheim.

DKG und Hutten-Freunde tagen im Erzgebirge

AN - Die neofaschistische ***Deutsche Kulturgemeinschaft (DKG)*** und der ***Freundeskreis Ulrich von Hutten*** führten vom 11. bis 18. September in Altenberg (Sachsen) ihre »23. Gästewoche« unter der Überschrift »*Lebensordnung von der Erhaltung der Art in Natur und Kultur*« durch. Die »Gästewochen« dienen als Treffen der neofaschistischen Führungsszene und zur Kontaktaufnahme zwischen der älteren Generation und dem Nachwuchs. Die DKG ist eine bedeutende Kaderschmiede und wichtiges Partei- und Organisationsübergreifendes Bindeglied der neofaschistischen Szene. Der »Freundeskreis« fungiert als ihr inoffizielles Führungsgremium und ist Herausgeber der zweimonatlich erscheinenden »***Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht***« unter der Schriftleitung der langjährigen Präsidentin der Deutschen Kulturgemeinschaft, **Lisbeth Grolitsch** aus dem österreichischem Graz.

Rausschmiß für Roeder

ND 30. 8. 99 - Der ***Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge*** hat den Naziterroristen **Manfred Roeder** nach zehnjähriger Mitgliedschaft ausgeschlossen. Der Volksbund hat sich angeblich Versöhnung und Völkerverständigung auf die Fahnen geschrieben, allerdings hatte sich zum Beispiel auch die ***Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit*** (***HIAG***), ein Verband ehemaliger Waffen SS-Angehöriger, der sich 1992 auflöste, unter seinem Dach vereinigt. Der Rausschmiß nahm etwa anderthalb Jahre in Anspruch, da Roeder Widerspruch einlegte. Er hatte unter anderem im Dezember 1997 einen Text in der Volksbund-Chronik kritisiert und den Holocaust verharmlost. Schon in den Jahren zuvor hatte sich der im nordhessischen Knüll lebende Nazifunktionär des öfteren durch Briefe an den Volksbund mit eindeutig faschistischem beziehungsweise revanchistischem Inhalt hervorgetan. Deshalb mutet es etwas seltsam an, daß dem Volksbund, laut Sprecher **Fritz Kirchmeier**, erst ab Ende 1997 bewusst geworden sein soll, wer sich in seinen Reihen tummelt. Erst die Medienberichte über Roeders Rolle als Referent in der Bundeswehrführungsakademie in Hamburg hätten den Volksbund auf des Pudels Kern gestoßen. Bis dahin sei er ein »unbescholtenes Blatt« gewesen.

Antifa kontra Vandalen-Zentrum in Berlin

Presse - Am 25. Juli wurde eine bundesweite Nazi-Hochzeitsfeier im Clubhaus (Liebermannstr. 97) der Berliner Nazi-Rockergang ***Vandalen*** von der Polizei hochgenommen. Zu der Feier waren bundesweite Nazi-Kader (u.a. ***NPD***, ***Blood & Honour***, **Helmar Braun** vom ***Cafe Germania*** in Dresden) eingeladen worden. Das Hochzeitspaar **Susann Bauer** aus der NPD-Pressestelle in Stuttgart und der Vandale **Jean** mußte anschließend fünf Gäste wegen verbotener Symbole und Widerstand einbüßen. **Verena Meier-Schön** erklärte in einem Leserbrief in der ***Jungen Freiheit*** das Clubhaus zu einem wichtigen »*selbstverwalteten Objekt politisch Andersdenkender*«, nachdem das Cafe Germania in Berlin schließen mußte. Die Vandalen gehören seit 1982 zum festem Kern der Berliner Nazi-Szene. Einige Mitglieder gründeten die Nazi-Band ***Landser***. Nachdem am 10. September die Vandalen mit 120 Nazis ihren 17. Jahrestag gefeiert hatten, zogen am 11. September ca. 400 Antifas mit einer Demo zum Clubhaus. Durch diese und andere Aktivitäten des Antifaschistischen Aktionsbündnis III kündigte der Vermieter den Vandalen.

Thüringen, Bayern, Sachsen, Ba-Wü

Nazidemos in Thüringen

AK AntiFa/AntiRa, Presse, Autonome revolutionäre Antifa J. - Nachdem die Thüringer *NPD* sich durch organisatorische Fehler nicht an der vergangenen Bundestagswahl beteiligen konnte, startete sie umso stärker in den Thüringer Landtagswahlkampf. Neben Infoständen sollten vor allem Demonstrationen in Eisenach und Gera für die entsprechende Öffentlichkeit sorgen. In Eisenach sollte am 14. August eine Kundgebung unter dem Motto *»Jugend in den Landtag. Wir sind die echte Opposition«* den Auftakt zum NPD-Wahlkampf bilden. Erwartet wurden 500 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet. Angemeldet hatte die Kundgebung der Eisenacher Neonazi **Patrik Wischke**. Als Hauptredner sollten **Christian Worch**, Neonazikader aus Hamburg und der Chemnitzer NPD-Funktionär **Michael Nier** sprechen. Doch daraus wurde nichts. Die Stadt Eisenach verhängte am Samstag Vormittag eine zweite Verbotsverfügung, nachdem das zuvor erlassene Verbot vom Oberverwaltungsgericht Weimar aufgehoben worden war. Neue Erkenntnisse der Behörden dienten als Anlaß für die zweite Verbotsverfügung. Grund hierfür wird der Tod von **Ignatz Bubis**, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, am Vorabend des geplanten Neonaziaufmarsch gewesen sein. Nach Bekanntwerden des geplanten Aufmarsches mobilisierten AntifaschistInnen zu einer Gegendemonstration mit dem Ziel, den Naziaufmarsch zu verhindern. Stadtverwaltung und Polizei verbannten die aktiven AntifaschistInnen, um so möglichen Konfrontationen vorzubeugen. Patrik Wischke wurde in der Nacht von Freitag auf Samstag von der Polizei in der Wohnung seiner Eltern verhaftet. Er hatte seine Mutter zusammengeschlagen. Auf der Autobahn zwischen Apolda und Weimar wurde in einer Polizeikontrolle Christian Worch festgenommen und nach Jena verbracht. Einzelne Neonazis, darunter **Andre Kapke** (*Thüringer Heimatschutz*), konnten trotz Verbot in die Stadt gelangen. Zu spontanen Aktionen kam es nicht. Die Polizei verteilte Platzverweise für das gesamte Stadtgebiet. Davon betroffen waren auch AntifaschistInnen, die zu einer Gegendemonstration wollten. Am 16. Juni demonstrierten in Altenburg 100 ***REP***-& NPD-Nazis. Die Polizei schützte sie vor AntifaschistInnen. Nach dem mißlungenen Aufmarsch in Eisenach führte die NPD am 4. September in Gera eine Demonstration mit 350 Neonazis durch. Sie stand unter dem Motto *»Nationale Politik ist Politik für's Volk«*. Die teilnehmenden Neonazis aus Thüringen wurden von einzelnen Neonazis aus Sachsen-Anhalt, Sachsen und Brandenburg unterstützt. Als Hauptredner traten **Holger Apfel** (NPD-Bundesvorstand) und **Steffen Hupka** auf. Unter dem Schutz von 2000 PolizistInnen und BundesgrenzschützerInnen konnte der Aufmarsch weitgehend ungestört durch die Geraer Innenstadt verlaufen. Die mit mehreren Wasserwerfern, Räumpanzern, geländegängigen Räumfahrzeugen und Hubschrauber präsenten Polizeieinheiten hatten die Lage weitgehend unter Kontrolle. Eine von ***PDS*** und ***DGB*** angemeldete Kundgebung wurde von der Polizei abgeschirmt. An einem Friedensgebet, zu dem auch der parteilose Oberbürgermeister von Gera aufgerufen hatte, waren 500 Menschen gekommen. AntifaschistInnen konnten nur vereinzelt in die Nähe der NPD-Demonstration gelangen und wurden, sobald sie Ihren Protest äußerten, von Polizeikräften abgedrängt. In der örtlichen Presse war von insgesamt sieben Festnahmen die Rede. Zum Gedenken an den Nazi-Kader **Andreas Otto** (NPD) aus Maßbach marschierten am 7. August 450 Nazis durch Bad Berka. Otto war am 30. Juli von einem 43jährigen Anwohner beim Urinieren an eine Hauswand und einem anschließenden Streit erstochen worden. Er hielt sich im Rahmen einer Nazi-Feier an einem Weimarer See in Thüringen auf. Zu der bundesweiten Demo erschienen u.a. **Frank Schwerdt** (Ber-







Von links: Demo-Anmelder Patrick Wischke aus Eisenach, Andre Kapke (Jena), Ralf Wohlleben.

zwei Läden geworben, die dem stadtbekannten Neonazis Ingo Gronwald gehören.

15. Mai

★ **Bernburg** - Die Nazigruppe, die am Vortag einen Jugendklub überfiel, überfiel wieder zwei Jugendliche. Fünf Nazis wurden festgenommen.

★ **Leipzig** - Am Wintergartenhochhaus in der Nähe des Hauptbahnhofes kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen Nazis und linken Jugendlichen. Vier der Jugendlichen wurden verletzt und zwei festgenommen. Die Nazis hatten die Gruppe überfallen, die von der »Karawane gegen den Globalisierungswahn« in Wurzen kamen. In dem Hochhaus befindet sich eine Kneipe, in der sich regelmäßig Nazis treffen.

★ **Sachsen** - Nazi-Konzert mit Proissenheads, Legion of St.Georg, Storm und Warlord mit etwa 1000 Nazis.

★ **Langenleuba b. Altenburg** - Rund 20 Nazis überfielen einen Jugendclub, der von linken Jugendlichen besucht wird. Acht Menschen befanden sich in dem Club, von denen zwei verletzt wurden. Drei vor dem Haus geparkte Autos wurden beschädigt.

★ **Triptis** - Ein geplantes Nazikonzert wurde verboten und 69 angereiste Nazis festgenommen.

★ **Hannover** - REP-Landesparteitag im Blauen Saal des Congresszentrums. Peter Lauer bleibt Landeschef. Stellv. werden B.Timpe, W.Köhler und W.Bednarski.

★ **Bremen** - 100 Nazis marschierten. Es sprachen die NPDler Helmut Walter und Jörg Wrieden und die Freien Nationalisten Thorsten de Vries und Christian Worch.

★ **Dessau** - Nazi-Skins verletzten Jugendliche schwer.

★ **Jena** - Ein Nazikonzert wurde aufgelöst. Nazis verprügelten Jugendliche.

16. Mai

★ **Berlin** - Antifas beschädigten das Auto der DVU-Funktionärin Linda-Susanne Liß.

21. Mai

★ **Klein-Pelsen** - In der Diskothek »Halli Galli« fand ein Nazikonzert statt. Zwei Wochen zuvor war ein weiteres Konzert wegen zu hoher Polizeipräsenz ausgefallen.

★ **Frankfurt/Oder** - Eine Gruppe Nazicamper überfiel auf einem Campingplatz einen Peruaner und seine deutsche Begleitung. Beide wurden verletzt. Die Poizei nahm sieben Nazis fest.

★ **Magdeburg** - Zwei Afrikaner wurden von Nazis überfallen. Einer konnte flüchten, der andere wurde brutal zusammengeschlagen. Die Nazis entkamen.

★ **Apolda** - Zwei französische Touristen wurden von drei Nazis von hinten angegriffen und mit Knüppeln verletzt. Ein Nazi wurde festgenommen.

23. Mai

★ **Bremen** - 80 Nazis demonstrierten. Es gab eine Antifa-Demo.

★ **Frankfurt/O** - Ein Peruaner und eine Deutsche wurden von Nazis angegriffen.

25. Mai

★ **Hamburg** - Antifas zündeten Busse an, die Nazis transportierten.

★ **Brandenburg Stadt** - Drei Deutsche griffen einen Vietnamesen in der Wohnung eines deutschen Freundes mit Knüppeln an.

27. Mai

★ **Leipzig** - Am frühen Morgen wurden zwei Kneipen, die als Treffpunkte von Neonazis bekannt sind, mit Buttersäureduft versehen. Betroffen davon war die Gaststätte »Zum Schotten« in Lindenau und das Lokal am Wintergartenhochhaus am Hauptbahnhof.

★ **Hamburg** - Beim rechten Publizisten Rüdiger Proske wurden die Scheiben eingeworfen.

28. Mai

★ **Erfurt** - Die Deutschen Burchenschaften (DB) begangen ihre Burschentage. Geladen war auch Helmut Kohl. Gegen das DB-Wartburgfest demonstrierten Antifas.

29. Mai

★ **Schwerin** - Rund 50 NPDler marschierten in der Innenstadt in Zusammenhang mit der Europawahl auf. Die Polizei war mit 100 Beamten vor Ort und drei Gegendemonstranten wurden festgenommen.

★ **Neustadt** - Eine REP-Demo mit 10 Nazis wurde von 40 Antifas ins Lächerliche gezogen. Die REPs mußten hinter einem Transpi »Ich bin stolz, daß die Erde eine Scheibe ist« hinterherlaufen.

★ **Raum Stuttgart** - Veranstaltung mit Frank Rennicke und Friedhelm Busse vom Nationalem Widerstand Ba.-Wü.

2. Juni

★ **Stralsund** - Antifas entglasten den Naziladen Walküre.

5. Juni

★ **Nürnberg Waiblingen, Bremerhaven** - Kleinere NPD-Demos. Zum Teil kam es zu Antifa-Angriffen auf Nazis und ihre Autos.

★ **Berlin** - Antifas zerstörten das Auto des NPD-Nazis Fabian Müller und warfen bei dem Nazi Michael Aulich die Scheiben ein.

★ **Liebenwalde** - Mehrere Nazis griffen vier Berliner türkischer Herkunft mehrmals an und verletzten zwei der Opfer zum Teil schwer.

6. Juni

★ **Ludwigsburg** - Antifas entglasten die Gaststätte »Ratskeller« und hinterließen Antifa-Parolen. Schaden bis zu 30.000 Mark. Eine geplante REP-Veranstaltung am nächsten Tag mußte in eine Turnhalle verlegt werden.

★ **Cottbus** - 1.000 BürgerInnen demonstrierten gegen Rassismus, nachdem ein dunkelhäutiger Spieler des FC Cottbus die Stadt wegen des rassistischen Alltags verlies.

9. Juni

★ **Hennigsdorf** - *Mehrere Nazis griffen zwei Iraner an und schlugen sie zusammen. Die Opfer mußten mit zum Teil inneren Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden.*

★ **Rostock** - Ein 19jähriger Mann aus Ruanda wurde am Hauptbahnhof Opfer von etwa 10 Neonazis. →

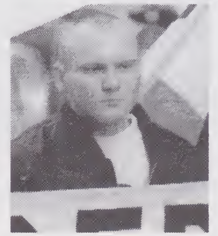
lin), **Ralf Tegethoff** (Bonn), die Gebrüder **Kapke** (Jena), **Tino Brandt** (Saalfeld), **Jan Stöckel** (Gera), **Ralf Wohlleben** (Jena) und **Mark Henze**. Andre Kapke wurde am 13. Juli zu einer Geldstrafe verurteilt, da er am Rande eines NPD-Infostandes zwei Passanten angegriffen hatte. Zu seinem Prozeß erschien auch sein Nazi-Freund **Ralf Oertel**.

Nazi-Actions

Presse, Antifa - Am 11. Juni sprach der Nazi-Kader **Harald Neubauer** vor der ***Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg*** im Gasthof *»Zum Schwarzen Ochsen«* in Sulzbach. Organisator war der Ex-***REP*** **Michael Dangel**. Am 13. Juni demonstrierten 150 NPD-Nazis durch Nürnberg. Es sprachen **Franz Salzberger**, **Ralf Ollert**, **Sascha Roßmüller** und **Peter Naumann**. Antifas gingen mit Wurfgeschossen gegen die Nazidemo vor. Es kam zu Rangeleien mit der Polizei. Vom 14. bis zum 21. Juni fand zum zweiten mal in Ostritz die Nachfolger-Hetendorfer-Tagungswoche statt. Mit dabei **Jürgen Rieger** und **Frank Rennicke**. Am 3. Juli sprach der Ex-***RAF***ler und Nazi **Horst Mahler** vor 100 Nazis in München. Veranstalter waren sog. *»Freie Radikale Kräfte«*. Am 4. Juli demonstrierten in Zittau wieder einmal 300 Nazis für einen in Notwehr erstochenen Nazischläger. Trotz großen Polizeischutzes konnten vereinzelt Nazis von Antifas angegriffen werden. Am 24. Juli demonstrierten 120 Nazis durch Ingolstadt. Das Bündnis gegen Rechts führte eine Gegendemo durch. Am 26./27. Juni führte **Manfred Rouhs** sein ***Signal***- (früher ***Europa Vorn***) Pressefest in Engen/Anselfingen durch. Es referierten **Franz Uhle-Wettler**, **Franz Schönhuber** und **Gert Sudholt**. Auch **Frank Rennicke** konnte sich einen Auftritt nicht verkneifen. Veranstaltungsort war das Gasthaus Krone. Hier trafen sich schon die verbotene ***Nationale Offensive***, die verbotene ***Heimattreue Vereinigung Deutschland*** und Schweizer ***Hammerskins***. Gegen die wenigen Nazis (60) demonstrierten wenig Antifas (40). Unter den Nazis befanden sich **Jürgen Schützinger** ***(DL)*** und **Andreas Saur** ***(Kameradschaft Konstanz)***. Am 2. August fand in Frankfurt/M. die dritte Montagsdemo statt. Organisatoren waren **Horst Mahler** und **Annemarie Paulitsch**. Redner war **Baldur Springmann**. Sänger war **Friedrich Baunack**. Teilnehmer waren u.a. **Hans Hirzel**, **Ellen Kositza** (*JF*), der Alt-Nazi **Otto Riehs** ***(FAP)***, **Klaus zur Lienien** (FAP, *Zentaurus*-Band-Mitlied), die Nazi-Kader **Rene Rodriguez Teufer** und **Meinhard Elbing**, sowie **Christa Goerth** und **Marc Strote**. Fünf Nazis (u.a. **Thomas Gruber**) wurden nach der Demo von Antifas angegriffen. Am 14. August fand auf dem Gelände »Randensteig Nr. 2« in Blumberg das sog. Sommerhock der ***Deutschen Liga für Volk und Heimat***, des ***Freundeskreises Franz Schönhuber*** und des ***Süddeutschen Bundes für Heimat und Leben e.V.*** statt. Veranstalter war **Jürgen Schützinger**. Am 21. August lud er zu einem Treffen des kommunalpolitischen Arbeitskreises mit seinen 40 WahlkandidatInnen (u.a. seine Mutter Lieselotte und der Kameradschaftsgründer **Michael Hammer**) in das Gasthaus *»Turnerheim Waldeck«* in Schwenningen ein. Bereits am 19. August hatte er eine Jahreshauptversammlung in der *»Bertholdshöhe«* in Villingen durchgeführt. Am 4./5. September veranstaltete die ***Republikanische Jugend*** ihren Deutschlandtag in Leipzig. In Chemnitz findet jeden zweiten Montag im Monat ein Treffen der Deutschland-Bewegung statt. An jedem letzten Freitag im Monat führt der Aktivist der Deutschland-Bewegung **Michael Krämer** (08025-3115) aus Miesbach eine Mahnwache vorm IBB-Sender bei Holzkirchen durch. Er versucht auch Widerstand gegen die McDonalds-Filiale Irschenberg zu organisieren.

Rechtes Parteileben

Presse - Im sächsischen Sebnitz bildete die ***FDP*** zusammen mit der ***DSU*** und der ***NPD*** (**Johannes Müller**) eine Stadtratsfraktion. Am 8. Mai eröffnetete die ***JN***-München ein sog. Nationales Jugendzentrum. Am 29. Mai fand in Ebermannstadt der bayerische JN-Landeskongress statt. **Sascha Roßmüller** (JN-Bundes-Chef) gab seinen Posten als bayr. JN-Chef an den 18jährigen **Carsten Beck** aus München ab. Stellvertreter wurden der 23jährige **Siegfried Birl** aus Straubing und der 18jährige **Frederick Seifert** aus Ingolstadt. **Jürgen Distler** (NPD, *DS*) hielt ein Gastreferat. Am 19./20. Juni fand in Eningen eine Sitzung des NPD-Parteivorstandes statt. In Moosburg wurde bekannt, daß der Stadtrat **Herbert Tiedemann** ***(Freie Wähler)*** als Geschichtsrevisionist und Holocaustzweifler agiert. Er mußte sein Mandat niederlegen. Nachdem die ***DVU*** in Frauenwald bei der Kommunalwahl 15,7% erzielte und mit **Otto Reißig** einen Ortsteilbürgermeisterkandidaten in der Stichwahl stellt, rief ein Mitglied der ***CDU***-Fraktion dazu auf, den DVUler zu wählen. Der Thüringer ***BFB***-Spitzenkandidat (Platz 2) **F.-J. Reischmann** hat sich mit Lügen an die Parteispitze geschummelt. Er behauptete einfach, er sei Bundestagskandidat und Landesgeschäftsführer der CDU in Hessen gewesen. Er hatte es aber in Wirklichkeit nur bis zum Buchhalter der hessischen CDU gebracht.

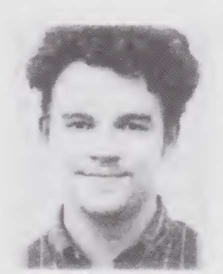


Tobias Feige (Hier auf einer NPD-Demo) schlug am 12.09. zusammen mit Silvio Krieg und Ralf Lehmann eine 17jährige Frau in Löbau zusammen und verletzte sie schwer.

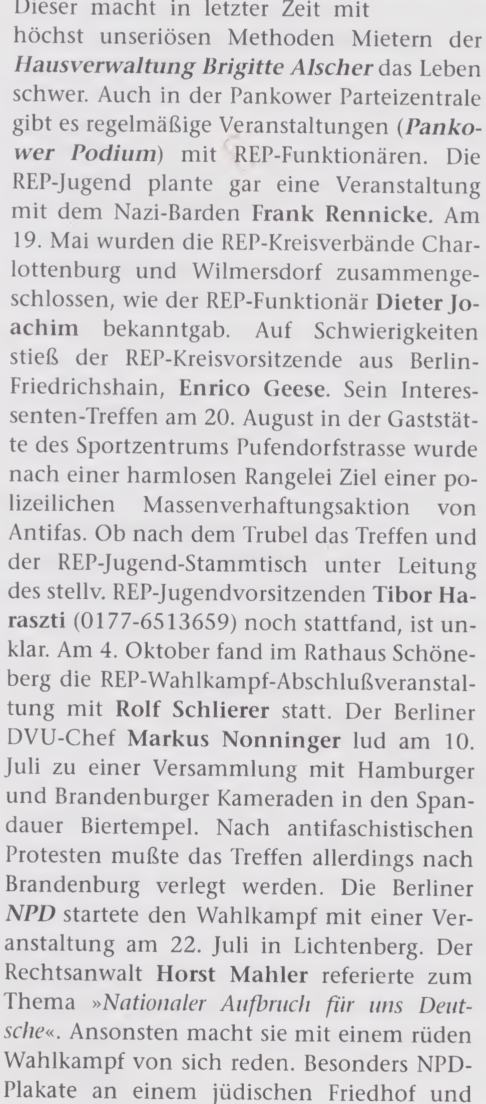
Berlin

Wahlkampf

Presse, Antifa - Nach offiziellen Absprachen zwischen ***DVU*** und ***REPs*** treten in Berlin die REPs und in Brandenburg die DVU an. Die REPs investieren 550.000 DM in ihren Berliner Wahlkampf. Mehr als je zuvor, wie der Berliner REP-Chef **Werner Müller** stolz verkündete. Er trat dann mitten im Wahlkampf zurück. Ihren Wahlkampf starteten sie am 12. Juni mit einer bundesweiten Kundgebung am Brandenburger Tor. Die 750 REPs wurden von den 200 Antifas abgeschirmt. Nur vereinzelt wurden anreisende REPs angegriffen. Abends feierten die REPs zusammen mit jugendlichen Nazi-Skins in ihrer Parteizentrale in Pankow. Gegen diese demonstrierten etwa 500 Antifas. Außerdem führen die REPs ihre Veranstaltungsreihen im Rathaus Tempelhof weiter. So z.B. am 26. März mit dem *JF*-Chefredakteur ***Dieter Stein*** und am 18. Juni mit dem REP-Anwalt **Carsten Pagel**. Dieser macht in letzter Zeit mit höchst unseriösen Methoden Mietern der ***Hausverwaltung Brigitte Alscher*** das Leben schwer. Auch in der Pankower Parteizentrale gibt es regelmäßige Veranstaltungen (***Pankower Podium***) mit REP-Funktionären. Die REP-Jugend plante gar eine Veranstaltung mit dem Nazi-Barden **Frank Rennicke**. Am 19. Mai wurden die REP-Kreisverbände Charlottenburg und Wilmersdorf zusammengeschlossen, wie der REP-Funktionär **Dieter Joachim** bekanntgab. Auf Schwierigkeiten stieß der REP-Kreisvorsitzende aus Berlin-Friedrichshain, **Enrico Geese**. Sein Interessenten-Treffen am 20. August in der Gaststätte des Sportzentrums Pufendorfstrasse wurde nach einer harmlosen Rangelei Ziel einer polizeilichen Massenverhaftungsaktion von Antifas. Ob nach dem Trubel das Treffen und der REP-Jugend-Stammtisch unter Leitung des stellv. REP-Jugendvorsitzenden **Tibor Haraszti** (0177-6513659) noch stattfand, ist unklar. Am 4. Oktober fand im Rathaus Schöneberg die REP-Wahlkampf-Abschlußveranstaltung mit **Rolf Schlierer** statt. Der Berliner DVU-Chef **Markus Nonninger** lud am 10. Juli zu einer Versammlung mit Hamburger und Brandenburger Kameraden in den Spandauer Biertempel. Nach antifaschistischen Protesten mußte das Treffen allerdings nach Brandenburg verlegt werden. Die Berliner ***NPD*** startete den Wahlkampf mit einer Veranstaltung am 22. Juli in Lichtenberg. Der Rechtsanwalt **Horst Mahler** referierte zum Thema *»Nationaler Aufbruch für uns Deutsche«*. Ansonsten macht sie mit einem rüden Wahlkampf von sich reden. Besonders NPD-Plakate an einem jüdischen Friedhof und eine verletzte Frau durch eine Rasierklinge unter einem NPD-Aufkleber sorgten für Schlagzeilen. **Guntram Schroeder** von der NPD-Geschäftsstelle berichtete daraufhin über Frust bei den Mitgliedern durch abgerissene NPD-Plakate. Auch der NPD-Vorsitzende von Marzahn/Hellersdorf, **Lars Macht**, berichtet in der ***Deutschen Stimme*** von sehr viel antifaschistischer Gegenwehr. Trotzdem habe die NPD bei der letzten Wahl 27 Stimmen mehr als die FDP bekommen. Der ***BFB*** um **Torsten Witt** hat sich mit der ***Bürgerinitiative für Deutschland*** (***BID***) und der ***Wählerinitiative Bürger und Kleingärtner*** (***WBK***) im sog. ***Bürgerbund*** zusammengeschlossen, um mehr Stimmen zu bekommen. Die BID ist ein Zusammenschluß aus der ***Bürger- und Stadtpartei*** (***BSP***) und der ***Wähler in Berlin*** (***WIB***).



Tibor Haraszti, REP-Jugend Berlin



Nazi-Überfälle

Flugi, Presse - Am 10. Juli überfiel der Berliner Nazi-Aktivist **Lutz G.** zusammen mit einigen Kameraden auf dem Rasthof Stolpe einen Kleinbus mit Linken. Die vermummten Nazis warfen Flaschen und schlugen mit einer Eisenstange zu. Zwei Linke wurden verletzt und die Nazis verhaftet. Lutz G. und Kameraden kamen von der Nazi-Demo in Hamburg. Lutz G. ist Chef der Berliner ***Kameradschaft Germania***. Berliner Antifas vermuten hinter Lutz G. den Berliner Naziaktivisten **Lutz Giesen**. Dieser wohnte zeitweilig zusammen mit **Christian Wendt** bei dem ***NPD***-Funktionär **Frank Schwerdt**. Alle drei bekamen einen Prozeß wegen des Verbreitens illegaler Nazi-Propaganda. Am 26. Juli wurde eine Gruppe polnischer Punks von 4 Bauarbeitern in der S-Bahn mit Nazi-Sprüchen angepöbelt. Nachdem eine Schaffnerin einschritt und die Punks von der Polizei kontrolliert wurden, trafen sich die Punks und die Nazis zufällig wieder. Hier kam es zu einer Auseinandersetzung. Während dieser wurde der Punk Christian von einem Nazi vor eine fahrende S-Bahn geworfen. Er verlor ein Arm und ein Bein. Die Polizei gab später bekannt, es werde nur gegen einen Punk ermittelt. Der Sturz sei nicht justiziabel. Am 6. August demonstrierten daraufhin 400 Antifas und Punks unter dem Motto *»Wut und Trauer zu Widerstand«* durch den Bezirk. Im Nachhinein kam es auch zu Aktionen gegen die Nazi-Kneipe »Der Baum«. Am 31. August wurde auf einen alten S-Bahn Waggon am Anhalter Bahnhof, der eine Ausstellung über Juden im 3. Reich beinhaltete, ein Brandanschlag verübt. Der Wagen brannte aus.

Er wehrte sich und verletzte einen Angreifer am Bein. Die Polizei nahm alle Faschos im Alter von 16 und 22 Jahren fest.

10. Juni

★ **Leipzig-Mölkau** - Wiederum versuchten NPDler ihre Propaganda zu verbreiten, als sie beim Plakate anbringen über den Haufen gerannt wurden. Drei Nazis blieben verletzt liegen.

11. Juni

★ **Cottbus** - Rund 20 Nazis griffen elf Afrikaner in einer Straßenbahn an und verletzten einige von ihnen erheblich. Dabei riefen sie rassistische Parolen. Die Polizei nahm drei Tatverdächtige fest.

12. Juni

★ **Schwerin** - Drei Neonazis überfielen einen russischen Asylbewerber und schlugen ihn ins Koma. Ein Landsmann des Opfers kam mit dem Schrecken und leichten Verletzungen davon. Die Polizei nahm die Täter fest.

★ **Bei Leipzig** - Konzert der Hammer-Skins.

★ **Berlin** - Antifas beschädigten ein REP-Auto.

13. Juni

★ **Leverkusen/Opladen** - Auf der »Bierbörse« marschierten 50 Nazis (z.B. Christian Ape, Björn Behrmann, Thomas Antoniszyn). Es kam zu Auseinandersetzungen mit MigrantInnen.

★ **Berlin** - Antifas entglasten eine Grundschule, die Nazis Räumlichkeiten für Konzerte gab.

14. Juni

★ **Ostritz** - Von heute bis zum 21. Juni trafen sich im Kreis Görlitz bis zu 150 Nazis zum zweiten Mal zu der Nachfolgerin der Hetendorfer Tagungswoche. Die Veranstaltungen der Artgemeinschaft, bei denen Frank Rennicke auftrat, wurden u.a. von Jürgen Rieger organisiert und liefen ohne Proteste und Gegenaktionen über die Bühne.

★ **Berlin** - Antifas entglasten den Nazibuchladen Artefakt.

16. Juni

★ **Sächsische Schweiz** - Etwa 20 Nazis aus dem Umfeld der »Skinheads Sächsische Schweiz« belagerten die Wohnung eines Antifas, sechs Tage später wurde eine weitere Wohnung eines Antifas belagert und es wurde versucht, diese zu stürmen. Die 40 Nazis flüchteten beim Eintreffen der Polizei.

17. Juni

★ **Berlin** - Ein jüdisches Mahnmal am S-Bhf. Grunewald wurde geschändet.

18. Juni

★ **Tiefensee b. Berlin** - Ein Nazikonzert, das als Geburtstagsfeier deklariert war, wurde von der Polizei aufgelöst und 62 Nazis ein Platzverweis erteilt. Die Gemeinde hatte die Polizei um Unterstützung gebeten, da die Feier in einem gemeindeeigenen leerstehenden Gebäude stattfinden sollte.

★ **Berlin** - Antifas entglasten den Naziladen Two Flag Store.

19. Juni
★ **Sächsische Schweiz** - Ein PDS-Wahlinfostand wurde von Neonazis umstellt und die Wahlhelfer mußten rassistische und antisemitische Parolen über sich ergehen lassen.

24. Juni
★ **Leipzig** - Ein Konzert anläßlich der 3. Jüdischen Woche mußte wegen einer Bombendrohung mehrere Stunden unterbrochen werden. Die Polizei fand jedoch keinen Sprengsatz, die Täter wurden nicht ermittelt.
★ **Oranienburg** - Drei Nazis verprügelten einen Dunkelhäutigen.

25. Juni
★ **Fürth** - Antifas entglasten den Naziladen Utgard und verursachen mehrere tausend Mark Sachschaden.

26. Juni
★ **Freiberg** - In der Innenstadt versammelten sich bei einem Stadtfest etliche Nazis aus der Region. Etwa 50 Nazis versuchten den Club »Schloß«, wo zu dieser Zeit ein Punk-Konzert stattfand, anzugreifen. Die Polizei kam rechtzeitig, stellte sich dazwischen und sprach Platzverweise aus. Nach dem Abrücken der Faschos kam es zu Rangeleien zwischen Punks und der Polizei, die daraufhin den Club stürmte und 52 Menschen festnahm.
★ **Bei Bamberg** - Nazi-Konzert von B&H mit Stahlgewitter, Razors Edge und Warhammer. Der Sänger von Razors Edge bekam was auf die Fresse und auch die C-18-Combo um Browning wurde bedroht.

29. Juni
★ **Greifswald** - Ein syrischer und ein mongolischer Student wurden von mehreren Nazis überfallen. Beide konnten sich losreißen und flüchten. Dabei wurden sie verletzt, die Täter entkamen.

30. Juni
★ **Fürstenwalde** - Ein türkischer Imbißstand wurde von Unbekannten in Brand gesteckt. Menschen wurden dabei nicht verletzt.
★ **Lüneburg** - Vier Nazis verprügelten drei Inder mit Knüppeln.

2. Juli
★ **Leipzig** - Das Antifa-Schul-Netz organisierte eine Demonstration unter dem Motto »Mit Lust und Laune gegen Braune« mit 300 Teilnehmern.

3. Juli
★ **Beetzendorf** - Rund 30 Nazis verprügelten drei Asylbewerber.

4. Juli
★ **Zittau** - Rund 300 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland trafen sich zum alljährlichen »Trauermarsch«, der an einen in erwiesener Notwehr erstochenen Nazi erinnern soll. Der Aufmarsch wurde von drei Hundertschaften der Polizei und BGS geschützt.
Zu Gegenaktionen waren 100 Menschen gekommen und so mancher Fascho trabte mit einem blauen Auge ab.
★ **Ückermünde** - Nachts griffen rund 30 Nazis eine Strandparty an und verletzten mehrere Menschen. Bei der darauffolgenden Auseinandersetzung mit der Polizei wurden fünf →

Brandenburg

Antifa-Action

Presse - Am 20. Mai pöbelten vier deutsche Jugendliche in Neuenhagen drei Vietnamesen an. Einer der Jugendlichen mußte anschließend mit einer Kopfverletzung in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Zwei Vietnamesen wurden mit Hilfe eines Zugfahrers verhaftet. Am 6. Juni wurden in Potsdam Plakatekleber der *NPD* von Antifas angegriffen. Einer der vier Nazis wurde am Kopf verletzt und mußte sich ambulant behandeln lassen. Auch ein NPD-Auto wurde beschädigt. Eine für den 19. Juni geplante Sonnenwendfeier der ***Deutschen Liga*** in Brandenburg mußte ausfallen, da der Wirt der betreffenden Gaststätte Besuch bekommen hatte und unter Druck gesetzt worden war. In der Nacht zum 8. Juli haben autonome Gruppen in Bernau unter einem Bus der Firma »***Heide-Reisen***« einen Brandsatz abgelegt. Grund für die Aktion war, dass Heide-Reisen am 4. Juni Nazis aus Brandenburg zum Aufmarsch nach Hamburg gebracht hatte.

Die Erklärung schließt mit den Forderungen: »*Keine Unterstützung den organisierten Faschisten! Neonazi-Aufmärsche verhindern!*«. Am Wochenende des 21./22. August kam es in Lauchhammer zu Auseinandersetzungen zwischen 40-100 Linken und Nazis, nachdem linke Jugendliche zuvor fast alle Wahlplakate der *DVU* von Laternenmasten gerissen hatten. In der Nacht zum Sonntag seien linke Jugendliche auf den Hof des als Nazitreffpunkt bekannten »***Erotik-Ladens***« gegangen und hätten dort ein Fenster eingeworfen und die Autos der Gäste demoliert.

Nach Polizeiangaben wurde mindestens ein 18jähriger verletzt und sechs Verdächtige festgenommen. Der Sachschaden an Autos betrug 15.000 DM. Am 26. August haben Antifas den Naziladen »***Tribal***« in der Schloßstraße in Königs Wusterhausen entglast und besprüht. Am 29. August fand auf dem Flugplatz in Strausberg das Konzert »*Beats against Fascism*« statt. Das von mehr als 40 Organisationen veranstaltete Konzert, auf dem u.a. »Freundeskreis« spielten, wurde von mehr als 3.000 vorwiegend Jugendlichen besucht. Obwohl das Konzert mit allen Auflagen (z.B. Müllentsorgung) als Kommerzveranstaltung betrachtet wurde, ließ es sich die Polizei nicht nehmen, alle BesucherInnen mit dem Hinweis, es handele sich um eine politische Veranstaltung, zu kontrollieren. Dies führte zu etlichen »*In-Gewahrsamnahmen*« wegen »*waffenähnlicher Gegenstände*«. Am 4. September fand in Fürstenwalde eine Antifa-Demo mit ca. 250 TeilnehmerInnen statt.

NPD-Aktionen

Presse- Bei der Landtagswahl am 5. 9. in Brandenburg ereichte die ***NPD*** 0,7% der Stimmen. Dem vorausgegangen war ein Wahlkampf, der vor allem durch Aufmärsche geprägt war. So maschierten am 26. 7. ca. 60 Nazis in Wittstock geschützt von ca. 270 Polizisten.

Am 31. 7. fand dann in Golßen eine NPD-Wahlveranstaltung des KV-Spreewald mit ca. 120 Nazis statt. Nachdem unter anderem **Christian Worch** als Gastredner aufgetreten war, sollte noch die Naziskin-Band ***Sturm und Drang*** spielen. Dies wurde allerdings von 60 Polizisten ohne Zwischenfälle verhindert. Nachdem ein bereits für den 30. 7. angemeldeter NPD-Aufmarsch gegen das Unternehmen »EKO-Stahl« in Eisenhüttenstadt verboten worden war und statt dessen ein Kulturfest stattgefunden hatte, konnte die NPD am 13. 8. dann doch noch für »*Meinungsfreiheit für Nationalisten auch im EKO*« marschieren. Ca. 60 Nazis demonstrierten mit Fackeln und Trommeln gegen die Entlassung von EKO-Mitarbeitern wegen rassistischer Überfälle. Die etwa 30 anwesenden Antifas erhielten Platzverweise. Rund 250 Menschen demonstrierten am 21. 8. in Schwedt gegen einen NPD-Aufmarsch mit 120 Nazis. Vier Nazis wurden wegen verbotener Nazi-Symbolikin Gewahrsam genommen.

Am Abend des 27. 8. wollte dei NPD dann den Sitzungssaal der Stadtverordneten in Frankfurt(O.) für eine Kundgebung nutzen. Dies wurde verboten. Die »Plattform gegen Rechts« hatte für den Fall einer Genehmigung der Naziaktion eine Menschenkette um das Rathaus angekündigt. In Pritzwalk fand am 30. 8. eine NPD-Kundgebung mit 60 Nazis statt. Gegendemonstranten erhielten Platzverweise. Wieder etwa 60 Nazis und ebensoviele Gegendemonstranten versammelten sich am 4. 9. in Frankfurt(O.). Auf der Wahlkampfabschluß-Kundgebung der NPD sprach **Udo Voigt**.

REP-News

REPs - Nach einstimmigem Beschluß des Kreisvorstandes der ***Republikaner*** Potsdam löste sich dieser Ende April auf. Der Schritt wurde mit dem Mangel an Mitgliedern und der fehlenden Unterstützung durch den Landes-und Bundesvorstand begründet. Potsdamer REPs die noch nicht der *DVU* beigetreten waren, wurden von **Karl Hentze, Hans-Dieter Müller** und **Joachim Ritter** im Auflösungsinformationsschreiben dazu aufgefordert, dies nun zu tun.

Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen, Meck-Pom, Hamburg, Schleswig-Holstein

Nazi-Demos

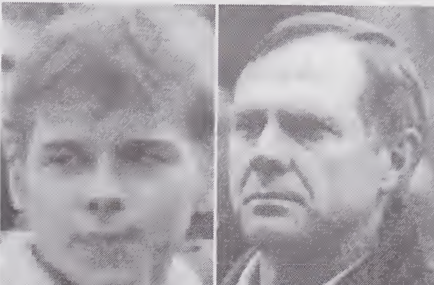
Presse, Antifa - Am 11. Juni führte die *NPD* zusammen mit den sog. ***Freien Nationalisten*** um **Thomas Wulff** eine Kundgebung in Lüneburg durch. Hier sprachen der Freie Nationalist **Manfred Börm**, der Bombenbauer **Peter Naumann** und der NPDler **Uwe Schäfer**. Anmelder Börm war früher Gauleiter der **Wiking Jugend**. Auch die Nazi-Brüder **Sven** und **Michael Grewe** und **Markus Privenau** waren an dem Aufmarsch beteiligt. Etwa 400 Antifas protestierten gegen die Nazis. Einige gingen mit Stein- und Flaschenwürfen gegen die Nazikundgebung vor. 20 Antifas wurden verhaftet. Am 12. Juni versuchte sich die NPD in Rostock erneut mit einem Aufmarsch. Allerdings sahen sich die 70 NPDler zahlreichen Antifa-Aktionen ausgesetzt. So wurden einige Nazis bereits auf der Anreise angegriffen. Die Demo selbst wurde Ziel antifaschistischer Steinwürfe. In der Innenstadt wurde die Demo durch eine Sitzblockade gestoppt und auch nach der Demo kam es zu Angriffen auf Nazis. Am 11. Juli demonstrierten ganze 31 Nazis mit dem ***Bündnis Rechts*** Lübeck gegen die linke »Alternative« in Lübeck. Aus Lübeck kamen allerdings nur ca. ein Drittel der Teilnehmer. So z.B. die Anmelderin **Thekla Kosche** und der Bündnis Rechts-Chef **Dieter Kern**. Die NPD/JN hatte sich im Vorfeld von der Demo distanziert. An einer Antifa-Demo beteiligten sich 400 Leute. 80 Antifas wurden grundlos verhaftet. Eine Demo der NPD am 14. August in Bremen wurde verboten. **Michael Kurzeja** hatte die Demo als Gegendemo zu einer Demo des Internationalen Menschenrechtsvereins angemeldet. Für den 11. September wurde eine NPD-Demo in Ueckermünde erlaubt.

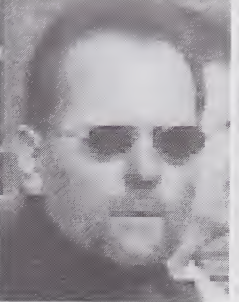
Nazi-Organisierung

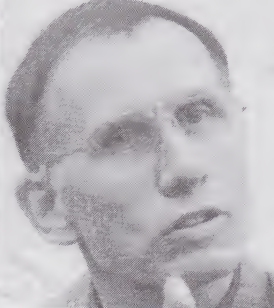
Presse, Antifa - In Kiel hat sich jetzt auch ein ***Bündnis Rechts*** gebildet, welches u.a. Stammtische und Veranstaltungen durchführen will. Der *BFB* will in Schleswig-Holstein nicht an der Wahl teilnehmen, um die Weichen für die Zusammenarbeit mit anderen Parteien zu stellen. Dies teilte der Vizelandesvorsitzende **Helmut Reischmann** mit. Die ***DVU*** soll angeblich ein Grundstück in Rostock-Krummendorf als Begegnungs- und Schulungszentrum kaufen wollen. Allerdings bestreiten DVU und die Stadt Rostock solche Meldungen. Die norddeutschen ***Nationalen Infotelefone (NIT)*** heißen jetzt ***Freie Infotelefone (FIT)***. Das FIT Hamburg (040-72978885) und das FIT Mecklenburg (0381-6009672) sind auch bei Tripod (Lycos Networks) im Internet vertreten. Links gibt es zu fast allen Nazi-Gruppen von ***Blood & Honour*** bis hin zum ***Ostpreußenblatt***. Verantwortlich für die Internetseiten soll **Lars Jacobs** sein.

DVU loost ab

Presse - Der ständige *DVU*-Mitarbeiter und *»Zuständige für Justizfragen«* **Willi Ehmke** hat seinen Ex-DVU-Kollegen **Torsten Miksch** aus Langeneichstädt bei der Staatsanwaltschaft angeschwärzt. Nach seinen Berichten rennt Miksch ständig mit einer Pistole rum. Daraufhin durchsuchte die Polizei seine Wohnung, sein Wahlkreisbüro und seine Gartenlaube. Sie fand zwei legale Waffen, aber auch scharfe Munition. Miksch machte schon von sich reden, als er seinen Hund in einem Brunnen verhungern lassen wollte und als er eine Prostituierte mit einem falschen Scheck betrügen wollte. Bereits am 22. April war Miksch zur ***Vereinigten Rechten (VR)*** übergelaufen. Auch die DVU-Abgeordneten ***Jörg Büchner*** (Ex-Stasi), ***Werner Kolde*** und ***Horst Montag*** haben mittlerweile ihre Partei verlassen. Montag folgte Miksch in die VR. Der DVU-Mann **Günter Bernard** (Ex-Professor für marxistisch-leninistische Soziologie, Ex-*REP*) soll jetzt neue Seriösität in den Magdeburger DVU-Haufen bringen.







Michael Kurzeja, Manfred Börm, Dieter Kern, Günther Bernard

Beamte und zwei Angreifer verletzt. Drei Faschos wurden festgenommen.
★ **Dessau** - Unbekannte schändeten nachts einen Friedhof. Dabei wurden Grabsteine umgeschmissen und Hakenkreuze gesprüht.

5. Juli
★ **Berlin** - Eine 16jährige Vietnamesin wurde von einem besoffenen Rassisten in einer Straßenbahn beleidigt und angegriffen.

9. Juli
★ **Zittau** - Rund 100 Faschos aus der Region überfielen eine Schwulen- und Lesbenparty im Rathauskeller, die im Rahmen eines Stadtfestes stattfand. Die Polizei griff erst eine Stunde später ein.
★ **Heuchelheim** - Nazis schlugen zwei Punks zusammen.
★ **Beerfelde** - Nazis schlugen einen Besucher des Pferdemarktes zusammen.
★ **Elsoff** - Nazi-Skins verletzten zwei Jugendliche.
★ **Hanau** - Antifas verschmutzten das Haus des REP-Funktionärs Bert-Rüdiger Förster und hinterließen Parolen. Er will den nächsten REP-Bundesparteitag nach Hanau holen.

10. Juli
★ **Zittau** - 100 Nazis griffen die Gaststätte »Emil« an. Dort fand eine Veranstaltung mit rund 150 linken Jugendlichen statt. Eine sich daraus entwickelnde Massenschlägerei wurde erst nach Stunden durch ein Großaufgebot der Polizei beendet. Dabei nahm die Polizei 51 Nazis fest. Unter den Angreifern befanden sich auch etliche Mitglieder der NPD, so unter anderem der Kreisvorsitzende des KV Löbau-Zittau, Gregor Janik.
★ **Seck** - Nazi-Skins attackierten Aussiedler.
★ **Wolfsburg** - Zwei Nazis verübten einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim. Dieser mißlang zum Glück.

11. Juli
★ **Zittau** - Rund 30 Faschos und 40 Antifas lieferten sich eine Straßenschlacht in der Innenstadt. Diesmal war die Polizei schneller zur Stelle.

12. Juli
★ **Ockenheim** - Nazis verübten einen Brandanschlag auf ein von Ausländern bewohntes Haus.
★ **Magdeburg** - 15 Nazis verprügelten am Hauptbhf. sechs Punks. 10 Nazis wurden verhaftet.

13. Juli
★ **Leipzig-Plagwitz** - Ein PKW mit dicken Screwdriver/Ian Stuart/Runen-Aufklebern wurde zum Cabriolet umfunktioniert.
★ **Leipzig-Schönefeld** - Ein Ghanaer und ein Nigerianer wurden gegen mittag von zehn Nazis überfallen und zusammengeschlagen. Dabei wurde eines der Opfer mit Messerstichen ins Bein erheblich verletzt. Beide kamen in ein Krankenhaus, von den Tätern fehlt jede Spur.

14. Juli
★ **Senftenberg** - Einige Antifas griffen einen DVU-Werbe-Trupp an.

→

15. Juli

★ **Berlin** - Eine KZ-Gedenktafel wurde entwendet.

★ **Dresden** - NPD-Nazis griffen einen Döner-Imbiß an, dessen Inhaber sich über einen NPD-Aufkleber beschwert hatte. Antifas griffen später die NPDler an. Polizisten gingen gegen die Antifas vor.

16. Juli

★ **Leipzig** - Die als Neonazi-Treffpunkt bekannte Kneipe »Stadt Dresden« am Hauptbahnhof wurde von etwa 60 Antifas angegriffen, entglast und die anwesenden Nazis mit Knüppeln und Reizgas attackiert. Die Polizei nahm Stunden später auf dem Marktplatz 11 unbeteiligte Jugendliche vorübergehend fest. Vor dem Angriff besuchten die Antifas die des öfteren aggressiv gegen linke Jugendliche und Nicht-Deutsche auftretenden Faschocliquen im Bahnhofsumfeld. In den vergangenen Wochen waren immer wieder in der Innenstadt von Leipzig Skater und Punks von Nazis aus dem »Stadt Dresden« angegriffen worden, wobei die Nazis aber auch öfters auf handfeste Gegenwehr stießen.

★ **Göttingen** - Das Denkmal für die jüdische Synagoge wurde von Nazis beschmiert.

★ **Senftenberg** - Einige Antifas griffen einen DVU-Werbe-Trupp an und verletzten den DVU-Kandidaten Schuldt.

Die folgenden Monate bekommt Ihr unter: www.members.tripod.de/FRENTE im Internet.

Termine:

16. Oktober:

★ **Ludwigslust** - Demo gegen »Überfremdung« von »Freien Kräften«. Treff: 11.00 Bahnhof Südseite

23. Otober:

★ **Flensburg** - Nazi-Demo gegen den linken »Hafermarkt« vom BR Lübeck und Freien Nationalisten. Treffpunkt 11.Uhr Parkplatz EXE.

★ **Rotenburg** - Im Hotel »Zum Heidejäger« beginnt eine Wochenendtagung des rechtsextremen Arbeitskreises für deutsche Politik. Referenten sind Wolfgang Dahlmann, Emil Schlee, ein RA des Deutschen Rechtsbüros, Horst Mahler, Olaf Rose und Wolfgang Traxel.

30. Oktober

★ **Sinning** - Antifa-Demo und Aktionstag gegen die NPD-Zeitung »Deutsche Stimme«. 14.00 Uhr Sportplatz Sinning. Info-Tel.:0173-4259309

6. November:

★ **Rosenheim** - Nazi-Anti-Drogen-Demo in Rosenheim mit M. Roeder.

★ **Göttingen** - NPD-Demo gegen »linken Terror«. Treff: 11.00 Uhr Schützenplatz

21. November

★ **Berlin** - Silvio-Meier-Demo. Infos unter 030/27560756

NRW, Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland

Nazi-Organisierung

Presse, Antifa - Der Versuch vom Nazi-Kader **Manfred Rouhs** (***Signal, DL***) sich in Köln zum Oberbürgermeister wählen zu lassen, scheiterte kläglich am Mangel von Unterstützer-Unterschriften. Nun treten noch die ***REP***s (**Uschi Winkelsett**) und der ***BFB*** an. Die REPs im Odenwald um **Willi Blum** fordern mittlerweile offen den Sturz des REP-Chefs **Rolf Schlierer**. Im Vogelsbergkreis trat der REP-Kreisrat **Michael Langer** zur ***NPD*** über. In Leonberg gelangte die NPD-Karteileiche **Ferry Kohlmann** (19) auf die Kandidatenliste der ***Grünen***. Er erklärte später, er sei zu faul gewesen, aus der NPD wieder auszutreten. Nun ist er aus der NPD raus und von der Grünen-Liste runter. Bei der NPD-Herne kam es zu einem Generationswechsel. Die NPD-Opis **Frank Stephan** und **Walter Scharpwinkel** wurden durch **Claus Kremer** und **Thorsten Cirkel** (*JN*-Ruhr-Chef) ersetzt. In Gladbeck und Dorsten wurden neue NPD-Verbände gegründet. Chef in Gladbeck wurde der 36jährige **Frank Kitzol**. Sein Stellvertreter wurde der 25jährige **Nico Lubnau**. In Dorsten wurde der 25jährige **Matthias Rösgen** zum NPD-Vorsitzenden. Er wird von **Marcus Keller** vertreten. Am 1. August fand in Melsbach/Monsheim der 2. JN-Landeskongreß der JN-Saar-Pfalz statt. **Sascha Wagner** blieb Landesvorsitzender. Vorsitzender wurde **Daniel Kubowski**. Beisitzer wurden **Tobias Bär**, **Gerhard Mayer**, **Kai Thomas** und **Sebastian Behrend**. JN-Chef **Sascha Roßmüller** hielt ein Referat.

Nazi-Actions

Presse, Antifa - Im Juni unterwanderte in Eislingen der ***NPD***-KV Göppingen eine Demonstration der ***Notgemeinschaft B 10*** zum Ausbau der Bundesstraße 10. Die NPD ist hier mit **Jakob Hopp** seit Jahren im Stadtrat vertreten. Am 12. Juni führte das NPD-nahe ***Deutsche Kulturwerk*** eine Veranstaltung 'in der Nähe von Hagen/Westfalen durch. Hier sprachen der Ex-RAFler und Berliner Rechtsanwalt **Horst Mahler** und der Nazi-Terrorist **Peter Naumann** über ihre terroristische Vergangenheit. Im Juli trafen sich ganze 15 Nazis in der Kölner Kneipe Stass zu einem *»Kampftag gegen die Reaktion«*. Mit dabei **Thomas Brehl** (Ex-**Kühnen**-Gefährte), **Michael Thiel** (Ex-*DA*-Chef) und **Michael Koth** (Nazi-«Kommunisten«-Spinner aus Berlin, Tel. 0177-4638255). Veranstalter waren der ***Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS)*** und die ***Kameradschaft Köln*** um **Axel Reitz**. Der ***PDS***-Politiker **Gregor Gysi** nahm an sehr dubiosen Treffen teil. So sprach er vor der rechtskonservativen ***Düsseldorfer Herrenrunde*** von dem Börsianer **Carl Zimmerer**. Diese hatte ihn unter dem Namen der ***Firma Interfinanz*** eingeladen. Andere Referenten waren hier z.B. **Franz Schönhuber** (Ex-***REP***-Chef) und **Adolf von Thadden** (Ex-***NPD***-Chef). Auch sprach er vor dem rechtskonservativen ***Canstatter Kreis*** von **Steffen Emle**. Andere Referenten waren hier z.B. **Alfred Mechtersheimer** und der Nazi-Funktionär **Harald Neubauer**. Am 8. Juli sang der Klampfenquäler **Frank Rennicke** für die NPD-Rheinland-Pfalz in Melsbach. Etwa 80 Nazis waren anwesend. In der Nacht zum 24. Juli versammelten sich 250 Nazi-Skins zu einer Feier auf einem Hof bei Egelsbach (Kreis Offenbach). Die Veranstalter, zwei 25jährige Nazi-Skins und eine Frau aus Mühlheim und Maintal, wurden später verhaftet. Es wurden zahlreiche Waffen gefunden. Das Treffen lief unter dem Motto *»Blut & Ehre Südhessen«* bzw. *»Froide durch Alkohol«*. Am 28. August gerieten zwei Mitglieder des NPD-KV Recklinghausen nach einem Wahlkampfeinsatz auf einem Zeltfest in Scharmbeck in eine Schlägerei. Sie mußten mit Stichverletzunen in ein Krankenhaus gebracht werden. Am 18. September gab es ein Sommerfest der NPD in Kaiserslautern. Infos gab es über 0170-3246089 (**Wagner**). Die Nazi-Heulsuse Frank Rennicke trat am 24. September beim ***REP***-KV Bergstraße auf. Der Liederabend fand in der Riedhalle in Biblis statt. Vom 24. bis zum 26. September kam es im Großraum Kaiserslautern zu einer Wochenendschulung des NPD-Landesverbandes. Mit dabei **Siegfried Bülow** (NPD) und **Sascha Wagner** (JN). Punkte waren u.a. Diskussionsverhalten am Infostand mit praktischen Übungen und das Verhältnis zwischen deutschen Antikapitalisten und Moslems. Am 4. August versammelten sich 16 ***Deutsche-Liga***-Anhänger in Köln um Manfred Rouhs und die 16jährige Nazi-Göre Axel Reitz zu einer Kundgebung. Ihnen standen 300 Antifas gegenüber. Einen Tag später versammelten sich 20 REPs um **Jürgen Heydrich**, **Uschi Winkelsett** und **Klaus Zeitler** (Ex-***SPD***) zur nächsten Kundgebung. Auch hier waren mehrere hundert Antifas am Start. Vereinzelt kam es zu Schlägereien. Zehn Antifas und zwei REPs wurden verhaftet.



Michael Thiel: KDS, Ex-DA

Die JN-Abspaltung Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft und ihre Zentrale in Eschweiler

»Volksgemeinschaft im Kleinen«

Eines der Spaltprodukte der NPD/JN ist das BILDUNGSWERK DEUTSCHE VOLKSGEMEINSCHAFT (BDVG). Hervorgegangen aus den JN-Strukturen von Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Sachsen, versuchen seine Gründer, das Konzept intensiver Mitgliederschulung fortzuführen – unter orthodox nationalsozialistischer Ausrichtung. Im Mittelpunkt steht das erste organisationseigene Schulungszentrum in Eschweiler, einer Kleinstadt im Kreis Aachen. Das von BGDV-«Bundesleiter« ACHIM EZER angemietete Gebäude wurde seit 1996 von verschiedenen neofaschistischen Projekten genutzt; im Stadtteil heißt es mittlerweile »das Braune Haus«.

Den Anfang machte der frühere Kölner Stadtrat MANFRED ROUHS (DEUTSCHE LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT). Von Frühjahr 1996 bis Dezember 1997 betrieb er von dort aus seinen EUROPA VORN-VERLAG mit angeschlossenem Versand für Gesinnungsartikel. Gemeinsam mit dem früheren JN-Bundesgeschäftsführer SASCHA WAGNER aus dem nahegelegenen Herzogenrath gründete er das Skin-Fanzin NEUE DOITSCHE WELLE und verfolgte großspurige Pläne: per Inserat wurden Handwerker für den Aufbau eines Zentrums »junger Nationalisten« gesucht. Verwirklicht wurde dies nicht. Nach einem Zerwürfnis mit seinem Vermieter PAUL NIEßEN, einem ehemaligen Schatzmeister der Aachener NPD, zog Rouhs zurück nach Köln. Ein knappes Jahr stand das »Braune Haus« samt dazugehöriger Halle leer.

Im November 1998 griffen der damalige JN-Landesvorsitzende Achim Ezer und die Landesgeschäftsführerin NICOLE RÖMER, beide ebenfalls aus dem Raum Köln, auf die Räumlichkeiten zurück. Bis zur Spaltung der Organisation führten sie von dort aus den JN-Landesverband. Auch dessen Organ, die von FRANK AMBERG (Köln) redigierte SCHWARZE FAHNE mit obligatorischem Versand, firmierte unter der Eschweiler Adresse. Von Anfang an war das Gebäude als Standort für ein geplantes Veranstaltungs- und Schulungszentrum der JN vorgesehen. Die Renovierung der baulich maroden und nicht beheizbaren Räumlichkeiten ging jedoch eher schleppend voran. Installiert wurden eine Theke, Kraftsportgeräte und massive Gitter, die nach außen einen martialischen Eindruck vermitteln. Solchermaßen abgeschottet, stand das Haus für kleinere Treffen, Boxübungen und Proben des JN-Trommlerzuges zur Verfügung. Belegt sind außerdem ein »Jullagers« im Dezember 1998 und im folgenden Monat eine Schulung des JN-Landesverbandes Rheinland-Pfalz, zu dessen Vorsitzenden mittlerweile Sascha Wagner avanciert war.

Im Zuge der Spaltung gründeten JN-Kader aus NRW, Sachsen und Baden-Württemberg am 5. Juni das BDVG. »Bundesleiter« wurde Ezer, sein Stellvertreter der frühere baden-württembergische JN-Vorsitzende LARS KÄPPLER. Das Eschweiler Haus wird als Bundessitz und Schulungszentrum angegeben; die Schwarze Fahne soll als Publikation des BDVG weitergeführt werden. Als erste und bislang einzige Regionalgliederung tritt ein über ein Postfach in Heilbronn zu erreichender Gebietsverband Süd unter der Leitung von RALF BRUNNER und STEFAN ZIMMERMANN in Erscheinung. In Baden-Württemberg scheint bislang auch der Aktionsschwerpunkt des BDVG zu liegen. Mit einer Sonnenwendfeier nach nationalsozialistischem Vorbild fand einem Bericht Zimmermanns zufolge am 20./21. Juni bei Heilbronn die erste öffentliche Veranstaltung statt. Zwischen allerlei germanischem Brimborium, der Premiere eines BDVG-Fanfarenzuges und der «Feuerrede« Ezers wurden *»über die erste Fahne des BDVG«* hinweg die neuen Mitgliedsbücher ausgehändigt. Im August folgten Vortragsabende in Heilbronn und Ludwigshafen, auf denen Ezer und der neonazistische Verleger GERT SUDHOLT redeten. Ein im Internet angekündigter Bericht über einen »Orientierungsmarsch« in NRW weist außerdem auf paramilitärische Übungen hin.

Wie die Selbstinszenierung, lehnt sich auch das Programm des BDVG in Inhalt und Terminologie an den historischen Nationalsozialismus an. Das »Grundsatz-Programm« enthält in 20 Punkten alle wesentlichen Forderungen des Neonazismus. Neuere Forderungen wie die nach dem *»Ende der lebensfeindlichen und menschenverachtenden multikulturellen Ideologie«* werden mit traditionalistischen wie *»Gesundung und Festigung des Bauerntums«* verknüpft. *»Auflösung dieser entwurzelten Gesellschaft und die Wiederherstellung einer wahren Volksgemeinschaft – Das ist unser Ziel!«* In einer dem Programm beigefügten Selbstdarstellung grenzt sich das Bildungswerk gegenüber Wahlparteien wie der NPD ab und stellt die ursprüngliche JN-Strategie der Kaderschulung in den Vordergrund. Das BDVG erhebt den Anspruch, *»die Volksgemeinschaft im Kleinen«* vorzuleben. Dem entspricht auch die den Mitgliedern mit dem Eintritt abverlangte Selbstverpflichtung, den BDVG-Führen Gehorsam zu leisten. Nach dem Eintritt sollen sie durch politische und völkisch-kulturelle Schulung *»in Verbindung mit politischer Aktion«* zur *»neuen geistigen Elite«* der »Volksgemeinschaft« erzogen und auf eine *»bevorstehende Zeitenwende«* vorbereitet werden. Dabei fällt Schulungszentren wie dem in Eschweiler eine zentrale Rolle zu. »In ganz Deutschland« sollen entsprechende Objekte erworben werden.

Erfolg oder Mißerfolg des BDVG werden davon abhängen, inwieweit es gelingt, die von einer auf Wahlerfolge hoffenden NPD/JN abgestoßenen Neonazis an sich zu binden. Davon wiederum hängt auch die Zukunft des »Braunen Hauses« in Eschweiler ab. Nur wenn es die ihm zugedachte Funktion als erstes Schulungszentrum einer bundesweit konzipierten Organisation erfüllt, wird es den nicht unerheblichen finanziellen Aufwand seiner Instandsetzung und Unterhaltung rechtfertigen. ■

Nicole Römer, Landesgeschäftsführerin der JN in NRW



Die NS-Black-Metal-Szene

Von Wotan, Tod und Teufel



»Satansmörder«, Nazi und Black-Metaller, Hendrik Möbus

Black Metal ist die extremste Steigerung des Heavy Metal. In der '80er Jahren war diese Musikrichtung eng verbunden mit dem Namen der englischen Band VENOM. Sie waren die Namensgeber des Genre und setzten die inhaltlichen Maßstäbe: Satansverehrung oder ähnlich okkulte Themen bestimmten die Texte, allerdings waren die vorgetragenen Themen eher Image als feste Überzeugung.

Mit Beginn der '90er Jahre erlebte die Black Metal Szene einen neuen Boom – ausgelöst durch Bands aus Norwegen, allen voran MAYHEM, DARKTHRONE und auch BURZUM. Skandinavien wandelte sich zum Mekka der Szene weltweit. Aber die skandinavischen Bands setzten auch andere inhaltliche Schwerpunkte: Der Teufel, biblischer Widerpart Gottes, wurde als Gallionsfigur der Black Metal Szene abgelöst von den Göttern der nordischen Mythenwelt. Damit wurde der Black Metal gänzlich von christlichen Bezugspunkten befreit. Die Anhänger des Black Metal sahen sich nun mehr als die Retter und Bewahrer der nordischen Religionen, die während der Christianisierung vor Jahrhunderten untergingen. Der christlichen Kirche erklärten sie den Krieg, sinnbildlichen Ausdruck dessen ist die massenhafte Brandstiftung an Kirchen in Skandinavien.[1] Besonders hervor tat sich dabei CHRISTIAN (VARG) VIKERNES, Kopf der Band Burzum. Für ihn ist Christentum lediglich eine Variante einer von ihm beschworenen jüdischen Weltverschwörung, deren Ziel es Vikernes zufolge ist, alle Menschen unter jüdische Herrschaft zu zwingen.

Diese antisemitische Interpretation ist der Ausgangspunkt für einen Teil der Black-Metal-Szene, die sich selbst als NS-Black-Metal bezeichnet.[2]

Die thematischen Bezüge der NS-Black-Metal Bands unterscheidet sich nicht wesentlich von den andere Black Metal Bands. In ihrer inhaltlichen Bestimmung, insbesondere in der Feindbestimmung, wird ihr Standpunkt jedoch sehr schnell deutlich. Als Hauptgegner identifizieren die Akteure des NS-Black Metal das »judeo-christliche System« in derselben Manier wie Vikernes. Die im Black-Metal viel beklagte Christianisierung ist in ihrer Lesart eine Waffe jener vermeidlichen Verschwörer, um die Welt zu versklaven und zu beherrschen. Ebenso wird die christliche Ethik als widernatürlich klassifiziert, als Eingriff in die Ausleseprinzipien der Natur. Sie wird verantwortlich gemacht für einen angeblichen kulturellen Verfall der Gesellschaft. Als Ausweg wird die Rückkehr zu imaginären heidnischen Wurzeln gefordert, zurück in eine Gesellschaft, die in ihren Vorstellungen nach dem Primat des Stärkeren hierarchisch strukturiert ist und qua Rassismus und Krieg sich nach außen abgrenzt. Das 'Dritte Reich' interpretieren die Vertreter des NS-Black-Metal folglich vorwiegend über seine vermeidlichen okkulten Wurzeln und stilisieren es zu ihrem gesellschaftlichen Vorbild. Sie beziehen sich dabei positiv auf die in ihren Augen vorbildlichen »Rasse-Gesetze«, die Militarisierung der Gesellschaft, die Maßnahmen zur Eugenik und Euthanasie und die Vernichtung der europäischen Juden.[3]

Vikernes wurde 1993 wegen Mordes an dem Sänger der Band Mayhem, wegen mehrfacher Brandstiftung, Friedhofsschändung und illegalem Waffenbesitz zur Höchststrafe von 21 Jahren Gefängnis verurteilt. Aus der Inhaftierung heraus baute Vikernes die ALLGERMANISCHE HEIDNISCHE FRONT (AHF) auf[4], die mittlerweile in neun europäischen Ländern vertreten ist. Als ideologischen Leitfaden fungiert ein von ihm verfaßtes Buch namens VARGSMÅL, das der wegen Todschlag verurteilte Sänger der NS-Black Metal Band ABSURD HENDRIK MÖBUS in einem Interview des Szene-Magazin VIKING FORCE preist: »'MEIN KAMPF' WAR GESTERN; 'VARGSMÅL' IST HEUTE!« An einer deutschen Übersetzung wird gearbeitet, die ersten Kapitel sind bereits auf der Homepage der DEUTSCHEN HEIDNISCHEN FRONT (DHF), der deutschen Sektion der AHF, zu finden.

Die deutsche NS-Black-Metal-Szene

Der Schwerpunkt der Szene befindet sich in Thüringen. Die Band ABSURD um HENDRIK MÖBUS und SEBASTIAN S. aus Erfurt ist sozusagen das Zentrum. Berühmt berüchtigt wurde Absurd nach dem an ihren Mitschüler Sandro Beyer 1993 begangenen Mord, für den sie bis heute keine Reue zeugen, sondern eher noch verherrlichen. Absurd besitzt in der NS-Black-Metal Szene Kult-Status, der perfider weise aus der begangenen Tat herrührt. Hendrik Möbus unterhält zusammen mit seinem Bruder RONALD MÖBUS das Szene-Label und den Versand DARKER THAN BLACK RECORDS (DTB) in Erfurt. Seit einigen Monaten firmiert DTB als Sublabel von HATE RECORDS, dem Label von MIRCO HESSE, Skinhead und Mitglied der HAMMERSKINS SACHSEN.

DTB ist das größte deutsche Label für NS-Black Metal, auf ihm veröffentlichen u.a. die Bands BARAD DÛR/Erfurt, MJÖLNIR/Köln, WINTERBLUT/Rückersdorf, ABYSSIC HATE/ Australien, KRISTALLNACHT/ Frankreich, THOR´S HAMMER/Polen. Auch an internationalen Projekten sind sie beteiligt, beispielsweise dem Sampler: »The night and the fog. A tribut to the national socialist Black Metal Underground.« Die ersten 88 Bestellungen wurde laut einem Flyer mit Erde aus Auschwitz ausgeliefert.

Der aktuelle Tonträger »Asgardsrei« von Absurd wurde von einem imaginären Label namens IG FARBEN PRODUKTION verlegt. Es ist anzunehmen, daß dahinter DTB steht. Die Vinyl Fassung der CD erscheint in Polen über WOLFTOWER REC., dem Label von ARTUR CIESIELSKI aus Oswiecim (Auschwitz) und soll einige Lieder mehr als die CD enthalten. Die Verlagerung der Produktion nach Polen läßt vermuten, daß die Aufmachung der Platte nicht im Einklang mit bundesdeutschen Gesetzen stehen wird. Auf dem Tonträger Asgardsrei unterstützen einige andere Musikern Absurd, u.a. JOSEF KLUMP und RAYMOND P., die eher aus der rechten Darkwave-Szene bekannt sind[5] und MARCIEJ DABROWSKI alias CAPRICORNUS. Dabrowski stammt aus Wroclaw in Polen und spielt zusammen mit ROB DARKEN in der antisemitischen Black Metal Band GRAVELAND, die bei NO COLOURS RECORDS aus Borna unter Vertrag sind. Weiterhin ist Dabrowski Kopf der NS-Black-Metal Band THOR´S HAMMER, veröffentlicht das Fanzi-

ne Into the Pentagram und fungiert außerdem als Herausgeber des Fanzine Asgardsrei, daß in Deutschland bisher über DTB vertrieben wurde.

Neben Absurd ist Hendrik Möbus noch bei der Band Heldentum von Jens Beutel (Brandolf) beteiligt. Beutel selbst unterhält einen Versand namens Burznazg, auf dem er u.a. die neonazistische australische Band Spear of Loginus veröffentlicht.

Politisch aktiv sind die Thüringischen Mannen in der DHF, die sich sehr bedeckt hält, wo sie in Deutschland ansässig ist. In einem Interview mit Varg Vikernes (Burzum) im deutschen Blood & Honour Magazin allerdings wurde für Interessierte der AHF bzw. DHF die Adresse von DTB als Kontakt angegeben![6] Obwohl Thüringen aufgrund der Aktivitäten von Absurd & DTB sowie deren Umfeld, insbesondere hinsichtlich der engen politischen Verflechtung mit der neonazistischen AHF, als Schwerpunkt bezeichnet werden kann, stehen andere Regionen dem im Grunde nicht nach, zumindest hinsichtlich der Aktivitäten im subkulturellen Milieu des NS-Black-Metal. Aus Seelübbe (Mecklenburg Vorpommern) stammt der kleine Versand & Demo-Label Boddel von Oliver Biederstedt, der außerdem noch das Fanzine Aurora Borealis heraus gibt.

Oftmals fallen Label & Versand (bzw. Mailorder-Liste) mit der Herausgabe eines Fanzine zusammen, weitere Beispiele sind das Fanzine Germanenmacht und das Viking Force, die von Richard Neu (Berg. Gladbach) herausgegeben werden. Neu selbst spielt in der Band Siren und ist Inhaber des Label Silence Like Death Records Bei Michael Melzer (Duisburg) ist das Fanzine Leichenkuss erhältlich, nebenher unterhält er das Label/Versand Darkempire Prod. Aus Oberhausen stammt das Fanzine Finsternis von Jennifer Schneidereit. Aus Düsseldorf das Zine Darkness, herausgegeben von Sarah Helmich. Sven Goldberg aus Salzgitter veröffentlicht das Fanzine Satanic Terror und hat ebenfalls ein Mailorder-Angebot. Aus dieser Stadt stammt auch das Fanzine Dämmerung von Thorsten Teuber. Das Magazin Gefjon wird von A. Marquardt aus Niederwetz heraus gegeben, der auch einen Mailorder-Versand namens Vargulf Prod. führt. Das Fanzine Fimbul Vintert wird von Kai Römer aus Rodgau veröffentlicht. Brian Gaus, Kopf der NS-Black-Metal Mjölnir aus Köln hat den kleinen Versand Trudheim Prod. inne.

In den genannten Zine's werden Interviews mit den einschlägigen NS-Black-Metal Bands veröffentlicht. Die Aussagen der Interviewer und Interviewten sind mehr oder wenig stark von antisemitischen, rassistischen oder nationalistischen Phrasen durchsetzt, die Variationsbreite reicht von rassistischem Sprücheklopfen bis zu Listen mit Firmen in jüdischem Besitz und der Aufforderung zum Boykott »*Kauft nicht bei Juden!*«. Hinter der Selbstbezeichnung Prod. bzw. Label stehen oftmals nur einzelne Veröffentlichungen, in der Hauptsache Demo-Bänder und Single's, seltener werden CDs oder LPs hergestellt. Die Produkte werden über die verschiedenen Angebotslisten vertrieben. Direkte Werbung für Organisationen der extremen Rechten unterbleibt zumeist. In der NS-Black-Metal Szene werden eher heidnisch-politische Gruppen bevorzugt, so wie die genannte AHF oder auch die Church of the Creator (COTW) aus den USA.[7] Einen Versuch zur Organisierung bzw. zum Gedankenaustausch innerhalb der Szene stellt die Initiierung des Arischen Black Metal Forum (ABMF) von Sarah Helmich und Thorsten Albinus aus Mettmann da. Zweck der Gründung soll der gemeinsame Austausch via Newsletter sein. Die Themen sollten solche sein, die für »*intelligente Rechte innerhalb der Szene*« von Interesse sein könnten: »Black Metal und Heidentum, der Ruhm des 3. Reichs ...«[8] Im Schatten aufstrebender Black Metal Bands, allen voran die Norweger von Dimmu Borgir und die Engländer Cradle of Filth, die ihre CDs in fünfstelliger Auflagenhöhe vertreiben, gedeiht der Black Metal Underground. Die erfolgreichen Bands des Genre werden von ihnen als 'mainstream' abgelehnt.

Verbindungen zur Nazi-Skinszene

Großes Interesse am NS-Black-Metal zeigt seit einiger Zeit die neonazistische Skinhead-Szene. Über alle Querelen hinweg werden in ihren Fanzines Interviews mit den Bands der Szene geführt, ihre Platten positiv besprochen und für gegenseitiges Aufeinanderzugehen geworben. Neben der Zusammenarbeit zwischen Hesse und Möbus entstanden bisher weitere Kooperationen. Hagen von Tronje Autor beim oben genannten Germanenbrief schreibt mittlerweile auch für die Skinhead-Bravo Rock Nord (Langenfeld). Der Mitarbeiterstamm des fränkischen Kreuzritter wurde um zwei NS-Black-Metaller erweitert, die jetzt ein Heft im Heft, mit dem Namen Blutaar machen.

Düstere Aussichten

Die NS-Black-Metal Szene ist eine weitere Bereicherung einer sich ausbreitenden rechten Subkultur, die schon lange das Niveau dumpf-monotoner Oi-Musik hinter sich gelassen hat. Ihr positiver Bezug auf direkte Aktionen und die Verherrlichung von terroristischen Aktionen, Gewalttaten und Massenmord sind nicht nur Image, sondern schon oft unter Beweis gestellt. Gerade das fasziniert die neonazistischen Skinheads. Leider fehlt es dem Rest der Black-Metal Szene, insbesondere dem musikalischen Underground an ernsthafter Distanzierung gegenüber den neonazistischen Auswüchsen, so daß der Agitation von Rechts die Tore weit geöffnet sind – in eine im Wachsen begriffene Jugendkultur. ■

Booklet der Absurd-CD: »Asgardfrei«



1) Im Zeitraum von 1992 und 1998 wurden in Skandinavien 47 Kirchen bis auf ihre Grundmauern niedergebrannt. Vgl. Searchlight, No 280, Oktober 1998, S. 16.
2) Vgl. dazu ausführlich: C. Dornbusch: Unheilige Allianz. Black Metal zwischen Heidentum und Neonazismus. In: analyse & kritik. Nr. 428, 07/99; sowie derselbe: Nacht und Nebel. Black-Metal zwischen Heidentum und Nationalsozialismus. In: DRR, Nr. 60, 09/99.
3) Vgl. C.Dornbusch.: Nacht und Nebel. ...
4) Siehe dazu: Searchlight, No 280, Oktober 1998, S. 19.
5) Vgl. dazu: C.Dornbusch: Wotan mit uns! Neues von Josef Klumb. DRR, Nr. 60, 09/1999.
6) Vgl. Blood & Honour Deutschland. Nr. 6, S. 51.
7) Siehe zu COTC Searchlight No. 290, August 1999, S. 6f.
8) Aufruf, in: Leichenkuss 1, Duisburg.

Landtagswahlen in Sachsen

Was kommt nach König Kurt ?

»*Unsere Bilanz sieht sehr gut aus*« so Fritz Hähle, Landesvorsitzender und Fraktionschef der CDU in Sachsen, im Interview mit der Jungen Freiheit im August 1999. Eine deutliche Mehrheit der wahlberechtigten Sächsinnen und Sachsen sah das am 19. September bei der Landtagswahl genauso. Zwar verlor die CDU 1,2 Prozent, aufgrund der höheren Wahlbeteiligung bedeutet dies aber einen Zuwachs von ca. 30.000 Stimmen. Sie verteidigte ihre absolute Mehrheit mit 56,9 Prozent gefolgt von der PDS mit 22,2 Prozent. Die SPD fuhr mit 10,7 Prozent ihr schlechtestes Landtagswahlergebnis ihrer Geschichte ein und lag damit satte 46 Prozent hinter der CDU. Rechte Parteien erhielten zusammen 5,0 Prozent der Stimmen, daß heißt rund 100.000 BürgerInnen wählten noch rechter als CDU. Pro DM, Republikaner, und NPD nahmen sich gegenseitig die Stimmen weg und keine zog in das Landesparlament ein. Das ist das – aus antifaschistischer Sicht – einzige erfreuliche Ergebnis dieser Landtagswahl. Denn an absoluten Stimmen konnten alle drei im Vergleich zu den Europawahlen im Juni bzw. den letzten Landtagswahlen 1994 zulegen.

Bei den Republikanern kann durchaus von einer Stammwählerschaft gesprochen werden. Die Partei des Multimillionärs Bolko Hoffmann Pro DM wurde nicht zuletzt durch die Materialschlacht, die an Wahlkämpfe DVU in anderen ostdeutschen Bundesländern der letzten Monate erinnerte, mit 2,1 Prozent stärkste der Rechtsparteien. Die NPD führte, wie bereits auf dem Bundesparteitag in Mulda anfang diesen Jahres angekündigt, ihren Schwerpunktwahlkampf in Sachsen durch. Im Gegensatz zur Kommunalwahl gelang es ihr diesmal in ganz Sachsen mit Infoständen, Postwurfsendungen und Plakaten präsent zu sein. Dennoch verfehlte sie ihr selbstgestecktes Wahlziel, den Einzug in einen Landtag, mit 1,4 Prozent deutlich. Obwohl im Gegensatz zu Brandenburg oder Thüringen auf die »abschreckenden« Aufmärsche völlig verzichtet wurde, gelang es ihr, von ihren Hochburgen einmal abgesehen, nicht in das bürgerliche Lager einzubrechen. Das liegt vor allem daran, daß zwar der »sozialistische« Flügel mit denen sie dort Stimmen gewinnen könnten, innerhalb der NPD langsam die theoretische Führung übernimmt, dieses Thema im Wahlkampf aber eine untergeordnete Rolle spielte. Das ist vor allem damit zu erklären, daß die Strukturen in der Partei einfach zu langsam sind, um auf die neuen Verhältnisse reagieren zu können.

Die Partei war im Wahlkampf kaum fähig die Ausfälle der letzten Wochen und Monate zu verkraften. Sowohl der bereits im AIB Nr. 48 geschilderte Streit innerhalb der Jungen Nationaldemokraten als auch die Diskrepanzen zwischen der Führungsebene der sächsischen NPD und ihrer jugendlichen Basis wirkten sich auf den Wahlkampf aus.

Ihre Hochburgen hat die Partei wie bei den Bundestagswahlen 1998 und den Kommunalwahlen im Juni 1999 im Raum Sächsische Schweiz. Hier ist die NPD in zwei Kommunalparlamenten und im Kreistag vertreten und gilt als anerkannte Kraft. Im Stadtrat von Sebnitz hat sie mit der DSU und der FDP eine Koalition gebildet. Es ist nicht überraschend, daß sie in einigen Ortschaften die SPD auf den vierten Platz verdrängt hat. Spitzenreiter, wie bei den letzten Wahlen, ist der Kurort Rathen. Hier brachte es der Direktkandidat Johannes Müller, Kreistagsabgeordneter und Stadtrat von Sebnitz, auf 13 Prozent. Die NPD erhielt mit 10,4 Prozent mehr Zweitstimmen als SPD und Bündnis90/Die Grünen zusammen. Dennoch stellt sich die Frage, wo und wie sich die NPD in nächster Zeit hinwenden wird.

Es gibt einerseits einen klaren Trend innerhalb der jugendlichen Basis, der weg von der Partei hin zur Autonomen Kameradschaften führt. Diese Radikalisierung ist bereits jetzt in vielen Gebieten zu spüren. So nahmen im Bereich der Polizeidirektion Görlitz die Körperverletzungsdelikte um 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu.

Allein im Monat September kam es am Rande von Stadtfesten zu mehr als einem Dutzend Körperverletzungen. Die Opfer wurden teilweise mit einer Pistole bedroht, einer erlitt schwere Kopfverletzungen und einen Herzstillstand, daß er nur durch eine zufällig anwesende Person wiederbelebt werden konnte. Die Täter sind allesamt in der rechtsradikalen Szene im Raum Zittau/Löbau zu finden. Für die NPD bedeutet dies vor allem ein Wegbruch der jugendlichen Basis. So richtig traurig ist darüber aber zumindest in der Führungsebene niemand mehr. Denn vor allem diese Stiefelnazis bereiteten der Partei in letzter Zeit immer mehr Kopfzerbrechen. Um im bürgerlichen Klientel etwas bewegen zu können, muß die NPD weg von ihrem Gewaltimage, welches vor allem durch die junge Glatzenbasis geschaffen wurde. Inzwischen wird sogar von einem positiven Selbstreinigungsprozeß gesprochen. Für die Zukunft wir das bedeuten, daß sich die NPD, wie jetzt schon am Beispiel Sächsische Schweiz vorbildlich demonstriert, selbst ein Saubermannimage gibt, aber einen regen Kontakt zu den Kameradschaften aufrecht erhält und diese die »Drecksarbeit« machen läßt. So verschenkte die NPD im Wahlkampf Feuerzeuge an rechts aussehende Jugendliche mit der Bemerkung: »*Hier, für´s nächste Asylantenheim!*«.

Die nächsten Monate werden zeigen, wie es der NPD gelingt von einer kommunalpolitischen Ebene aus Einfluß zu gewinnen. Hier wird wieder auf Sachsen geblickt werden. »*Je mehr sich Patrioten bewußt werden, daß es nicht allein genügt national zu sein, sondern daß man auch auf sozialem Gebiet mit Hand anlegt, um so eher besteht die Chance, Deutschlands Jugend völlig für sich zu gewinnen.*« steht dann auch in einem Kommentar zur Sachsenwahl im Internet. Es ist bereits zu beobachten, wie einzelne NPD Mitglieder beginnen, eine Betreuung von sozial Schwachen aufzubauen.

Langfristig stellt sich aber die Frage ob dies Auswirkungen über die Kommunalebene hinaus haben wird. Gerade in Sachsen ist es für alle rechten Parteien schwer »klassische« Themen zu besetzen. Unterscheiden sich doch die Statements der CDU zur Inneren Sicherheit, der Asylpolitik vor allem aber sogenannter Grundwerte wie Ordnung und Sauberkeit nur geringfügig. Schlußendlich ist im Osten der Bundesrepublik und insbesondere in Sachsen zu verzeichnen, daß Landtagswahlen vor allen Dingen Personenwahlen sind. Immerhin 81 Prozent hätten Kurt Biedenkopf direkt zum Ministerpräsident gewählt, wenn sie denn die Möglichkeit bekommen hätten. Hier stellt sich nur eine interessante Frage:

Was kommt nach König Kurt? ■

Zwar beschweren sich die Vertriebenenverbände lauthals über die neue Bundesregierung, aber sie haben kaum Gründe dazu. Die rotgrünen Änderungen in der Vertriebenenpolitik sind geringfügig. Die Verbände werden weiter unterstützt.



Bekenntnis zu Schlesien

Zur rot-grünen Vertriebenenpolitik

Die Eigentumsrückforderungen des BUNDES DER VERTRIEBENEN (BdV) gegenüber Tschechien, Polen oder Rußland bezeichnete die alte Bundesregierung als »berechtigte Anliegen«. In den Vertragsverhandlungen mit den betroffenen Staaten wurden Eigentums- und Entschädigungsfragen daher nicht geklärt, sondern »offengehalten«. Damit machte sich die Bundesregierung die Forderungen des BdV zueigen und vertrat sie auch auf internationaler Bühne. Zwar hat der BdV diese Forderungen, wie erst Anfang September am Tag der Heimat deutlich wurde, nicht aufgegeben. Allerdings erhält er dafür keine politische Unterstützung der Bundesregierung mehr. Seine Regierung denke nicht daran, gegenüber Prag Vermögensfragen aufzuwerfen, so Bundeskanzler Schröder bei einem Besuch in Tschechien. Außenminister Fischer bezeichnete in Warschau die Forderungen des BdV als *»anachronistisch und absurd«*.

Das hält die Bundesregierung jedoch nicht davon ab, die revanchistische Politik der Vertriebenenlobby weiter zu finanzieren. Die Arbeit des Dachverbandes BdV wird auch 1999 mit ca. 3,3 Mio. DM fast ganz aus der Steuerkasse bezahlt. Weitere 43 Mio. DM fließen in die Vertriebenenkulturarbeit und weitere Mittel in Millionenhöhe erhalten die Verbände für Projekte der Minderheitenförderung im Ausland, für Maßnahmen zur SpätaussiedlerInnenintegration und für sogenannte verständigungspolitische Maßnahmen. Der Anstieg der finanziellen Förderung während der Kohl-Regierung war immens. Allein die Ausgaben für die Vertriebenenkultur stiegen seit 1982 von 4,2 Mio. DM auf 46,1 Mio. DM im Jahr 1998. Dafür sind die Kürzungen, die Rot-Grün vornahm, ausgesprochen gering. Nur 200.000,- DM mußte der BdV zum Sparhaushalt 1999 beitragen, ca. 3 Mio. DM wurden bei der Vertriebenenkultur eingespart. Gerade die Förderung des BdV müßte jedoch schon darum sofort eingestellt werden, weil der Verband und einige der angeschlossenen Landsmanschaften nicht nur Eigentums- und mitunter Gebietsrückforderungen stellen, sondern zudem auch deutliche rechtsextreme Tendenzen aufweisen, so etwa die einflußreichen Landsmannschaften der Sudetendeutschen oder Ostpreußen.

BdV-Präsidentin Erika Steinbach



Die Vertriebenenkulturpolitik

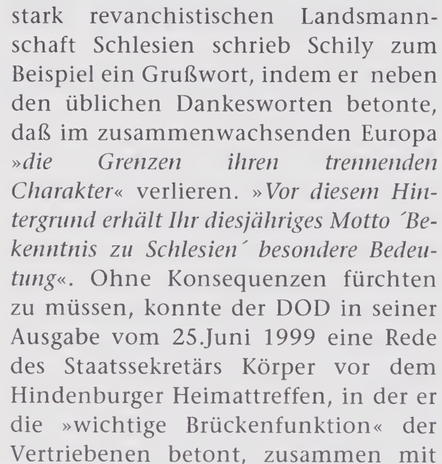
Besonderen Protest der Verbände haben nun geplante Änderungen in der Vertriebenenkulturpolitik hervorgerufen. Ziel einer Neukonzeption des Bundesbeauftragten für Kultur, Naumann, ist die Neuorganisation und Straffung der Förderung. Durch die Zusammenlegung einiger Institutionen sollen zum einen Einspareffekte erziehlt werden, zum anderen orientiert sich die zukünftige Förderung in stärkerem Maße an Wissenschaft und musealer Darstellung und weniger an sogenannter Breitenarbeit und Brauchtum. Vor allem die stark vom BdV beeinflußten und funktionalisierten Institutionen, KULTURSTIFTUNG DER DEUTSCHEN VERTRIEBENEN und STIFTUNG OSTDEUTSCHER KULTURRAT sollen nicht mehr gefördert werden. Stattdessen plant Naumann eine neuzugründende KULTURSTIFTUNG FÜR DAS ÖSTLICHE EUROPA. Diese zaghafte Neuorientierung wird von den Verbänden heftig kritisiert. »Kulturpolitik mit dem Schlachtermesser« überschrieb das BdV-Organ DEUTSCHER OSTDIENST (DOD) einen redaktionellen Beitrag. Rüdiger Goldmann, Mitglied des national-völkischen Witikobundes, schreibt in dem Blatt von einer »Entmündigung« der Vertriebenen. Es dürfe nicht um die Kultur des östlichen Europa gehen *»sondern um genuin deutsche, d.h. ostdeutsche Kultur«*. Zwar läßt die Konzeption offen, warum es neben zahlreichen anderen Einrichtungen zum Thema überhaupt noch einer weiteren Stiftung bedarf, wenn es Naumann allerdings gelingt die neue Stiftung tatsächlich von den Netzwerken der Verbände abzukoppeln, wäre das immerhin ein Schritt nach vorne. Denn dort wird Kulturpolitik nicht als Mittel zur Verständigung gesehen. Der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka, schrieb 1986 über die Bedeutung der Vertriebenenkulturpolitik: *»Wer den Nachweis erbringen will und muß, wie deutsch Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße, wie deutsch die Sudetendeutschen, wie deutsch die Deutschen in den*

deutschen Siedlungsgebieten waren und sind, bedarf der Objektivierung, der Beweise, und diese Möglichkeit eröffnet die ostdeutsche Kultur«. Der stellvertretende BdV-Vorsitzende Paul Latussek äußerte 1996 im DOD, die »Ostdeutsche Kultur« sei *»ein Beitrag zur Wiedererlangung eines sich auf die traditionellen Werte besinnenden Selbstwertgefühls unseres Volkes«*.

BdV-Projekte in Polen und Rußland

An der Vertriebenenpolitik des Innenministeriums, das jenseits der Kulturförderung für die Vertriebenen zuständig ist, hat sich dagegen kaum etwas geändert. Die skandalöse Finanzierung des BdV wird ebenso weitergeführt, wie die Projekte der Verbände in den Minderheitengebieten Polens oder Rußlands. So wurden dem BdV z.B. Mittel für die Ausstattungen von *»Einrichtungen der deutschen Minderheit in Polen«* bewilligt. Die Finanzierung der deutschstämmigen Minderheit über den BdV war bereits in der Vergangenheit Gegenstand von Auseinandersetzungen. Vor allem Minderheitenvertreter aus Tschechien und Polen hatten den Vertriebenen vorgeworfen mit der Geldvergabe politischen Druck und Einfluß auszuüben und waren bemüht, sich aus der Abhängigkeit von den Landsmannschaften zu befreien. Der Zeitungsversand für russlanddeutsche Einrichtungen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, ein Auftrag von immerhin mehr als 600.000,- DM, wurde dem BdV sogar neu übertragen. Die dem Bundesinnenministerium unterstellte Bundeszentrale für politische Bildung förderte eine Veranstaltung der rechtsextrem tendierenden Landsmannschaft Ostpreußen.

Auch jenseits der finanziellen Förderung sehen sich die organisierten Vertriebenen durch das Bundesinnenministerium unterstützt. Otto Schily und sein Staatssekretär Rudolf Körper sparen bei Reden vor Vertriebenenorganisationen nicht mit Lob und Anerkennung für deren Politik der »Aussöhnung«. Der stark revanchistischen Landsmannschaft Schlesien schrieb Schily zum Beispiel ein Grußwort, indem er neben den üblichen Dankesworten betonte, daß im zusammenwachsenden Europa *»die Grenzen ihren trennenden Charakter«* verlieren. *»Vor diesem Hintergrund erhält Ihr diesjähriges Motto ´Bekenntnis zu Schlesien´ besondere Bedeutung«*. Ohne Konsequenzen fürchten zu müssen, konnte der DOD in seiner Ausgabe vom 25.Juni 1999 eine Rede des Staatssekretärs Körper vor dem Hindenburger Heimattreffen, in der er die »wichtige Brückenfunktion« der Vertriebenen betont, zusammen mit einem Artikel des Rechtsextremen Alfred Schickel veröffentlichen.



1.700 Menschen nahmen am »Festakt« zum 50jährigen Bestehen des BdV teil

Steinbach um Eigenständigkeit bemüht

In Reaktion auf die Naumann-Konzeption setzt der BdV verstärkt auf eigenständige und staatsunabhängige Institutionen. So versucht die BdV-Präsidentin Steinbach derzeit eine eigene Stiftung »Zentrum gegen Vertreibungen« in Berlin zu errichten, für die sie 160 bis 200 Mio. DM vorwiegend aus Landes- und Bundesmitteln einwerben will. Für Spenden wirbt Steinbach mit Unterstützungszusagen von zahlreichen CDU-Funktionären und wiederum von Bundesinnenminister Otto Schily.

Damit wollen die Vertriebenen ihr Netzwerk von ohnedies bestehenden eigenständigen Stiftungen, Institutionen, Verbänden und kooperierenden Organisationen ausbauen, um auch ohne die Bundesförderungen weiterhin agieren zu können. Befürchtungen in diese Richtung scheinen jedoch unbegründet zu sein. Ein Regierungswechsel, so beruhigte Staatssekretär Körper die Vertriebenen im DOD, sei in einer Demokratie kein Systemwechsel. Ohne systematische Änderungen in der Vertriebenpolitik bleibt der Status quo aber bestehen: Die finanzielle und politische Unterstützung der Vertriebenenforderungen und die Akzeptanz der rechtsextremen Tendenzen in einigen Verbänden.

Der Einsatz der Landsmannschaften in der Minderheitenförderung und damit in der Außenpolitik hatte auch in den letzten 16 Jahren einen inoffiziellen Charakter. Auch die letzte Regierung hat die deutsche Ostgrenze offiziell anerkannt, aber gleichzeitig die Wühlarbeit der Verbände finanziert, die versuchten diese Grenze zu unterminieren.

Die neue rot-grüne Politik gegenüber Polen und Tschechien ist unglaubwürdig, wenn den Revanchisten im BdV diese Rolle nicht genommen und durch die Beendigung der Finanzierung auch eine klare Distanz zu deren Forderungen hergestellt wird. ■



Tag der Heimat: V.l.n.r. Pfarrer Hünerbein, Bischof Pieschl, BDV-Präsidentin Steinbach, Pfarrer Neukamm



Die Paneuropa-Union und die Zerlegung Jugoslawiens

Die Tatsache, daß es im Sommer 1991 gerade die Bundesregierung war, die die internationale Anerkennung Sloweniens und Kroatiens als unabhängige Staaten durchsetzte, hat in den Debatten über die Rolle Deutschlands bei der Zerschlagung Jugoslawiens eine wichtige Rolle gespielt. Gelegentlich diskutiert wurde in diesem Zusammenhang auch die ethnische Parzellierung Europas, die die BRD über Organisationen wie die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) oder das Europäische Zentrum für Minderheitenfragen (EZM) betreibt. Nicht erwähnt wurde bisher die Jugoslawien-Politik der internationalen Paneuropa-Union, vor allem ihrer deutschen Sektion – obwohl diese eng mit der CDU und vor allem der CSU zusammenarbeitet, über einen gewissen Einfluß zu verfügen scheint und spätestens nach Titos Tod begonnen hat, sich an der Zerlegung Jugoslawiens zu beteiligen.

Die Paneuropa-Union (PEU) – gegründet 1923 durch Richard Coudenhove-Kalergi – existiert heute in 30 Staaten Europas. Zusammengefaßt sind die nationalen Paneuropa-Unionen in der internationalen Paneuropa-Union, die ihr Präsident Otto von Habsburg seit seiner Amtsübernahme 1973 zu einer schlagkräftigen Organisation ausgebaut hat. Ihr Ziel ist die Schaffung eines regionalistisch gegliederten Großeuropa vom Atlantik bis zur Ukraine, das mit den anderen Weltmächten – den USA, China, Japan, Rußland – um die globale Vorherrschaft kämpfen soll. Die ultrakonservative PEU vertritt einen stark christlich geprägten Euro-Chauvinismus. Sie ist vor allem in Gremien der Europäischen Union, insbesondere im Europaparlament aktiv; im letzten Europaparlament bekannten sich etwa 80 ParlamentarierInnen – darunter Prominente wie der ehemalige belgische Ministerpräsident Leo Tindemanns – zu ihren Zielen. Die internationale PEU arbeitet teilweise eng mit dem katholischen Klerus zusammen, die PEU Deutschland vor allem mit der CSU und mit den deutschen Vertriebenenverbänden, darunter besonders mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Ein zentraler Punkt der PEU-Programmatik war von Anfang an ein kompromißloser Antikommunismus. Bis 1989 gehörte es zu ihren unaufgebbaren Zielen, die realsozialistischen Systeme in Osteuropa zu stürzen. Öffentlichkeitsarbeit, unermüdliche Denunziation und Lobbypolitik im Europaparlament, aber auch aktive Unterstützung der antikommunistischen Opposition in zahlreichen osteuropäischen Staaten waren die Mittel, mit denen die PEU ihren Kampf führte. Unter anderem in der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn, im Baltikum und in Jugoslawien gründeten sich in den 80er Jahren Paneuropa-Untergrundgruppen. Den Höhepunkt ihrer antikommunistischen Wühlarbeit stellte das »Paneuropa-Picknick« vom 19. August 1989 dar: In Absprache mit den Regierungen der BRD, Österreichs und Ungarns, für die die direkte Öffnung der Grenzen noch zu riskant gewesen wäre, durchschnitt die damalige stellvertretende Generalsekretärin der internationalen PEU, Walburga von Habsburg, während einer PEU-Großveranstaltung nahe der ungarischen Grenzstadt Sopron den österreichisch-ungarischen Grenzzaun; über 600 DDR-BürgerInnen gelang die Flucht in den Westen.

Bezüglich Jugoslawiens hatte der antikommunistische Kampf eine Besonderheit. Schon in den siebziger Jahren regten sich in jugoslawischen Teilrepubliken separatistische Bewegungen, die auf eine Loslösung aus dem Staatsverband zielten. Dieser Umstand ließ es möglich erscheinen, mit einer langfristig angelegten Politik einen Keil zwischen die beiden (relativ) reichen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien und das (relativ) arme Restjugoslawien zu treiben. Der jugoslawische Selbstverwaltungssozialismus schien darüberhinaus die Gelegenheit zu bieten, marktwirtschaftliche Elemente in den reichen Teilrepubliken zu fördern und perspektivisch deren Annäherung an die (damalige) Europäische Gemeinschaft zu forcieren.

Ganz zu diesem Konzept passend beteiligte sich die bayerische CSU-Landesregierung im Jahr 1978 an der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria. In ihr waren außer Bayern sowie den Regierungen einiger österreichischer und norditalienischer Regionen die Regierungen Sloweniens und Kroatiens vertreten; ihre Zielsetzung bestand in einer Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und damit verbunden in einer Annäherung Sloweniens und Kroatiens an Westeuropa. An der Gründung der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria, die in Serbien verärgerte Reaktionen hervorrief, waren zwei CSU-Politiker beteiligt, die ihre Europapolitik im Zusammenhang mit der PEU entwickelt haben: Alfons Goppel, bis 1978 bayerischer Ministerpräsident, ab 1979 Präsident der PEU Deutschland, und Franz Josef Strauß, ab 1978 bayerischer Ministerpräsident, seit seiner Jugend Anhänger der Paneuropa-Bewegung und später Mitglied des Ehrenrates der internationalen PEU. 1981 initiierte dann der Schweizer Vittorio Pons, Generalsekretär der internationalen PEU, den Paneuropakreis Alpen-Adria. In ihm arbeiteten Mitglieder und SympathisantInnen der PEU aus Österreich, der Schweiz, Italien, Süddeutschland, Ungarn, Slowenien und Kroatien zusammen. Der Paneuropakreis Alpen-Adria sollte ähnlich der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria Vorschläge zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erarbeiten. Im Oktober 1988 lockte Otto von Habsburg in der PEU-Zeitschrift Paneuropa Deutschland Slowenien offen mit dem Reichtum der damaligen EG, gegenüber der der Wirtschaftsverband Jugoslawien als Armenhaus erscheinen mußte: »*Die Slowenen passen nicht in das jugoslawische System. Ihr Ideal wäre ein unabhängiges Slowenien als Teil der Europäi-*

Walburga von Habsburg zerschneidet 1989 einen Teil der österreichisch-ungarische Grenze



schen Gemeinschaft.« Parallel zu den Projekten, die letztlich darauf abzielten, das realsozialistische Jugoslawien durch das Herausbrechen von Slowenien und Kroatien zu schwächen, unterstützte die PEU seit Beginn der 80er Jahre die antikommunistische jugoslawische Opposition, und zwar – strategisch passend – besonders slowenische und kroatische AntikommunistInnen, die jeweils eigenständig organisiert waren. Vor allem der »Nationalrat der Kroaten im Exil« spielte, so der derzeitige Präsident der PEU Deutschland, BERND POSSELT, eine wichtige Rolle in der Paneuropa-Bewegung. Der damals in New York lebende Präsident des kroatischen Nationalrats, IVAN MESTROVIC, berichtete seit Beginn der 80er Jahre mehrfach vor der ARBEITSGRUPPE MITTEL- UND OSTEUROPA im Europaparlament über die Situation in Jugoslawien – auf Einladung Otto von Habsburgs, des Präsidenten dieser Arbeitsgruppe.

PEU-Chef Habsburg ermöglichte es außerdem dem Slowenen FRANCE BUCAR, gelegentlich im Europaparlament aufzutreten. Bucar, wegen antikommunistischer Umtriebe vom Dienst suspendierter Hochschullehrer, organisierte in den 80er Jahren die im Untergrund tätige PEU Slowenien, die 1990 – Bucar war gerade zum Präsidenten des ersten postsozialistischen slowenischen Parlamentes gewählt worden – ihre offizielle Gründung nachholte.Die PEU unterstützte den slowenischen und den kroatischen Separatismus nicht zuletzt dadurch, daß sie – vor allem im Europaparlament – die Durchsetzung des »Selbstbestimmungsrechts der Völker«, eingebunden in ein europäisches Volksgruppenrecht, forderte. Zunächst geschah dies vor allem, um die realsozialistischen Staaten in Osteuropa zu delegitimieren: Die Bevölkerungen dieser Staaten sollten selbst entscheiden dürfen, ob sie weiterhin unter realsozialistischer Herrschaft leben wollten oder nicht. Im Falle Jugoslawiens griff die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker allerdings weiter.

Da an separatistisch-antikommunistische Bewegungen angeknüpft werden konnte, forderte die PEU nicht das »Selbstbestimmungsrecht der Jugoslawen«, sondern gleich das »Selbstbestimmungsrecht der Slowenen und der Kroaten«. Hier wurde das Konzept schon erkennbar, das die PEU durchgängig verfolgt, seit die osteuropäischen Bevölkerungen selbst über die Abschaffung des Realsozialismus entschieden haben: Die Zerlegung Europas in Volksgruppen, für die ein europäisches Volksgruppenrecht gefordert wird, damit sie unabhängig werden können. Das offensichtlich angestrebte Ziel: Ein regionalistisch strukturiertes »Großeuropa der Volksgruppen«.

Im Europaparlament ist die PEU der Verwirklichung eines europäischen Volksgruppenrechts seit 1979 nach und nach näher gekommen, und der Stimmenzuwachs der EVP bei den letzten Wahlen dürfte ihre Chancen verbessert haben. Der nahtlose Übergang von der antikommunistisch inspirierten Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zur Forderung nach einem europäischen Volksgruppenrecht zwecks regionalistischer Zersetzung bestehender Nationalstaaten zeigt dabei zweierlei: Zum einen, wie langfristig die politischen Strategien der PEU konzipiert sind; und zum anderen, wie eng die PEU Deutschland dabei mit CDU und CSU zusammenarbeitet. Dies belegt eine gemeinsame Erklärung der PEU und des damaligen Bundeskanzlers HELMUT KOHL von 1986. Dort hieß es: *»Europa endet nicht am Eisernen Vorhang, sondern umfaßt selbstverständlich auch alle Völker Ost- und Mitteleuropas. Daher gilt es, für deren Selbstbestimmungsrecht einzutreten, nicht zuletzt, weil die im Grundgesetz verankerte Überwindung der Teilung Deutschlands die Überwindung der Teilung Europas voraussetzt. Schon jetzt ist es eines der wichtigsten Prinzipien einer Europa-Politik, die diesen Namen verdient, auf die Verwirklichung der Menschenrechte, des Volksgruppenrechtes und des Rechtes auf die angestammte Heimat in ganz Europa hinzuwirken.«*

Die gemeinsame Erklärung von Kohl und PEU Deutschland endete mit den Worten: *»Zur Verwirklichung dieser Zielsetzungen wollen die Bundesregierung und die Paneuropa-Union eng und gut zusammenarbeiten.«* Für die Bundesregierung war die PEU dabei recht nützlich; vieles, was als unmittelbare Aktion der Regierung international noch nicht ohne eingrenzbaren Schaden hätte durchgeführt werden können, ließ sich durch eine nichtstaatliche Organisation wie die PEU relativ problemlos bewerkstelligen. Bestes Beispiel hierfür ist das erwähnte »Paneuropäische Picknick«, das einen wichtigen Beitrag zur finalen Destabilisierung der DDR leistete. Nicht anders verhielt es sich mit der Forderung nach Anerkennung Sloweniens und Kroatiens als unabhängiger Staaten. Verschiedene Paneuropa-Unterorganisationen hatten sich seit spätestens September 1990 öffentlich mit dieser Forderung hervorgetan, und im März 1991 gelang es Otto von Habsburg sogar, im Europaparlament ein Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Einzelrepubliken Jugoslawiens durchzusetzen. Als die Regierung der BRD im Sommer begann, sich international für die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens einzusetzen, konnte sie an die Vorarbeit der PEU anknüpfen.

Auf dem Weg zu einer Zerlegung Europas in Volksgruppen hat die PEU selbstverständlich auch für eine Unabhängigkeit des Kosovo Pionierarbeit geleistet. 1992 wurde im Untergrund die »Republik Kosovo«2 proklamiert und Bujar Bukoshi zum Untergrund-Ministerpräsidenten gewählt. Im August 1994 – eine Loslösung des Kosovo von Jugoslawien wurde offiziell noch gar nicht diskutiert – sprach auf einer Kundgebung der PEU Deutschland ein Mitarbeiter Bukoshis; er wurde dabei als *»Vertreter des Ministerpräsidenten der Kosovo-Albaner«* bezeichnet.

Bukoshi warb 1997 auf dem Andechser Europatag der PEU um Unterstützung für seinen separatistischen Kurs und stieß dabei offensichtlich auf Zustimmung. Mitte 1998 formulierte die PEU Deutschland ihren »Trierer Appell« zum Thema Kosovo, in dem das militärische Eingreifen des Westens sowie eine Anklage gegen den jugoslawischen Präsidenten MILOSEVIC vor dem internationalen Menschenrechtsgerichtshof in Den Haag gefordert wurden. Auch im Europaparlament konnte die PEU einige Früchte ihres Einsatzes für die Unabhängigkeit des Kosovo ernten. *»Vor dem NATO-Rat und allen anderen internationalen Gremien hat das Europa-Parlament schon Anfang Oktober mit erdrückender Mehrheit erklärt, daß für eine militärische Intervention der NATO im Kosovo kein zusätzlicher Beschluß des UN-Sicherheitsrates mehr nötig sei«*, berichtete PANEUROPA INTERN am 23. Oktober 1998.

Kurz darauf verlieh das Europaparlament den Sacharow-Preis an den Untergrundpräsidenten des Kosovo, IBRAHIM RUGOVA – auf Initiative des PEU-Chefs Otto von Habsburg. Rugova bedankte sich:

Das Europaparlament unterstütze seit einem Jahrzehnt die Kosovo-AlbanerInnen, habe als erste internationale Institution auf ihre Unterdrückung durch Serbien hingewiesen, zahlreiche ParlamentarierInnen hätten dem Kosovo in der Vergangenheit Besuche abgestattet. Namen durfte er natürlich nicht nennen.

Deutlicher wurde wenige Wochen später der Gründungsvorsitzende der PEU Albanien, der bei deren Gründungsversammlung den Einsatz für die Unabhängigkeit des Kosovo von Seiten der PEU hervorhob – insbesondere von Seiten zahlreicher PEU-Europaabgeordneter. ■

Hagall – Die Allumfassende ?

Anzeigen und Rezensionen in einschlägigen Publikationen des rechtsextremen Spektrums weisen die interessierten LeserInnen auf eine vierteljährlich erscheinende Zeitschrift hin, welche sich ausführlich mit dem europäischen Brauchtum beschäftigt. Das Blatt heißt Hagal – Die Allumfassende und der Name ist Programm: »Hagal stellte in ihrem Wesen als Rune genau das dar, was eine Zeitschrift beinhaltet und was mit ihr erreicht werden soll – allumfassend zu sein, und sich auf einen allumfassenden Leserkreis auszuwirken.« Ein strömungsübergreifendes Projekt also, wie schon die Rezeption von Neurechten bis hin zu (militanten) Nazikreisen nahelegt. Konsequenterweise geht die Redaktion mit diesem Selbstverständnis auf Kundenfang und druckt diese positiven Bewertungen ihrer Arbeit auf Werbeflyern ab. Wer hinter der Hagal steht, womit sie sich beschäftigt und welche rechtsextremen Kreise sie erreicht, soll im folgenden Beitrag dargestellt werden.

Der geistige Ziehvater

Bereits seit annähernd zwei Jahren beglückt der Verlag ZEITENWENDE die interessierte rechtsextreme Szene mit seiner Zeitschrift Hagal – Die Allumfassende. Das Projekt Hagal ist nicht das erste seiner Art aus dem Kleinverlag. Schon einmal, von 1995 bis 1997, konnte über die Verlagsanschrift in Dresden eine Zeitschrift bezogen werden – die Zeitenwende. Sie orientierte sich stark an den Werken von SS-Ahnenerbe-Mitbegründer Hermann Wirth und dem Heimatdichter Hermann Löns, der als Urvater des nationalsozialistischen Werwolf-Gedankens gilt. Diese inhaltliche Fixierung wurde durch die Mitarbeit von einigen namhaften Personen – meist ökologisch orientiert – aus dem rechtsextremen Spektrum bewirkt, für die Werner Georg Haverbeck vom Vlothoer COLLEGIUM HUMANUM und bekanntester Schüler von Wirth exemplarisch ist. Haverbeck war viele Jahre führender Mitgestalter der Volkstums-und Heimatarbeit im Nationalsozialismus.

Parallel zu ihrer publizistischen Tätigkeit organisierte der Freundeskreis Zeitenwende einige Veranstaltungen mit Referenten aus heidnischen und/oder rechtsextremen Kreisen, wobei die meisten Kontakte zu den ReferentInnen durch Haverbeck vermittelt wurden. Sieht man sich den Einfluß von Haverbeck, sowohl ideologisch als auch praktisch, auf den' Freundeskreis Zeitenwende an, so kann er als geistiger Ziehvater seiner AktivistInnen benannt werden.

Im Sommer 1997 mußte die Zeitenwende ihr Erscheinen einstellen, nachdem antifaschistische Aktivitäten eine ihrer Veranstaltungen mit dem Schweizer Holocaustleugner Bernhard Schaub verhindert und die völkische Ausrichtung der Zeitschrift öffentlich gemacht hatten.

TeilnehmerInnen eines Zeitenwende-Lesertreffens im Frühjahr 1997 an den Externsteinen



Die Struktur

Nach 18 Monaten schien wieder genügend Kraft und Selbstvertrauen getankt worden zu sein, um die Herausgabe der Zeitschrift Hagal – Die Allumfassende in Angriff zu nehmen. Der Name der Zeitschrift ist nicht unbelastet, eine gleichnamige Schrift gab bereits KARL-MARIA WILIGUT, Mitinitiator der Wewelsburg als SS-Ordensburg, Anfang der 30er Jahre heraus. Dieser ideologische Bezug auf Wiligut ist bei einigen Aspekten der Zeitschrift als programmatisch wahrzunehmen.

Strukturell schlug man neue Wege ein. Die Mitarbeit am Projekt wird inzwischen von Regionalredaktionen unterstützt, die sich u.a. aus Interessierten und BesucherInnen von Veranstaltungen des Freundeskreises Zeitenwende zusammensetzen. Gegenwärtig werden im Impressum der Zeitschrift die Hauptredaktion in Dresden und zwei dieser regionalen Ableger benannt. Für die Dresdner Gruppe zeichnen SVEN HENKLER und STEFFEN BEHNKE



Die Faschisten blieben an den Externsteinen nicht alleine...

Schweiz in den USA. Geflissentlich verschweigt Henkler, daß diese im Zusammenhang mit dem Umgang der Schweizer Banken mit ihrer Nazivergangenheit standen. Vielmehr freut sich der Autor über einen neue Anti-Amerika-Welle bei den Eidgenossen: »*Sicher soll es nicht das Ziel sein, den USA den Kampf auf allen Ebenen anzusagen und sie ausbluten zu lassen, doch ein erstarkender Gegenspieler vor allem auf kulturellem Gebiet fehlt seit langer Zeit, um den ‚Herren der Welt' zu zeigen, was Kultur überhaupt ist und bedeuten kann.*«

verantwortlich, die bereits an der Zeitschrift Zeitenwende federführend beteiligt waren. Die anderen Redaktionen, Thüringen und Rheinland, werden von Olaf Neubauer (Arnstadt) und Markus Fernbach (Grefrath) betreut. Roger Rüegg, Schweizer Redakteur des Blattes, verließ Ende 1998 das Redaktionsnetz.

Einer der Autoren im Verlagsrundbrief, einer unregelmäßig erscheinenden Ergänzung zur Hagal, war der regelmäßige Hetendorf-Referent Karl-heinz Baumgartl. Ansonsten halten sich die Autoren eher bedeckt und arbeiten mit Pseudonymen.

Die Inhalte

»*Die europäische Krise der Gegenwart drückt sich in verschiedenen Symptomen aus: Kulturelle Dekadenz, politische Ratlosigkeit, wirtschaftliche Unsicherheit, gefährdete Natur, Geburtenarmut der Einheimischen bei gleichzeitiger Masseneinwanderung kulturfremder Bevölkerungsteile*« ist in einer Anzeige für das Buch »Reich Europa«, einer Veröffentlichung des Verlages Zeitenwende, zu lesen. Was hier verkürzt aus rechtsextremer Sicht als Problem benannt wird, verdient eine eingehendere Betrachtung.

Politisches Konzept der Hagal ist Europa als Reich. »*Die Wahrung des deutschen Charakters Mitteleuropas, einschließlich seiner ethnischen Homogenität, sei die Voraussetzung, die große Aufgabe der Zukunft, die Schaffung des Heiligen Reiches in neuer Gestalt, zu bewältigen*«. Dieser Reichsgedanke ist eng mit einem antiaufklärerischen Gesellschaftsbild verbunden, verortet sich also konträr zu den Grundwerten Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit der französischen Revolution von 1789. Besonders der Egalitarismus – die Gleichheit – sei es gewesen, der die Menschen in der Gegenwart zu einer kulturlosen Masse verkommen ließ – so oder so ähnlich ist es immer wieder in den Veröffentlichungen des Freundeskreises Zeitenwende zu lesen. Die Kritik an der vermeintlichen »kulturellen Dekadenz« zieht sich wie ein roter Faden durch alle Ausgaben der Hagal und wird in den verschiedensten Formen abgehandelt und kritisiert. Obwohl die gewählten Beispiele vielfältig sind, ist ihre Essenz immer die selbe: die Gesellschaft als dumme Masse, die die alten Bräuche und Riten für Luxus und Wohlstand fallen läßt. Auffällig ist immer wieder die Verknüpfung religiöser Themen mit den Gegebenheiten der Gegenwart. So spannt ein Dr. Mathias Weiffert den Bogen von der christlichen Unterdrückung des Sonnenkultes über die Einschränkung der Freiheit hin zur gegenwärtigen weltweiten Vertreibung von Menschen. Eng mit diesen Konstruktionen verbunden ist der ausgeprägte Antisemitismus der Autorenschaft der Hagal. Die antisemitische Ausrichtung, begründet in der Ablehnung des »Judäo-Christentums« als angeblicher Wurzel der Dekadenz und der »*Mißgeburt der westlichen Gesellschaft*«, steht eng in Verbindung mit einer Kulturkritik, die ihren Hauptfeind im american way of life sieht. Exemplarisch steht dafür Sven Henkler. Ausgangspunkt eines seiner Beiträge sind Boykottaufrufe gegen die

Ähnlich rabiat wird argumentiert, wenn ein Zusammenhang zwischen dem Menschen und seiner Herkunft konstruiert wird. Besonderer Beliebtheit erfreut sich die »Volksseele«, welche in der Tradition der nationalsozialistischen Blut-und-Boden-Ideologie steht. Logisch, daß bei den Diskussionen der AutorInnen-und LeserInnenschaft die Rede auch auf die »*Seelenstruktur und den Volksgeist des germanischen Menschen*« kam.

Die Inhalte in der Praxis

Mit der Durchführung regelmäßiger Tagungen und Seminare will das Blatt die LeserInnen enger an sich binden und die Diskussion zwischen beiden Seiten intensivieren. Folglich fand im August diesen Jahres eine dreitägige Veranstaltung mit dem Titel «Die Wewelsburg, Weisthor und Otto Rahn« im Collegium Humanum in Vlotho statt. Die Aspekte dieses Wochenendes sind bereits im Ansatz deutlich: die Wewelsburg als ehemaliges spirituelles Zentrum der SS im Nationalsozialismus, Karl-Maria Wiligut alias Weisthor, spiritueller Vordenker der SS und Otto Rahn, SS-Gralssucher und Mitglied des SS-Ahnenerbes. Eine Tagung also, die sich mit den SS-Mythen des heiligen Grals und der Wewelsburg als spirituellem Zentrum befaßte. Nur: Jedwede propagierte angebliche Einzigartigkeit der Burg als spirituelles Zentrum bzw. eine konstruierte Achse Wewelsburg – SS – Schwarze Sonne ist religiös-politisch motivierter Aberglaube. In den wis-

senschaftlichen Ausarbeitungen ihres Forschungsvereines wird klar bewiesen, daß die Wewelsburg für die SS eine Art Ausweichkauf darstellte, da die ursprünglich angedachte Burg nicht erwerbbar war.

Erheiternd wirkt ein Mißgeschick während des Wewelsburg-Besuches: Aufgrund eines Buchungsfehlers ging der vorbereitete Rundgang der SeminarteilnehmerInnen nur durch die alten Räumlichkeiten der Burg, während sie von ihrem NS-Teil nichts zu Gesicht bekamen.

An der Person Wiligut und der Wewelsburg zeigen sich ideal die Überschneidungen zwischen heidnischem Brauchtum und dem Nationalsozialismus. *»Durch Weisthors Einfluß wurden immer mehr heidnische Rituale auf der Wewelsburg und in der gleichnamigen Ortschaft gepflegt. Diese Rituale umfaßten heidnische Heiratszeremonien zwischen SS-Offizieren und ihren Bräuten, sowie Ernte- und Sonnwendfeiern«* schrieb ALEXANDER VON WEBENAU im faschistischen EUROPAKREUZ. Das Besinnen des Nationalsozialismus auf die angeblichen germanischen bzw. nordischen Wurzeln des deutschen Volkes ist allgemein bekannt. Das Zitat zeigt jedoch auch, welche Spannbreite die Hagal in der Gegenwart abdecken kann und will bzw. welche Brücken die Zeitschrift zwischen Rechtsextremen und Heiden schlagen kann.

Rezeption und Verbindungen

Wie bereits eingangs erwähnt, finden sich einige Rezeptionen über und Anzeigen von der Hagal in diversen Publikationen des rechten Randes. Regelmäßig bewarb Die SCHWARZE FAHNE, das Magazin der Jungen Nationaldemokraten, die aktuellen Ausgaben der Hagal. Es ist bekannt, daß einige Bestellungen, u.a. aus dem Umfeld des Bamberger Skinzines LOKALPATRIOT, bei der Hagal-Redaktion aus dem militanten Nazispektrum eingegangen sind. Die InteressentInnen beriefen sich explizit auf die Anzeigen im JN-Organ und unterstrichen somit ihre Wirksamkeit.

Zum den Abonnenten der Dresdner Zeitschrift gehört beispielsweise ANDY MÜLLER (Bergwitz), dessen offensichtlich eingestelltes Skinzine STORMFRONT 88 eine wilde Mischung aus NS-Ideologie und heidnischer Gesinnung offen zur Schau trug. Dort hatten NS-Skinheadbands ebenso ihren Platz wie völkische Black-Metal-Gruppen. Inzwischen verlegt sich Müller auf die Herausgabe eines Internet-Magazins, welches den Namen SOL NIGRA (*»für Heiden, Querdenker, Kulturrevolutionäre und konservative Anarchisten«*) trägt, jedoch noch nicht sehr weit gediehen ist.

Wer neben militanten Nazi-Skinheads ebenfalls zu den KonsumentInnen der Hagal gehören dürfte, läßt sich anhand ihres Buchversandes ersehen. Einerseits sind hier die Bücher des hauseigenen Verlages Zeitenwende zu finden, zu dessen Autoren u.a. WALTER DREES (Vlotho) gehört. Der Großteil der angebotenen Bücher und Publikationen stammt aber aus dem ARUN-Verlag (Engerda) und vom THULE-SEMINAR (Kassel). Die beiden rechtsextremen Projekte sind für ihre Kulturkritik in Verbindung mit einer heidnisch-esoterischen Weltanschauung bekannt.

Um dem eigenen bioregionalistischen Anspruch gerecht zu werden, sind auch Veröffentlichungen zu regionalen Themen erhältlich. Das hierbei unter Umständen auch auf regionale Rechtsextremisten zurückgegriffen wird, liegt nahe.

HANS DOMKE, der bereits 1991 in NATION&EUROPA Spenden für den Aufbau einer nationalen Bibliothek suchte, war Mitautor an einem Buch über Tischsprüche, welches beim KULTURKREIS DRESDEN STADT E.V. veröffentlicht wurde. Über den selben Verein war in diesem Jahr das Buch *»Die Geschichte der sächsischen Wiking-Jugend«* ihres ehemaligen Gauleiters FRANK KADEN zu beziehen.

Mit den Worten *»Hallo, alte und neue Mitstreiter«* wurde der Hagal-Redaktion das Buch von HANS-HOLGER MALCOMEß (Dresden), DSU-Mitglied mit notorischem Hang nach Rechtsaußen, empfohlen.

Einschätzung

Die Bedeutung der Hagal liegt vorrangig in ihrem Beitrag zur ideologischen Schulung von Rechtsextremisten. Dies verstärkt sie durch ihre regelmäßigen Veranstaltungen. Sie ist fest in die bundesweite Szene von ähnlich völkisch-orientierten Gruppen eingebunden. Aufgrund der Jugendlichkeit ihrer MacherInnen, ihrer allgemein gehaltenen Kulturkritik und ihrer historischen Bezüge vermag sie verschiedene rechtsextreme Spektren zu bedienen. Das Aufgreifen ihrer Wertvorstellungen durch Zeitschriften wie DEUTSCHE STIMME oder JUNGE FREIHEIT und die Zusammenarbeit mit bekennenden Holocaustleugnern oder neugermanischen Heiden belegt diese Rolle. ■

Manfred Brunner bei der Heinrich-Böll-Stiftung

Protestaktionen gegen rechtskonservative RednerInnen sehen sich stereotyp denselben Anfeindungen ausgesetzt. Da heißt es, hier seien Anti-Demokraten am Werk, es werde zuwenig Toleranz gezeigt, Zensur ausgeübt, von »Linksfaschisten« ist die Rede und schließlich *»können ja alle mitreden«*. Um so schwerer wird es, wenn es die grüne Böll-Stiftung ist, die einen prominenten Nationalliberalen und Rassisten einlädt,...

Am 7. und 8. Mai 99 veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung im Rahmen des Europawahlkampfes der Grünen eine Tagung mit dem Titel »Was treibt Europa«. Die eröffnende Podiumsdiskussion am 7. Mai sollten Heide Rühle als Spitzenkandidatin von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und der ehemalige Vorsitzende des BUND FREIER BÜRGER (BfB) MANFRED BRUNNER als EU-Gegner bestreiten. Im Vorfeld der Podiumsdiskussion angekündigte Proteste seitens antifaschistischer Gruppen und die Absage von DGB- und PDS-ReferentInnen für den zweiten Tagungstag brachten die Heinrich-Böll-Stiftung nicht dazu, Manfred Brunner auszuladen. Die am Freitagabend erschienenen 20 Gäste sahen sich ebenso wie Brunner mit 40 überwiegend jungen AntifaschistInnen konfrontiert, die unter dem Motto »Kein Podium für Rassisten« den Veranstaltungssaal blockierten. Nach einer ergebnislosen Diskussion zwischen VeranstalterInnen und BlockiererInnen scheiterte Manfred Brunners Versuch den Saal zu betreten. Die Stiftung verzichtete auf den Einsatz von Polizei und führte die Veranstaltung ohne ihn zu Ende. In den folgenden Tagen bemühte sich die Heinrich-Böll-Stiftung namentlich Benannte aus Gewerkschaften und PDS gegenüber der Presse für den Widerstand verantwortlich zu machen und erhob ihnen gegenüber den Vorwurf Jugendliche instrumentalisiert zu haben. Verbunden war diese Denunziation mit der Aufforderung an die jeweiligen Arbeitgeber, sich öffentlich von ihren Mitarbeitern zu distanzieren.

Pluralität der Meinungen = Demokratie?

Wir sehen in der Abfolge der Ereignisse rund um die Verhinderung des Brunner-Auftrittes einige Ähnlichkeiten zu vergleichbaren Blockade- und Störaktionen gegenüber rechten oder rechtskonservativen Veranstaltungen. Wir möchten hier unsere Sichtweise zur Diskussion stellen. Antifaschistische Aktionen legetimieren sich nicht mehr aus sich selbst heraus. Wir halten eine Kombination aus machtvollem und um Überzeugung bemühten Eingreifen für notwendig. Wir denken, daß eine Verletzung der demokratischen Spielregeln politisch begründet werden muß, weil wir Meinungsfreiheit für ein hohes Gut halten. Wir glauben, daß die politische Glaubwürdigkeit der Linken davon abhängt, deutlich zu machen, wo die Unterschiede zwischen rechter und linker Zensur bzw. ihrer Pluralismuskritik liegen. Während unseres Erachtens nach Rechte Pluralismus kritisieren, weil ihnen zuviel davon herrscht, kritisieren Linke neopluralistische Ansätze, weil sie Voraussetzungen für eine plurale Beteiligung aller nicht ausreichend verwirklicht sehen. Rechte wollen gesellschaftliche Antagonismen zugunsten eines vergeblich gemeinwohlorientierten Etatismus aufheben (der in letzter Konsequenz repressive Volksgemeinschaft heißt und das Vertreten partikularer und ausgrenzender Interessen meint), Linke akzeptieren den grundsätzlich antagonistischen Charakter der Gesellschaft und bleiben gleichzeitig universalistisch dem Ringen um Konsens, Einschluß und Emanzipation verpflichtet. Pluralität bedeutet eine ständige gleichberechtigte Auseinandersetzung über gesellschaftliche Prozesse. Gemeinsame Interessen werden im Streit zwischen den Ideen und Interessen aller ausgehandelt. Durch die ungleichen Startchancen, die Menschen in Entscheidungsfragen haben - dazu gehören Zugang zu Medien, Status, aber auch rechtliche Beschränkungen - wird verhindert, was eigentliches Ziel des Pluralismus ist: Die Beteiligung aller an den politischen Entscheidungen. Und wenn schon mit der Vielfalt von Meinungen argumentiert wird, dann ist Pluralismus nicht nur mit Rechtsaußen-Leuten zu haben. Auch linke Europa-KritikerInnen wären interessante GesprächspartnerInnen gewesen. Wir kritisieren die Aufwertung eines Politikers. Die Einladung Brunners ist eine politische Stellungnahme. Diese Stellungnahme lautet unseres Erachtens nach: *»Wir halten Manfred Brunner für einen akzeptablen Gesprächspartner.«*

Es gehört zur Diskurstaktik der extremen Rechten zu versuchen, bei derartigen Veranstaltungen teilzunehmen, um als gleichberechtigte Redner anerkannt zu werden und sich selbst als pluralistisch-demokratisch darzustellen. Wir kritisierten, daß mit dem Rückzug der Böll-Stiftungs-Verantwortlichen auf den Standpunkt man wolle ja nur reden, der Kontext, in dem die Veranstaltung steht, dethematisiert wird. Die Einladung Brunners durch eine nach wie vor als links verstandene Stiftung ist ein politisches Signal, das ungleich schwerer wiegt, als hätte ihn die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU eingeladen. Später können sich dann andere die Rechte als Gäste wünschen auf die Böll- Stiftung berufen. Die Einladung Brunners ist Symptom, Konsequenz und Verstärker einer gesellschaftlichen Entwicklung in der die deutliche Abgrenzung nach Rechtsaußen zunehmend wegbricht. Ein Mann wie Brunner ist nicht nur Repräsentant einer bestimmten Auffassung, sondern er ist einer der Träger einer gesellschaftlichen Rechtsverschiebung, in deren Konsequenz Angriffe auf MigrantInnen, die Duldung und sogar das Beklatschen dieser Angriffe steht.

Von einer grünen-nahen Stiftung, deren Anspruch es ist demokratische Strukturen zu befördern wäre zu erwarten, daß sie Partei für diejenigen ergreift, deren Möglichkeiten sich zu entfalten beschränkt sind und nicht, daß sie rassistische Politiker sprechen läßt, die für diese Beschränkungen verantwortlich sind. In Erfurt sollte mit den besseren grünen Argumenten das Duell gewonnen werden. Dabei wird Rechtsextremismus zur Dummheit. Rassistische und nationalistische Argumente sind nicht nur die »schlechteren Argumente«, denen dann mit Aufklärung begegnet werden kann. Rassismus und Nationalismus sind subjektiv funktional und werden deshalb befürwortet. »Argumente der Vernunft« sind nicht stärker als »Argumente des Hasses«, das sollte in Deutschland mittlerweile bekannt sein.

Unsere Toleranz hat Grenzen

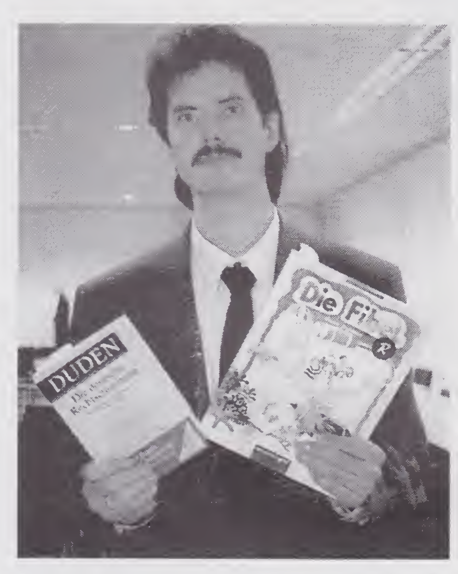
Die Grenzen der Toleranz liegen dort, wo Menschen dadurch, daß sie ihre Positionen behaupten, die Entfaltungsmöglichkeiten anderer einschränken, und diesen die Möglichkeit nehmen, ihre Interessen gleichermaßen zu formulieren und durchzusetzen. Das bedeutet für den Fall Manfred Brunner: Brunner macht rassistische, nationalistische, kulturchauvinistische und antisoziale Positionen salonfähig und sollte deshalb nicht eingeladen werden. Toleranz kann ein repressives Gesicht haben. Eine unparteiliche als unpolitisch propagierte Toleranz kann die Unterdrückung fortsetzen und indem sie das Vorhandensein demokratischer Freiheiten bezeugt, zu einem Instrument werden, soziale Ungleichheit zu leugnen. Mit Marcuse gesprochen dagegen: *»Funktion und Wert der Toleranz hängen von der Gleichheit ab, die in der Gesellschaft herrscht in der diese Toleranz geübt wird.« (Herbert Marcuse)* Wer toleriert, daß Argumente wie die Brunners hegemoniefähig werden, läßt zu, daß andere ausgegrenzt und eingeschränkt werden und trägt dafür die Verantwortung. ■

Die Rechtsschreiber

Unter den Gegnern der Rechtschreibreform tummeln sich etliche Rechte

In diesem Jahr scheiterte in Berlin ein Volksbegehren, mit dem der Berliner Verein für deutsche Rechtschreibung und Sprachpflege e.V. (BVR) die Umsetzung der Rechtschreibreform verhindern wollte. Zu diesem Zweck wurden Unterschriftenlisten öffentlich ausgelegt, in denen sich Berlinerinnen und Berliner eintragen konnten.

Seit Anfang Mai ist bekannt, daß der Sprecher des BVR und langjährige Aktivist gegen die Rechtschreibreform, der Berliner Gernot Holstein, Mitglied in verschiedenen rechtsextremen Organisationen gewesen ist. Nach Bekanntwerden der Vorwürfe, die das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin gegen den Spandauer erhoben



Gernot Holstein, Buchstabenhühne und Lichtgestalt der deutschen Rechtschreibung

hatte, stritt dieser vehement ab. Auch der BVR nahm seinen medienwirksamen Sprecher, der schon als Kläger gegen das Land Berlin bekannt geworden war, erwartungsgemäß in Schutz: Eine *»Schmutzkampagne«* sei gegen ihren Sprecher angezettelt worden, und, so spekulierte der BVR in einer Pressemitteilung, es werde *»mit den ›Bertelsmännern‹, den Vertretern des zweitgrößten Medienkonzerns der Welt bzw. des Monopolapitalismus (so!), gemeinsame Sache«* gemacht.

Inzwischen wurde jedoch durch vielfältige Dokumente belegt, dass Gernot Holstein zum einen am 7. März 1990 in Berlin an der Gründungsversammlung des Berliner Ablegers der Deutschen Kulturgemeinschaft (DKG) teilnahm, ein 1983 von NPD-Mitgliedern gegründetes Sammelbecken Berliner Rechtsextremisten unter Einschluß neonazistischer Gruppen. Holstein wird dort zum stellvertretenden Vorsitzenden der DKG gewählt, tritt aber noch im selben Jahr aus dem neonazistischen Verein wieder aus. Die DKG nennt sich heute Berliner Kulturgemeinschaft Preußen, da der Gründungsname vom Vereinsgericht nicht anerkannt wurde.

Zum anderen war Holstein, genauso wie seine Ehefrau Sabine Holstein, zeitweilig Mitglied der Artgemeinschaft, einem heidnisch-germanischen Verein des Hamburger Neonazis Jürgen Rieger. Noch im Jahre 1994 nimmt Gernot Holstein am jährlichen Treffen der Artgemeinschaft, dem sogenannten Gemeinschaftsthing teil. Das Treffen fand vom 17. bis 19. Juni 1994 auf dem Gelände Hetendorf Nummer 13 in Niedersachsen im Rahmen der jährlichen »Hetendorfer Tagungswoche« statt. AntifaschistInnen aus Niedersachsen kämpften jahrelang gegen diese neonazistische Versammlungsstätte, bis im Februar 1998 der Trägerverein, Heideheim e.V., vom Land verboten und das Gelände eingezogen worden. Begründet wurde dies u.a. wegen dort abgehaltener, *»in unerträglicher Weise den Nationalsozialismus verherrlichenden Vorträge«*. Ende 1994 trat das Ehepaar Holstein nach internen Querelen aus dem Verein aus.

Gernot Holstein versucht heute den Eindruck zu erwecken, zu seiner Zeit nicht mit rechtsextremistischen Inhalten konfrontiert gewesen zu sein, bzw. die oben genannten Organisationen hätten zumindest damals keine derartigen Inhalte vertreten. Dies ist alleine in Anbetracht seiner Gesinnungsfreunde lächerlich. Weder der BVR noch dessen Sprecher Holstein haben sich bisher in befriedigender Weise zu den bekanntgewordenen Kontakten zu Rechtsextremen und Neonazis geäußert.

Das Berliner Volksbegehren,, in das die Gegner der Rechtschreibreform nach dem Erfolg in Schleswig-Holstein so große Erwartungen gesetzt hatten, ist deutlich gescheitert. Die Aktivisten des BVR geben sich jedoch nicht geschlagen:

Der Sprecher des BVR Gernot Holstein wurde schon 1994 als Mitglied im Bund für deutsche Schrift und Sprache [1] begrüßt, so deren Quartalsschrift »Die deutsche Schrift«. Unter den Mitgliedern des Bundes, deren Verlautbarungen oftmals von völkischer Tradition strotzen, befinden sich Mitglieder der Deutschland-Bewegung, bekennende Anhänger des antisemitischen Bundes für Gotterkenntnis-Ludendorff und Mitglieder diverser anderer rechtsextremer Organisationen. Für dieses Umfeld beschreibt der Student der Rechtswissenschaften Holstein Anfang 1998 in »Die deutsche Schrift« den »Stand der Rechtsprechung zur Rechtschreibung« und referiert zuletzt auf der Mitgliederversammlung 1999 zum gleichen Thema.

Der Vorsitzende des BVR, Ernst Steppan, hingegen, der schon 1997 der Jungen Freiheit als Interviewpartner zur Verfügung stand, tritt zur Berliner Abgeordnetenhauswahl als Einzelkandidat an. Und auch sonst wird weiter der »Rechts«weg eingeschlagen: Über eine gerichtliche Klage soll eine Neuauflage des Volksbegehrens durchgesetzt werden. ■

1) Zum Bund für deutsche Schrift und Sprache siehe DRR Nr.60, (Völkische Sprachpflege), aus dem Teile der Darstellung übernommen wurde.

Antirassistisches Grenzcamp bei Görlitz

Unter dem fragwürdigen Titel »Keine Grenze bleibt ewig« versammelten sich mehrere hundert AntirassistInnen an der polnisch-tschechisch-deutschen Grenze

Vom 6. bis 15. August fand im Dreiländereck an der polnisch-tschechisch-deutschen Grenze zum zweiten Mal das antirassistische Grenzcamp der Kampagne »Kein Mensch ist illegal« statt. Ursprünglich war dafür ein Stück Land südwestlich von Zittau an der tschechischen Grenze gepachtet. Doch die dortige Bevölkerung wollte das Camp in ihrer Idylle partout nicht haben und so paßte es ihnen gut, daß das Grundstück im Landschaftsschutzgebiet lag und Zelten dort verboten ist. Die Querelen um den Platz erwiesen sich für die Verantwortlichen im Nachhinein jedoch als Eigentor: So viele für sie unkalkulierbare Menschen ließen sich nicht einfach abweisen. Unterstützend griff die örtliche PDS ein und ein öffentlicher Druck von außen zeigte Wirkung. Die Campinitiative bekam in letzter Minute vom zähneknirschenden Oberbürgermeister Zittaus einen besseren Platz - fünf Minuten zu Fuß von der Grenze entfernt, an einer stark befahrenen Bundesstraße, für die Öffentlichkeit gut sichtbar.

Ziel des Camps war, den besonders offenkundigen staatlichen Rassismus in der Grenzregion zum Thema zu machen. Ebenso sollte versucht werden, durch Irritationen, Provokationen, aber auch durch Vermittlungsversuche den breiten rassistischen Konsens der Bevölkerung anzuknacksen. Dabei sollte denen der Rücken gestärkt werden, die diesen Konsens nicht mittragen. Last but not least wurde versucht, die örtlichen Nazistrukturen - soweit wie möglich - zu bekämpfen. Auch in Zittau gibt es eine fest etablierte Naziszene. Inzwischen nennt selbst der sächsische Verfassungsschutz Ostsachsen und insbesondere Zittau einen Brennpunkt rechtsextremer Tendenzen.

Der normale Alltag: Rechte Gewalt

Insbesondere seit Anfang des Jahres sind in Zittau Übergriffe gegen Andersdenkende und MigrantInnen an der Tagesordnung. Höhepunkt war das Stadtfestwochenende Mitte Juli, als ca. 40 Nazis eine Party von Schwulen und Lesben überfielen. Am nächsten Tag folgte ein gut organisierter Überfall von ca. 80



Der Zittauer Nazi-Aktivist und NPD-Bundesvorstandsmitglied Gregor Janik

Nazis aus ganz Sachsen auf ein linkes Kulturzentrum, das Café Emil, und am letzten Tag des Stadtfestes versuchten nochmals 30 Nazis das Café Emil zu überfallen, was aber durch die Polizei verhindert wurde. Insgesamt gab es an diesem Wochenende mehrere Schwerverletzte und viele traumatisierte Leute. Diese Überfälle sind nach Ansicht von sächsischen AntifaschistInnen beispielhaft für Zittau. Sie sprechen für eine hohe Aktionsfähigkeit ostsächsischer Neonazis, und finden in einem Klima statt, indem sich die Argumente der Nazis kaum von den Aussagen der Zittauer Stadtverwaltung unterscheiden. An dem Überfall waren Mitglieder des NATIONALEN JUGENDBLOCKS ZITTAU E.V. (NJB), der NPD und andere Nazis, wie z.B. Mitglieder der Kameradschaft Skinheads Sächsische Schweiz beteiligt. Auch an den Wochenenden 27./29. August, 3./5. September und 10./12. September gab es mindestens zwanzig Übergriffe. Dabei wurden zwei Menschen lebensgefährlich verletzt.

Nationaler Jugendblock Zittau e.V.

Der NJB gründete sich Anfang 1992 mit dem Ziel, »besonders für rechte, deutsche Jugendliche« etwas erreichen zu wollen. Schon zehn Tage nach der Gründung erhielt der Verein ein Haus von der Städtischen Wohnungsbaugesellschaft Zittau für 80,- Mark Miete im Monat. Zittaus Oberbürgermeister Jürgen Kloss (CDU) bestreitet bis heute, daß das Haus jemals städtische Mittel bekommen hat. Wobei das aber nur eine Frage der Interpretation ist, da die Wohnungsbaugesellschaft zu 100 Prozent der Stadt Zittau gehört. Bald schon hatte der NJB auch seinen ersten Märtyrer: Holger Müller starb, als er im Juli 1992 einen Asylbewerber überfiel und dieser sich in Notwehr mit einem Messer verteidigte. Seitdem führen die Neonazis Jahr für Jahr einen »Holger Müller-Gedenkmarsch« durch. 1992 nahmen daran u.a. Mitglieder der inzwischen verbotenen NATIONALE OFFENSIVE (NO) teil.

Von Anfang an war der NJB Dreh- und Angelpunkt für die Naziszene in der gesamten Umgebung. So wurden jährliche Sonnenwendfeiern und Veranstaltungen durchgeführt. Das NJB-Haus in der Zittauer Südstraße wurde zum Synonym für Naziterror und Gewalt über Zittaus Grenzen hinaus. Ebenso von Anfang an dabei beim NJB war ROBERT PECH. Pech war zunächst bei den REPUBLIKANERN und wurde dann politischer Leiter des NJB. Bis mindestens 1997 war er Vorstandsmitglied des NJB. Außerdem vertritt er die NPD bei Veranstaltungen und hielt z.B. dieses Jahr die Trauerrede für Holger Müller beim seit 1997 von der NPD organisierten Aufmarsch. Obwohl der Verein vom Verfassungsschutz als neo-nationalsozialistisch eingestuft wurde, hielt das die Stadt Zittau nicht davon ab, mit dem NJB zusammenzuarbeiten. So organisierte die Stadt Zittau 1992 eine Diskussionsveranstaltung zum Thema »Gewaltbereitschaft in Zittau - Deutschland ohne Ausländer«. Dort hielt der NJB einen Vortrag



zum Thema »Deutschland den Deutschen« und das Multikulturelle Zentrum Zittau (MUK) referierte über Multikultur. Am Ende des Abends diskutierten die Anwesenden gemeinsam mit den Nazis. Ende 1992 bedankten sich dann die Neonazis beim MUK, der Stadt und dem Landratsamt in einem Flugblatt für die Unterstützung.

In den folgenden Jahren entstand ein Trägerverbund aus Kirchen, dem MUK, der Stadt und anderen Vereinen, die dem NJB zu mehr Einbindung in die kommunale Sozialarbeit verhelfen sollten. Die meisten der beteiligten Vereine mußten jedoch im Laufe der Zeit feststellen, daß den Neonazis nicht mehr zu helfen ist.So zogen sich immer mehr Vereine aus dem Verbund zurück. Inzwischen sind noch zwei SozialarbeiterInnen im Haus beschäftigt. Die Stadt Zittau weigert sich bislang, zu der Frage Stellung zu nehmen, wer diese Stellen finanziert.

Mittlerweile sind die »alten« NJBler mehr oder weniger schwer vorbestraft. Viele von ihnen haben sich auch deshalb aus der aktiven Szene etwas zurückgezogen. Dennoch hat zum Beispiel Jens Leubner aus Zittau, Mitgründer des NJB, erst vor kurzem eine Internet-Adresse des NJB eingerichtet.

Die Bedeutung des Hauses in der Südstraße als Treffpunkt für Nazis hat sich zugunsten anderer Orte verringert. Aktive, militante Nazis sammeln sich in Zittau jetzt um Wohngemeinschaften und in Stadtteilgebieten bzw. im Umland. Nach Ansicht von sächsischen AntifaschistInnen ist dort eine klare Tendenz zu autonomen Kameradschaften zu beobachten.

NPD Kreisverband Löbau/Zittau


Foto: Umbruch

Den NPD-Kreisverband Löbau/Zittau gibt es seit 1997, als er sich vom KV Görlitz abspaltete. Die geschätzte Mitgliederzahl beträgt etwa 15 bis 25 Personen. Wichtiges Aktionsfeld ist neben dem Holger-Müller-Gedenkmarsch, das Erstellen einer Internetseite, die fast täglich mit allerlei Tagespolitik aktualisiert wird. Desweiteren ist auch die nach eigenen Angaben monatlich mit einer Auflage von 1.000 Stück erscheinende Zeitschrift »Kompass« zu nennen. In ihr beschäftigt sich die NPD mit aktuellen Themen. Die NPD Zittau ist ein Musterbeispiel für funktionierende Zusammenarbeit zwischen militanten Nazis und bürgerlichen Rechten. So zog nach der Gemeinderatswahl im Juni der mehrfach vorbestrafte Rene Wittmann mit 7,9 Prozent der Stimmen für die NPD in den Gemeinderat von Hirschfelde ein. Der NPD gelang und gelingt es, sich durch bürgernahes Auftreten zu etablieren. Ihr Kreisschatzmeister, Kreisvorsitzender und Internet-Verantwortlicher Torsten Hiekisch aus Hirschfelde gilt bei den Nachbarn als »Pfundskerl«. Auch das NPD-Bundesvorstandsmitglied Gregor Janik ist in Zittau fest etabliert. Janik betreibt eine Anwaltskanzlei und ist auch Vorsitzender der Zittauer Tafel, einem Verein für Obdachlose.


Oberbürgermeister Kloss bei der Ausübung seiner Amtsgeschäfte

Alle Versuche, sich bieder zu geben, hindern die NPD jedoch nicht daran, enge Kontakte zu militanten Neonazis zu pflegen. Beim Holger-Müller-Gedenkmarsch am 4. Juli 1999 marschierten u.a. Christian Worch, Udo Hempel, Neonazis aus dem Muldental, andere Kameradschaften aus der Region, sächsische und tschechische Blood & Honour-Skins - wie der Anmelder der 1.Mai-Nazi-Demo in Prag - sowie Mitglieder des Weißen Arischen Widerstandes neben örtlichen NPD-Kadern und Winfried Petzold aus Leipzig. Auffällig ist, dass sich in Zittau entgegen der sächsischen Parteilinie die NPD nicht von militanten Nazis löst, sondern sie vielmehr integriert. Neben der engen personellen Verknüpfung zum NJB durch Robert Pech, ist die NPD auch eng mit dem Nationalen Widerstand Oberlausitz verbunden, in dessen Reihen sich der ehemalige NPD-Kreisvorsitzende Holger Zimmermann tummelt.

Der (un?)organisierte Rest

Hier ist als erstes der Nationale Widerstand Oberlausitz zu nennen, der sich aus NPDlern, NJBlern und Kameradschaftlern zusammensetzt. Es ist davon auszugehen, daß sich hier die militanteren Nazis zusammenfinden, welche insbesondere aus Zittaus Umland stammen. Weiterhin gibt es die Kameradschaft Oberlausitz und die Kameradschaft Spreekraft. Diese bestehen aber nur aus wenigen Personen. Immer mehr Nazis versuchen, sich klandestin zu treffen und zu vernetzen. Es ist davon auszugehen, daß sich hier schon ein großes Potential gewaltbereiter, sehr gut organisierter Neonazis gebildet hat, das ungefähr einhundert Personen umfaßt. Ebenso zu kameradschaftsähnlichen Zusammenhängen zu zählen sind die äußerst gewaltbereiten Neonazis aus Ebersbach und Umgebung sowie aus Löbau. Sie bilden einen Kern von ca. 25 Personen und sind regelmäßig vor allem auf Stadtfesten in Aktion.

Ostsachsens rechter Konsens

Rechte Übergriffe und Aktivitäten werden von den Behörden fast grundsätzlich verschwiegen oder heruntergespielt. Das Problem wird selbst dann noch geleugnet, verharmlost oder ins Gegenteil verdreht, wenn die Fakten eigentlich klar sind. Bestes Beispiel dafür ist der Oberbürgermeister von Zittau Jürgen Kloss. Dieser war anwesend, als Neonazis die schwul-lesbische Party überfielen und äußerte vor Augenzeugen, »Ihr Homosexuellen könnt doch froh sein, hier überhaupt feiern zu dürfen« und meinte dann zu den Nazis, die gerade die Theke plünderten, Leute zusammenschlugen und den Hitler-Gruss zeigten: »Nehmt euch, was ihr braucht«. Selbstverständlich wußte er später davon nichts mehr. Das brauchte er auch nicht, da sprangen ihm seine Kollegen bei, so wie Bürgermeister Löffler, der in der Sächsischen Zeitung meinte, es wäre ja alles aufgebauscht worden und es sei doch so ein schönes Stadtfest gewesen, oder der Polizeisprecher, der erklärte, es hätte ja zu Auseinandersetzungen kom-

men müssen, wenn die öffentlichen Toiletten von Stadtfestbesuchern und Homosexuellen genützt würden. Und wieder Oberbürgermeister Kloss, dieses Mal gegenüber der Sächsischen Zeitung: »Es gibt immer einen, der provoziert und einen der sich provozieren lässt«.

Die Aussagen des Oberbürgermeisters in einem derartigen Zusammenhang sind nicht mehr als "unsensibel" zu werten, sondern sie belegen seine Nähe zu rechten Schlägern. Es heißt, er hätte einen guten Draht zum NJB. Sein Sohn verkehre dort auch seit 1997. Was Kloss selbstverständlich verneint. Auf jeden Fall hatte der NJB nie Schwierigkeiten von Kloss zu erwarten. Sonst würde er sich kaum in Flugblättern bei der Stadtverwaltung für die Unterstützung bedanken, sonst hätte es keine Veranstaltungen mit dem NJB im Rathaus gegeben wie 1992, sonst wäre Oberbürgermeister Kloss nicht bei den Naziaufmärschen 1997 und 1999 bei den Neonazis gesehen worden. Bemerkenswert für Zittau ist noch eine andere Veranstaltungsreihe: der Jugendpolitische Stammtisch. Mit dem Ziel alle, insbesondere die rechten in Zittau existierenden Parteien an einen Tisch zu bringen, um über Jugendfragen zu diskutieren, wurde er von Steffen Golembiewsky, Funktionsträger im Jugendring des Landkreises, initiiert. Dort redeten dann Vertreter aller Parteien außer der PDS gemeinsam über das Thema »Arbeit zuerst für Deutsche«. Hier wird den Nazis die Möglichkeit gegeben, sich bürgernah, realpolitisch und als »nette Jungs« zu präsentieren. Momentan ist der Stammtisch auf Eis gelegt, da Golembiewsky angeblich Morddrohungen von rechter Seite erhalten hat.

Zug um Zug gegen Abschiebungen

Angesichts derartiger Rahmenbedingungen war es für die rund 1.500 CampteilnehmerInnen sicherlich nicht einfach, den selbstgesteckten Zielen gerecht zu werden. Doch es gab viele einfallsreiche und gelungene Aktionen. Der staatliche Rassismus in Form des Bundesgrenzschutzes (BGS) wurde zum Beispiel in einer fast dreistündigen Blockade der regionalen BGS-Leitstelle thematisiert. Für die Bevölkerung war das Camp fast täglich auf Zittaus Marktplatz präsent - sei es mit einem Live-Konzert oder mit vielen Kundgebungen. Selbst eine vom Oberverwaltungsgericht verbotene Kundgebung vor dem Landratsamt zur unmenschlichen Situation im Flüchtlingsheim von Zittau konnte spontan durchgesetzt werden. Eine Blockade vor der Polizeihauptwache, in der sich vier festgenommene AntifaschistInnen befanden, sorgte für Unmut, aber auch für Irritationen bei vielen ZittauerInnen - für das Camp eine selbstverständliche Reaktion auf die oft willkürlichen Polizeimaßnahmen, für sie ein befremdliches Verhalten. Mit witzigen Aktionen eroberte das Camp immer wieder die Schlagzeilen in der Lokalpresse: Durch die Kaperung der touristischen Schmalspureisenbahn durch den Räuberhauptmann Karasek und seine Bande - eine örtliche Robin-Hood-Variante aus dem letzten Jahrhundert, bei der unter anderem ein ungehinderter Flüchtlingstransport gefordert wurde, oder durch Nachtspaziergänge an der Grenze, einen Antifa-Autokonvoi, bei dem das Hotel »Neiße-Blick« in Ostritz, in dem die Mitteldeutschen Tage von Jürgen Rieger's neuheidnischer Artgemeinschaft stattfanden, mit Farbeiern verziert wurde und eine Demonstration in Görlitz entlang bekannter Naziadressen. NPD-Kader erhielten Hometrainer, neue Schlösser oder auch kübelweise Scheiße.



Foto: Umbruch

Was bleibt?!

Die Campvorbereitungsgruppe schreibt dazu: »Ein derartiges Camp ist ein wichtiges Experimentierfeld. Nach innen gibt es viel zu lernen: Wie organisieren wir mit hunderten von Menschen Entscheidungs- und Plenumsstrukturen, die allen Bedürfnissen und Erfordernissen gerecht werden? Wie verlaufen emanzipatorische Prozesse angesichts vermeintlicher Bedrohungen von Außen? Wie offen können wir dennoch sein, ohne gleich anders Aussehende wahlweise als Nazis oder Polizeispitzel zu »enttarnen« und gegen sie vorzugehen - das nur als ein Beispiel der Gratwanderung, die leider auf dem Camp ab und zu ungut überschritten wurde. ... Nach Außen hin hat das Camp zumindest einen Teilerfolg erzielt: Es ist bis zum heutigen Tag immer noch Gesprächsthema in Zittau. Einige Linke fühlen sich dadurch ermutigt, andere Menschen hoffentlich immer noch irritiert. So zumBeispiel die örtlichen Nazistrukturen, die während der Zeit die Füße still hielten und sich auf jammernde Internet- und Pressemitteilungen beschränkten. Medial blieb das Ereignis sehr lokal begrenzt. Es fehlten wohl die schlagzeilenträchtigen, konfrontativen Aktionen. Erfolge wie die geplante Schließung des Flüchtlingsheims und die Umverteilung der Flüchtlinge in eine bessere Unterkunft aufgrund des Camps und der daraus entstandenen Initiative vor Ort, sind eben medial nicht spektakulär genug - für uns allerdings schon. Viele CamperInnen haben aus dem Camp Kraft getankt, die sich hoffentlich auch auf den Alltag der Einzelnen auswirkt. Sollte es ein nächstes Camp geben, sollte die Gunst der Stunde genutzt werden, um mehr politische Debatten zu führen. Denn wo sonst gibt es schon die Möglichkeit, durch konkrete Praxis vor Ort ein unmittelbares Feedback durch die Bevölkerung, die staatlichen Behörden und die Nazis zu erlangen? Also ein nicht abgehobenes, erlebbares Theorie-Praxisverhältnis: Das Camp 2000.« ■

Das AIB dankt dem antifaschistischen rechercheteam ostsachsen (artos) und der Camp-Vorbereitungsgruppe für diesen Artikel.

Hauptversammlung der IG-Farben in Frankfurt

Die Stimmung im städtischen Saalbau des Frankfurter Stadtteils Bergen-Enkheim war am Morgen des 18. August gespannt. Die Aktionäre des einstigen NS-Unternehmens IG Farben hatten zur Hauptversammlung geladen. Mit ihnen waren auch rund 120 DemonstrantInnen gekommen. Unter ihnen etliche Überlebende des Holocaust. Vor den Toren der Versammlungsstätte forderten die RednerInnen–unter ihnen der Auschwitzüberlebende und ehemalige IG-Farben-Zwangsarbeiter Hans Frankenthal– die sofortige Auflösung der mörderischen Aktiengesellschaft. Das gesamte Kapital des einstigen NS-Unternehmens solle bedingungslos den Überlebenden zur Verfügung gestellt werden. Von solchen Forderungen lassen sich die sogenannten Liquidatoren des Unternehmens schon seit Jahrzehnten nicht beeindrucken. Ganz im Gegenteil: Jahr für Jahr trifft man sich, um die neuesten Geschäftszahlen zu begutachten und die Gewinne aus dem mörderischen Geschäft aufzuteilen.



Damit die Damen und Herren Aktionäre dabei kein ungebetener Gast stört, bedient sich das blutbefleckte Unternehmen seit langem des Frankfurter Wachschutzunternehmens »The Guards«. In schwarzen Kampfoveralls und mit Reizgas sowie Schlagstöcken bewaffnet sichern die kahlgeschorenen Sicherheitskräfte die Versammlungsstätten der IG Farben. Dem Inhaber des Security-Unternehmens wird nachgesagt, daß er ehemaliges Mitglied der NPD sei und es gerne sehe, wenn stramm rechts stehende Kameraden bei ihm arbeiten. Mehrmals war das Unternehmen schon unangenehm aufgefallen, auch bei den IG Farben Versammlungen. Vor zwei Jahren hatten die kahlgeschorenen »Guards« sämtliche PressevertreterInnen aus der Hauptversammlung entfernt. Nur zu dumm, daß unter ihnen auch eine Vertreterin der FAZ war, so daß es ab da die Order gab, ein wenig sensibler vorzugehen. Daß die Ordner sich nicht immer daran halten, wurde auf der diesjährigen Versammlung schnell klar. Als ein Rundfunkjournalist die Rede eines IG Farben Vertreters mitschnitt, forderte man ihn auf, den Tonträger herauszurücken. Kurze Zeit vorher hatte der Vorstand des Unternehmens sich geweigert, Ton und Videoaufnahmen zuzulassen. Als Hans Frankenthal an das RednerInnenpult trat, eskalierte die Situation.

Der Auschwitzüberlebende und ehemalige Zwangsarbeiter von Monowitz wagte etwas Unerhörtes: Er verlas einen Brief vom 30. August 1944, in dem die IG Farben die Lagerleitung von Auschwitz-Monowitz aufforderte, den Häftling 157 040 energisch zu bestrafen. Am gleichen Tage, das ergaben Hans Frankenthals Recherchen, wurde der aus Frankreich stammende Mann ermordet. Ernst Krienke, Aufsichtsratsvorsitzender der IG Farben, passten die Ausführungen von Hans Frankenthal ganz und gar nicht, so daß er ihm das Wort entzog, das Mikro abstellte und des Pultes verwies. Hans Frankentahl ließ sich von dem Aufsichtsratsvorsitzenden des ehemaligen NS-Unternehmens nicht beeindrucken. Auf den Stock gestützt setzte er mit lauter Stimme die Rede fort. Auf Weisung der Versammlungsleitung eilten die schlagstockbewährten »Guards« zu ihm, sie sollten, so die Anweisung, den Auschwitzüberlebenden zum Platz »geleiten«. AntifaschistInnen verhinderten, daß die Ordner den alten Mann anfassten. Die Aktionäre, unter ihnen Neonazis mit NPD-Anstecknadeln, kommentierten das Geschehen mit *»Judensau«* oder *»hau ab«*. Hans Frankenthal verliess nach dem Vorfall den Saal. *»Hier herrscht ein Tonfall wie in Auschwitz«* kommentierte er später den Vorfall. Gleichzeitig kümmerten sich die Ordner um weitere »Störer« im Saal. Ein Pressefotograf, der versucht hatte, die Szene am Rednerpult zu fotografieren, wurde des Saals verwiesen, einen anderen, der lediglich seine Kamera um den Hals trug, schliffen die kahlgeschorenen »Guards« aus dem Saal. Im Vorraum schlugen sie auf den Journalisten ein und zerstörten seine Kameraausrüstung. Pressevertretern, die ihrem Kollegen zur Hilfe eilten und sich als Zeugen zur Verfügung stellten, wurde Hausverbot erteilt. Unterdessen ging das Schauspiel im Saalbau seinen Gang. Hans Frankenthal blieb nicht der einzige Redner, der des Pultes verwiesen wurde. Rund ein Dutzend antifaschistischer Kleinaktionäre hatten es sich zum Ziel gesetzt, in die Fusstapfen ihres Vorredners zu treten. Abwechselnd lasen sie Berichte von Überlebenden vor. Wurden sie dabei vom Vorstand unterbrochen, so knüpften die ihnen folgenden RednerInnen genau da an und lasen weiter. Seit rund 10 Jahren wiederholen sich die Auseinandersetzungen in den Hauptversammlungen der IG Farben. Hintergrund ist die Forderung des Auschwitz-Komitees, der VVN, des Dachverbandes der Kritischen AktionärInnen sowie etlicher antifaschistischer Gruppen, das ehemalige NS-Unternehmen sofort aufzulösen.

Die rund 25 Millionen Mark Firmenkapital sollen bedingungslos den ehemaligen ZwangsarbeiterInnen zur Verfügung gestellt werden. Wie in den Jahren zuvor, lehnte auch die diesjährigen Hauptversammlung diese Forderung ab. Im Gegenzug beschloß eine 92prozentige Mehrheit, eine mit 3 Millionen Mark ausgestattete Stiftung ins Leben zu rufen. Ausgeschüttet werden sollen aber lediglich die Zinserträge. Laut IG Farben angeblich 300 000 Mark pro Jahr. *»Diese Bank möchte ich sehen, bei der es solch einen Zinssatz gibt«*, kommentierte Hans Frankenthal die Behauptungen der IG Farben. Bei den 3 Millionen Mark handelt es sich genau um die Summe, die die IG Farben in den sechziger Jahren von der Jewish Claims Conference zurückgefordert und -erhalten hatte. Es sind die Überreste eines seinerzeit gerichtlich erzwungenen Fonds zur Entschädigung von im Westen lebenden ZwangsarbeiterInnen. Eigentlich war damals die Forderung, die übriggebliebenen 3 Millionen an die Hinterbliebenen der ermordeten ZwangsarbeiterInnen auszuzahlen, dazu waren die damaligen Liquidatoren der IG Farben aber nicht bereit. Sie verlangten die Rückzahlung der Summe. Angesichts der vielen noch lebenden Anspruchsberechtigten ist der Sprecher des Bündnisses gegen die IG Farben, Georg Brau, sichtlich empört. Die 3 Millionen seien weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein, sagte er.

Die Leitung der Stiftung sollen die Liquidatoren der IG Farben inne haben, beschlossen die Aktionäre. Opferverbände werden in ihr keinen Platz finden. Die ersten Auszahlungen aus der Stiftung werden frühestens im Jahr 2003 stattfinden, so daß die meisten ehemaligen ZwangsarbeiterInnen dies nicht mehr erleben dürften. ■

Offener Brief zu den Hausdurchsuchungen vom 06.07.1999

Am 06.07.99 durchsuchte das Bundeskriminalamt (BKA) insgesamt 10 Wohnungen in Berlin, Bremen, Hamburg, im Landkreis Lüchow-Dannenberg und im Landkreis Lüneburg, einen Taxi-Betrieb in Berlin Kreuzberg und ein Umweltinstitut in Bremen. Der Vorwurf lautet »Verdacht auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung« (§129a) oder »gefährlicher Eingriff in den Schienenverkehr« (§ 315). Nach der Pressemitteilung des Generalbundesanwaltes (vom 06.07.99) waren 9 StaatsanwältInnen, 100 BKA-BeamtInnen und weitere 200 PolizistInnen der Länder beteiligt.

Die angetroffenen Beschuldigten wurden erkennungsdienstlich behandelt, teilweise wurden noch zusätzlich Speichelproben und Haarproben (aus Haarbürsten) für DNA-Analysen entnommen. In eine Wohnung in Berlin drangen vermummte SEK-BeamtInnen mit Stahlhelm und gezogenem Revolver ein. Ein Mensch wurde von der Arbeit »verbracht«. Nach Angaben der Bundesanwaltschaft gingen der Durchsuchungsaktion »intensive Ermittlungen der `Arbeitsgruppe Energie´ beim Bundeskriminalamt« voraus. Diese Ermittlungen hätten ergeben, daß die Aktionen auf eine Personengruppe aus dem militanten Widerstand gegen die CASTOR-Transporte und auf eine aus dem Widerstand gegen die Olympischen Spiele in Berlin (AOK, Anti-Olympia-Komitee) zurückzuführen sind. Begründet wurde der Vorwurf mit den Hakenkrallenaktionen gegen die Deutsche Bahn AG, die laut Pressemitteilung des Generalbundesanwaltes am 07. Oktober 1996 an zwölf Orten im Bundesgebiet und am 25. Februar 1997 an acht weiteren Orten in Norddeutschland stattfanden, sowie dem »Kommuniqué autonomer Gruppen« zu diesen Aktionen und weiteren BekennerInnenschreiben. In dem breit veröffentlichten Kommuniqué heißt es dazu: »Ziel der Anschläge war es, die Deutsche Bahn AG unter Druck zu setzen, um die CASTOR-Transporte auf dem Schienennetz einzustellen.« Aus der Zeitgleichheit der Aktionsserien und gemeinsamer Erklärungen schließt die Generalbundesanwaltschaft auf die Existenz einer Organisation »Autonome Gruppen«, deren »Führungskader« sie in den Beschuldigten gefunden zu haben glaubt.

Es gibt eine weitere Beschuldigung wegen gefährlichem Eingriff in den Schienenverkehr im Rahmen des Widerstandes gegen das AKW Krümmel.

Die Staatsanwaltschaft unterstellt, daß durch die reißenden Oberleitungen Gefahr für Leib und Leben von LokomotivführerInnen und Reisenden entstanden war. Dagegen geht aus den Diskussionen der Anti-AKW-Bewegung ganz klar hervor, daß solche Aktionen so angelegt sind, daß keine Menschen gefährdet werden. In dem besagten Kommuniqué heißt es dazu: »Wir bewegen uns mit dieser Aktion im Konsens des wendländischen Widerstandes, keine Menschenleben zu gefährden«. Es gibt elf »Beschuldigte« und neun weitere »Betroffene«, wobei dieses Personen sind, die mit den »Beschuldigten« in Kontakt stehen sollen, oder zu deren Räumen die »Beschuldigten« Zugang haben sollen.

Die Durchsuchungen – zumindest bei den »Beschuldigten« – fanden in allen Räumen statt, zu denen sie nach Ansicht der Staatsanwaltschaft Zugang haben. Das betraf auch Keller, Dachböden, Schuppen, Ställe, Autos, Gärten und landwirtschaftliche Flächen. Die Durchsuchungen begannen zeitgleich etwa um 8 Uhr morgens und dauerten bis zu 13 Stunden. Es wurde zugelassen, eine AnwältIn zu benachrichtigen, dann aber konnten, bis auf eine Ausnahme, keine weiteren Telefongespräche geführt oder empfangen werden. In Bremen gehört ein Mitarbeiter der Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz (MAUS e.V.) zu den Beschuldigten. Sein Arbeitsplatz, sowie die Räume der Meßstelle und das gesamte Haus, in dem sich die Meßstelle befindet, wurden durchsucht. Geschäfts- und Arbeitsunterlagen wurden in einem Ausmaß beschlagnahmt, daß ein Weiterbetrieb gefährdet ist. Hier wurde vor Ort eine weitere Beschuldigung erhoben: »Anfangsverdacht des Betruges durch unzweckmäßig verwendete Fördergelder«. Das geschah sicher nicht zufällig: Die Meßstelle hat z.B. die Kampagne gegen Atomtransporte durch Bremen und Bremerhaven ('97,'98) wissenschaftlich begleitet und politisch unterstützt. Diese Kampagne bekam durch den »CASTOR-Skandal« eine zusätzliche Bestätigung. Nach unseren bisherigen Erkenntnissen wurden bei den Durchsuchungen beschlagnahmt: PCs und Datenträger (Disketten, CDs), Videofilme, Fotos, Kalender, Adress-, Notiz- und Tagebücher, Material, an dem gerade gearbeitet wurde (unter anderem Artikel und weitere Texte, unabhängig vom konkreten Tatvorwurf), Krankenunterlagen und Therapieunterlagen über die eigene Behandlung, PatientInnenunterlagen, Strategiediskussionen zu Uran-, CASTOR-Transporten und AKW-Widerstand, Unterlagen zu Bankkonten, Quittungen, Verträge usw., Schraubstöcke, Rohrzangen, Bolzenschneider, Schraubschlüssel, Eisenbahnschienen, Funkscanner, Signalwesten, Landkarten, Schreibmaschinen, Typenrad, Handschriften- und Schreibmaschinenproben, Haarbürsten und Hanfpflanzen. Außerdem wurden Zigarrettenkippen beschlagnahmt, da laut eines Durchsuchungsbeschlusses eine Zigarette (Marke Juwel) auf einer Betonschwelle im Gleisbett ausgedrückt worden sei. Sie soll 13,20 m von der Stelle gelegen haben, an der eine Hakenkralle bei Potsdam eingehängt worden sein soll. Erfahrungsgemäß kann es eine zweite Welle von Durchsuchungen geben. Darauf sollten wir uns vorbereiten! Diese Staatsschutzaktion steht für uns im ganz konkreten Zusammenhang mit den Energiekonsensgesprächen zwischen Regierung und Atomindustrie.

Im Vorfeld der politisch und praktisch in Vorbereitung befindlichen Atomtransporte soll der Widerstand dagegen kriminalisiert, eingeschüchtert, in »friedliche« und »gewalttätige« gespalten und dadurch geschwächt werden. Das bekommt gerade jetzt eine besondere Bedeutung:

Weil sich die Grünen und die SPD von Ihrer Kritik an der Atomtechnologie mit der Übernahme staatlicher Macht immer stärker zu den Garanten der Atomindustrie entwickeln. Weil demnächst wieder Atomtransporte von den AKW zu den Wiederaufarbeitungsanlagen LaHague (F) und Sellafield (GB), bzw. von diesen Anlagen in die »Zwischenlager« Gorleben oder Ahaus, oder von den AKW in die „Zwischenlager" rollen sollen. Weil außerdem fast täglich Atomtransporte, wie z.B. mit Ur-

anhexafluorid für die Brennelementeproduktion durch die BRD fahren.

Abschließend wollen wir betonen:

Unsere Widerstandsformen gegen die menschenfeindliche Atomtechnologie bestimmen wir selbst. Wir lassen sie uns nicht von den VertreterInnen der Atomindustrie und deren staatlichen UnterstützerInnen vorschreiben!

Egal, welche »Farbkombination« in Berlin regiert: Wir werden solange gegen Atomanlagen und –transporte kämpfen, bis alle Anlagen stillgelegt sind! Wir wissen: Gemeint sind wir alle – aber wir lassen uns nicht einschüchtern und auch nicht spalten. Entscheidend für Veränderung war immer nur der Druck, den wir selbst erzeugen konnten.

Sofortige Rückgabe aller beschlagnahmten Gegenstände!
Einstellung aller Verfahren gegen AtomkraftgegnerInnen!
Sofortige Stillegung aller Atomanlagen!

Gemeinsames Solikonto
Rote Hilfe e.V., Kto. 48 19 12 206, BLZ. 200 100 20, Postbank Hamburg, Verwendungszweck: »Goldene Hakenkralle«

Wir brauchen starke finanzielle Unterstützung . Damit Ihr eine Vorstellung habt: Bei 20 Betroffenen sind bisher etwa 20 AnwältInnen beteiligt.

Aktuelle Infos sind abzufragen bei : http://www.nadir.org/gold,
E-mails an: gold@mail.nadir.org.

Weitere UnterzeichnerInnen oder Solidaritätserklärungen an :
BBA-Infoladen, St. Pauli Str. 10-12, 28203 Bremen, Tel./Fax: 0421 / 700 144.

Prozeß gegen Antifa in Wuppertal

Klarer Verurteilungswille des Gerichts

Nachdem sich Richter und Staatsanwalt bereits sicher waren, daß der angeklagte Antifaschist aus Wuppertal, der des schweren Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung angeklagt ist, der Flaschenwerfer sei, der während der Gegendemonstration gegen den NPD-Aufmarsch am 24.10.98 in Bonn einen Polizeibeamten schwer verletzt haben soll, kam am zweiten Verhandlungstag (30.08.) nun die Wende: mehrere ZeugInnen bestätigten übereinstimmend, daß der Angeklagte mitnichten der Täter gewesen sein konnte, weil er sich erstens an völlig anderer Stelle als der vermeintliche Flaschenwerfer aufgehalten hatte und zweitens zum entscheidenden Zeitpunkt sich um eine durch die Polizei schwerverletze Freundin kümmerte, was zudem durch das Einsatzprotokoll des Rettungswagens untermauert wurde. Außerdem bestätigte eine Polizeibeamtin der Wuppertaler Einsatzhunderschaft, daß an der Stelle, wo sich der Angeklagte aufhielt, weder Flaschen noch sonst irgendetwas gegen PolizeibeamtInnen geworfen wurde. Auf diese überwältigend entlastenden Beweise reagierten Richter Broeder und Staatsanwalt Koenig dann auch sichtlich konsterniert und mußten aufgrund der nunmehr »komplizierten Beweislage« (Richter Broeder) den Prozess abermals vertagen lassen, da nun an eine schnelle Verurteilung des Angeklagten aufgrund der äußerst schwammigen Identifizierung eines einzigen Polizeibeamten anhand der Tätermerkmale: Kapuzenpulli, Sonnenbrille und »hervorstechende Nase« (die der Angklagte im übrigen nicht hat!) nicht mehr zu denken ist.

Am letzten Verhandlungstag (02.09.) versuchte das Bonner Amtsgericht unter Vorsitz Richter Broeders nicht einmal den Anschein der Rechtsstaatlichkeit zu wahren: Trotz überwältigender Entlastung durch mehrere ZeugInnen am zweiten Prozesstag folgte es der »Argumentation« des Staatsanwalts, der in seinem Plädoyer am 02.09. den Beweis der Unschuld des Angeklagten schlichtweg ignorierte. Weder Staatsanwalt Koenig noch Richter Broeder machten sich die Mühe, auf den offensichtlichen Widerspruch zwischen der Belastung durch die vage Identifizierung durch einen Kollegen des bei der Räumung verletzten Polizeibeamten und dem sicheren Alibi durch die ZeugInnen der Verteidigung einzugehen. Sie bezeichneten zwar alle ZeugInnen als glaubwürdig, maßgeblich für das Urteil war jedoch allein die zweifelhafte Identifizierung des Belastungszeugen. Bei derartig gewaltsamer Unlogik tat es auch nichts mehr zur Sache, daß Richter Broeder in seiner Urteilsbegründung gar selbst davon sprach, daß der Angeklagte 24jährige Wuppertaler ein markantes Gesicht habe und daher eine Identifizierung zweifelsfrei möglich sei. Wie das in vermummten Zustand funktionieren soll, blieb sein Geheimnis. Am Ende kam heraus: 10 Monate Haft, die für 3 Jahre auf Bewährung ausgesetzt werden plus 100 Stunden gemeinnütziger Arbeit. Die Staatsanwaltschaft hatte zuvor auf 2 Jahre ohne Bewährung plädiert, die Verteidigerin des Angeklagten, die das Verfahren als politischen Prozess, in dem es einzig darauf ankomme, einen antifaschistischen Demonstranten zu verurteilen, egal ob dessen Schuld erwiesen ist oder nicht, forderte Freispruch aufgrund der erwiesenen Unschuld des Angeklagten.

In dem Verfahren wurden mehrfach Beweisanträge der Verteidigung auf Sichtung des kompletten Polizeivideomaterials vom 24.10.98 und Vernehmung weiterer Polizeibeamte zur Entlastung des Angeklagten durch Richter Broeder abgelehnt, obwohl selbst der Staatsanwalt hiergegen keine Einwände hatte.

Verteidigung und Angeklagter überlegen nun, welche Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt werden können. ■

Für das gelaufene Verfahren und etwaige Berufungs- oder Revisionsverfahren ist der Angeklagte weiterhin dringend auf finanzielle Unterstützung angewiesen.
Unterstützt den Angeklagten mit Prozeßkohle:
Spendenkonto Freie Medien e.V.,
Konto-Nr.:470834-437, Postbank Essen,
BLZ 36010043 Stichwort: Prozeß Bonn
Kontakt: Infoladen Wuppertal, Brunnenstr. 41, 42105 Wuppertal, Tel/Fax: 0202/311790

Der Prozeß gegen Safwan Eid geht weiter

»Lügeck« und kein Ende

Vor dem Kieler Landgericht geht der Lübecker Brandprozeß in die zweite Runde – vor Gericht sitzt wieder der Flüchtling Safwan Eid, während die tatverdächtigen Deutschen weiterhin unbehelligt bleiben



Eine eigenartige Idee: »*Wir wollen jetzt die Vergangenheit beiseite lassen,*« erklärte Jochen Strebos. Wie der Vorsitzende Richter im Kieler Prozeß gegen Safwan Eid jedoch die komplexe Geschichte ausblenden will, die schließlich zum Verfahren gegen den Libanesen geführt hat, wird wohl sein Geheimnis bleiben. Barbara Klawitter, eine der beiden Verteidigerinnen Eids, reagierte jedenfalls schon an diesem ersten Prozeßtag genervt. »*Wäre das Verfahren nicht von Beginn an geprägt von einseitigen Ermittlungen der Lübecker Staatsanwaltschaft, müßten wir uns heute hier nicht versammeln und erneut über das schreckliche Ereignis verhandeln*" sagte die Anwältin.

Noch vor diesem Auftakt zum zweiten juristischen Versuch, Safwan Eid für den Anschlag auf die Flüchtlingsunterkunft in der Ostseestadt verantwortlich zu machen, waren die Verteidigerinnen optimistisch. Das neue Verfahren, das am 3. September vor der Kieler Landgericht begann, werde Gelegenheit bieten, so hofften Klawitter und ihre Kollegin Gabriele Heinecke, »*die teilweise unzutreffenden tatsächlichen Feststellungen des Landgerichts Lübeck zu überprüfen und abzuändern*«. Das geht natürlich nur, wenn die bisherige Geschichte auf den Tisch kommt. Nicht nur die Frage, wer tatsächlich das tödliche Feuer vom 18. Januar 1996 entfacht hat, bei dem zehn Flüchtlinge starben und 38 zum Teil schwer verletzt wurden, wartet hier auf eine Antwort. Bis heute ist ebenso ungeklärt, warum die Lübecker Staatsanwaltschaft konsequent gegen Safwan Eid ermittelt hat, obwohl so gut wie kein Verdachtsmoment gegen ihn vorlag, und gleichzeitig die tatverdächtigen Männer aus Grevesmühlen so gut wie unbehelligt blieben.

Ein kurzer Blick zurück: Nach einem zehn Monate dauernden Prozeß sprach das Lübecker Landgericht im Juni 1997 den ehemaligen Hausbewohner Eid frei. Während selbst die Staatsanwaltschaft der Hansestadt nicht für eine Verurteilung plädierte, klagte ein Nebenkläger-Vertreter im Auftrag einer betroffenen Familie vor dem Bundesgerichtshof (BGH) auf Revision des Verfahrens. Der Grund: Protokolle von abgehörten Gesprächen, die Eid zwei Wochen nach seiner Festnahme im Februar 1996 mit seinen Angehörigen in der Besucherzelle des Gefängnisses geführt hatte, hätten nach Meinung des Anwaltes im Prozeß eingebracht werden müssen. Darauf hatte der Vorsitzende Richter Rolf Wilcken damals verzichtet, weil der Lauschangriff möglicherweise ohne gesetzliche Grundlage vorgenommen worden war. Dieser Einschätzung wollte der 3. Senat des BGH im Juli vergangenen Jahres nicht folgen: »*Die Besucherzelle einer Justizvollzugsanstalt ist keine Wohnung.*« Folgerichtig sei die Abhöraktion kein unverhältnismäßiger Eingriff in die Persönlichkeitsrechte des Gefangenen gewesen. Deshalb muß das Verfahren um den wohl folgenschwersten Anschlag auf Flüchtlinge in Deutschland nun neu aufgerollt werden.

Erneut steht also möglicherweise alles zur Disposition, was schon über zehn Monate hinweg in Lübeck verhandelt wurde. Möglicherweise, denn zunächst werden die umstrittenen Ab-

hörprotokolle im Mittelpunkt des Verfahrens stehen. Ob danach tatsächlich wieder das gesamte Procedere von vorne losgeht, das bereits in der Hansestadt durchgespielt worden war, steht noch in den Sternen. Vielleicht kommt auch das Gericht sehr schnell zu dem Schluß, daß durch die abgehörten Gesprächen mitnichten eine Schuld Eids bewiesen werden kann. Und damit würde auch den Kieler Richtern als einziger vermeintlicher Beweis bleiben, was bereits im ersten Verfahren nicht für eine Verurteilung ausreichte: Die Aussage des Kronzeugen *Jens Leonhardt*, der in der Tatnacht von dem angeklagten Libanesen ein Geständnis gehört haben will. »*Wir waren´s*« soll Eid demnach dem Rettungssanitäter im Krankentransport auf dem Weg ins Hospital gesagt haben.

Eine dünne Grundlage, wie im ersten Prozeß alle Beteiligten feststellen mußten. Aber auch über die Tauglichkeit der abgehörten Gespräche machen sich weder die Lübecker Strafverfolger, noch die Bundesanwaltschaft große Illusionen: »*Selbst bei einer Zulassung der Protokolle*«, sagte Ankläger KLAUS-DIETER SCHULZ, könne das Verfahren »*am Ende wieder im Zweifel für den Angeklagten ausgehen*«. Was die Bedeutung der Gespräche betrifft, dürfte er recht haben: Bereits fünf Sprachexperten haben die Ermittler auf die Protokolle angesetzt, und noch immer weisen die Interpretation immense Differenzen auf, die keine Zuordnung zulassen. Zuletzt beschäftigte sich ein Berliner Sprachspezialist im Auftrag des Kieler Gerichts mit den Abschriften. Doch selbst dieser Experte, der den Tripoli-Dialekt der Familie Eid perfekt beherrscht, kam zu keinen neuen Erkenntnissen. Auch nach seiner Übersetzung stehen eher Eids Unschuldsbekundungen im Vordergrund.

Dennoch war sich der BGH in seinem Beschluß sicher: »*Das Landgericht hat gewichtige, den Angeklagten belastende Umstände festgestellt.*« So hätten die Richter einen Anschlag von außen ausgeschlossen, zudem habe Eid etwa in der Nacht auf dem Krankenhausgelände seinen Kaftan »*ohne nachvollziehbare Begründung in einen Container geworfen*«. Unter Beiziehung der Abhörprotokolle könne der Beschuldigte nun möglicherweise überführt werden, entschieden die Karlsruher Juristen mit Blick auf die schriftliche Urteilsbegründung, die von den Lübecker Richtern Ende Oktober 1997 signiert wurde.

Und tatsächlich kann der BGH in seiner Entscheidung auf einige Punkte verweisen, die als angebliche Prozeßergebnisse in diesem Schriftstück formuliert wurden und die den Verdacht wieder auf Eid lenken. Von diesen Verdachtsmomenten war im Lübecker Gerichtssaal selbst kaum die Rede. Im Gegenteil: Noch am 23. April, wenige Verhandlungstage vor dem Ende der Beweisaufnahme, konnte Richter Wilcken nichts erkennen, was den Angeklagten belaste. »Entlastung«, sagte der Gerichtsvorsitzende damals, »*setzt eine hinreichende Belastung von Safwan Eid voraus, die wir nach dem jetzigen Stand nicht haben*«.

Der Freispruch stand zu diesem Zeitpunkt bereits so gut wie fest. Räumte Wilcken dann bei der mündlichen Urteilsverkündung am 30. Juni noch ein, der Sanitäter Leonhardt könne den Angeklagten »*möglicherweise falsch verstanden*« haben, so ist im schriftlichen Urteil davon keine Rede mehr. Die Angaben des Kronzeugen begründeten, heißt es dort, einen schwerwiegenden Verdacht gegen Eid. Der Libanese könnte zumindest Mitwisser gewesen sein. Da »*sein Informant ein Familienangehöriger gewesen sein*« könnte, brauche der Angeklagte niemand zu belasten. Die potentiellen Täter kommen also, so die Botschaft, aus der Unterkunft selbst.

Auch an einem weiteren Punkt änderte sich Wilckens Einschätzung. Noch im Juni war der Richter davon ausgegangen, daß es zwei Primärbrände im Haus gegeben haben muß. Nur so konnte er sich erklären, wie der Flüchtling Sylvio Amoussou im hölzernen Vorbau gestorben war. Die Umstände dieses Todes beschreibt Wilcken dann im schriftlichen Urteil mit einem verwegenen Szenario. Demnach soll der Asylbewerber aus Togo, um sich zu retten, vom ersten Stock nach unten gerannt sein. Unterwegs hätte dann möglicherweise seine Kleidung Feuer gefangen und in der Folge den Vorbau in Brand gesetzt.

Die Verteidigung hält wenig von dieser Interpretation. Für Gabriele Heinecke ist der Tod Amoussous jedoch der »*Schlüssel zur Aufklärung des Brandes*«. Der Togolese war mit Annegret Sch. befreundet, die längere Zeit als V-Frau für die Lübecker Kriminalpolizei im Rotlicht- und Drogenmillieu gearbeitet hatte. In den Monaten vor dem Brand in der Hafenstraße war sie – vermutlich aufgrund dieser Tätigkeiten – mehrmals Ziel von Anschlägen. Möglicherweise, so vermutet die Rechtsanwältin, wurde Amoussou im Vorbau der Flüchtlingsunterkunft als Freund der Lübeckerin von Tätern aus dem Sumpf zwischen Kripo-Spitzeln, »Millieu« und Rechtsradikalen mit einen Brandsatz angegriffen. Eine durchaus denkbare Variante. Der Befund der Gerichtmediziner jedenfalls läßt diese Vermutung zu: Im Gegensatz zu den anderen Opfern wies die Leiche Amoussous nicht die für einen Erstickungstod üblichen Rußpartikel in der Lunge auf.

Hierzu paßt auch eine dritte Wende, die Richter Wilcken im schriftlichen Urteil vollzog: Hatte das Gericht noch im April die Möglichkeit eines gewaltsamen Eindringens von außen eingeräumt, so hieß es dort, diese »*Denkmöglichkeit*« sei »*nicht ernstlich in Betracht*« zu ziehen. Soll heißen: Rechtsradikale scheiden als Täter definitiv aus.

Davon sind auch die Lübecker Staatsanwälte weiterhin überzeugt. Folgerichtig stellten die Ankläger am 2. Juni dieses Jahres das Ermittlungsverfahren gegen jene vier Männer aus dem mecklenburgischen Grevesmühlen wieder ein, die zunächst als Tatverdächtige gehandelt worden waren. Bevor die Polizei sie vor dem brennenden Haus kontrollierte, waren die ausgewiesenen Rechtsradikalen stundenlang in der Hansestadt unterwegs. Zwar wurde bei der Kontrolle im Kofferraum des Wartburgs, mit dem die vier gefahren waren, ein 20-Liter-Benzinkanister gefunden. Das aber stört die Fahnder ebensowenig wie die Tatsache, daß die Männer bis heute kein einwandfreies Alibi vorweisen können. Selbst daß mit »Klein-Adolf«, wie sich der Grevesmühlener MAIK WOTENOW gern nennen läßt, einer der Gruppe mittlerweile dreimal die Tat gestanden und später widerrufen hat, hielt die Strafverfolger nicht von ihrer Entscheidung ab. Und auch nicht die Verbrennungen, die Gerichtsmediziner nach der Festnahme der Mecklenburger an Kopfhaaren, Augenbrauen und Wimpern festgestellt haben. Dabei können selbst die Strafverfolger bis heute nicht erklären, wie sich die Männer diese Brandspuren in der Tatnacht zugezogen haben.

Die bisherigen Erklärungen konnten auch die Lübecker Staatsanwälte nicht überzeugen. So will sich Wotenow seine Verbrennungen zugezogen haben, als er einen Hund angezündet hat, RENÉ BURMEISTER will seine Versengungen bekommen haben, als er beim nächtlichen Abzapfen von Benzin für sein Mofa ein Feuerzeug anmachte. Trotz der kuriosen Erklärungen bleibt der Lübecker Staatsanwalt Klaus-Dieter Schulz auch heute dabei: »*Allein der Umstand, daß das zeitlich/örtliche Zusammentreffen von drei Personen mit Haarversengungen, die jeweils auf andere Art und Weise verursacht worden sein sollen, ungewöhnlich ist, vermag angesichts der anderen Feststellungen einen hinreichenden Tatverdacht nicht zu begründen.*« ■

»...bei allen Unterschieden zu Frankreich ist das im Grunde auch hier möglich.«



mit der Kampagne »kein mensch ist illegal«

Die Kampagne »kein mensch ist illegal« wurde im Juni 1997 auf der »documenta X« mit dem Ziel gegründet, ein Netzwerk von Gruppen zu schaffen, die Flüchtlinge unterstützen. Neben größeren bundesweiten Aktionen, wie zum Beispiel das Grenzcamp bei Zittau in diesem Sommer, wird die die Kampagne hauptsächlich von lokalen und regionalen Projekten getragen. Eine Aktion, die für Aufsehen sorgte, war die des Wanderkirchenasyls in Nordrhein-Westfalen. Während des Wanderkirchenasyls lebten, über ganz NRW verteilt, hunderte kurdischer Flüchtlinge, mit Unterstützung engagierter PfarrerInnen und Gemeindemitglieder in verschiedenen Kirchen und Gemeindezentren.
Das Antifaschistische Info-Blatt sprach mit AktivistInnen und Flüchtlingen aus dem Wanderkirchenasyl in Köln.

AIB: Gibt's die Kampagne überhaupt noch? T-Shirts sieht man überall, aber von der Kampagne sieht und hört man in den letzten Monaten immer weniger...

Peter: Ja klar, die bundesweite Kampagne »kein Mensch ist illegal« gibt es noch. Für Gruppen in Nordrhein-Westfalen sind die Aktivitäten zum Wanderkirchenasyl der Schwerpunkt. Im Rahmen von bundesweiten Treffen der »kein Mensch ist illegal«-Gruppen wird überlegt, eine Kampagne gegen die Lufthansa und Abschiebungen zu planen, ein europaweiter Aktionstag ist in Planung, mit Aktionen gegen den Bundesgrenzschutz.

AIB: Wie sieht denn die Zusammenarbeit bundesweit aus? Gibt es gemeinsame Strategien oder auch bundesweite Aktionen, die angestoßen werden?

Peter: Naja, erstmal verstehen wir uns als ein loses Bündnis. Aber es gibt einem Impulse, zu sehen, was läuft anderswo und was kann man davon übernehmen. Und es gibt ganz konkrete Verabredungen, die getroffen werden, wie z.B. die Kampagne gegen die Lufthansa bundesweit zu starten. Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit sind aber begrenzt, da die örtlichen und regionalen Begebenheiten sehr unterschiedlich sind.

> **Radikalere Aktionsformen wie Hungerstreik, Kirchenbesetzungen, stießen auf Ablehnung, obwohl da die Aktions-Dynamik am größten war.**

Daneben ist es so, daß es das Wanderkirchenasyl weiterhin gibt, es ist nur relativ still darum geworden. Das Wanderkirchenasyl ist eigentlich seit Januar in erster Linie keine politische Initiative bzw. keine politische Bewegung mehr. Zu diesem Zeitpunkt sind Verhandlungen mit der NRW-Landesregierung aufgenommen worden. Die Folge war die Zusicherung von erneuten Einzelfallprüfungen der jeweiligen Situation der Flüchtlinge. Unsere weiteren Handlungsmöglichkeiten scheinen damit begrenzt. Ob das wirklich so ist, darüber gibt es seit zwei Monaten eine lebhafte Diskussion.



AIB: Erzählt doch erst nochmal was über die letzten Entwicklungen beim Wanderkirchenasyl.

Peter: Es sind immer noch 450 Flüchtlinge daran beteiligt, teilweise in Folge der Einzelfallprüfung haben rund 280 Leute eine Duldung. Viele von denen sind im Moment auch nicht mehr in der Kirche. Es gibt ungefähr 150 Leute die vollkommen illegal sind, für ungefähr 20 Leute ist erreicht worden, daß Asylfolgeanträge anerkannt wurden.

Diese Einzelfallprüfungen sind eigentlich ein Witz, was dort geprüft wird, ist nichts weiter als das, was ohnehin nach dem Ausländergesetz möglich ist: Die meisten Duldungen stützen sich darauf, daß eine Abschiebung aufgrund des schlechten Gesundheitszustandes nicht möglich ist und dies vom Amtsarzt anerkannt wurde. Die Mehrheit der Duldungen ist kurzfristig und kann jederzeit zurückgezogen werden.

AIB: Woran liegt es, daß 150 komplett illegal sind?

Paul: Die sind zumeist aus anderen Bundesländern gekommen, und die Ausländerämter blocken total ab und erklären sich für nicht zuständig.

Peter: Das Problem mit der Einzelfallprüfung ist, daß die Versprechungen, die den Flüchtlingen seitens der Landesregierung gemacht wurden, nämlich daß die Beteiligung am Wanderkirchenasyl berücksichtigt werde, von den Ausländerämtern übergangen wird. Dies hätte eine politische Lösung bedeutet, und das machen die Ausländerämter nicht mit.

Abdullah: Wir sind verarscht worden. Vor allem bei der Besetzung der Landeszentrale der Grünen haben die es geschafft, uns mit Versprechungen zu spalten. Wir hätten die Besetzung nicht abbrechen dürfen. Wir haben auf die Zusagen vertraut, anstatt weiterzukämpfen.

AIB: Wie beurteilt Ihr im Nachhinein denn das Wanderkirchenasyl? Wart Ihr zumindest teilweise erfolgreich?

Peter: Wir haben dadurch, daß wir uns auf diese Einzelfallprüfungen eingelassen haben eine Niederlage erfahren.

AIB: Wie ist es dazu gekommen?

Petra: Es gab einen gelungenen Erpressungsversuch seitens des Innenministeriums. Es wurde gesagt, wenn ihr einer Lösung über eine Einzelfallprüfung nicht zustimmt, schieben wir Flüchtlinge in Abschiebehaft gab.

Paul: Andere Faktoren waren noch viel entscheidender: Zum Beispiel daß der Druck nicht ausgereicht hat und es uns nicht gelungen ist, daß diese Aktion größer und breiter geworden ist, oder in anderen Bundesländern durchgeführt wurde.

Petra: Was auch noch dazu kam ist, daß die Kirchengemeinden Hoffnungen auf die Zusagen des Innenministeriums setzten und dazu geraten haben, das Angebot anzunehmen. Das sehen die mittlerweile auch als Fehler und fordern eine politische Lösung für alle.

Peter: Die Kirchen waren aber auch sehr inhomogen, von Unterstützung einzelner Flüchtlinge bis zu eigenen politischen Initiativen kompletter Gemeinden reichte das.

Petra: So gibt es sehr engagierte PfarrerInnen und Gemeindemitglieder, aber eben auch konservative, die diese Aktion eigentlich ablehnten. Nicht zu vergessen die materielle Versorgung der vielen Menschen durch die Kirchengemeinden, ohne diese wäre ja diese Aktion so gar nicht vorstellbar.

Paul: Ein Problem war sicherlich, daß die Flüchtlinge materiell von den Kirchen abhängig sind. Radikalere Aktionsformen, wie Hungerstreik, Kirchenbesetzungen, stießen auf Ablehnung, obwohl da die Aktions-Dynamik am größten war.

»...bei der Besetzung der Landeszentrale der Grünen haben die es geschafft, uns mit Versprechungen zu spalten.«

Peter: Auch die Landesleitung der Kirche hat das Wanderkirchenasyl erstmal intern mit allen Mitteln bekämpft. Das kam hier zu einem Zeitpunkt, wo schon zu viele Gemeinden involviert waren und es eigentlich zu spät war. In anderen Bundesländern, wo wir auch versucht haben, das Wanderkirchenasyl anzuleiern, ist dies von vornherein geschehen.

AIB: Wie war denn überhaupt die Resonanz in der Öffentlichkeit?

Paul: Naja, in den Medien ist viel gelaufen, so z.B. im WDR.

Peter: Wir haben es geschafft, die Thematik überhaupt öffentlich zu machen. Man muß sich da ja nichts vormachen, es ist ja normalerweise kein Thema in großen Teilen der deutschen Öffentlichkeit, die meisten Leute haben überhaupt keine Ahnung, in welcher Situation Flüchtlinge sind. Das haben wir ein wenig bekannter gemacht, vielleicht auch ein wenig zum Skandal gemacht.

Was wir nicht geschafft haben ist, daß die Aktion gewachsen ist, daß sie unbeherrschbar und unkontrollierbar geworden ist.

»Das hat's ja nie gegeben, daß Illegale auf der Straße demonstrieren, daß sie als Gesprächspartner anerkannt werden.«

AIB: Gab es eine eigenständige Organisierung der Flüchtlinge, oder hat die Kampagne und die Kirche diese beeinflußt?

Abdullah: Wir haben uns immer dann getroffen, wenn etwas Besonderes anlag. Wir hatten zwar gedacht, daß es in kleinen Schritten geht, aber seit der Einzelfallprüfung wird nur noch diskutiert, es macht keinen Spaß mehr. Ohne Erfolge sind alle mißmutig.

Paul: Letztes Jahr gab es z.B. einen Hungerstreik in der Kirche, den haben die Flüchtlinge durchgesetzt. Es gab dann ziemlichen Widerstand von der Kirche dagegen, weil es anscheinend ihrem »lebenserhaltenden« Einstellungen völlig zu wider war. Der Hungerstreik wurde dann nach zehn Tagen abgebrochen. Das hatte Dynamik, da kamen unheimlich viele Illegale hinzu, aus dem gesamten Ruhrgebiet. Ansonsten haben wir das nicht so hinbekommen, andere konnten sich, wegen organisatorischer Probleme nicht so ohne weiteres anschließen. Das fehlte - auch auf die Gefahr hin, daß die Bullen kommen.

Peter: Genau darum geht es, zu überlegen, wie Aktionen mehr Dynamik entwickeln können. Es gibt kein Kampf ohne Risiko - auch in Paris hat sich Dynamik entwickelt, als die Sans Papiers angefangen haben. Die Kirche ist geräumt worden, aber es ist dem Staat auf die Füße gefallen. Die Aktion ist nicht zusammengebrochen, sondern explodiert. Und ich glaube, bei allen Unterschieden zu Frankreich, ist das im Grunde hier auch möglich.

Petra: Nur, wer von den UnterstützerInnen sagt den Flüchtlingen: Ihr müßt das jetzt machen! Ich glaube, wir deutschen UnsterstützerInnen hätten spektakuläre Aktionen machen müssen, genau in den Haengern.

Letztendlich ist »Wanderkirchenasyl« das einzige, was die Flüchtlinge wiederum schützt, wenn die Duldungen ablaufen. Wir UnterstützerInnen können nicht hingehen und sagen, das Wanderkirchenasyl ist zu Ende. Die Niederlage war nur eine Etappe.

Paul: Das hat's ja nie gegeben, daß Illegale auf der Strase demonstrieren, daß sie als Gesprächspartner anerkannt werden. Als wir die erste Demo mit den Flüchtlingen gemacht haben, hatten wir totale Angst, daß alle einfahren. Später sind wir mit allen Flüchtlingen in Bus-

»Letztendlich ist »Wanderkirchenasyl« das einzige, was die Flüchtlinge wiederum schützt, wenn die Duldungen ablaufen.«

sen durch die halbe BRD gefahren... Die wenigen, die verhaftet wurden, haben wir wieder rausgekriegt. Bis auf einen, aber der ist nachher wiedergekommen und hat ein reguläres Asylverfahren bekommen.

Peter: Das Wanderkirchenasyl hat es geschafft, Verbindungen zu den unterschiedlichsten FlüchtlingsunterstützerInnen wie Fluchtlingsräte, Kirchenleute etc. bis in die kleinsten Orte hinein zu schaffen. Mal sehen, wie es weitergeht.

AIB: Danke fur das Gespräch. ■



Faxkampagne Freiheit für Sevki Akgöl

Koordination: Gruppe »kein mensch ist illegal« (westliches Ruhrgebiet)

Am 7. Juli 1999 wurde in Oberhausen der kurdischen Flüchtling Sevki Akgöl bei einer Personenkontrolle derPolizei verhaftet. Als Teilnehmer des Wanderkirchenasyls der KurdInnen in NRW gehört er zu den 72 Menschen, die seit Januar 1999 Zuflucht in zwei Oberhausener Kirchen gesucht haben. Sevki Akgöl floh 1989 mit seiner Familie aus der kurdischen Stadt Midyat vor Verfolgung und Folter durch die tükische Polizei. Er selbst war - wie viele seiner Freunde und Verwandten - mehrmals verhaftet und bei Verhören gefoltert worden. Mehr als 35 Angehörige der Familie Akgöl befinden sich heute in Deutschland und sind als asylberechtigt anerkannt. Bei seiner Einreise nach Deutschland stellte Herr Akgöl mit seiner Familie einen Asylantrag in Bayern, welcher jedoch abgelehnt wurde. Aus Angst vor erneuter Verfolgung und Folter in der Türkei entzog sich die Familie der Abschiebung und stellte 1991 unter anderem Namen erneut einen Asylantrag in NRW. 1992 wurde dieser Antrag anerkannt. Als die Familie 1994 nach Baden-Württemberg verzog, wurde sie wegen Namensänderung angezeigt. Herr und Frau Akgöl wurden wegen "mittelbarer Falschbeurkundung" zu 6 und 3 Monaten Gefängnis verurteilt, die Srafe wurde unter einigen Auflagen zur Bewährung ausgesetzt. Das Asyl wurde der Familie wieder aberkannt, so daß schließlich im März 1998 erneut die Abschiebung drohte. Gewarnt durch ein Fax ihres Anwaltes konnte sich die Familie in letzter Minute vor der Abschiebung retten und kam schließlich zum Wanderkirchenasyl nach NRW. Nach wie vor stehen Sevki, seine Frau und die 6 gemeinsamen Kinder unter dem Schutz einer Oberhausener Kirche. Für die Staatsanwaltschaft Heidelberg ist jedoch die Teilnahme am Wanderkirchenasyl gleichbedeutend mit "untergetaucht". Sevki Akgöl hat also gegen die Bewährungsauflagen verstoßen, die einzuhalten jedoch die sichere Abschiebung in die Türkei bedeutet hätte.

Sevki befindet sich nun in der Justizvollzugsanstalt Essen in Strafhaft und soll spätestens nach dem er die Strafe abgesessen hat, abgeschoben werden. Schon jetzt aber drängt Baden-Württenberg darauf, NRW aus der "Verantwortung zu entlassen" und verzichtet auf die restliche Strafe zugunsten einer schnelleren Abschiebung. Mittlerweile liegt dem Landtag NRW eine Petition vor, sich für Sevki Akgöl und seiner Familie einzusetzten, um ein Bleiberecht für sie zu erwirken.

Wir gehen davon aus, daß die Petition nur mit Hilfe öffentlichen Drucks überhaupt angenommen wird, da das Interesse Baden-Württenbergs an der Abschiebung dieser Familie offensichtlich sehr groß ist. Nachdem die "erweiterte Einzelfallprüfung" als gescheitert angesehen werden kann, wäre die Abschiebung von Sevki Akgöl ein erster einschneidender Schritt, nach und nach die KurdInnen im Wanderkirchenasyl doch abzuschieben.

Wir bitten euch deshalb ganz dringend, Protestfaxe mit den Forderungen nach sofortiger Freilassung von Sevki Akgöl und einem Bleiberecht für die Familie an folgende Stellen zu faxen:

Landesinnenminister von NRW
Dr. Fritz Behrends
0211-8713355

Landtag NRW - Innenpolitische Sprecher der Fraktionen
Jürgen Jentsch SPD
0211-884-3163

Roland Appel Grüne
0211-884-3507

Heinz Paus CDU
0211-884-3309

Fraktionsvorsitzende
Prof. Dr. Manfred Dammeier SPD
0208-889767

Christian Bainski Grüne
0211-884-3516

Lorenz Meier CDU
0211-884-2367

Präsident des Landtages
Uli Schmidt
0211-884-2896

Bitte faxt oder mailt nach Möglichkeit auch je ein Exemplar an uns:
fax: 0208/851344
E-mail:k.m.i.i.r@gmx.net
Spenden: Kto-Nr.100 586 83 / Blz.365 500 00
Stadtsparkasse Oberhausen
Empfänger: M.Okon

Verfahren gegen SS-Aufseher eingestellt

Kein Prozeß in Deutschland

Dem ehemaligen SS-Oberscharführer ANTON MALLOTH wird die Mißhandlung und Ermordung von Gefangenen im Gestapo-Gefängnis »Kleine Festung« Theresienstadt vorgeworfen. Das der NS-Verbrecher bis heute von Strafverfolgung verschont wurde, liegt am Umgang deutscher Behörden mit dem Fall. In der Tschechischen Republik würde der heute 87jährige dagegen vor Gericht gestellt.

Anton Malloth, Mitglied der SS und des SD, wurde schon 1948 von einem außerordentlichen tschechoslowakischen Gerichtshof in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Vorgeworfen wird ihm die Mißhandlung und Ermordung von Gefangenen im Gestapo-Gefängnis »Kleine Festung« Theresienstadt. In dem Urteil wird Malloth als *»einer der grausamsten und gefürchtetsten Aufseher«* beschrieben. An 750 Morden soll er zumindest beteiligt gewesen sein. Ehemalige Häftlinge bezeichnen Malloth als *»ungewöhnlich erfinderisch beim Foltern«* und als »Bestie«. Der NS-Verbrecher ist in Österreich zur Fahndung ausgeschrieben und steht auf der UN-Kriegsverbrecherliste, der »United Nations War Crimes Commission« (UNWCC). 1968 wurde das tschechische Todesurteil annulliert und Malloth hätte einen neuen Prozeß zu erwarten. Aber bislang waren die deutschen Behörden nicht bereit den staatenlosen Rentner, der in einem Pullacher Altenheim lebt, auszuliefern. Ein mehr als 30 Jahre andauerndes Ermittlungsverfahren in der Bundesrepublik wurde im Juni dieses Jahres eingestellt.

»Kein Interesse an einer gründlichen Ermittlung«

1989 erstattete Peter Finkelgruen, Strafanzeige gegen Malloth. In seinem Buch »Haus Deutschland oder die Geschichte eines ungesühnten Mordes« beschuldigt er den SS-Mann, seinen Großvater Martin Finkelgrün ermordet zu haben. Peter Finkelgruen, der in Tschechien ehemalige Häftlinge der »Kleinen Festung« Theresienstadt aufsuchte, fand auch Zeugen, die auf Fotos seinen Großvater als eines der Opfer Malloths wiedererkannten und über ihre Aussagen eidesstattliche Versicherungen abgaben. Der Oberstaatsanwalt SCHACHT von der zuständigen Zentralstelle für die Bearbeitung nationalsozialistischer Massenverbrechen in Dortmund ignorierte jedoch die Bemühungen. Finkelgruens Anwälte reichten daraufhin Dienstaufsichtsbeschwerde ein. Darin heißt es u.a.: *»Soweit ersichtlich, sind nicht einmal Anstalten gemacht worden, den Augenzeugen in Anwesenheit eines ermittelnden Staatsanwalts von den tschechischen Behörden vernehmen zu lassen.*

Eine Journalistin soll Herr OstA Schacht auf telefonische Anfrage sinngemäß dahingehend beschieden haben, er sähe keinen Anlaß, tätig zu werden, da er den Zeugen ... nicht glaube«.

1990 wurde das Verfahren vorerst eingestellt. Statt Malloth verfolgte Schacht nun seine Kritiker. Von Finkelgruen forderte er den Widerruf einiger Passagen seines Buches und ein Schmerzensgeld von 5000,- DM. Den Publizisten Ralph Giordano, der Schacht 1993 als *»emotionslosen Ochsenfrosch«* bezeichnet hatte, *»dem die Untat ins Gesicht geschrieben stand«* verklagte Schacht. Auf öffentlichen Druck zog er seine Anzeige aber wieder zurück, weil er befürchtete der Prozeß würde *»zu einer Art Abrechnung mit der deutschen Justiz über die Verbrechen der NS-Zeit«* werden. Im gleichen Jahr wurde das Ermittlungsverfahren gegen Malloth wieder aufgenommen. Allerdings ohne sichtbare Ergebnisse. Als das Verfahren im Juni 1999 nun wohl endgültig eingestellt wurde, warf die Landtagsabgeordnete Brigitte Schumann Oberstaatsanwalt Schacht vor, er habe *»kein Interesse an einer gründlichen Ermittlung gezeigt«.* Akten seien ignoriert und Zeugen nicht gesucht worden. Ähnliche Kritik äußerte auch Jaroslava Novotna, Staatsanwältin bei der obersten Staatsanwaltschaft

Hinrichtungskommando im Gestapo-Gefängnis Theresienstadt; 5.v.re. Anton Malloth

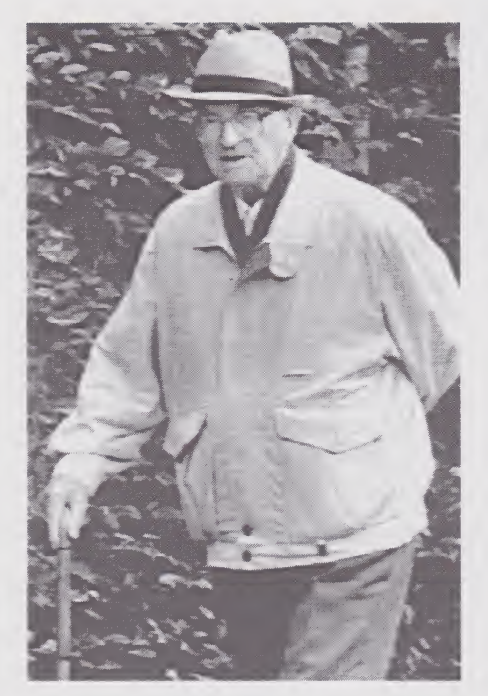


in Prag, die nun ein neues Strafverfahren gegen Malloth eröffnen will und glaubt zu anderen Ergebnissen kommen zu können als die Dortmunder Zentralstelle. *»Wir haben sogar zwei Zeugen festgestellt, die bisher nicht gut verhört wurden«*, sagte sie der ARD.

Oberstaatsanwalt Hermann Weissing verteidigt hingegen das Vorgehen der Zentralstelle. Malloth seien die unverjährten Mordtaten nicht *»eindeutig zuzuordnen«* gewesen. Es hätte nur dann eine Chance bestanden ihn rechtlich zur Verantwortung zu ziehen, *»wenn er viele Jahre früher für die deutschen Ermittlungsbehörden greifbar gewesen wäre«*.

»Stille Hilfe« in Deutschland

Malloth hätte durchaus für die Behörden greifbar sein können, aber auch in der Vergangenheit hatte sich die Dortmunder Zentralstelle nicht übermäßig engagiert. Widersprüchlichkeiten und Ungereimtheiten reichen zurück bis in die Nachkriegszeit. Bis 1973 galt Malloth bei der Zentralstelle als tot. Danach war die Ermittlung seines Aufenthaltsortes trotz angeblich »umfangreicher Nachforschungen« nicht möglich. Dabei hätten es die Ermittler nicht sonderlich schwer gehabt. Nachdem es Malloth nach 1945 erst gelungen war sich zu verstecken, saß er zum Zeitpunkt, an dem das tschechische Gerichtsurteil gefällt wurde in österreichischer Auslieferungshaft. Die Ratskammer des Landgerichtes Innsbruck entschied sich 1949 jedoch gegen die Auslieferung und ließ den NS-Verbrecher frei. Malloth ging zurück nach Südtirol und erlangte die italienische Staatsbürgerschaft, die ihm 1956 jedoch aufgrund seiner NS-Vergangenheit wieder aberkannt wurde. Dem nun Staatenlosen stellte das deutsche Bundesverwaltungsamt 1957 einen Heimatschein aus und später erhielt er einen Reisepaß, in den als Wohnort Meran eingetragen wurde. Beim deutschen Generalkonsulat in Mailand wurde der Paß mehrfach verlängert, zuletzt 1973 mit einer Gültigkeitsdauer bis 1978. Erst 1973 informierte das Auswärtige Amt dann auch die zuständigen Justizbehörden. Zwei Jahre zuvor hatte der NS-Verfolgte Wilhelm Stiebel aus Innsbruck auf eine Bitte tschechischer Widerstandskämpfer den Wohnort Malloths herausgefunden. *»Zehn Minuten habe ich damals, 1971, gebraucht, um herauszufinden, wo er in Meran als Vertreter für deutsche Firmen lebt.«* erklärte Stiebel gegenüber der Presse. Seine Meldung blieb jedoch folgenlos, obwohl Malloth seit 1958 in Österreich wieder zur Fahndung ausgeschrieben war.



Rentner Malloth (1992)

Wenngleich die Zentralstelle angeblich nicht wußte, wo Malloth sich befand, so wußte dieser vermutlich recht genau, was in der Zentralstelle vor sich ging. Nach 1973 mied er das Generalkonsulat und ließ seinen Paß nicht mehr verlängern. Die italienischen Behörden schoben ihn daher 1988 in die Bundesrepublik ab. Für einen Haftbefehl sah die Dortmunder Zentralstelle jedoch keinen Anlaß. Der Transport von Meran nach München erfolgte per Flug. Damit wurde eine Festnahme in Österreich verhindert, wo im Gegensatz zu Deutschland ein Haftbefehl bestand. In München übernahm die Hilfsorganisation für NS-Verbrecher Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V. die Betreuung des SS-Mannes. Ausgerechnet Gudrun Burwitz, eine Tochter Heinrich Himmlers, die auch zu den »altgedienten Mitgliedern« der mittlerweile verbotenen Wiking Jugend gezählt wird, besorgte ihm einen Platz in einem Pullacher Seniorenheim und besucht Malloth wöchentlich.

Behördlicher Schutz vor Auslieferung

Nach den lückenhaften Ermittlungen der Dortmunder Zentralstelle und der Einstellung des Verfahrens 1999, wäre eine Auslieferung an die Tschechische Republik die letzte Möglichkeit Malloth vor ein Gericht zu bringen. Nach § 16 Grundgesetz darf ein Deutscher jedoch nicht an das Ausland ausgeliefert werden. Der Frage der Staatsbürgerschaft kam darum besondere Bedeutung zu. Wieder bedurfte es einer privaten Initiative. Ein von Peter Finkelgruen in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten stellte eindeutig fest, daß Malloth die deutsche Staatsbürgerschaft nicht besaß. Demnach hätten ihm schon 1957 keine Ausweispapiere ausgestellt werden dürfen.

Der 1912 geborenen Anton Malloth optierte als Südtiroler zwar 1939 für das großdeutsche Reich und erhielt dadurch die deutsche Staatsbürgerschaft. Als Südtiroler war es ihm dann aber 1949 möglich durch eine Reoption als »Antonio Malloth« wieder die italienische Staatsbürgerschaft zu erlangen. Voraussetzung war allerdings ein Verzicht auf die deutsche Staatsangehörigkeit. Erst 1956 wurde ihm die italienische Staatsbürgerschaft wieder aberkannt, da SS-Angehörigen ab dem Dienstgrad eines Unteroffiziers von der Reoption ausgeschlossen waren. Damit war Malloth staatenlos. Obwohl dies aus den italienischen Akten eindeutig hervorging, stellte das Münchener Kreisverwaltungsreferat 1988 erneut die deutsche Staatsbürgerschaft Malloths fest und verhinderte damit die Möglichkeit einer Auslieferung. Erst 1998 wurde die Paßbehörde vom bayrischen Innenministerium angewiesen den deutschen Ausweis einzuziehen.

Obwohl nun der Weg für eine Auslieferung frei wäre, mauern die Behörden weiter. Ein Jahr nach der Einziehung des Passes teilte die Bundesjustizministerin mit, daß erst nach Abschluß des eingeleiteten Verwaltungsverfahrens und eines sich daran möglicherweise anschließenden gerichtlichen Verfahrens über eine Auslieferung entschieden werden könne. Nun wird es darum gehen die Frage zu klären ob dieses Verfahren in Bezug auf eine Auslieferung aufschiebende Wirkung hat, sonst ist zu befürchten, daß Malloth weiterhin Zeit gewinnt.

Dabei geht es weniger darum den 87jährigen seiner gerechten Strafe zuzuführen, als vielmehr um die Wiederherstellung der Würde der Opfer. Peter Finkelgruen befürchtet eine neue »Theresienstadtlüge«: *»Mit der nunmehrige Einstellung des Verfahrens, das dreieinhalb Jahrzehnte gedauert hat, ist die Grundlage gelegt für die Feststellung, es hätte in der ‚Kleinen Festung Theresienstadt' keinen einzigen von der deutschen Justiz verfolgbaren Fall von Mord gegeben.«* ■

Literatur:
Peter Finkelgruen, Haus Deutschland oder die Geschichte eines ungesühnten Mordes, Reinbek, 1994

US-Nazis:

Rassistische Amokläufer

Buford O'Neal Furrow Jr. bestätigt sämtliche Vorurteile, die wir über den weissen rassistischen Untergrund haben. Furrow hat gestanden, einen Filipino-American Briefträger erschossen und fünf Leute in einem jüdischen Gemeindezentrum in Los Angeles verletzt zu haben. Er ist ein typischer Verlierer. Seine einzigen bisherigen »Erfolge« waren einige Jahre als Uniformträger in der Zentrale der nazistischen Aryan Nations in Idaho, eine Beziehung mit Debbie Mathews (die Witwe des »legendären« Nazi-Terroristen Robert Mathews) und eine Faszination für Schusswaffen. Er wurde aus dem Militär entlassen, scheiterte in seiner Ehe, verbrachte einige Zeit in der Psychiatrie und wechselte von einem Job zum anderen. Im Alter von 37 Jahren wohnte er noch bei seinen Eltern.

Aber bevor wir voreilig schlussfolgern, dass traurige Lebensumstände einen Killer-Nazi produzieren, sollten wir bedenken, dass die meisten Leute mit einer unregelmässigen Berufslaufbahn und mit gescheiterten Ehen rechtschaffene Menschen sind (manche sind sogar gute AntifaschistInnen). Und Benjamin Smith, der vorherige »Mörder des Monats«, war ein wohlhabender Student aus einer Vorstadt von Chicago. Er verfügte über alle Privilegien, die ein erfolgreiches Leben praktisch garantieren. Stattdessen schloss sich Smith der World Church of the Creator (Weltkirche des Schöpfers) an, fuhr durch Illinois und Indiana und erschoss dabei zwei Menschen und verwundete sieben weitere, bevor er sich am Ende selbst tötete.

Der kleinste gemeinsame Nenner von Furrow und Smith war ihre psychische Unsicherheit. Dies mag andeuten, warum Furrow und Smith zu Mördern wurden, aber es erklärt nicht, nach welchen Kriterien sie ihre Opfer auswählten. Und manche der berüchtigsten Killer-Nazis (wie Robert Mathews) zeigten keinerlei andere Symptome von Verrücktheit. Auch viele von Hitlers Mördern waren schliesslich »gewöhnliche Deutsche«.

Hier empfiehlt sich ein Blick in das Buch, das Furrow zusammen mit seinen Waffen, kugelsicheren Westen und 5000 Schuss Munition in seinem Kofferraum aufbewahrte. »War Cycles, Peace Cycles« ist ein Christian-Identity-Werk von Richard Kelly Hoskins. Hoskins ist der Vater der Lehre der Phineas-Priesterschaft, nach der es für Einzelkämpfer heilig ist, JüdInnen und Schwarze zu töten. Aber der 70-jährige Hoskins wird wohl kaum selbst abdrücken. Er ist ein glücklich verheirateter Aktienhändler und Grossvater. Was wiederum zeigt, dass die Mitglieder der weissen rassistischen Gruppen aus allen sozialen Schichten stammen. In den christlich geprägten USA werden solche Mordtaten immer häufiger mit dem bevorstehenden Jahrtausendwechsel erklärt. Und zwar so: ChristInnen, die glauben, daß der Endkampf zwischen Gut und Böse im Jahr 2000 stattfinden wird, neigen zu Gewalttaten als Erfüllung der Vorsehung. Die sogenannten Identitäts-Christen wie Hoskins und Furrow glauben, dass dieser Endkampf ein Rassenkrieg sein wird. Und deswegen schiesst Furrow auf JüdInnen und tötet einen Briefträger. Aber es fehlt ein Glied in dieser Beweiskette. Die Identitäts-Doktrin legt Armaggedon nicht auf das Jahr 2000. Es wird einen Rassenkrieg geben, aber das Datum steht noch nicht fest. Die Identitäts-Leute versuchen schon seit Jahrzehnten, einen Rassenkrieg anzufachen. Das arme Jahr 2000 muss nun als Sündenbock herhalten. Abgesehen davon ist die World Church of the Creator (zu der Smith gehörte) ausdrücklich anti-christlich. Also hatte er auch kein Jahrtausend-Fieber. Furrow, Smith und manche andere Amokläufer (zum Beispiel Eric Rudolph, der 1998 einen Bombenanschlag auf eine Abtreibungsklinik verübt haben soll und immer noch flüchtig ist) haben eines gemeinsamsam: Sie wollen eine rein-weisse Nation schaffen – ohne JüdInnen, Schwarze, Schwule, Lesben und andere »Rassen-Verräter«. Dies verbindet die Mörder mit der Identitäts-Bewegung, der nazistischen National Alliance, dem Nazi-Label Resistance Records und selbst mit manchen Bürgermilizen, die normalerweise sinnloses Morden scharf verurteilen. Weisser Nationalismus ist das gemeinsame Element dieser Bewegung. ■

Antifaschistische Selbsthilfe in den USA (Ann Arbor, Michigan): Ein Teilnehmer einer KKK-Demo wird von GegendemonstrantInnen des Platzes verwiesen.



Neues zum Nazi-Kongreß in Chile

Lokale Neonazis und deutsche Altnazis ziehen die Fäden

»*Wir huldigen dem Germanengott Odin, wir sind die Weißen des Südens. Lasst uns aus Chile das mythische Land machen, von dem wir träumen.*« Die Skinhead-Gruppe AL SUR DEL MUNDO (Im Süden der Welt) macht keinen Hehl aus ihrer Ideologie: »*Ehre, Treue und Rassenstolz sind die Grundlage unseres nationalsozialistischen Denkens.*« Das Pamphlet endet mit der Ankündigung, im Süden Lateinamerikas eine »*Nationalsozialistische Internationale*« zu gründen. Was wie eine Provokation fantasierender Rechtsextremer klingt, nimmt in Chile konkrete Formen an: Mehrere Nazigruppen und einige rechtsextreme Intellektuelle planen am 20. April 2000 in der Kordillere unweit der Hauptstadt Santiago einen »Internationalen Nationalsozialistischen Kongress« abzuhalten (s. AIB Nr. 48). Zuerst schlugen jüdische Organisationen Alarm, nun fürchtet auch die chilenische Regierung um das Image des Landes. Hinzu kommt die Angst vor einer unheilvollen Allianz, die Recherchen zufolge hinter dem geplanten Treffen steht: Drahtzieher sollen neben Neonazis und Skinheads deutsche Altnazis und deren Angehörige sein, die nach 1945 in den deutschen Kolonien Südamerikas Zuflucht fanden und im Schutz der dortigen Diktaturen ihre nationalsozialistische Ideologie pflegten.

Mittlerweile intensiviert Chiles extreme Rechte ihre Aktivitäten rund um den geplanten Kongress: Im Juli diesen Jahres ließ der bekannte Naziführer ALEXIS LOPEZ bei der Wahlbehörde eine neue Partei namens NUEVA SOCIEDAD (Neue Gesellschaft), kurz NS, eintragen. Begleitet von Pfiffen und Buhrufen bahnte sich Alexis Lopez den Weg durch die knapp Hundert Demonstranten vor der Wahlbehörde in Santiago de Chile. Junge Männer in schwarz mit kahlgeschorenem Kopf begleiteten ihn. »*Ihr seid gegen die Meinungsfreiheit, ihr wisst gar nicht, was wir wollen,*« antwortete Lopez den Protestierenden. Die fragwürdigen Parteigründer haben nun sieben Monate Zeit, 25.000 Unterschriften zu sammeln, um ihr Ziel zu erreichen: Als legale politische Partei geniessen Initiatoren wie Teilnehmer des Nazi-Kongresses laut Verfassung besonderen Schutz.

Damit ist die Regierung von Christdemokrat EDUARDO FREI in der Zwickmühle: Ein von NS organisierter Kongress kann nicht verboten werden. Dennoch erklärt die Regierung, sie wolle alle juristischen Mittel ausschöpfen, um das Nazitreffen zu verhindern. Alle Parteien in Chile verwehren sich der Nazi-Präsenz in ihrem Land und fordern wie die israelische Botschaft, die Nazipartei nicht zuzulassen. Inzwischen sprach sich auch das Parlament mit nur drei Gegenstimmen für eine Verhinderung des Kongresses aus, woraufhin Präsident Eduardo Frei eigens für diesen Fall eine Kommission berief. Die Zielstrebigkeit der chilenischen Rechtsextremisten überrascht. Aktivitäten und Übergriffe von Neonazis sind in der Region bislang eine Randerscheinung. Zwar werden in Argentinien und Chile immer wieder jüdische Friedhöfe geschändet, im Süden Brasiliens machen hellhäutige Nazi-Skinheads Jagd auf Homosexuelle und schwarze EinwandererInnen aus dem Norden. In Uruguay machte im Januar eine Gruppe NATIONALES KOMMANDO 1889 (Hitlers Geburtsjahr) mit drei Bombenattentaten Schlagzeilen. Lediglich das Internet, seit geraumer Zeit bevorzugter Kommunikationsmittel der Rechtsextremen, konnte die Zunahme rechtsextremer Aktivitäten in der Region bisher eindeutig festgestellt werden. Immer mehr Web Seiten mit antisemitischen und NS-verherrlichenden Inhalten, die Südamerika als neuem Eldorado für Nationalsozialisten preisen, machen den Behörden Sorge. »*Die Zahl solcher Gruppen wächst, und ihre Aktivitäten werden seit einigen Jahren professioneller,*« warnt das SIMON-WIESENTHAL-ZENTRUM in Buenos Aires. Experten gehen von 2.000 aktiven Neonazis und noch mal so vielen Sympathisanten allein in Chile aus.

Wie überall scheuen die Nazis auch in Chile das Licht der Öffentlichkeit, nur wenig ist über ihre Verbindungen zueinander bekannt. Doch zu einem Stelldichein kommen viele alljährlich zusammen: Die braune Szene feiert am 20. April Hitlers Geburtstag. Mit dabei ist u.a. Alexis Lopez, Herausgeber der Zeitschrift PENDRAGON, sowie Vertreter der Skinhead-Gruppen Al Sur del Mundo und CORPORATION ECOLOGICA NUEVA ERA, denen die Durchführung des Treffens im kommenden Jahr obliegt; ERWIN ROBERTSON, Direktor der Zeitschrift CIUDAD DE LOS CESARES (Stadt der Kaiser), die ähnlich wie die JUNGE FREIHEIT das Image eines Intellektuellen-Organs anstrebt. Gerne kommt auch MIGUEL SERRANO, Führer des esoterischen Flügels der Rechtsradikalen. In seinen Büchern, die in viele Sprachen übersetzt wurden, leugnet er nicht nur den Holocaust; Serrano entwickelt ein wirres Konstrukt von Symbolen und Mythen, die von der Wiedergeburt Hitlers bis zur Vision eines »*neuen, reinrassigen Chiles*« reichen.

Serrano hielt nicht nur vor zehn Jahren die Hauptrede bei einer Neo- und Altnazifeier zu Hitlers 100stem Geburtstag in Chile. 1984 kondolierte er am Grab des nach Chile geflüchteten Kriegsverbrechers WALTER RRAUFF, der in Nazideutschland für den Tod von 97.000 Menschen in den sogenannten Tötungswagen verantwortlich zeichnete. Unbehelligt konnte Rauff in Chile leben, die PINOCHET-Diktatur schützte ihn vor seinen Verfolgern. Auch die Deutschensiedlung COLONIA DIGNIDAD in Südchile, die REINHOLD KOPPS gern besuchte, während der Geheimdienst DINA dort ein Folterlager unterhielt, ist ein Beispiel für die verhängnisvollen Verstrickungen von Altnazis und bestimmten südamerikanischen Eliten.

Eine andere Spur zu den Hintermännern des internationalen Nazikongresses führt in den Süden Chiles und in die Vergangenheit. Die kleine Stadt Osorno, 700 Kilometer südlich der Hauptstadt Santiago, ist nach Ansicht des chilenischen Geheimdienstes der Knotenpunkt, von dem aus Nazischriften vertrieben und internationale Kontakte gehalten werden. Hier, so lassen die spärlichen Indizien vermuten, finden sich Organisatoren und Finanziers des Nazitreffens, unter ihnen alte Herren, die schon in Nazideutschland Karriere gemacht haben.

Osorno liegt in einer idyllischen Landschaft, umgeben von tiefen Wäldern, Seen und Vulkanen. Wenn die schneebedeckten Kegel hinter den Wolken verschwinden, fühlt man sich hier wie im Schwarzwald. Wohl deswegen siedelten im vergangenen Jahrhundert viele Deutsche in dieser Gegend, die sie sich nur mit den wenigen Mapuche-Indigenas teilen mussten. Noch heute prägen ihre Nachfahren Kultur und Alltag in Städten wie Puerto Montt oder Valdi-

via. Allerorten gibt es »Kuchen« (Mehrzahl: Kuchenes) zu kaufen, viele Menschen sprechen bis heute die deutsche Sprache.

Nach 1945 kamen andere Deutsche in diese Gegend, Kriegsverbrecher, denen es gelang, der alliierten Justiz zu entwischen. An die 50.000 NS-Täter, so die Schätzungen, kamen über die sogenannte Rattenlinie von Deutschland über Österreich, Italien und den Vatikan bis zum Hafen Genua, wo sie sich Richtung Latein- und Südamerika einschifften. Nazigrößen wie Adolf Eichmann, Joseph Mengele, Walter Rauff und Klaus Barbie konnten sich so, oft mit Hilfe des Roten Kreuzes und sympathisierender katholischer Bischöfe, einer Strafverfolgung entziehen. Unterschlupf fanden sie in Brasilien, Paraguay oder Bolivien, die meisten jedoch gingen nach Chile und Argentinien.

Besonders beliebt war das argentinische Bariloche, eine Andenstadt, die für ihre Skigebiete und Schokoladenproduktion bekannt ist. Wie viele Nazis hier noch versteckt sind, wissen nicht einmal die israelischen Nazijäger, die 1960 Adolf Eichmann in Buenos Aires aufspürten und in Jerusalem vor Gericht brachten. Zuletzt wurde Mitte Juli dieses Jahres bekannt, dass der SS-Offizier Herbert Habel hier seit vielen Jahren unbehelligt lebt. Auch Juan Maler, Schriftsteller und Eigentümer des gleichnamigen Verlages, lebte in Bariloche. Sein wirklicher Name ist Reinhold Kopps. Bis 1945 war er bei der deutschen Abwehr, dem NS-Geheimdienst, tätig. Später arbeitete er für die »Rattenlinie«, bevor er selbst nach Argentinien floh, das damals vom Hitlerbewunderer Juan Peron regiert wurde. Das Wiesenthal-Zenturm verdächtigt Kopps, bei Erschiessungen in Albanien beteiligt gewesen zu sein.

Kopps ist bis heute ein Naziaktivist. Seine Schriften richten sich gegen Freimaurer und Juden, unumwunden bekennt er sich zum Nationalsozialismus. Anfang der 90er Jahre berichteten deutsche Zeitungen über seine guten Kontakte zu hiesigen Neonazis. Eng verbunden ist Kopps auch mit dem Godenau-Verlag, der seine Bücher in Deutschland vertreibt. Der in Hessen lebende Roy Godenau, der mit dem 1982 wegen terroristischer Aktivitäten verurteilten Manfred Roeder zu den Strategen der deutschen Naziszene zählt, dient Kopps zudem als Verbindungsmann für seine dubiosen Geldgeschäfte. Als 1994 der Kriegsverbrecher Erich Priebke in Bariloche festgenommen und nach Italien ausgeliefert wurde, floh Reinhold Kopps aus dem Schweinwerferlicht ins chilenische Osorno. Nach Erkenntnissen der Polizei richtete Kopps, alias Juan Maler, hier sein neues Aktionszentrum ein. Bekannt ist, dass Bücher seines Verlages in Bariloche gedruckt, noch Osorno geschafft und vor dort aus auch nach Europa, insbesondere Italien und Deutschland, vertrieben werden. Einige dieser Schriften sind hier wegen ihres rassistischen Inhalts verboten. Unter der chilenischen Militärdiktatur von 1973 bis 1990, die teilweise faschistische Züge trug, gedieh in den deutsch besiedelten Gebieten um Osorno auch der braune Sumpf. Ehemalige Wehrmachtsangehörige und SS-Leute, die nicht in die Kategorie der Kriegsverbrecher fielen, gründeten Verbände und bauten ihren politischen wie wirtschaftlichen Einfluss aus. Die Vermutung, sie propagierten aufs neue ihre alten Ideale, weisen sie weit von sich: »*Wir treffen uns, gedenken der alten Zeit und pflegen unsere Freundschaft*,« so ein Sprecher der Exildeutschen. Jetzt versuchen diese Kreise, jene Saga mit Leben zu füllen, derzufolge der Nationalsozialismus in den Anden Südamerikas dereinst neu entstehen werde. ■



Der chilenische Regierungspalast, in dem 1973 der sozialistische Präsident Salvador Allende von den faschistischen Militärs erschossen wurde.

Dieser Artikel wurde uns vom »Nachrichtenpool Lateinamerika« (npl) zur Verfügung gestellt

Schweden

Halbherzige Ermittlungen nach Autobombe

Bisher gibt es noch keine Festnahmen im Zusammenhang mit der Autobombe, mit der am 28. Juni die beiden antifaschistischen JournalistInnen Peter Karlsson und Katarina Larsson ermordet werden sollten. Die Bombe verletzte Karlsson und seinen achtjährigen Sohn. Karlsson und seine Ehefrau Larsson, beide frühere MitarbeiterInnen der Antifa-Zeitschrift Expo, gelten als zwei der führenden JournalistInnen zum Thema Rechtsextremismus. Sie haben sich auf die White-Power-Musikszene spezialisiert. Vor kurzem veröffentlichten sie einen Artikel über die Nazi-Unterwanderung des Militärs. Nach diesem Artikel begannen die Morddrohungen gegen das Paar.

Nach Auffassung der Polizeispezialisten war die Bombe darauf ausgerichtet zu töten, nicht nur zu verletzen oder einzuschüchtern. Die Bombe war in dem Auto von Karlsson und Larsson untergebracht und explodierte, als der Motor angelassen wurde. Aber weil die Autotüren noch geöffnet waren, wirkte die Explosion nicht tödlich. Die Fahndung konzentriert sich auf mehrere rechtsextreme Gruppen im Grossraum Stockholm.

Zwei Tage nach dem Anschlag trat Katarina Larsson im Fernsehen auf und erklärte, dass sie und ihr Ehemann sich nicht abschrecken lassen würden. Sie verlangte von der Polizei, dass sie Nazismus nicht länger als Problem von ein paar besoffenen Skinheads betrachtet, sondern als gutorganisierten politischen Apparat, der eine unmittelbare Bedrohung für Einzelpersonen und die gesamte Gesellschaft darstellt.

Nazismus: Ein kleines Problem?

Anders Eriksson, ein Chef der schwedischen Sicherheitspolizei Säpo widersprach Larsson sofort. Die Säpo wisse über die Nazigruppen bestens Bescheid. Er spielte Nazismus als kleines Problem herunter. Erikssons Kommentar rief wütende Proteste hervor, unter anderem von einfachen PolizistInnen. Einige Beamte gingen mit ihrer Kritik an der nachlässigen Haltung der Säpo gegenüber Nazis an die Öffentlichkeit.

Der Mordversuch gegen zwei freischaffende JournalistInnen und ihrem Sohn machte landesweit Schlagzeilen und stiess auf scharfe Verurteilung der Mediengewerkschaft. Kurdo Baksi, der Herausgeber der Zeitschrift Blackwhite/Expo Magazine startete einen Appell gegen die lasche Haltung der Säpo und für einen besseren Schutz für Opfer von Nazi-Terror. Innerhalb von 24 Stunden unterschrieben mehr als 1.000 Medienbeschäftigte diesen Appell. Die stellvertretende Ministerpräsidentin Lena-Hjelm Wallen gab zu, dass die Ignoranz der Sicherheitspolizei ein Problem sei.

Die meisten Nazi-Organisationen sind bisher ungewöhnlich ruhig geblieben, was die Autobombe betrifft. Eine Ausnahme ist Folktribunen (Volkstribun), ein Sprachrohr der sogenannten Nationalen Jugend/Schwedische Widerstandsbewegung. Redakteur von Folktribunen ist Klas Lund, ein früherer Führer des Weissen Arischen Widerstands (VAM), der wegen der Beteiligung an dem Mord an einem Antirassisten und an einem Banküberfall im Gefängnis sass. Folktribunen behauptete, dass Karl-sson kein *»unschuldiges Opfer«* sei. Er sei ein Agent der Anti-Faschistischen Aktion (AFA), sammle Informationen für eine Terrorkampagne gegen *»Patrioten«* und habe ein langes Vorstrafenregister. Nazi-Aktivisten verbreiteten diese Behauptungen auch im Internet und durch anonyme Anrufe bei mehreren Zeitungen.

Beifall aus der Nazi-Szene

Das Anti-Antifa-Magazin Info-14 unterstützte nicht nur die Autobombe, sondern auch den hinrichtungsähnlichen Mord an zwei Polizisten nach einem Banküberfall im vergangenen Mai (siehe AIB 48). Dieser Doppelmord in der Kleinstadt Malexander südlich von Stockholm wurde von Anhängern der Nationalsozialistischen Front verübt, die derzeit die am schnellsten wachsende Nazigruppe in Schweden ist. Die drei Bankräuber wurden mittlerweile verhaftet, fünf weitere Personen als mutmassliche Mittäter (vorübergehend) festgenommen.

Eine zweite Autobombe - diesmal gegen die Polizei

Nur zwei Tage nach der Autobombe von Stockholm explodierte am 30. Juni eine zweite Autobombe in Malmö. Kurz vorher hatte ein anonymer Anrufer der Polizei einen Autodiebstahl gemeldet. Als zwei Beamte am angeblichen Tatort auftauchten und das Auto untersuchen wollten, ging die Bombe hoch. Ein Polizist wurde schwer verletzt (er verlor beide Augen), der andere nur leicht. Bisher gibt es noch keine eindeutigen Beweise, dass die beiden Bombenanschläge zusammen hängen. Allerdings galten beide Autobomben Leuten, die auf den Hit-Listen der Nazis ganz oben stehen: JournalistInnen und PolizistInnen.

Die Polizei von Malmö sucht zwar auch unter Nazigruppen nach den Tätern, aber der Verdacht richtet sich vor allem gegen die Hell's Angels, die in Südschweden ein erhebliches Sicherheits-problem darstellen. Auch die Hell's Angels, die weder JüdInnen noch Schwarze als Mitglieder aufnehmen, haben zahlreiche Verbindungen zur Nazi-Szene. Nach einem mehrjährigen Bandenkrieg gegen die Konkurrenz vom Bandidos Club (mit zahlreichen Toten), streben die Angel's jetzt die Kontrolle über Prostitution, Drogenhandel und Schutzgelderpressung in Südschweden an.

Aufrufe zum Terrorismus

Unter den politischen Nazi-Organisationen in Skandinavien ist auch Combat 18 International / Blood& Honour/Scandinavia. Drahtzieher ist Erik Blücher von Ragnarock Records, einem der weltweit führenden Nazi-Labels. Der gebürtige Norweger Blücher ist in den vergangenen Jahren zum wichtigsten Sprecher von Blood&Honour geworden. B&H ruft mittlerweile offen zum Terrorismus durch *»führerlosen Widerstand«* auf.

Die B&H-Propaganda konzentriert sich immer mehr auf »staatliche Ziele«. Nach der Razzia in dem Nazi-Hauptquartier im dänischen Langeland, hiess es auf der B&H-Homepage, dass den *»Schweinen in Uniform«*, die Patrioten schikanieren, bald *»arische Gerechtigkeit«* widerfahren werde. Blücher und einige seiner Komplizen wurden 1998 für ihre White-Power-Musik-CDs zu drei Monaten Gefängnis verurteilt (wegen »Aufstachelung zum Rassenhas«). Dieses Urteil wurde allerdings im September 1999 durch ein höheres Gericht aufgehoben und auf eine Geldstrafe reduziert. Vor kurzem wurde gegen Blücher allerdings erneut Anklage wegen rassistischer Musik erhoben. Das Gerichtsverfahren soll im nächsten Jahr stattfinden, ein genauer Termin steht aber noch nicht fest. ■

Ein Brief aus Wien:

Ein Richter gegen die »menschenverachtende Vorgangsweise« von Wiener Polizisten

Gleichgültigkeit gegen alles, was über den beschränkten Horizont der vier Pfähle hinausgeht, dumpfe Zufriedenheit – das sind Eigenschaften, die in Österreich vielleicht mehr als anderswo kultiviert werden. Wer hätte geglaubt, daß in dieser spießbürgerlichen und fremdenfeindlichen Atmosphäre der österreichische Richter Gustav Rothmayer der Darstellung eines afrikanischen Mannes folgt und zwei Wiener Polizisten wegen absichtlicher Körperverletzung zu je sechs Monate auf Bewährung verurteilt. »*Es darf keinesfalls geduldet werden, daß Polizisten in Ausnutzung ihrer Hoheitsgewalt so gegen Personen anderer Hautfarbe vorgehen,*« sagte der Richter.

Gehirnerschütterung, Kreuzbandriß, Seitenbandriß, gebrochener Mittelhandknochen, Hodenprellung – das Ende einer Führerscheinkontrolle, der Camillus K. zum Opfer gefallen war. Die Polizisten, die ihn angehalten hatten, weil er sein Auto ein paar Meter rückwärts in eine Einbahnstraße geschoben hatte, sahen sich herausgefordert, als der geborene Nigerianer seinen Ausweis nicht herzeigen wollte.

Die Reaktion der Polizisten nannte der Richter wörtlich »eine mehrfach menschenverachtende Vorgangsweise«. Bei »lebensnaher Betrachtung« seien die Schilderungen des diplomierten Volkswirtes, wonach er beschimpft, in ein Gebüsch gezerrt und geschlagen worden sei, »glaubhaft«. Die Leugnungen der Verantwortung durch die Beamten nannte der Richter »reine Schutzbehauptungen«.

Derartige Vorfälle von Polizeibrutalität sind keinesfalls Ausnahmen: Eine Mutter fährt an einem heißen Tag abends mit ihren Kindern mit dem Fahrrad in Wien. Polizisten legen der jungen Frau Handschellen an, weil sie mit ihrem Rad bei Rot noch in einer Kreuzung stand und führten sie ab. Die kleinen Kinder ließ die Polizei alleine auf der Straße stehen. In der Regel ist dieser »Tatbestand« eine Verwaltungsübertretung, die mit einer Geldbuße von 500 Schilling bestraft wird. Die Polizisten forderten von der Frau aber 1.500 Schilling, die sie nicht bei sich hatte. Daraufhin folgte die Amtshandlung. Hans Rauscher nannte in der Zeitung »Standard« den Hintergrund derartiger Vorfälle: »*Der Polizei wird seit geraumer Zeit von der Krone und der FPÖ bei allerlei Übergriffen die Mauer gemacht. Der SP-Innenminister ist von diesen beiden und den eigenen Spitzenbeamten in Handschellen gelegt. Seine konsensorientierte Natur wird offenbar als Einladung betrachtet, ihm den Respekt zu verweigern. In dieser Situation glauben manche Wiener Polizisten, einen Freibrief zu haben.*«

Aktueller und historischer Antisemitismus – Hitler als «Retter« vor jüdischer »Chuzpe«?

Jüdische Entschädigungsforderungen bringen immer noch den antisemitischen Reflex zum Wirken, so auch in der Wiener Wochenzeitung »Börsen-Kurier«, die in einem namentlich nicht gekennzeichneten Artikel unter dem Titel



»Chuzpe« den Juden unmoralisches Verhalten zuschreibt. Es geht, um eine von der größten österreichischen Bank unterzeichnete Abmachung, wonach die Bank Austria 40 Millionen US-Dollar an »*Hinterbliebene des Holocaust*« zahlt, lediglich »*als Geste des guten Willens und ohne Anerkennung eines Verschuldens*", weil „*dadurch Prozesse und Imageschäden abgewendet würden.*« Der Autor des Börsen-Kurier konstatiert dazu: »:.. *Hilflosigkeit der Goyim (Nichtjuden) gegenüber der Chuzpe. Hilflosigkeit macht gewalttätig. Wer weiß, ob nicht vor dem Holocaust so manche Chuzpe dazu geführt hat, Hitler als Retter dagegen zu sehen.*« Im Frühjahr 1945 wurde Österreich – fast ohne eigenen Beitrag von den Alliierten befreit.

Doch auf den so verwurzelten Antisemitismus verzichteten die Politiker Österreichs nicht und sie taten alles, um das den Juden geraubte Vermögen nicht zurückzugeben. Bereits am 29. August 1945 hielt der damalige Staatskanzler Dr. Karl Renner eine Rede in einer Kabinettssitzung, bei der er bemerkte:«... *daß alle diese kleinen Beamten, diese kleinen Bürger und Geschäftsleute bei dem derzeitigen Anschluss an die Nazi gar nicht weittragende Absichten gehabt haben – höchstens, daß man den Juden etwas tut – vor allem aber nicht daran gedacht haben, einen Weltkrieg zu provozieren.*«

Und Bundeskanzler Dr. Leopold Figl äußerte in einer Regierungssitzung am 14. Januar 1947 zum Thema Entschädigung: »*Die Juden möchten halt rasch reiche Leute werden ...*« Ausgerechnet zehn Jahre nach dem Novemberpogrom, am 9. November 1948, erklärte Innenminister Oskar Helmer: »*Ich sehe überall nur jüdische Ausbreitung wie bei der Ärzteschaft, beim Handel vor allem in Wien*« und er schlug vor, »*daß man die Sache* [die Entschädigung der Juden Anm. d. A.] *in die Länge zieht.*«

Sein Vorschlag wurde vom Ministerrat angenommen. In den meisten Medien Österreichs wird dieser Sachverhalt sorgsam verschwiegen.

Jörg Haider: Holocaustleugnung ist »Randthema«

Anfang Juni veröffentlichte die von Andreas Mölzer herausgegebene Wiener Wochenzeitung »Zur Zeit« einen Artikel von Hans Gramlich, der nun Gegenstand gerichtlicher Vorermittlungen wegen Verstosses gegen den Paragraph 3h des Verbotsgesetzes ist, der das Leugnen des nationalsozialistischen Völkermordes unter Strafe stellt. Andreas Mölzer ist kulturpolitischer Berater von Jörg Haider. Für den Autor Hans Gramlich ist Adolf Hitler ein »*großer Sozialrevolu-tionär*« mit unvergleichlichen sozialpolitischen Erfolgen.

Am Zweiten Weltkrieg ist – so Gramlich –«*die englische Kriegspartei, angetrieben von den entscheidenden Kreisen der USA*« Schuld. Nicht Hitler, sondern Churchill »*stürzte Europa in die Katastrophe.*« ■

ISRAEL

Ein Repräsentant der schwedischen Telekommunikationsfirma Ericsson wurde auf Grund antisemitischer Äußerungen nach Schweden zurückgerufen.

Die Frau des Schweden ist in der Nähe von Tel Aviv in einem Reitstall mit der Äußerung aufgefallen: »*Ihr Juden seid alle Diebe, Lügner und Betrüger. Schade, daß Hitler sein Werk nicht vollendet hat.*«

Augenzeugen berichteten, die Schwedin sei verärgert gewesen, weil sie feststellte, daß an der Trense ihres Pferdes die Zügel fehlten. Umstehende Personen wollten sie beruhigen, doch sie erregte sich weiter und ließ die antisemitischen Äußerungen fallen. Auch als sie sich wieder beruhigt hatte, wollte sie das Gesagte nicht wieder zurücknehmen und wiederholte sich erneut.

Die Firma Ericsson rief umgehend die Familie des Angestellten aus Israel zurück. In einer Mitteilung der schwedischen Firma hieß es, das Verhalten sei absolut inakzeptabel.

FRANKREICH I

In Frankreich ist eine Kommission ins Leben gerufen worden, die die Entschädigung jüdischer Enteignungsopfer während des Zweiten Weltkrieges regeln soll.

Angehörige der Opfer sollen durch die Kommission darüber aufgeklärt werden, was ihnen durch das Vichy-Regime und seine antisemitische Gesetzgebung an Besitz unterschlagen wurde. Hierbei geht es um Immobilien und andere Wertsachen, die im Krieg konfisziert oder durch Gewalt entwendet wurden. Die Kommission hat eine vermittelnde und informierende Position.

Premierminister Lionel Jospin unterschrieb ein entsprechendes Dekret.

SPANIEN I

Die Polizei in Spanien gab an Juweliere eine Warnung heraus, inder dazu aufgefordert wird, auf Südamerikaner besonders zu achten. Dieser rassistische Angriff wurde damit begründet, daß etwa 90 % aller Raubüberfälle auf Juweliergeschäfte durch Menschen aus Kolumbien und Chile verübt worden seien.

Der Ratschlag lautete: »*Diese sollten, wenn möglich, nicht kurz vor der Mittagspause oder des Endes der Geschäftszeit hereingelassen werden.*«

Ein weiterer Ratschlag an die Bevölkerung hieß: »*Beobachten Sie; ob in ihrer Nachbarschaft Menschen südamerikanischer Herkunft ohne bekannte Beschäftigung einziehen, melden Sie dies der Polizei.*«

Bürgerinitiativen sowie die sozialistische und kommunistische Opposition verurteilten das Papier als rassistisch und verfassungswidrig. Sie verlangten eine Erklärung von Innenminister Jaime MAYOR OREJA vor dem Parlament.

FRANKREICH II

Das Berufungsgericht von Versailles hat die Verurteilung JEAN-MARIE LE PENS bestätigt. Der rechtsradikale Gründer und Vorsitzende der FRONT NATIONAL wurde wegen der Verharmlosung von NS-Verbrechen verurteilt. Der Politiker hatte am 5. Dezember 1997 in München während einer Pressekonferenz die Gaskammern in den Konzentrationslagern des Zweiten Weltkrieges als Detail der Geschichte bezeichnet.

Wenig später wurde er in Frankreich wegen dieser Äußerung zu einer geringen Schadensersatzsumme verurteilt, die er an elf verschiedene Anti-Rassismus-Verbände zahlen mußte. Auch in Deutschland war Le Pen auf Grund dieser Äußerungen zu einer Geldstrafe verurteilt worden.

SPANIEN II

Die Zahl der rechtsradikalen Gewalttäter hat sich in Spanien in den vergangenen vier Jahren mindestens verfünffacht. Etwa 11.000 Jugendliche, die der Skinhead oder Neonazi-Szene zugerechnet werden, sind bei der Polizei registriert. 1995 waren es noch 2.300. Diese Zahlen gehen aus einer Studie der unabhängigen Organisation »Bewegung gegen die Intoleranz« hervor. Nach dem Bericht muß davon ausgegangen werden, daß auf Grund der hohen Dunkelziffer etwa 20.000 Jugendliche den militanten Rechtsradikalen angehören.

Es wird auch berichtet, daß in den vergangenen acht Jahren 21 Morde sowie tausende Verbrechen gegen Ausländer und Homosexuelle auf das Konto der Gruppierungen gehen.

Österreich

GOTTFRIED KÜSSEL, ehemaliger Stellvertreter des verstorbenen MICHAEL KÜHNENS und Anführer der VAPO (VOLKSTREUE AUßERPARLAMENTARISCHEN AKTION) ist wegen »guter Führung« vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen worden. Vor siebeneinhalb Jahren wurde er wegen seiner Versuche die NSDAP wiederaufzubauen und der Verstoße gegen andere Gesetze zu einer elfeinhalbjährigen Freiheitsstrafe verurteilt.

Küssel und seine gewaltätigen Trunkenbolde von der VAPO spielten eine Rolle beim Export neonazistischer Strukturen in die ehemalige DDR nach Öffnung der Grenze vor 10 Jahren. Seine großmäuligen Ansprachen und krankhaftes Ego stießen auf besondere Sympathie bei den Ostberliner Nazis aus der Weitlingstraße.

Kurz zuvor wurde ein Kollege Küssels und ebenfalls alter Bekannter in Berlin HANNS JÖRG SCHIMANEK JR. vorzeitig entlassen. Er saß fünf anstatt der veranschlagten 10 Jahre. Den beiden wurde u.a. ein Filmmitschnitt des Journalisten Michael Schmidt zum Verhängnis, den sie zur Dokumentation ihrer Wehrsport-übungen eingeladen hatten und der später den Dokumentarfilm »Wahrheit macht frei« veröffentlichte.

Dievorzeitigen Entlassungen stießen auf Kritik in Österreich, wo Gefangene normalerweise die volle Strafe absitzen müssen. Deutsche Neonazis begrüssten die Freilassung Küssels mit

Keinen Wecker
und keinen
Wasser-Max,

aber eins unserer fünf Pakete (s.u.) gibt´s umsonst ins Haus, wenn Du das AIB bis zum 31. November '99 abonnierst.

Einfach den nebenstehenden ***Coupon ausfüllen*** *und dazuschreiben, welches AIB- oder WGA-Paket Du haben willst und dann:*

Ab in den Briefkasten.

ABO & NACHBESTELLUNG

Abos
Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du sie bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Nachbestellung
Ausverkaufte Ausgaben sind nur noch als Kopien für Archive und in Sonderfällen erhältlich. Zu dem Preis für die Ausgaben kommt der entsprechende Portobetrag (3,- DM bis fünf Stück, darüber 7,- DM).

- ○ Ich abonniere das AIB ab Ausgabe Nr. [ ] (incl.)
  - ○ für fünf Ausgaben (30.- DM)
  - ○ für zehn Ausgaben (60.- DM)
  - ○ je zwei Exemplare von fünf Ausgaben (50.- DM)
  - ○ je zwei Exemplare von zehn Ausgaben (100.- DM)
- ○ Geschenkabo für die untenstehende Person
- ○ Knastabo für untenstehende Person oder ihr sucht jemanden aus
- ○ Ich bestelle folgende alte Ausgaben / AIB-/WGA-Pakete: [ ]

Adresse:

WEITERVERKAUF

Preise
ab drei Stück pro Ausgabe: 6,- DM
ab fünf Stück: 20% Rabatt
ab 50 Stück: 25% Rabatt
(alle Preise inclusive Porto & Verpackung)

Ich möchte das AIB weiterverkaufen. Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf Euer Konto.

○ Bitte sendet mir [ ] Hefte ab der Nr. [ ] solange, bis ich Euch eine Änderung mitteile.

Nicht verkaufte, unbeschädigte Exemplare könnt Ihr zurückschicken. Der entsprechende Betrag wird Euch gutgeschrieben.

AIB-Paket A
Ausgaben 14,17,18,23,24,25,26 für 15,- DM incl. Porto.

AIB-Paket B
Ausgaben 27,28,29,30,31,32,33 für 22,- DM incl. Porto.

AIB-Paket C
Ausgaben 34,35,36,37,38,39,40 für 22,- DM incl. Porto.

Alle AIB-Paket zusammen gibt's für 50.- incl. Porto!

WGA-Paket I
Ausgaben 01, 02, 04, 05, 06, 07, 08, Index für 10,- DM incl. Porto

WGA-Paket II
Ausgaben 10, 11, 13, 15, 16, 17, 18, Index für 10,- DM incl. Porto

Konto
J. Lehmann
Kto-Nr.: 411 960 - 105
BLZ: 100 100 10
Postbank Berlin

Für alles außer dem Weiterverkauf gilt Vorkasse! Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung. Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Lieferbare AIBs

→ AIB 14 (Früh/91): 3,00 DM
Gladio +++ Antifa in Leipzig +++ die »Deutsche Allianz« +++ Interview mit franz. Antifas

→ AIB 17 (3/92): 4,00 DM
Kühnen-Beerdigung, Fiasko für seine Erben +++ »Revisionismus« als faschist. Strategie +++ Schweden & Frankreich

→ AIB 18 (5/92): 4,00 DM
»Neue Rechte« +++ Neues von der GdNF +++ Rassismus in Medien & auf der Straße +++ Dänemark

→ AIB 23 (Som/93): 4,00 DM
Solingen: Einzeltäter? +++ Behinderte im NS +++ DESG und Denkfabrik +++ »Die Bürger« +++ die alte »Neue Front«

→ AIB 24 (10/93): 4,00 DM
NF- & NB-Nachfolgegruppen +++ Aufmarsch in Fulda +++ VDA +++ Junge Freiheit +++ Südafrika

→ AIB 25 (12/93): 4,00 DM
Verhaftungen wg. Kaindl +++ Nazi-Rock i.d. BRD +++ Staatlicher Rassismus +++ Eichberg, Burschenschaften +++ Organisierung der Naziszene

→ AIB 26 (3/94): 5,00 DM
Innere Sicherheit, Briefbomben, Anti-Antifa +++ »Moderne Zeiten« +++ Roma in Europa

→ AIB 27 (6/94): 5,00 DM
illegale NSDAP +++ CDU und Innere Sicherheit +++ Italien: Faschisten a.d. Regierung

→ AIB 28 (11/94): 5,00 DM
der Apparat rückt nach rechts +++ NF-Nachfolge +++ Nationalbolschewismus +++ Schweden: VAM

→ AIB 29 (3/95): 5,00 DM
Wohin treibt die FDP? +++ Frauen und Neofaschismus +++ Einblick-Prozeß +++ DKeG +++ KZs Oranienburg & Treblinka

→ AIB 30 (6/95): 5,00 DM
Werwolf - Nazis go terror +++ Gedenkveranstaltungen zur Befreiung+++ Anschlag in Oklahoma

→ AIB 31 (9/95): 5,00 DM
aus dem Parteiarchiv der NF +++ Roskilde: Nazis packen ein +++ Verbrechen der Wehrmacht +++ der Begriff »Neue Rechte« +++ Frauen in der Anti-Antifa

→ AIB 32 (11/95): 5,00 DM
Ausbau der Inneren Sicherheit +++ Graue Wölfe +++ Veganer auf rechtem Weg? +++ Österreich: Prozeß, Bomben, Wahlen

→ AIB 33 (2/96): 5,00 DM
Runde Tische +++ das Netzwerk der Neonazis +++ Beilage: Faschismus i.d. USA +++ Hermann-Niermann-Stiftung

→ AIB 34 (5/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Deutschland auf dem Weg zur Weltmacht +++ Umstrukturierung d. Naziskin-szene +++ »Befreite Zonen« +++ Oklahoma-Prozeß

→ AIB 35 (7/96): 5,00 DM
Nazis in der Offensive +++ Aufmarsch in Marzahn +++ neue Bedeutung der JN +++ Ostpreußenblatt +++ Band-Interview: rechte Grufties?

→ AIB 36 (9/96): 5,00 DM
Schwerpunkt I: Regionalismus +++ Schwerpunkt II: Lübeck - Grevesmühlen +++ Interview m. d. Antifa (M)

→ AIB 37 (12/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Osteuropa +++ Nazis in Internet und Offenem Kanal +++ Heitmeyer-Kritik +++ Goldhagen +++ Österreich

→ AIB 38 (4/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Soziale Frage +++ Nazimarsch in München +++ Berührungen zwischen Faschismus & Feminismus

→ AIB 39 (7/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Jugend & Subkultur +++ Nazimärsche am 1. Mai +++ JN-Kongreß +++ Deutschland-Stiftung

→ AIB 40 (9/97): 5,00 DM
10 Jahre AIB +++ Prozeß gegen Kay Diesner +++ Nazi-Versände +++ Front National +++ »Otto-von-Bismarck-Stiftung«

→ AIB 41 (11/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Rückblicke & Ausblicke +++ Befreite Zonen +++ Wehrmachtsausstellung in Marburg +++ Antifa in Canada

→ AIB 42 (2/98): 5,00 DM
Schwerpunkt: Extreme Rechte, Ostexpansion & die Bundeswehr +++ NPD mit Führungsanspruch +++ Studienzentrum Weikersheim +++ Sababurgrunden

→ AIB 43 (4/98): 6,00 DM
Schwerpunkt: NPD – Hinter den Kulissen +++ Saalfeld: Rechter Konsens +++ »Neurechtes« Netzwerk »Synergies Européennes« +++ Rußland, Frankreich, Schweden

→ AIB 44 (6/98): 6,00 DM
Schwerpunkt: Rechte Jugend zwischen Mainstream, Clique und Partei +++ Rechtsparteien nach Sachsen-Anhalt +++ Rechte und der Euro +++ Heidentum +++ Frankreich, Rußland, Schweiz

→ AIB 45 (10/98): 6,00 DM
Schwerpunkt: Wahlen '98 +++ Euthanasie & Eugenik +++ Nazi-Szene in Sachsen +++ Vertriebene +++ Entschädigung

→ AIB 46 (1/99): 6,00 DM
Schwerpunkt: »Soziale« Konzepte von Rechts +++ Vom Knast zur Kameradschaft +++ Frauen ohne Asylrechte +++ Lebensschützer in den USA

→ AIB 47 (4/99): 6,00 DM
Schwerpunkt: Antisemitismus +++Doppelte Staatsbürgerschaft +++ Bombenanschlag in Saarbrücken +++ Hintergründe aus Frankreich und Österreich

→ AIB 48 (6/99): 6,00 DM
Schwerpunkt: Krieg im Kosovo +++Hooligans +++Kulturkampf und Kommerz +++ Nazikiller in Schweden, USA und England

Solidarität mit den verfolgten Kurdinnen und Kurden

HAMBURG

91 FESTNAHMEN

4 GEFANGENE

LEIPZIG

167 FESTNAHMEN

68 GEFANGENE

2 ABSCHIEBUNGEN

BERLIN

4 TOTE

12 GEFANGENE

18 AUSWEISUNGSVERFUEGUNGEN

(Stand: Juni 1999)

Im Januar 1999 protestierten die KurdInnen mit Besetzungen und Demonstrationen gegen die Entführung von Abdullah Öcalan. 2100 wurden festgenommen. Jetzt sollen sie massenhaft abgeurteilt und in die Türkei abgeschoben werden.

Keine Abschiebung in die Türkei!

Einstellung aller Verfahren!

Freiheit für alle kurdischen politischen Gefangenen!

Weg mit dem "PKK Verbot"!

Spendenkonto
Azadi

Ökobank
KN: 54 00 279
BLZ: 500 901 00

Solidaritätskomitee zu den kurdischen Gefangenen, Brigittenstr. 5, 20359 Hamburg

Solidaritätskomitee für die kurdischen politischen Gefangenen, Yorckstr. 59, 10965 Berlin, Tel. 030 - 788 999 01, Fax - 02

Presse- und Informationsbüro zu den sächsischen Kurdenprozessen,
c/o Dresdener Netzwerk "Kein Mensch ist illegal", Prießnitzstr. 18, 010199 Dresden

V.i.S.d.P.: Solidaritätskomitee für die kurdischen politischen Gefangenen, Yorckstr. 59, 10965 Berlin

unterstützt von: Rote Hilfe e.V.